

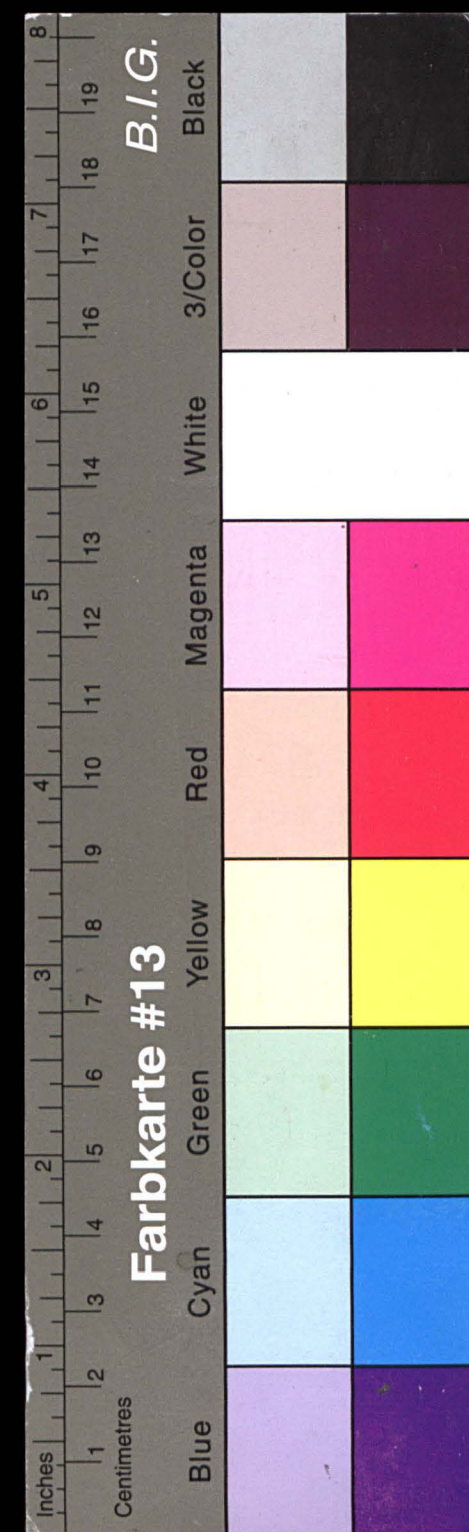
Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Kreisarchiv Stormarn

Bestand E103

260



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

V e r t r a g

zwischen der

Sparkasse des Kreises Stormarn
(nachstehend "Kreissparkasse" genannt)

und der

Neuen Sparcasse von 1864 in Hamburg

Nach einer Verfügung des Reichsverteidigungskommissars Hamburg vom 25.6.1943, die im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsinnenministerium ergangen ist, ist die Hauptzweigstelle Billstedt der Kreissparkasse auf die Neue Sparcasse von 1864 zu überführen. Einzelheiten der Überführung werden durch diesen Vertrag geregelt.

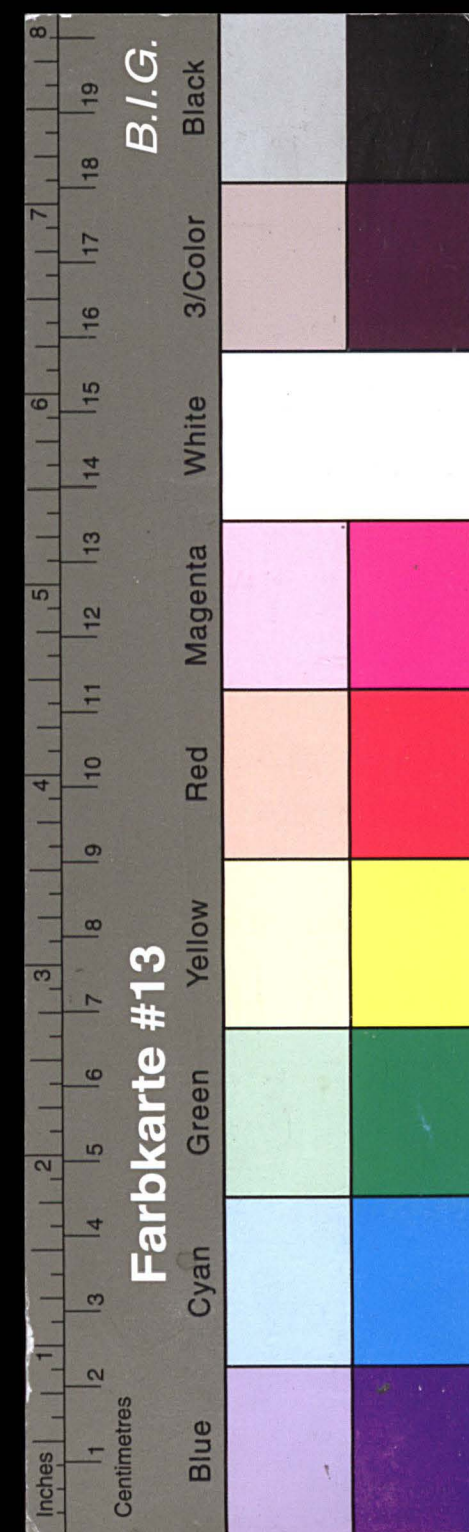
§ 1

Als Zeitpunkt der Überführung wird der 1. Januar 1944 von den Parteien festgesetzt. Es tritt keine Gesamtrechtsnachfolge ein. Damit ist es den Einlegern der Hauptzweigstelle Billstedt freigestellt, ob sie ihre Konten künftig bei der Kreissparkasse im Kreise Stormarn oder bei der zukünftigen Hauptzweigstelle Billstedt der Neuen Sparcasse von 1864 führen lassen wollen. Dem Sinne der mit der Überführung angestrebten Gebietsbereinigung entspricht es naturgemäß, daß die Konten im allgemeinen in Billstedt verbleiben. In diesem Sinne ist auch ein Rundschreiben zu erlassen. Der Wortlaut des Rundschreibens ergibt sich aus der Anlage 1. Soweit die Einleger sich bis zum 31. Januar 1944 nicht für die Kontenführung im Kreise Stormarn entschieden haben und die Konten bis zu diesem Zeitpunkt dorthin übertragen worden sind, wird von den Vertragsschließenden unterstellt, daß die Konten in Billstedt verbleiben sollen.

Das Vermögen und die Schulden der Hauptzweigstelle Billstedt sind per 31.12.1943 in einer Bilanz mit Inventur festzustellen. Die Bilanz nebst Inventur ist diesem Vertrag als Anlagen 2 und 3 beizufügen. Die Vertragsschließenden sind sich darüber einig, daß diese Unterlagen einen wesentlichen Bestandteil des vorliegenden Vertrages bilden.

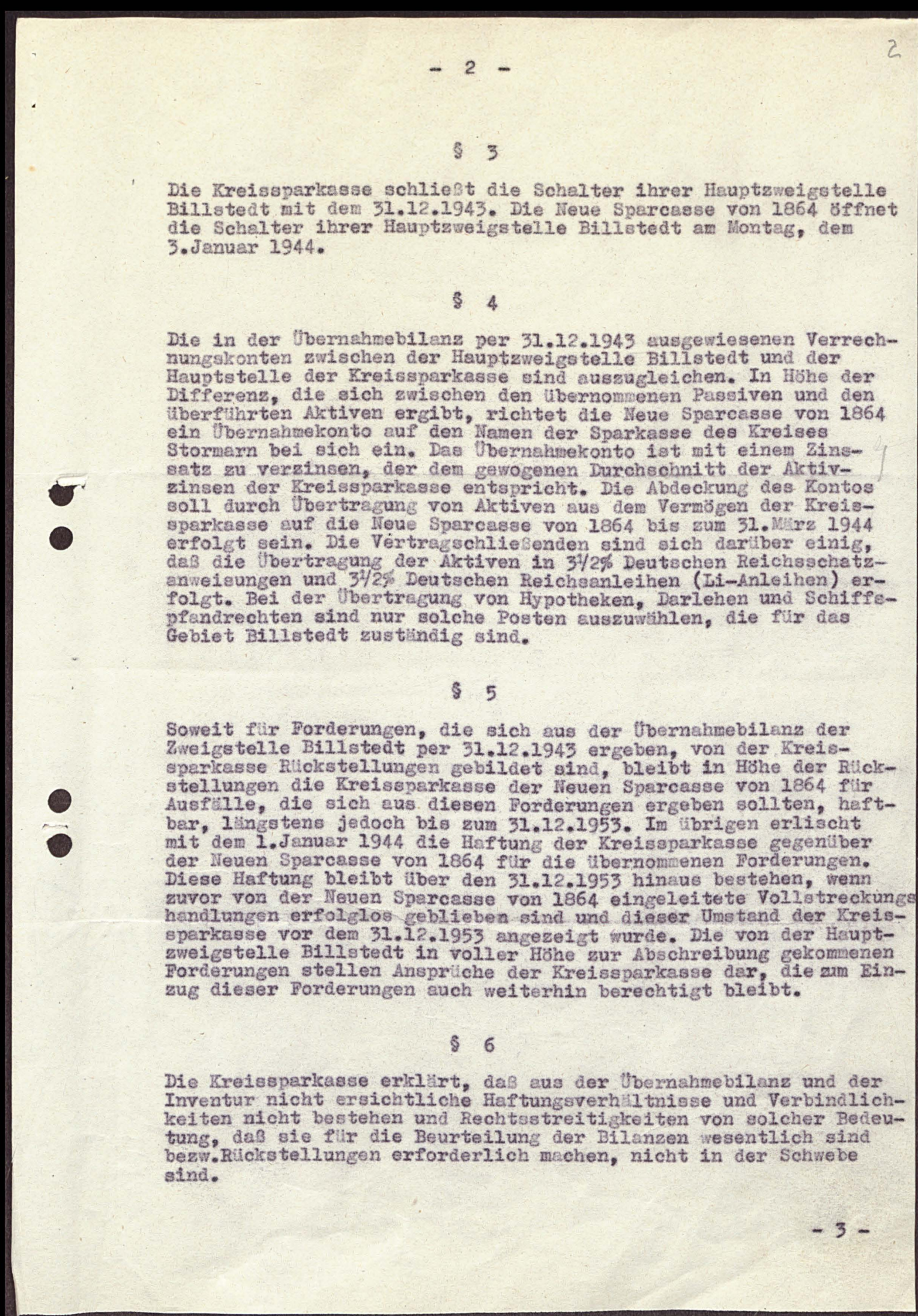
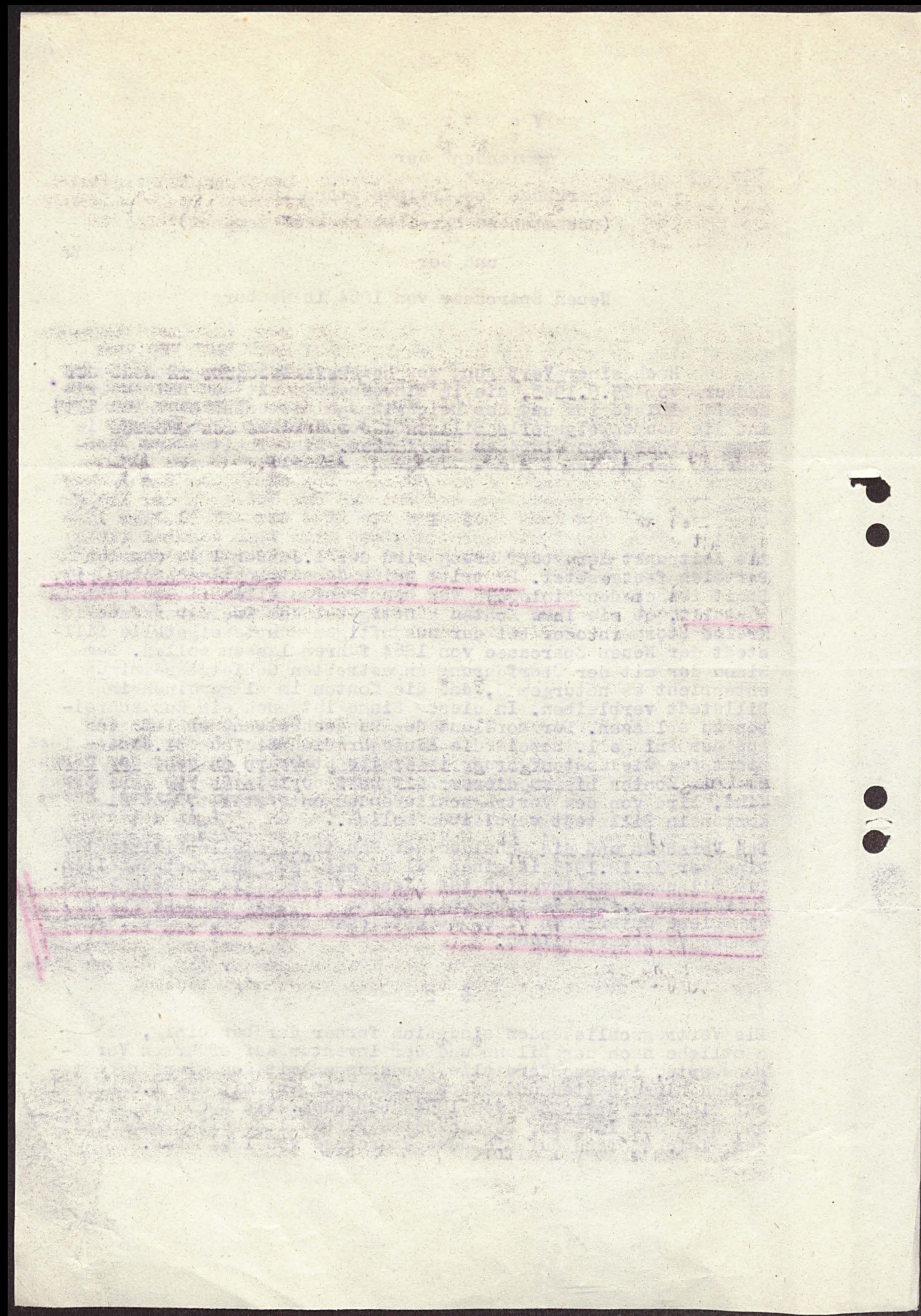
§ 2

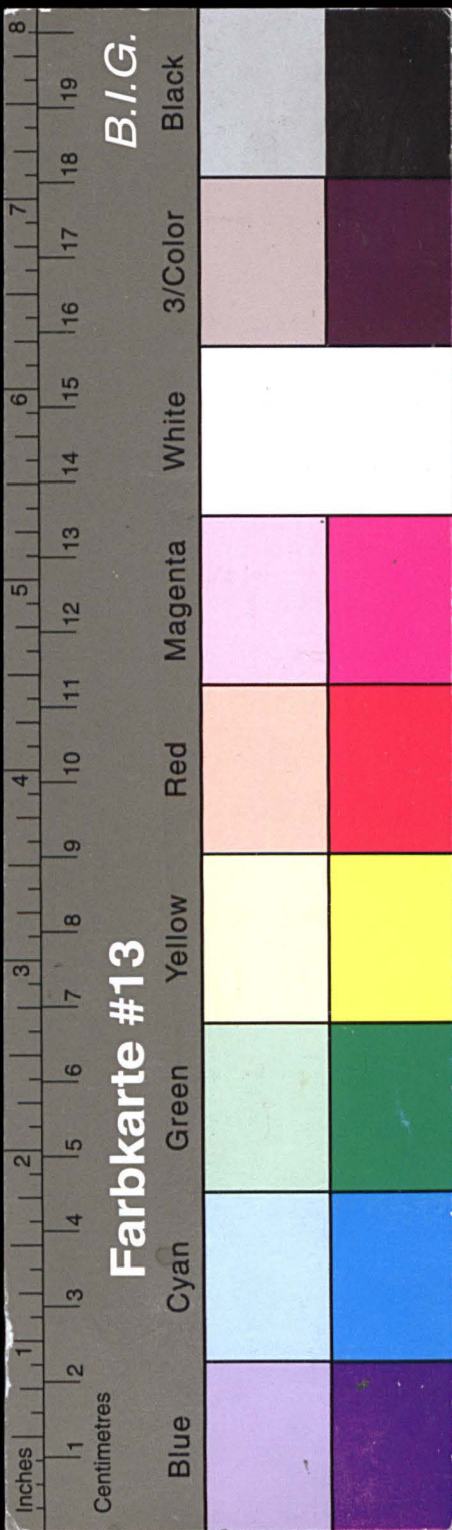
Die Vertragsschließenden sind sich ferner darüber einig, daß sämtliche nach der Bilanz und der Inventur aufgeführten Vermögenswerte, insbesondere alle Forderungen mit den hierfür bestehenden Sicherheiten und Ansprüchen aller Art mit dem 1. Januar 1944 auf die Neue Sparcasse von 1864 übergehen. Die nach der Bilanz und nach der Inventur bezeichneten Verbindlichkeiten gehen mit dem gleichen Tage auf die Neue Sparcasse von 1864 über.



Kreisarchiv Stormarn E103

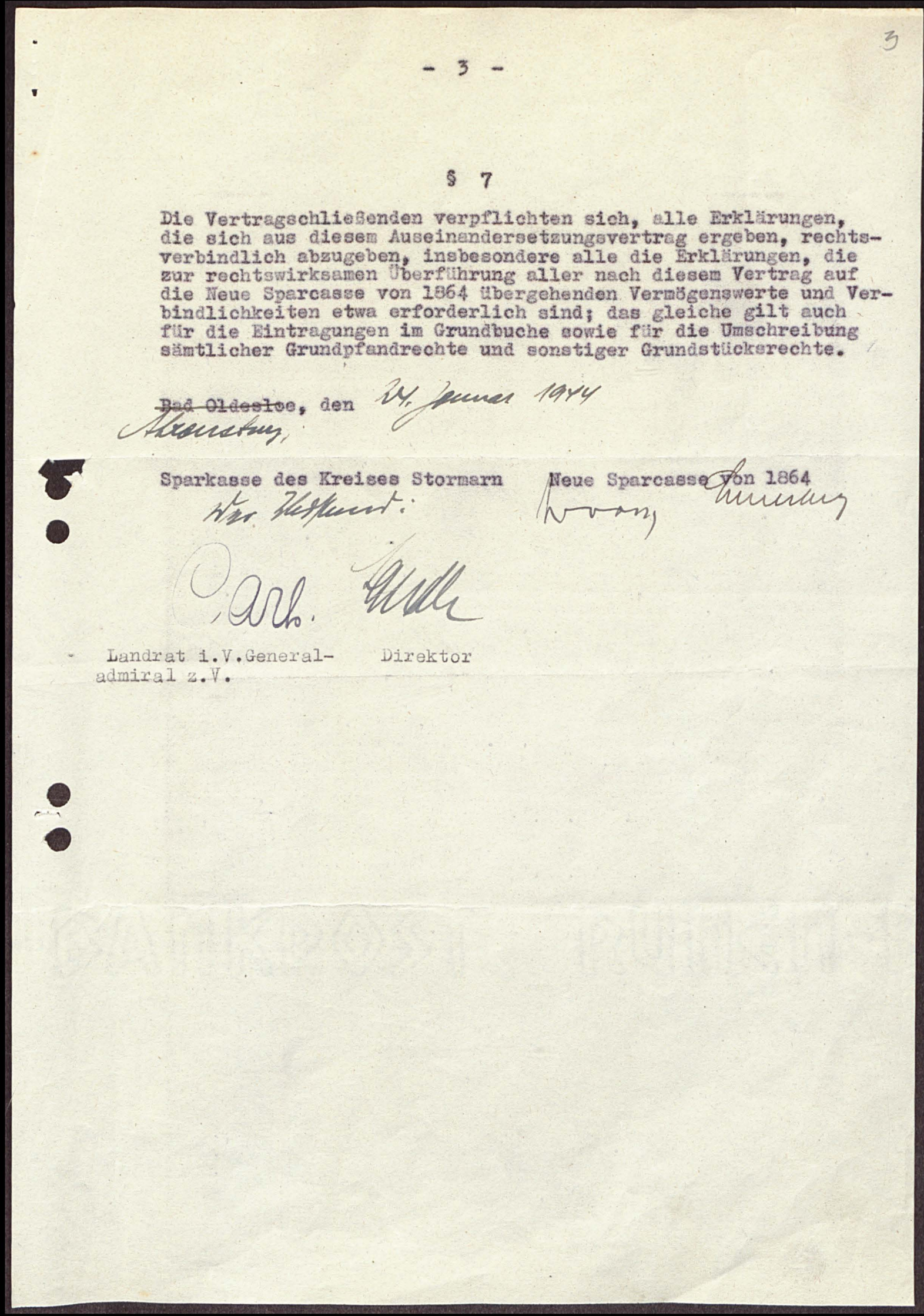
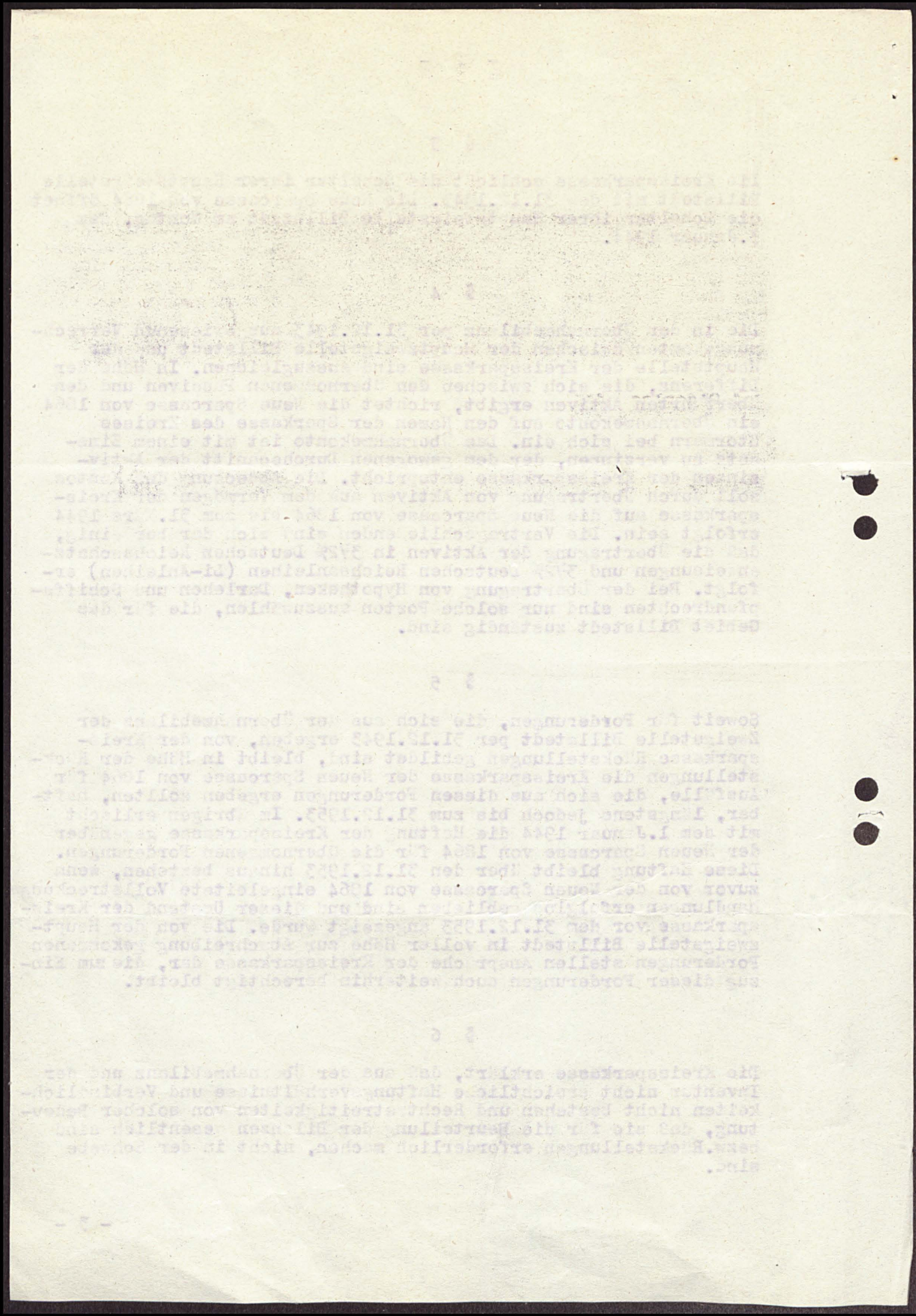
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

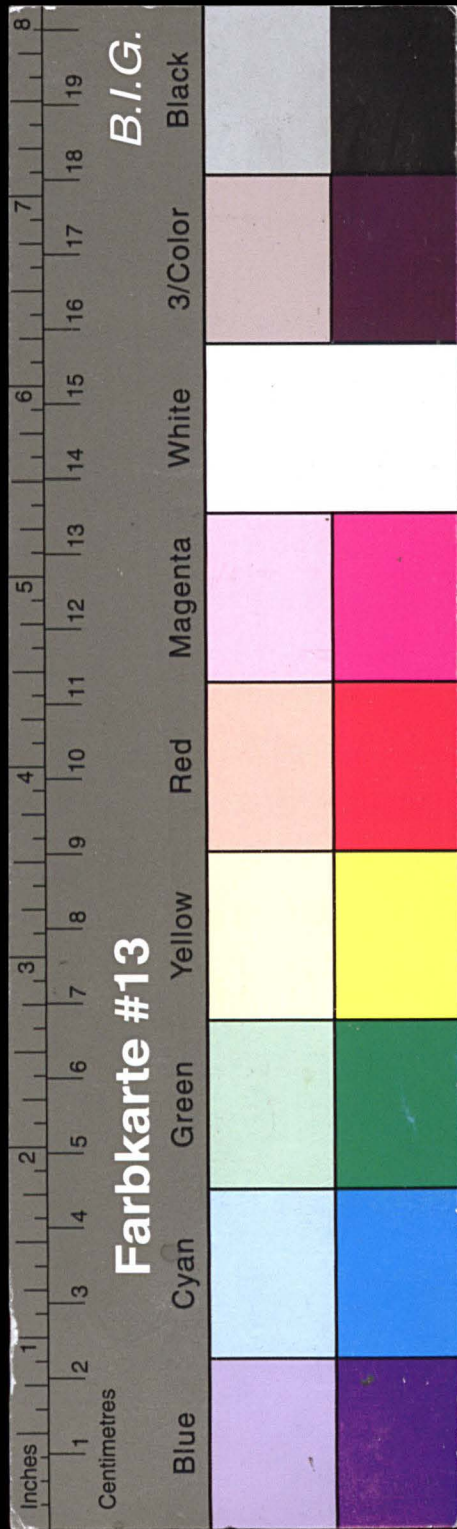




Kreisarchiv Stormarn E103

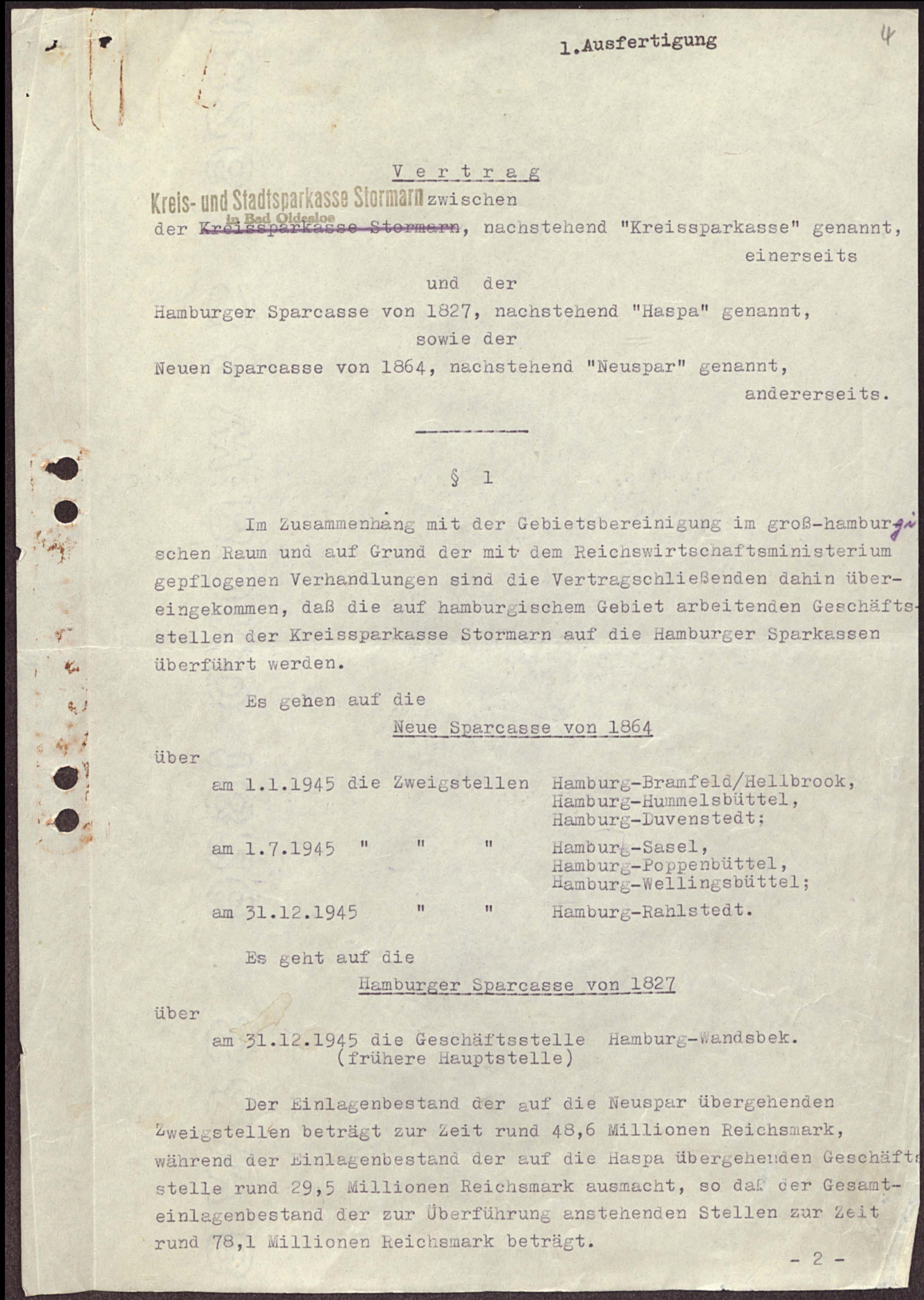
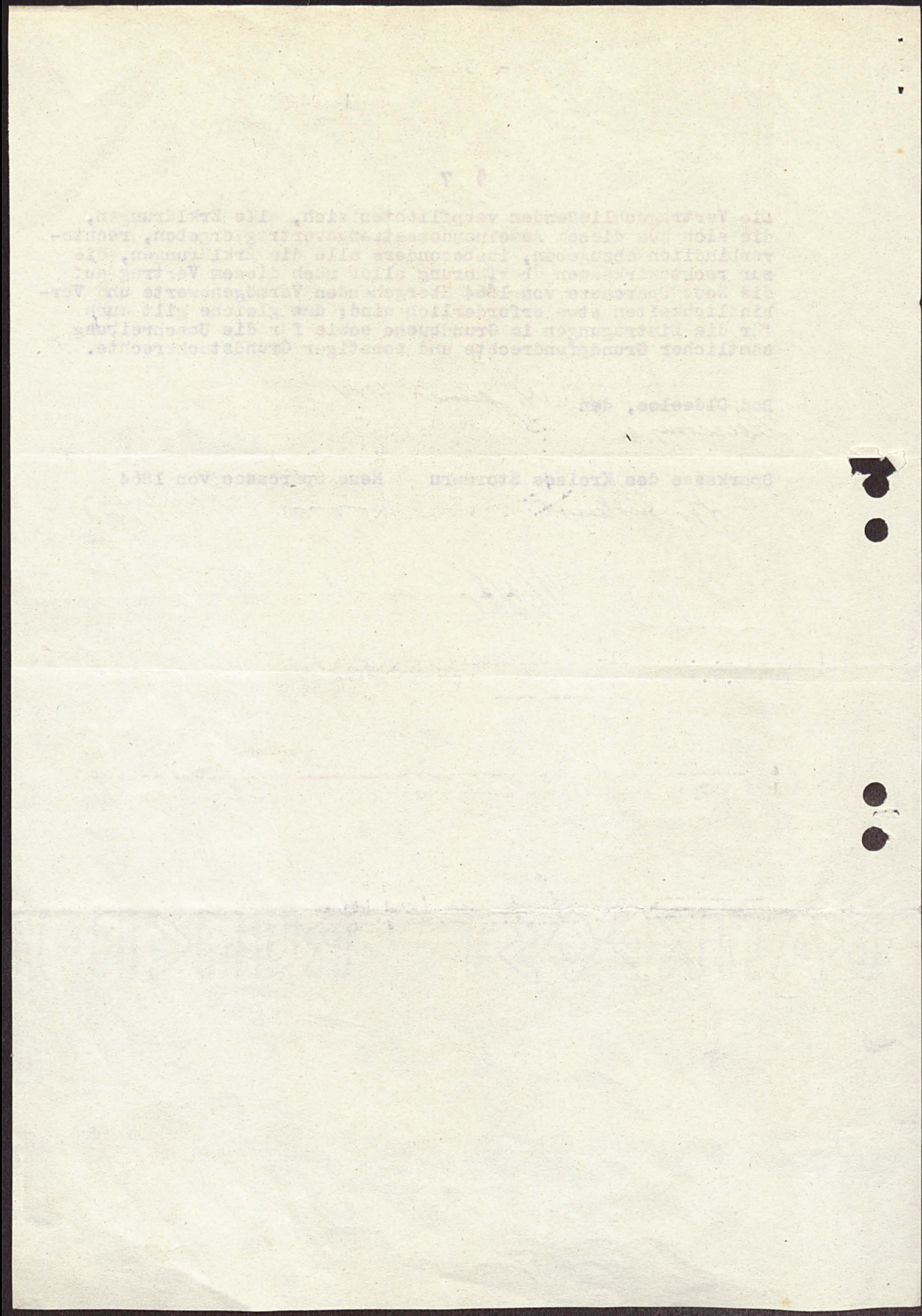
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



1. Ausfertigung

4

Vertrag

Kreis- und Stadtparkasse Stormarn zwischen
der ~~Kreis- und Stadtparkasse Stormarn~~ ^{in Bad Oldesloe}, nachstehend "Kreissparkasse" genannt,
einerseits

und der
Hamburger Sparcasse von 1827, nachstehend "Haspa" genannt,
sowie der
Neuen Sparcasse von 1864, nachstehend "Neuspar" genannt,
andererseits.

§ 1

Im Zusammenhang mit der Gebietsbereinigung im groß-hamburgi-
schen Raum und auf Grund der mit dem Reichswirtschaftsministerium
gepflogenen Verhandlungen sind die Vertragschließenden dahin über-
eingekommen, daß die auf hamburgischem Gebiet arbeitenden Geschäfts-
stellen der Kreissparkasse Stormarn auf die Hamburger Sparkassen
überführt werden.

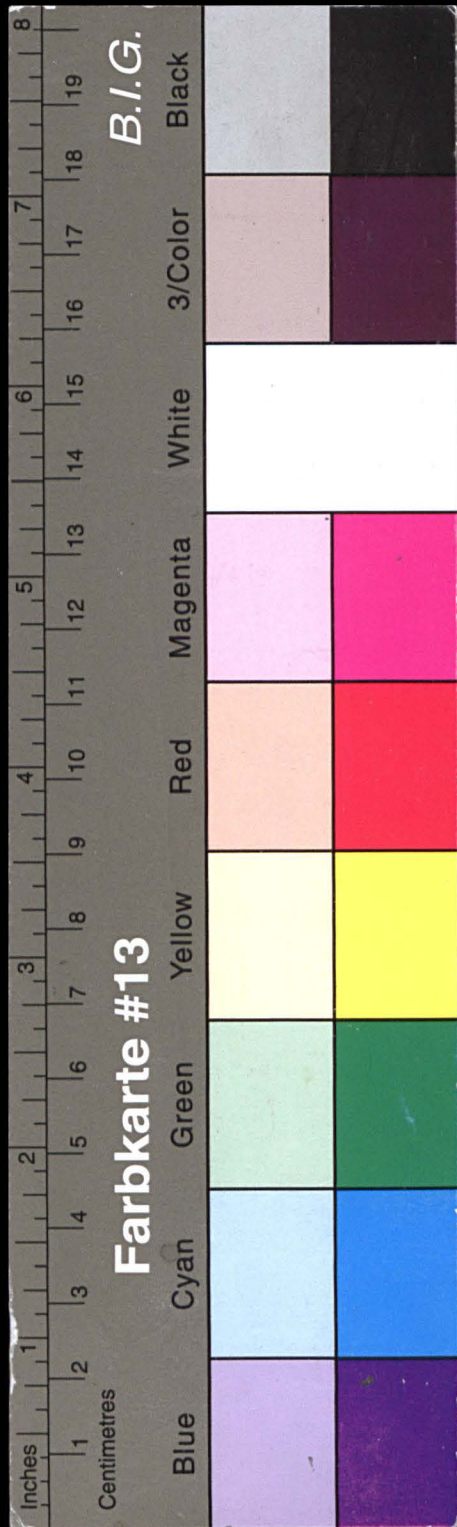
Es gehen auf die
Neue Sparcasse von 1864

über
am 1.1.1945 die Zweigstellen Hamburg-Bramfeld/Hellbrook,
Hamburg-Hummelsbüttel,
Hamburg-Duvenstedt;
am 1.7.1945 " " " Hamburg-Sasel,
Hamburg-Poppenbüttel,
Hamburg-Wellingsbüttel;
am 31.12.1945 " " Hamburg-Rahlstedt.

Es geht auf die
Hamburger Sparcasse von 1827

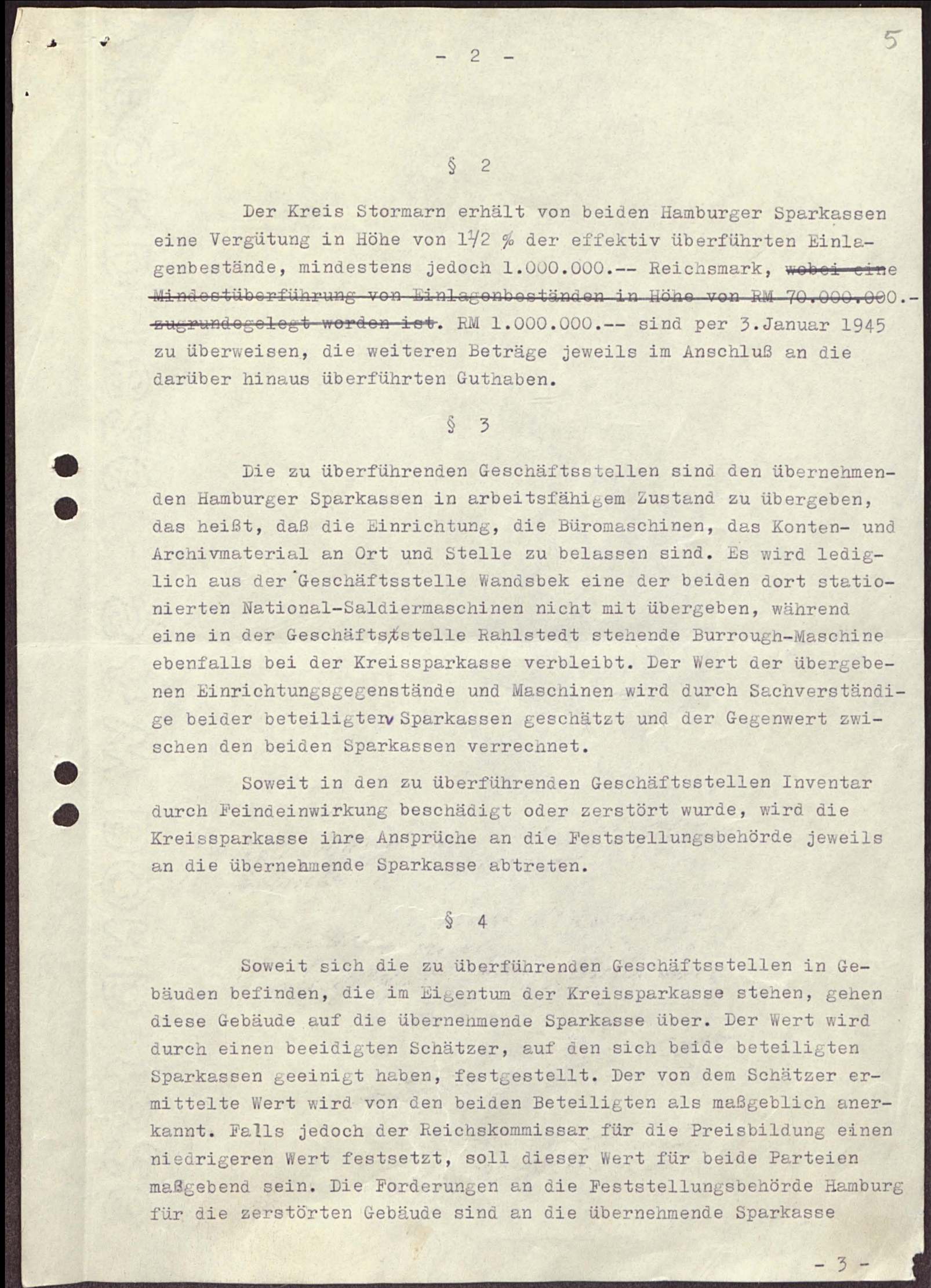
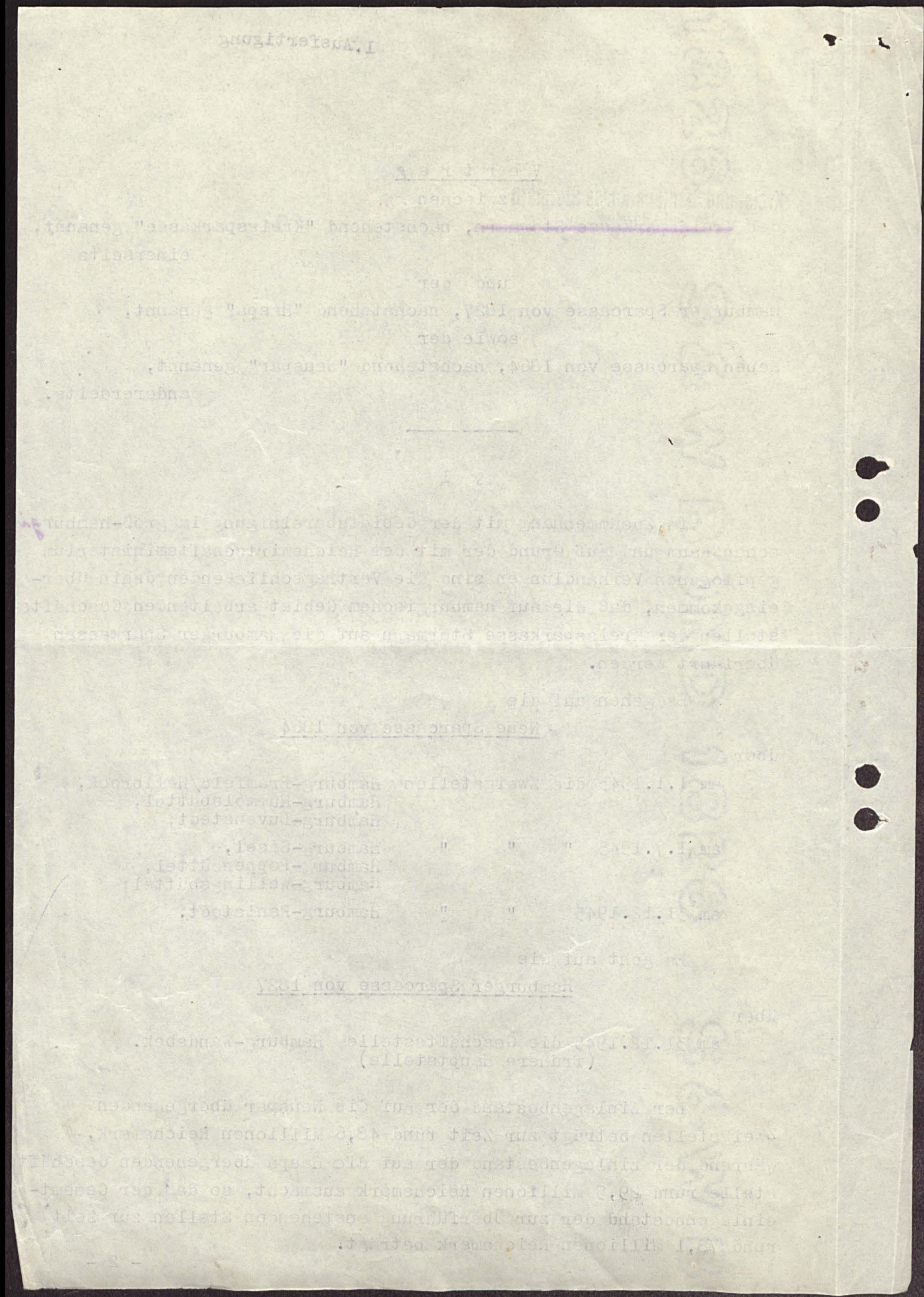
über
am 31.12.1945 die Geschäftsstelle Hamburg-Wandsbek.
(frühere Hauptstelle)

Der Einlagenbestand der auf die Neuspar übergehenden
Zweigstellen beträgt zur Zeit rund 48,6 Millionen Reichsmark,
während der Einlagenbestand der auf die Haspa übergehenden Geschäfts-
stelle rund 29,5 Millionen Reichsmark ausmacht, so daß der Gesamt-
einlagenbestand der zur Überführung anstehenden Stellen zur Zeit
rund 78,1 Millionen Reichsmark beträgt.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



- 2 -

§ 2

Der Kreis Stormarn erhält von beiden Hamburger Sparkassen eine Vergütung in Höhe von $1\frac{1}{2}$ % der effektiv überführten Einlagenbestände, mindestens jedoch 1.000.000.-- Reichsmark, ~~wobei eine Mindestüberführung von Einlagenbeständen in Höhe von RM 70.000.000.-- zugrundegelegt worden ist.~~ RM 1.000.000.-- sind per 3. Januar 1945 zu überweisen, die weiteren Beträge jeweils im Anschluß an die darüber hinaus überführten Guthaben.

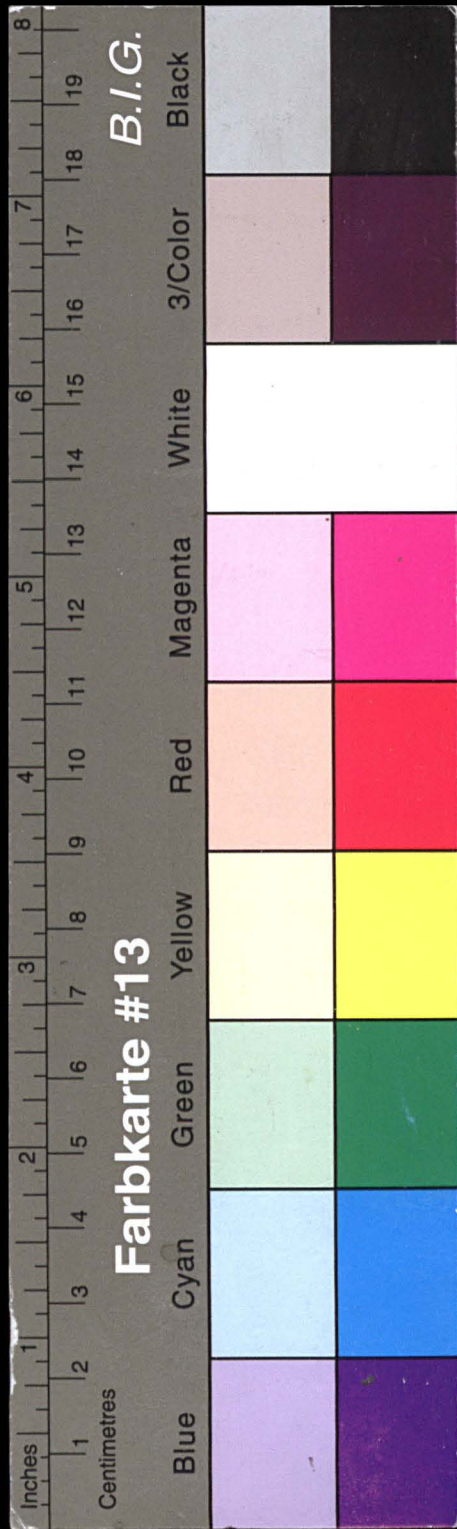
§ 3

Die zu überführenden Geschäftsstellen sind den übernehmenden Hamburger Sparkassen in arbeitsfähigem Zustand zu übergeben, das heißt, daß die Einrichtung, die Büromaschinen, das Konten- und Archivmaterial an Ort und Stelle zu belassen sind. Es wird lediglich aus der Geschäftsstelle Wandsbek eine der beiden dort stationierten National-Saldiermaschinen nicht mit übergeben, während eine in der Geschäftsstelle Rahlstedt stehende Burrough-Maschine ebenfalls bei der Kreissparkasse verbleibt. Der Wert der übergebenen Einrichtungsgegenstände und Maschinen wird durch Sachverständige beider beteiligten Sparkassen geschätzt und der Gegenwert zwischen den beiden Sparkassen verrechnet.

Soweit in den zu überführenden Geschäftsstellen Inventar durch Feindeinwirkung beschädigt oder zerstört wurde, wird die Kreissparkasse ihre Ansprüche an die Feststellungsbehörde jeweils an die übernehmende Sparkasse abtreten.

§ 4

Soweit sich die zu überführenden Geschäftsstellen in Gebäuden befinden, die im Eigentum der Kreissparkasse stehen, gehen diese Gebäude auf die übernehmende Sparkasse über. Der Wert wird durch einen beeidigten Schätzer, auf den sich beide beteiligten Sparkassen geeinigt haben, festgestellt. Der von dem Schätzer ermittelte Wert wird von den beiden Beteiligten als maßgeblich anerkannt. Falls jedoch der Reichskommissar für die Preisbildung einen niedrigeren Wert festsetzt, soll dieser Wert für beide Parteien maßgebend sein. Die Forderungen an die Feststellungsbehörde Hamburg für die zerstörten Gebäude sind an die übernehmende Sparkasse



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Die Kreisarchiv Stormarn E103 ist ein Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur Erforschung der Geschichte der Kreisarchiv Stormarn. Es handelt sich um eine Sammlung von Dokumenten, die die Geschichte der Kreisarchiv Stormarn von 1800 bis 1900 zeigen. Die Dokumente sind in drei Kategorien unterteilt: 1. Die Geschichte der Kreisarchiv Stormarn von 1800 bis 1850. 2. Die Geschichte der Kreisarchiv Stormarn von 1850 bis 1900. 3. Die Geschichte der Kreisarchiv Stormarn von 1900 bis heute. Die Dokumente sind in drei Sprachen verfasst: Deutsch, Englisch und Französisch. Die Dokumente sind in drei Bänden veröffentlicht: Band 1, Band 2 und Band 3. Die Dokumente sind in drei Sprachen verfasst: Deutsch, Englisch und Französisch. Die Dokumente sind in drei Bänden veröffentlicht: Band 1, Band 2 und Band 3.

abzutreten. Die zur Wiederherstellung von Gebäuden bereits angeschafften Gegenstände sind ebenfalls in das Eigentum der übernehmenden Sparkasse zu überführen. Der Gegenwert der zu übernehmenden Grundstücke wird zwischen den beteiligten Sparkassen verrechnet. In bestehende Mietverträge, die diese Grundstücke betreffen, tritt die übernehmende Sparkasse ein.

Die Grundstücksübertragung ist im übrigen Gegenstand eines besonderen Vertrages.

§ 5

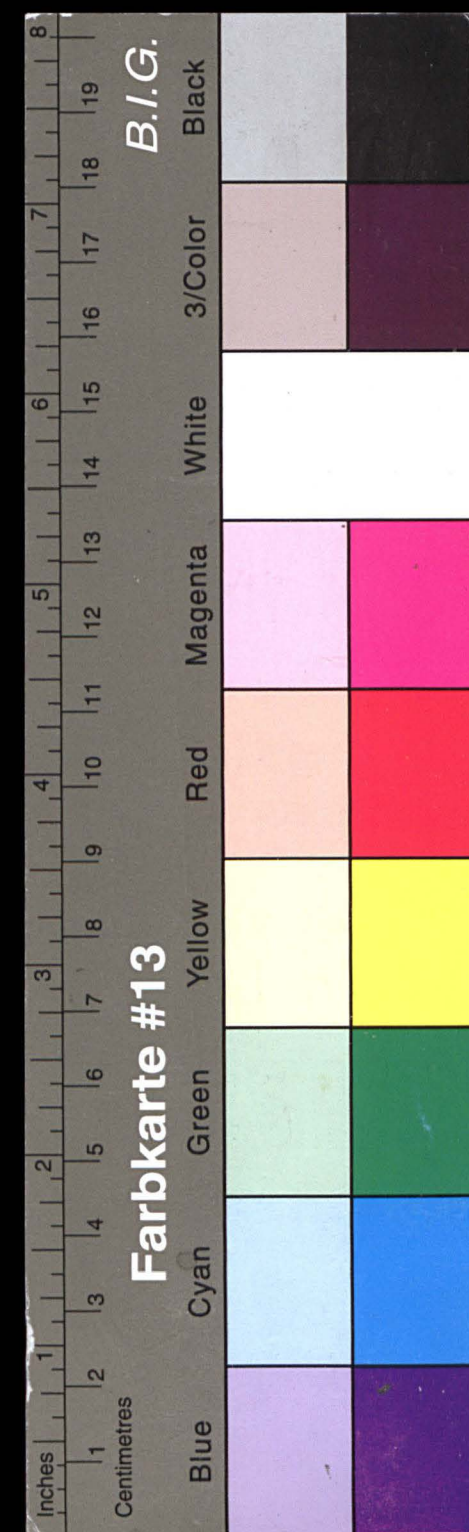
Soweit sich die zu überführenden Geschäftsstellen in gemieteten Räumen befinden, tritt die übernehmende Sparkasse in die bestehenden Mietverträge ein.

Soweit für die Grundstücke, in denen sich die Geschäftsstellen befinden, ein Vorkaufsrecht zu Gunsten der Kreissparkasse Stormarn besteht, ist auch dieses an die übernehmende Sparkasse zu übertragen.

§ 6

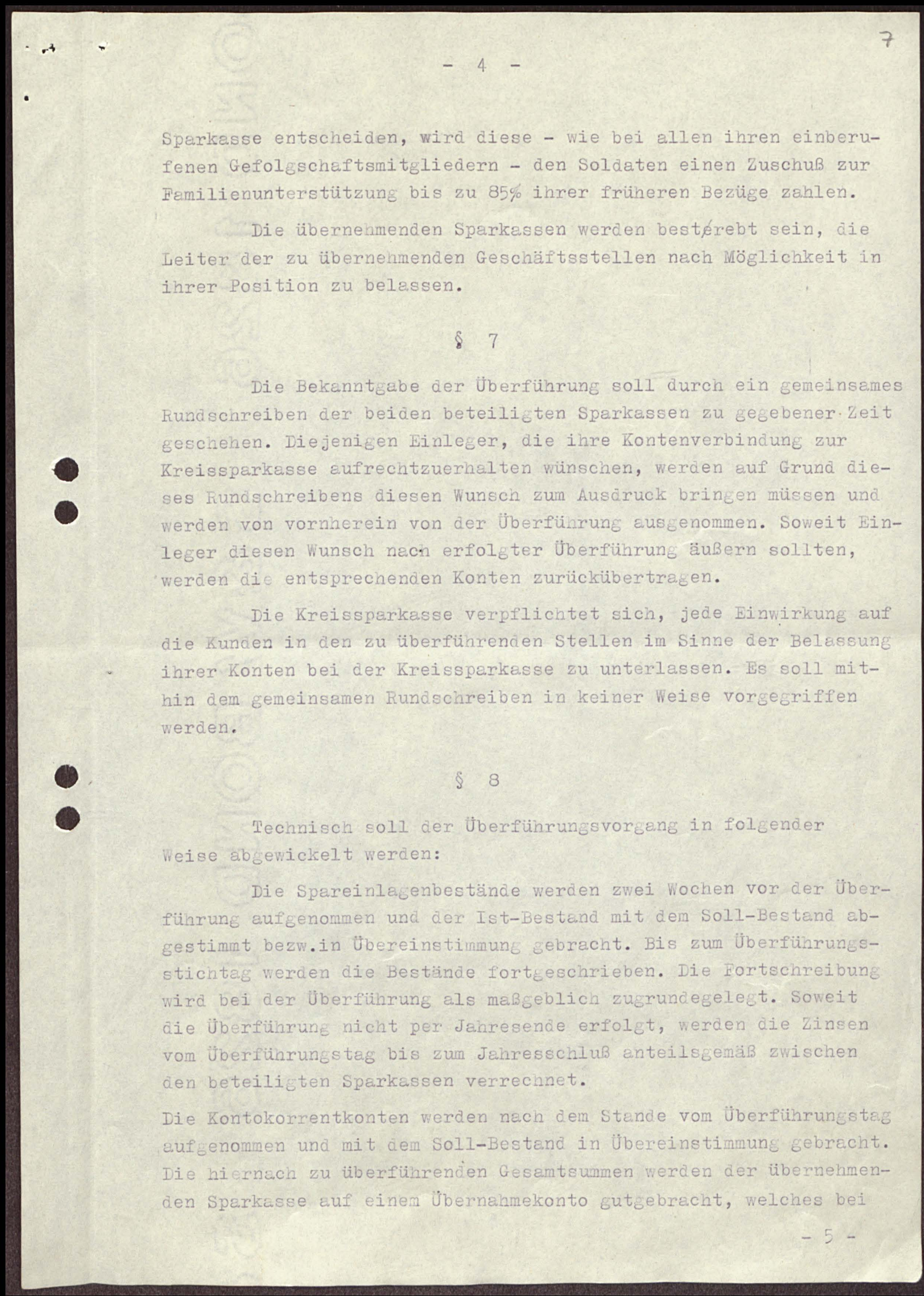
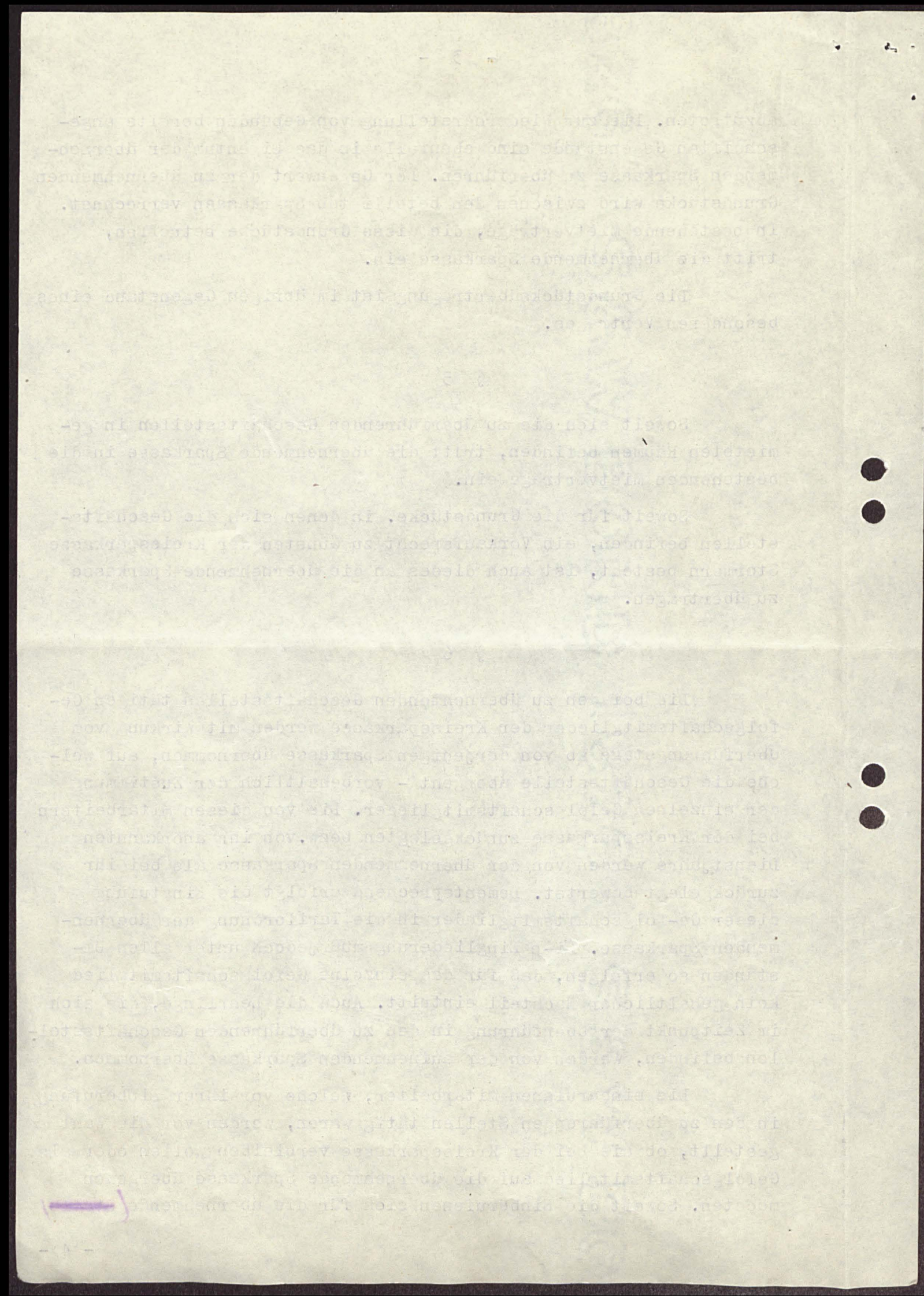
Die bei den zu übernehmenden Geschäftsstellen tätigen Gefolgschaftsmitglieder der Kreissparkasse werden mit Wirkung vom Überführungstage ab von derjenigen Sparkasse übernommen, auf welche die Geschäftsstelle übergeht - vorbehaltlich der Zustimmung der einzelnen Gefolgschaftsmitglieder. Die von diesen Mitarbeitern bei der Kreissparkasse zurückgelegten bzw. von ihr anerkannten Dienstjahre werden von der übernehmenden Sparkasse als bei ihr zurückgelegt bewertet. Dementsprechend erfolgt die Einstufung dieser Gefolgschaftsmitglieder in die Tarifordnung der übernehmenden Sparkasse. Die Eingliederung muß jedoch unter allen Umständen so erfolgen, daß für das einzelne Gefolgschaftsmitglied kein gehaltlicher Nachteil eintritt. Auch die Lehrlinge, die sich im Zeitpunkt der Überführung in den zu überführenden Geschäftsstellen befinden, werden von der aufnehmenden Sparkasse übernommen.

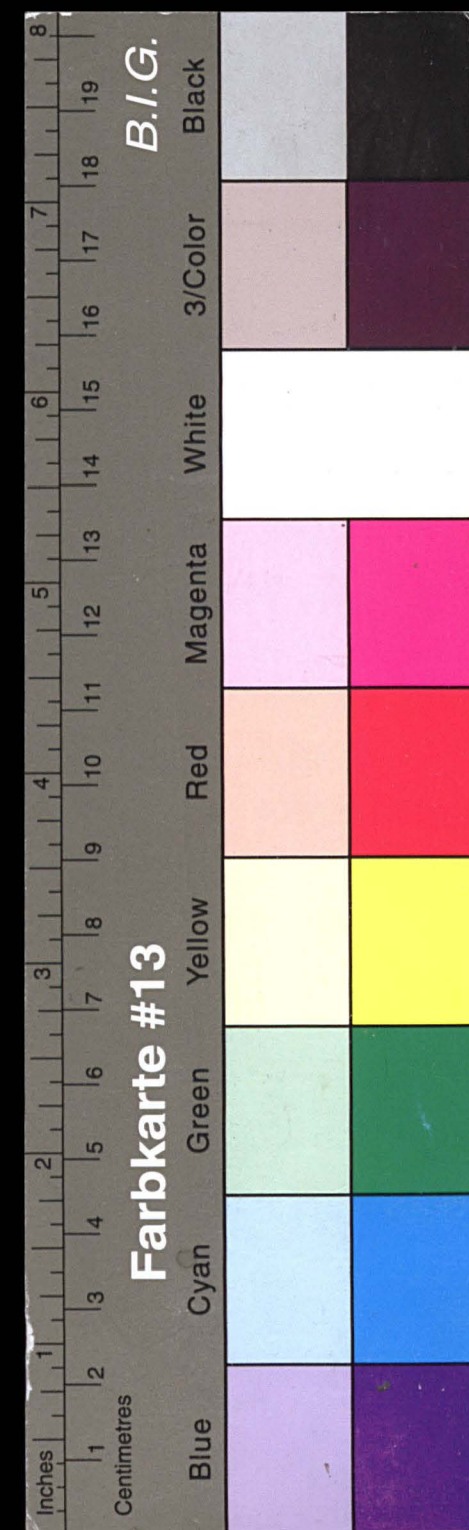
Die einberufenen Mitarbeiter, welche vor ihrer Einberufung in den zu überführenden Stellen tätig waren, werden vor die Wahl gestellt, ob sie bei der Kreissparkasse verbleiben wollen oder als Gefolgschaftsmitglied auf die übernehmende Sparkasse übergangen möchten. Soweit die Einberufenen sich für die übernehmende Sparkasse entscheiden, tritt die übernehmende Sparkasse ein.



Kreisarchiv Stormarn E103

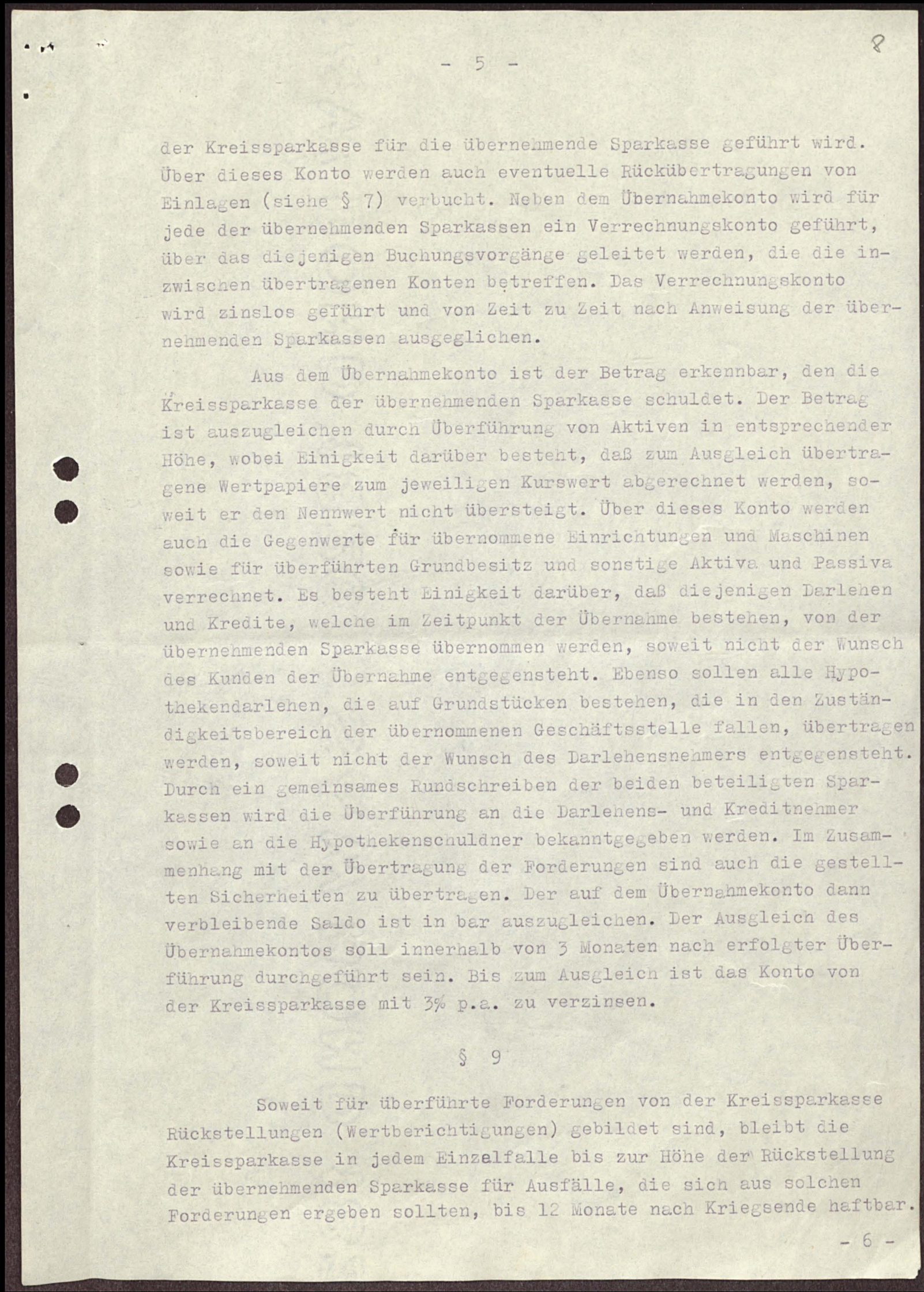
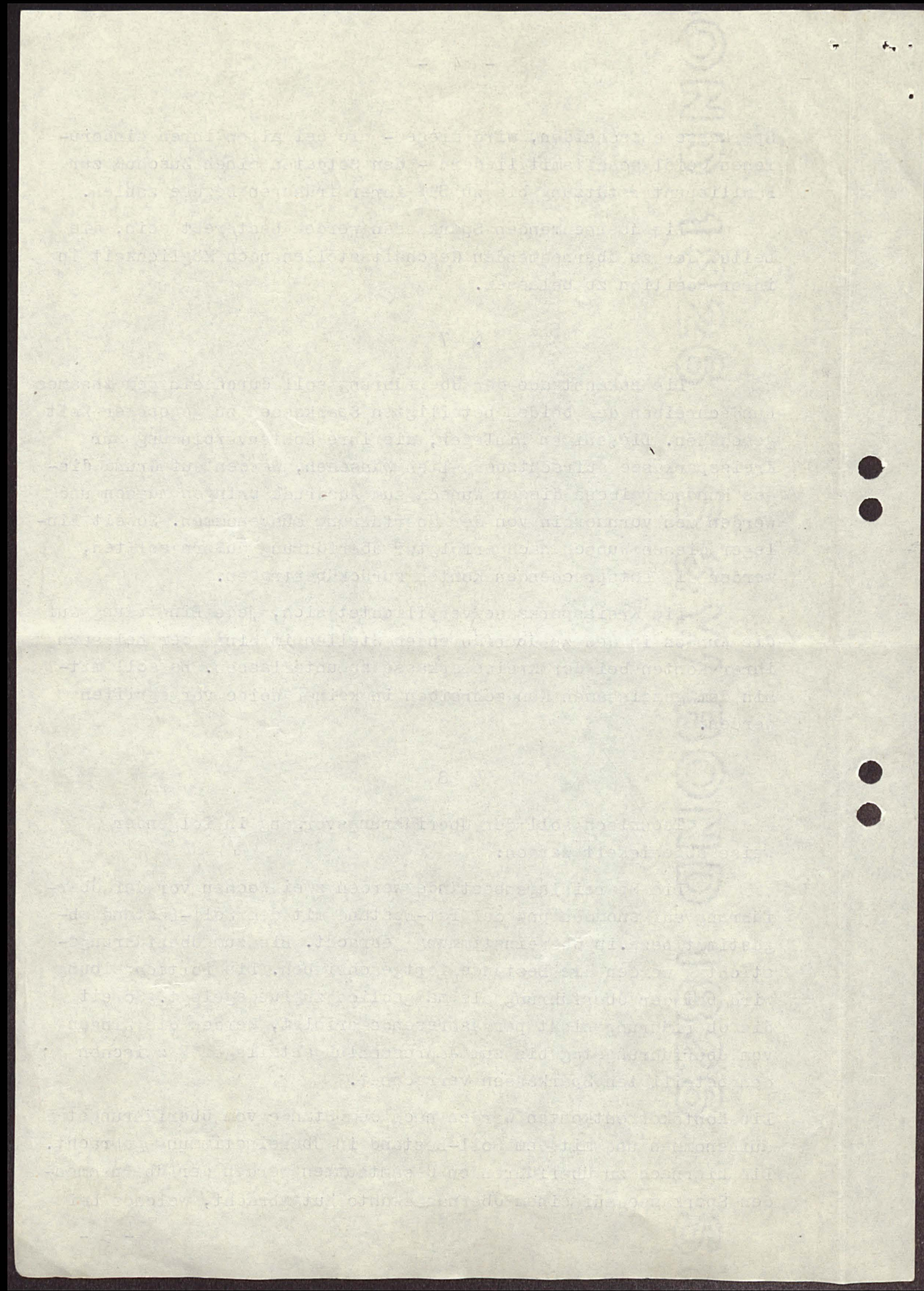
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

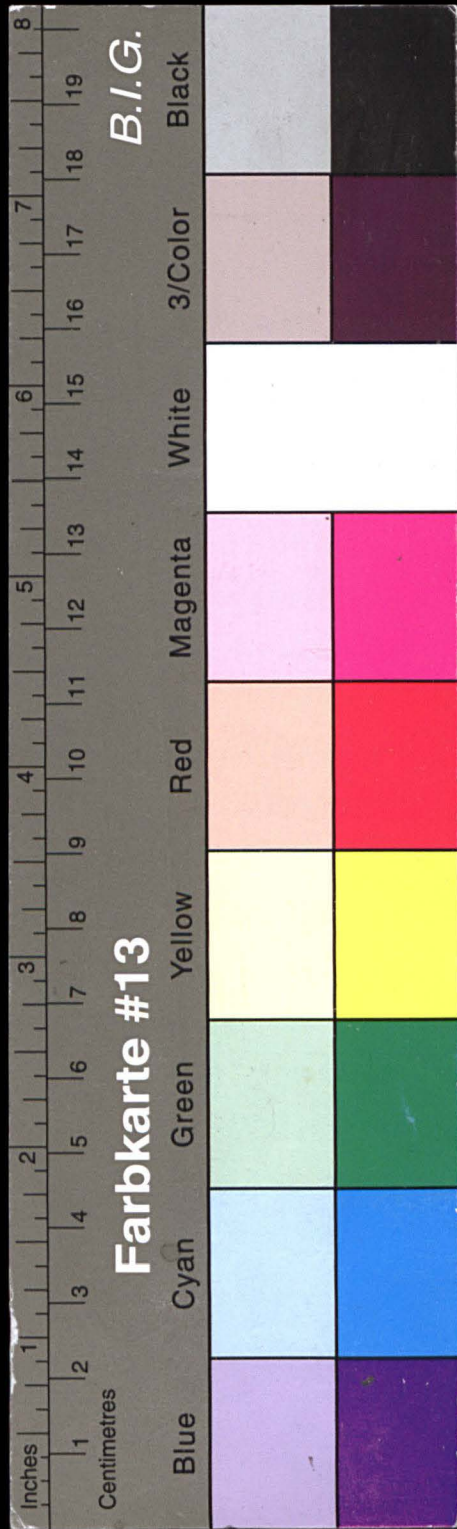


der Kreissparkasse für die übernehmende Sparkasse geführt wird. Über dieses Konto werden auch eventuelle Rückübertragungen von Einlagen (siehe § 7) verbucht. Neben dem Übernahmekonto wird für jede der übernehmenden Sparkassen ein Verrechnungskonto geführt, über das diejenigen Buchungsvorgänge geleitet werden, die die in- zwischen übertragenen Konten betreffen. Das Verrechnungskonto wird zinslos geführt und von Zeit zu Zeit nach Anweisung der über- nehmenden Sparkassen ausgeglichen.

Aus dem Übernahmekonto ist der Betrag erkennbar, den die Kreissparkasse der übernehmenden Sparkasse schuldet. Der Betrag ist auszugleichen durch Überführung von Aktiven in entsprechender Höhe, wobei Einigkeit darüber besteht, daß zum Ausgleich übertra- gene Wertpapiere zum jeweiligen Kurswert abgerechnet werden, so- weit er den Nennwert nicht übersteigt. Über dieses Konto werden auch die Gegenwerte für übernommene Einrichtungen und Maschinen sowie für überführten Grundbesitz und sonstige Aktiva und Passiva verrechnet. Es besteht Einigkeit darüber, daß diejenigen Darlehen und Kredite, welche im Zeitpunkt der Übernahme bestehen, von der übernehmenden Sparkasse übernommen werden, soweit nicht der Wunsch des Kunden der Übernahme entgegensteht. Ebenso sollen alle Hypo- thekendarlehen, die auf Grundstücken bestehen, die in den Zustän- digkeitsbereich der übernommenen Geschäftsstelle fallen, übertragen werden, soweit nicht der Wunsch des Darlehensnehmers entgegensteht. Durch ein gemeinsames Rundschreiben der beiden beteiligten Spar- kassen wird die Überführung an die Darlehens- und Kreditnehmer sowie an die Hypothekenschuldner bekanntgegeben werden. Im Zusam- menhang mit der Übertragung der Forderungen sind auch die gestell- ten Sicherheiten zu übertragen. Der auf dem Übernahmekonto dann verbleibende Saldo ist in bar auszugleichen. Der Ausgleich des Übernahmekontos soll innerhalb von 3 Monaten nach erfolgter Über- führung durchgeführt sein. Bis zum Ausgleich ist das Konto von der Kreissparkasse mit 3% p.a. zu verzinsen.

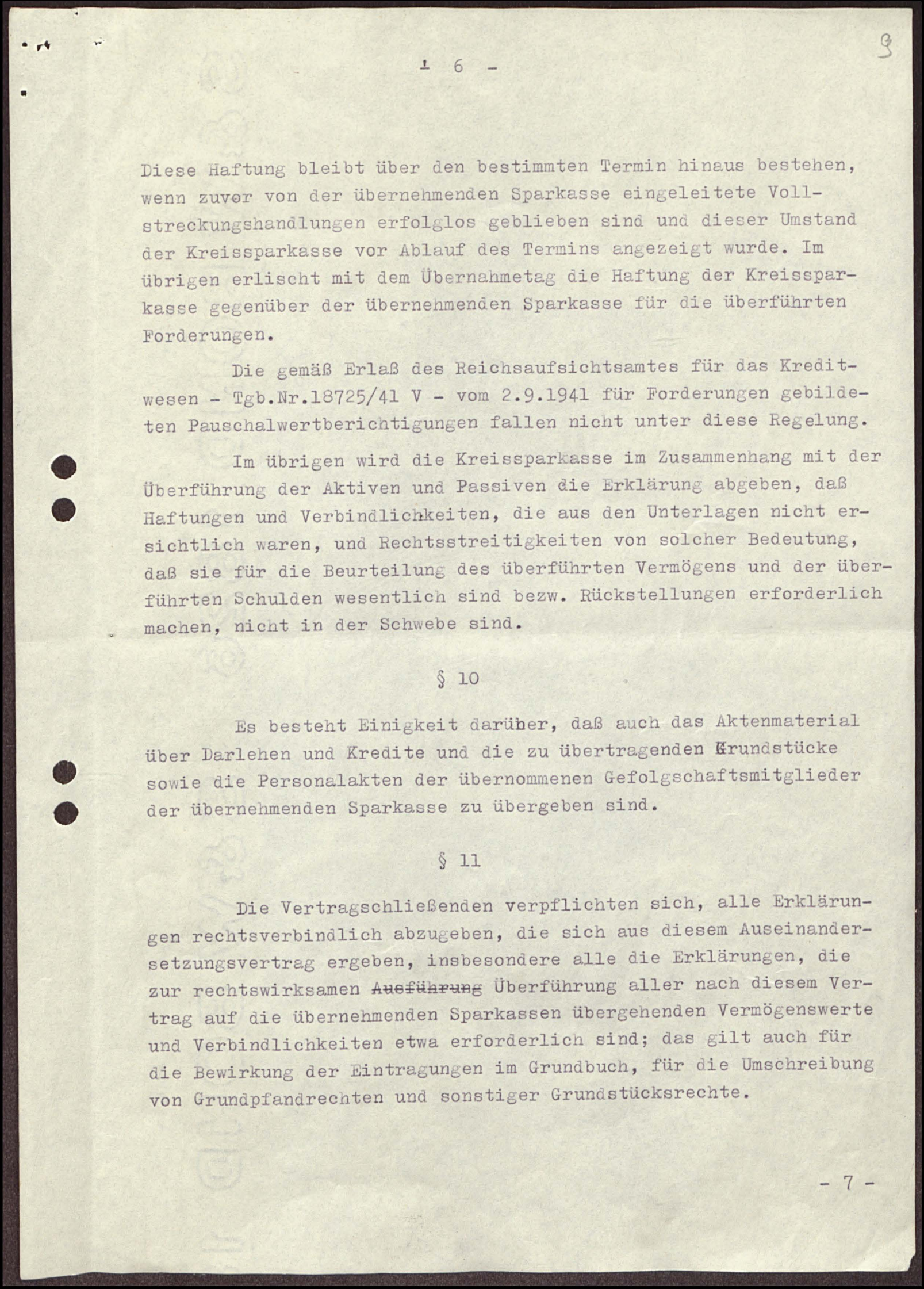
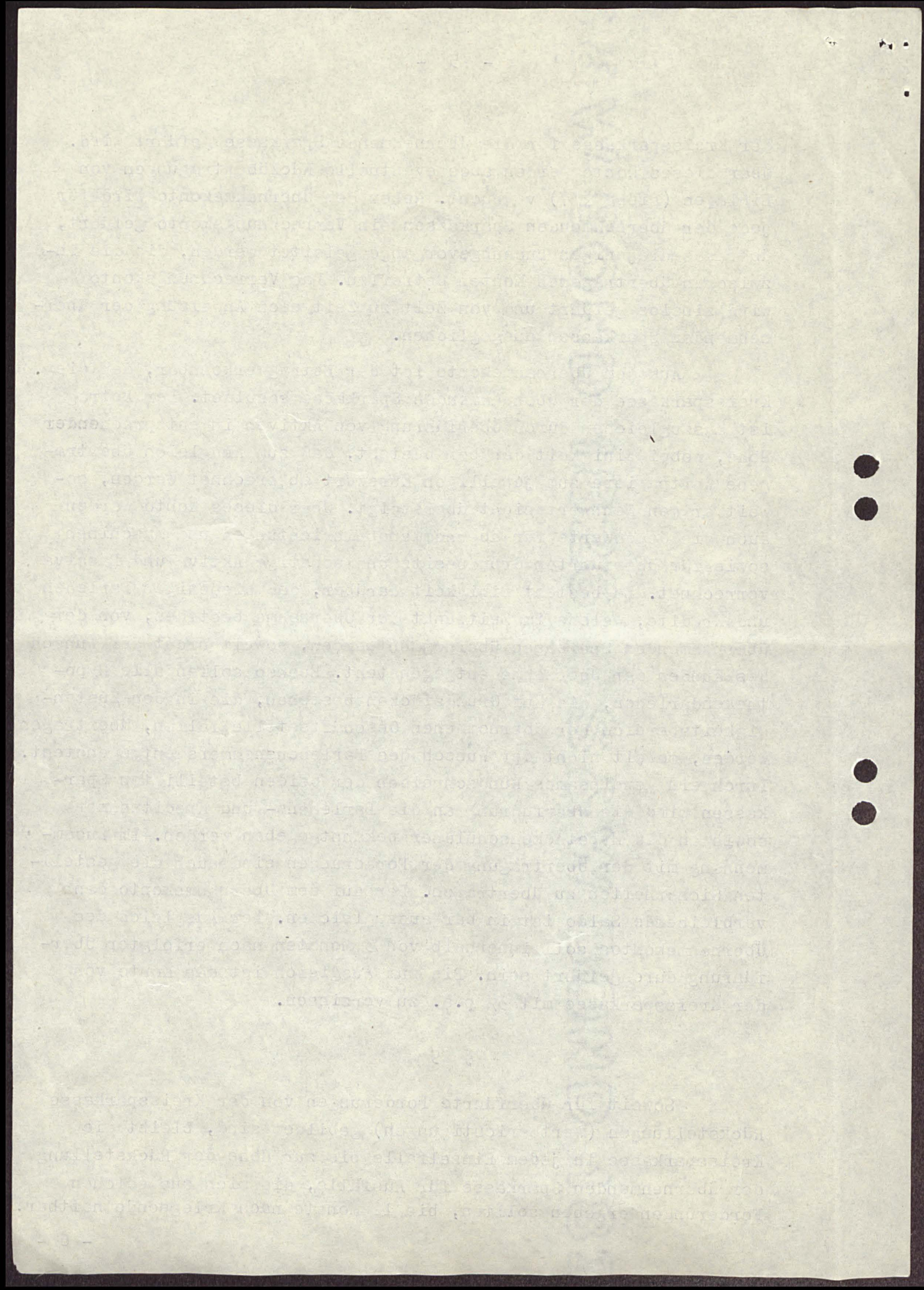
§ 9

Soweit für überführte Forderungen von der Kreissparkasse Rückstellungen (Wertberichtigungen) gebildet sind, bleibt die Kreissparkasse in jedem Einzelfalle bis zur Höhe der Rückstellung der übernehmenden Sparkasse für Ausfälle, die sich aus solchen Forderungen ergeben sollten, bis 12 Monate nach Kriegsende haftbar.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Diese Haftung bleibt über den bestimmten Termin hinaus bestehen, wenn zuvor von der übernehmenden Sparkasse eingeleitete Vollstreckungshandlungen erfolglos geblieben sind und dieser Umstand der Kreissparkasse vor Ablauf des Termins angezeigt wurde. Im übrigen erlischt mit dem Übernahmetag die Haftung der Kreissparkasse gegenüber der übernehmenden Sparkasse für die überführten Forderungen.

Die gemäß Erlass des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen - Tgb.Nr.18725/41 V - vom 2.9.1941 für Forderungen gebildeten Pauschalwertberichtigungen fallen nicht unter diese Regelung.

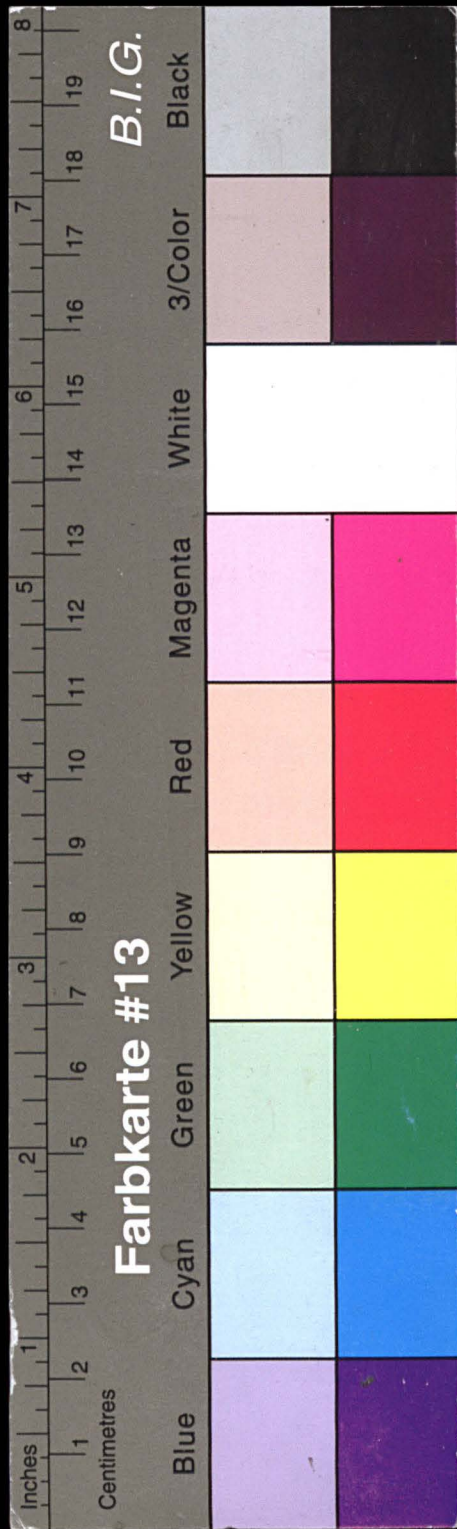
Im übrigen wird die Kreissparkasse im Zusammenhang mit der Überführung der Aktiven und Passiven die Erklärung abgeben, daß Haftungen und Verbindlichkeiten, die aus den Unterlagen nicht ersichtlich waren, und Rechtsstreitigkeiten von solcher Bedeutung, daß sie für die Beurteilung des überführten Vermögens und der überführten Schulden wesentlich sind bzw. Rückstellungen erforderlich machen, nicht in der Schwebe sind.

§ 10

Es besteht Einigkeit darüber, daß auch das Aktenmaterial über Darlehen und Kredite und die zu übertragenden Grundstücke sowie die Personalakten der übernommenen Gefolgschaftsmitglieder der übernehmenden Sparkasse zu übergeben sind.

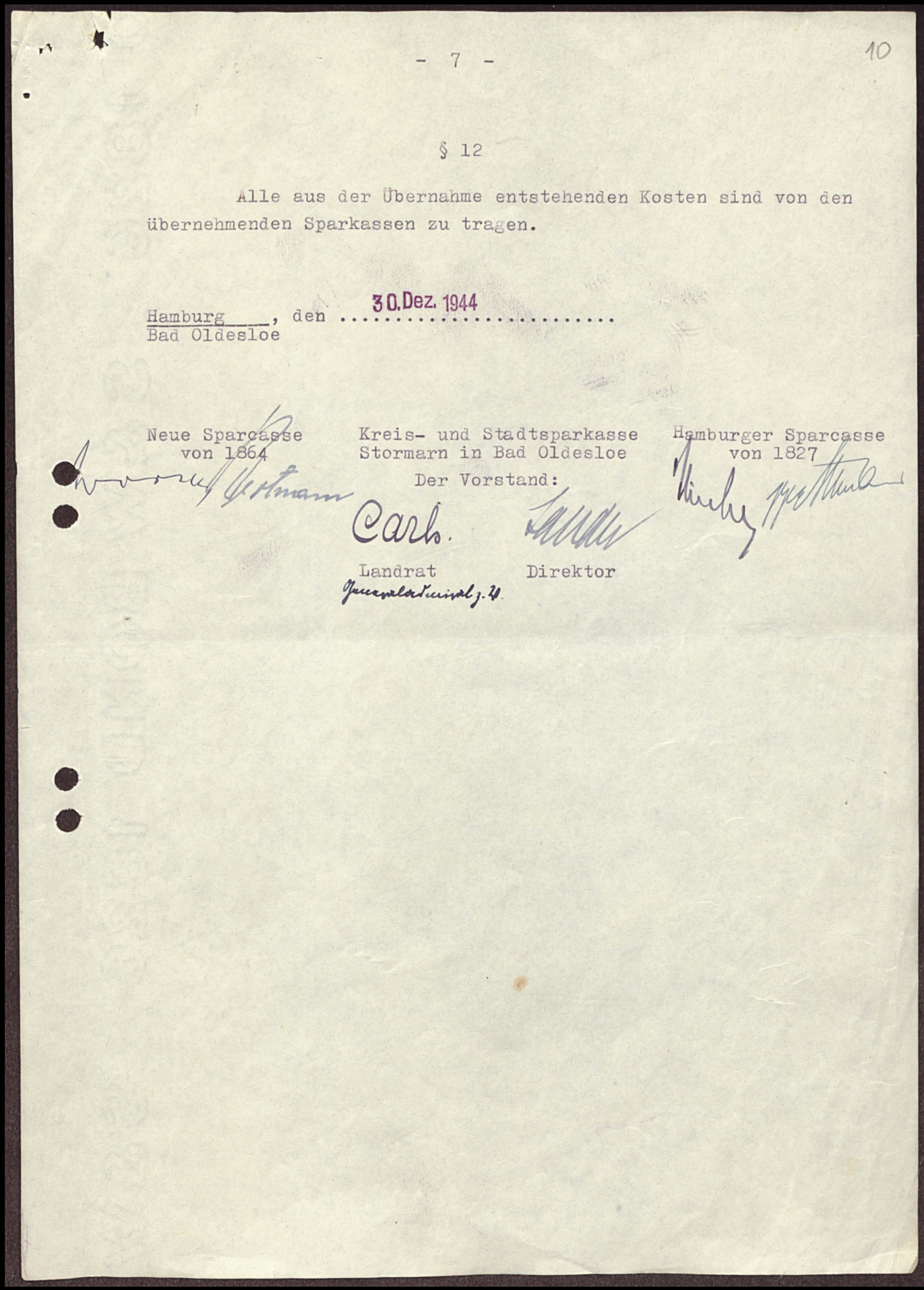
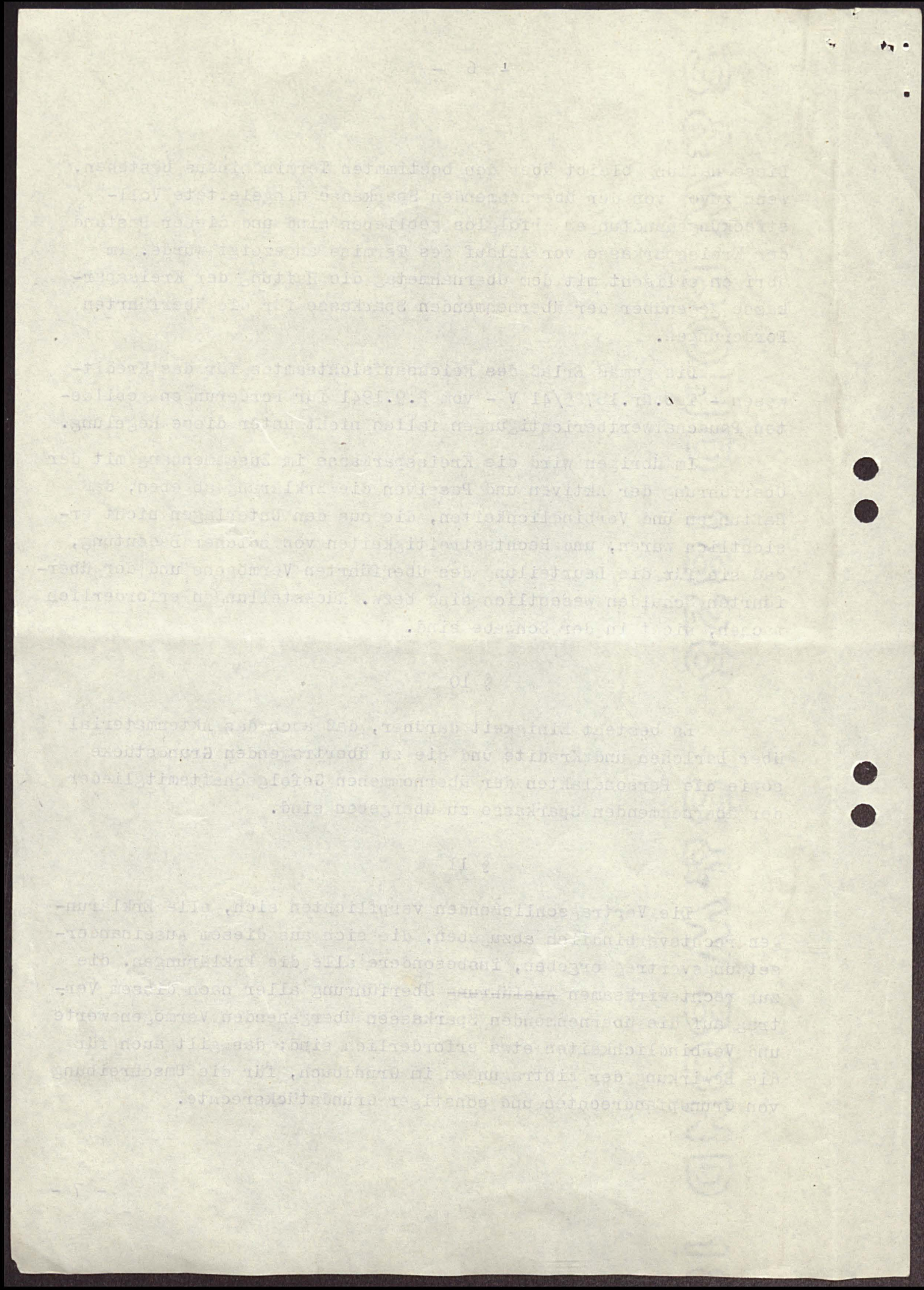
§ 11

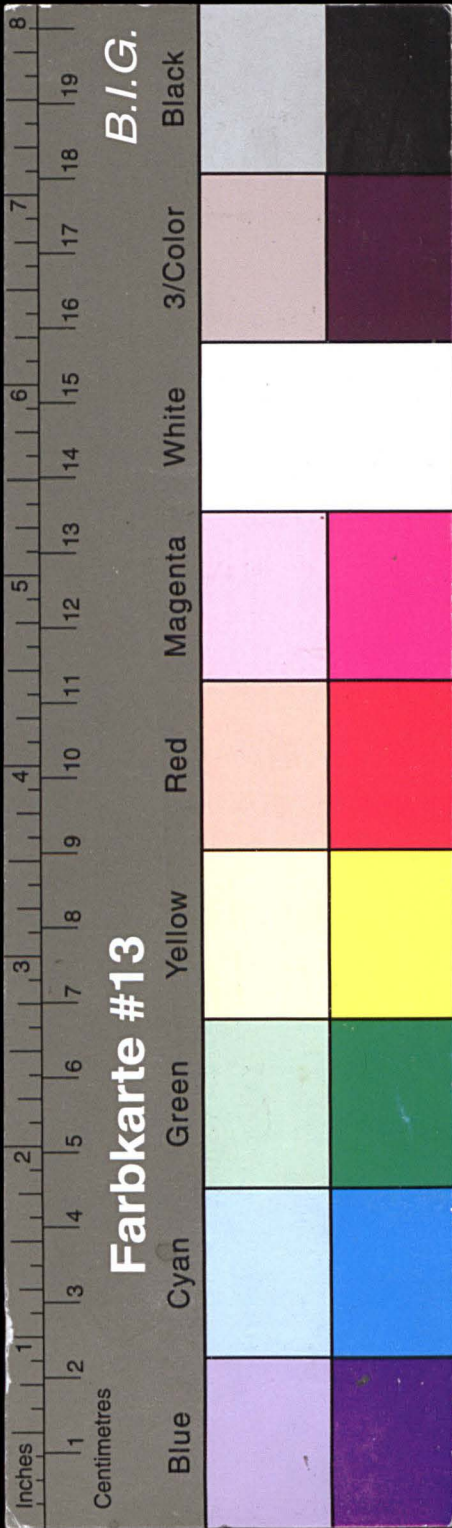
Die Vertragsschließenden verpflichten sich, alle Erklärungen rechtsverbindlich abzugeben, die sich aus diesem Auseinandersetzungsvertrag ergeben, insbesondere alle die Erklärungen, die zur rechtswirksamen Ausführung Überführung aller nach diesem Vertrag auf die übernehmenden Sparkassen übergehenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten etwa erforderlich sind; das gilt auch für die Bewirkung der Eintragungen im Grundbuch, für die Umschreibung von Grundpfandrechten und sonstiger Grundstücksrechte.



Kreisarchiv Stormarn E103

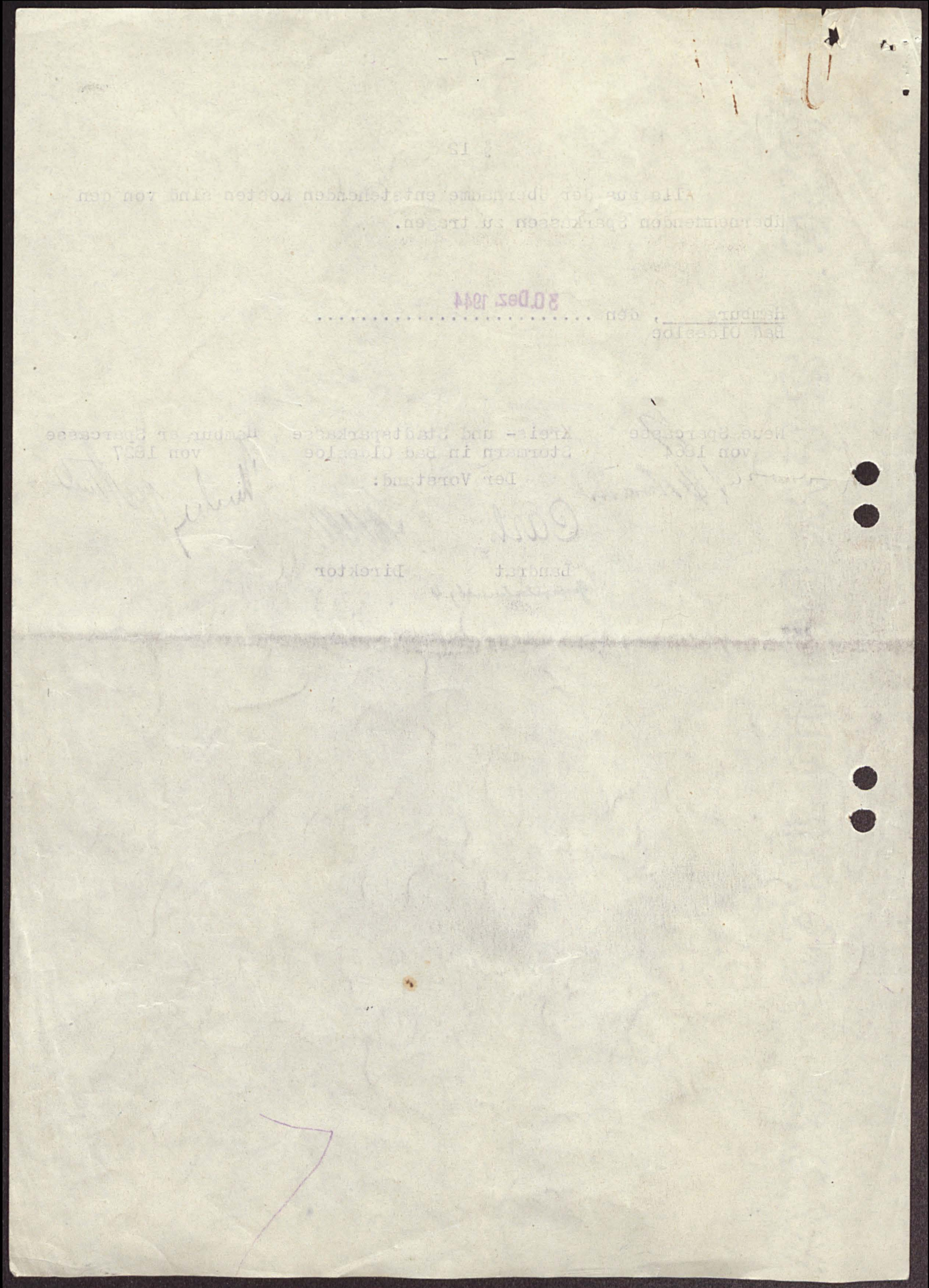
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



11

II ZR 21/56

Verkündet
am 10. März 1958
Braun, Justizobersekretär,
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

Im Namen des Volkes

In dem Rechtsstreit

der Kreissparkasse Stormarn, vertreten durch ihren
Vorstand:

1. Landrat von der Groeben (Vorsitzender) in Bad
Oldesloe, Grabauerstr. 15,
2. Bürgermeister Hermann Barth in Bad Oldesloe,
Am Markt 5,
3. Kaufmann Wilh. Heik in Bad Oldesloe, Hagenstr. 1,
4. Kaufmann Ernst Springer in Bad Oldesloe, Mühlenstr. 16,
5. Angestellter Arthur Lamprecht in Reinbek, Kreutzkamp 65,
6. Kaufmann Oswald Zeutschel in Schmalenbek, Sieker-
landstraße 231,
7. Kaufmann Walter Wiede in Harksheide, Segeberger
Chaussee 87,
8. Kaufmann Paul Manthey in Trittau, Im Raum 4,
9. Viehhändler Hans Vagt in Reinfeld, Am Zuschlag 33,
10. Kaufmann Ernst Koch in Ahrensburg, Hermann-Löns-
Str. 26,

Beklagten und Revisionsklägerin,
- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Prof. Dr. Möhring-

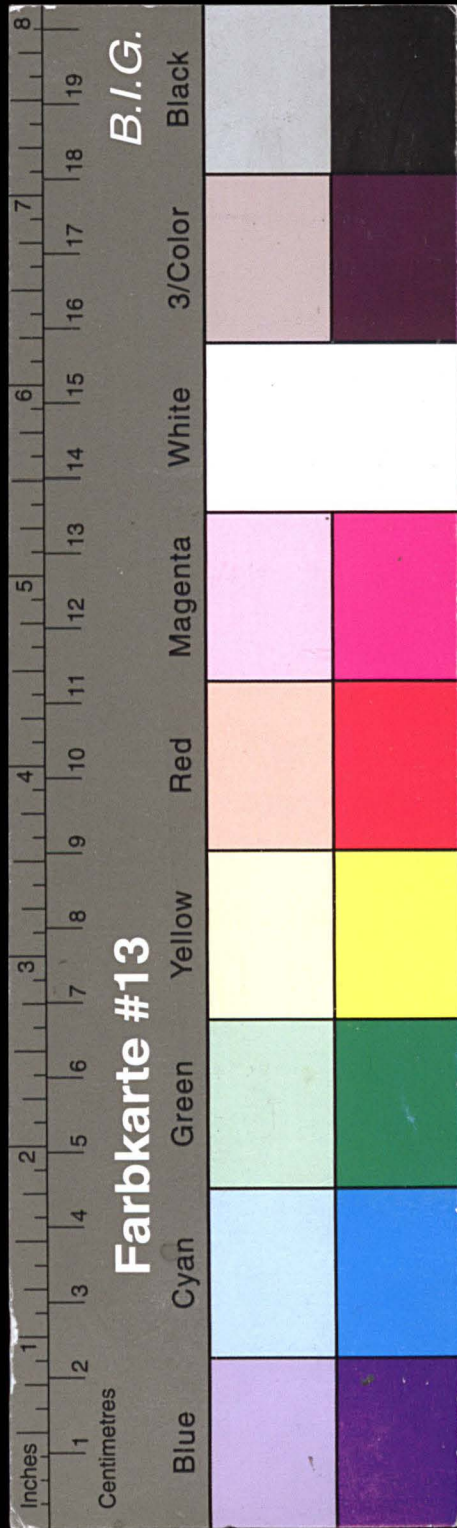
gegen

die Neue Sparcasse von 1864, vertreten durch ihre
Direktoren Alfred Buckert und Karl Müller in Hamburg 1,
Ferdinandstr. 5,

Klägerin und Revisionsbeklagte,
- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Prof. Dr. Conrad-

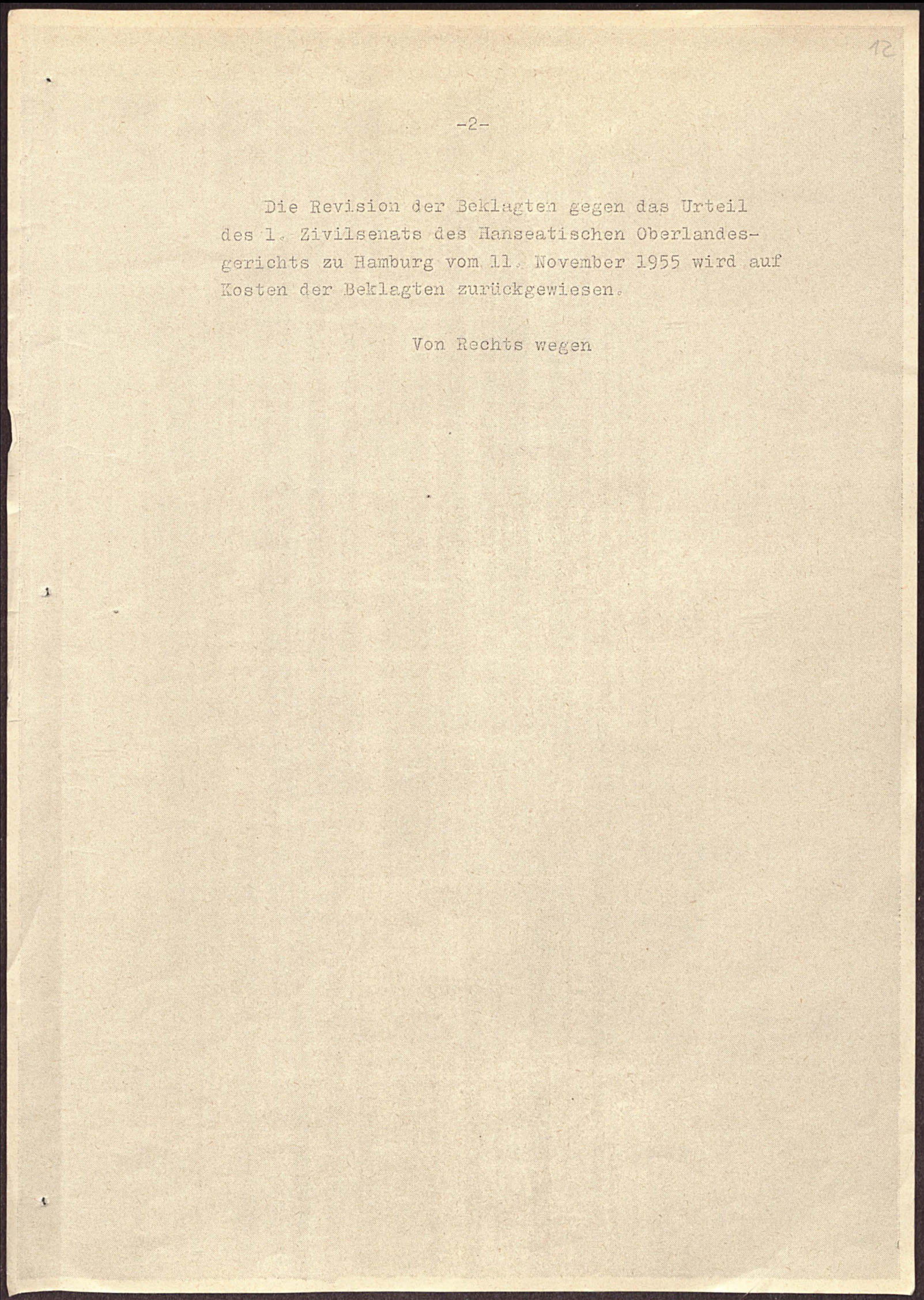
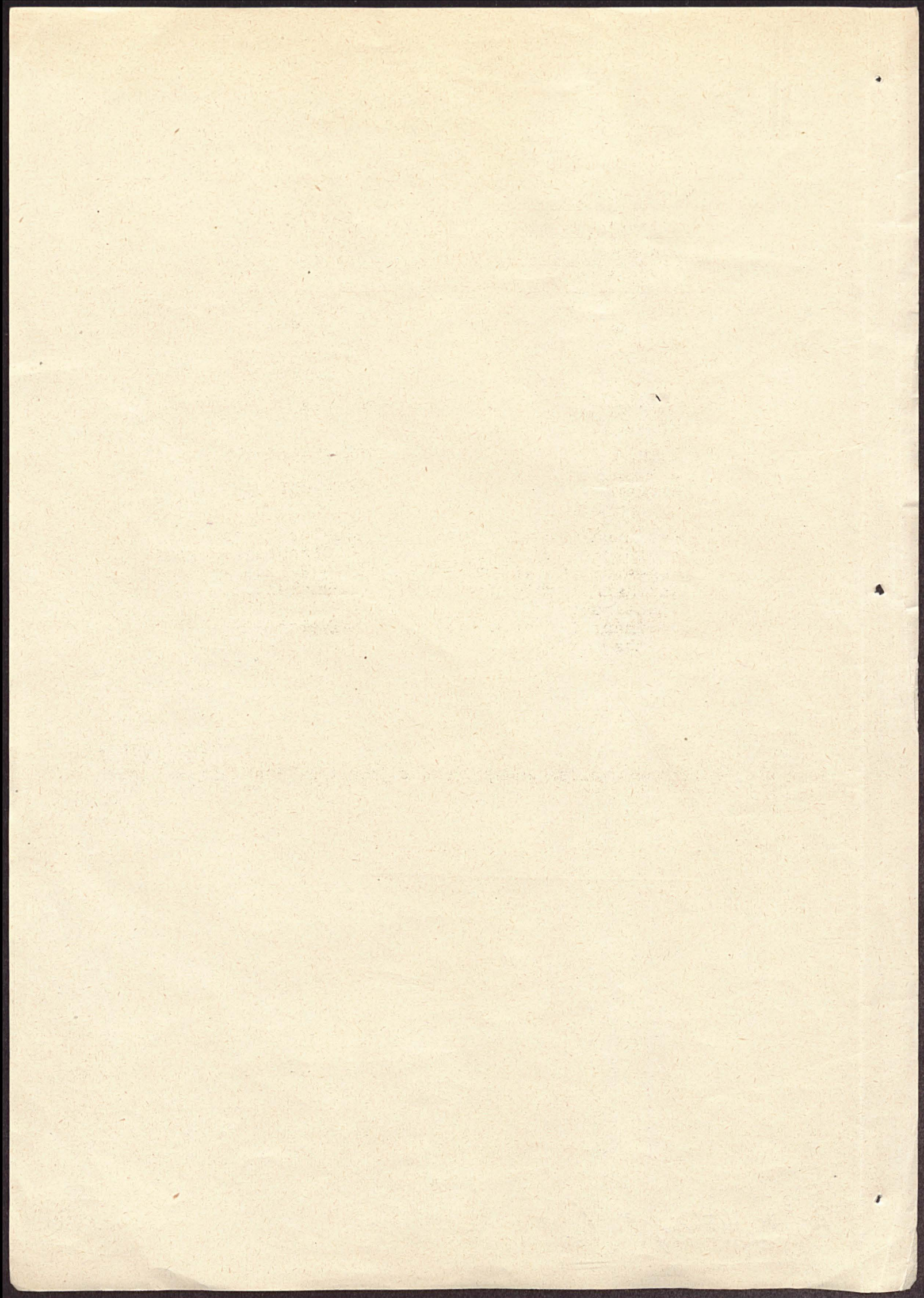
hat der II. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs auf die münd-
liche Verhandlung vom 10. März 1958 unter Mitwirkung des
Senatspräsidenten Dr. Nastelski und der Bundesrichter
Dr. Fischer, Dr. Haager, Liesecke und Dr. Reinicke
für Recht erkannt:

Herrn Rechtsanwalt
Prof. Dr. Möhring



Kreisarchiv Stormarn E103

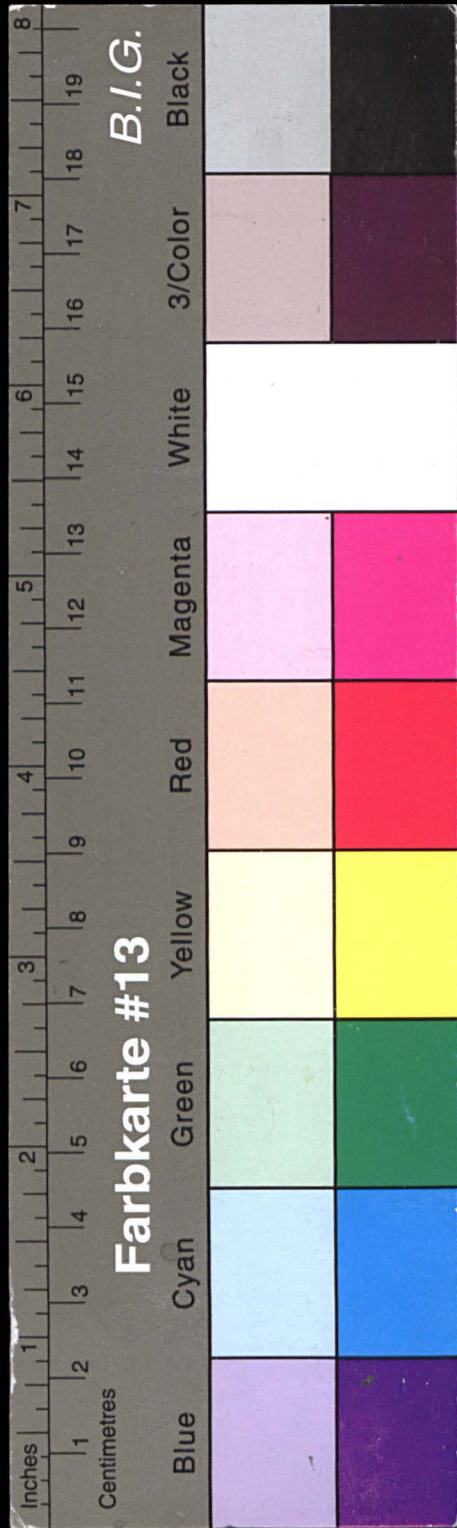
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



-2-

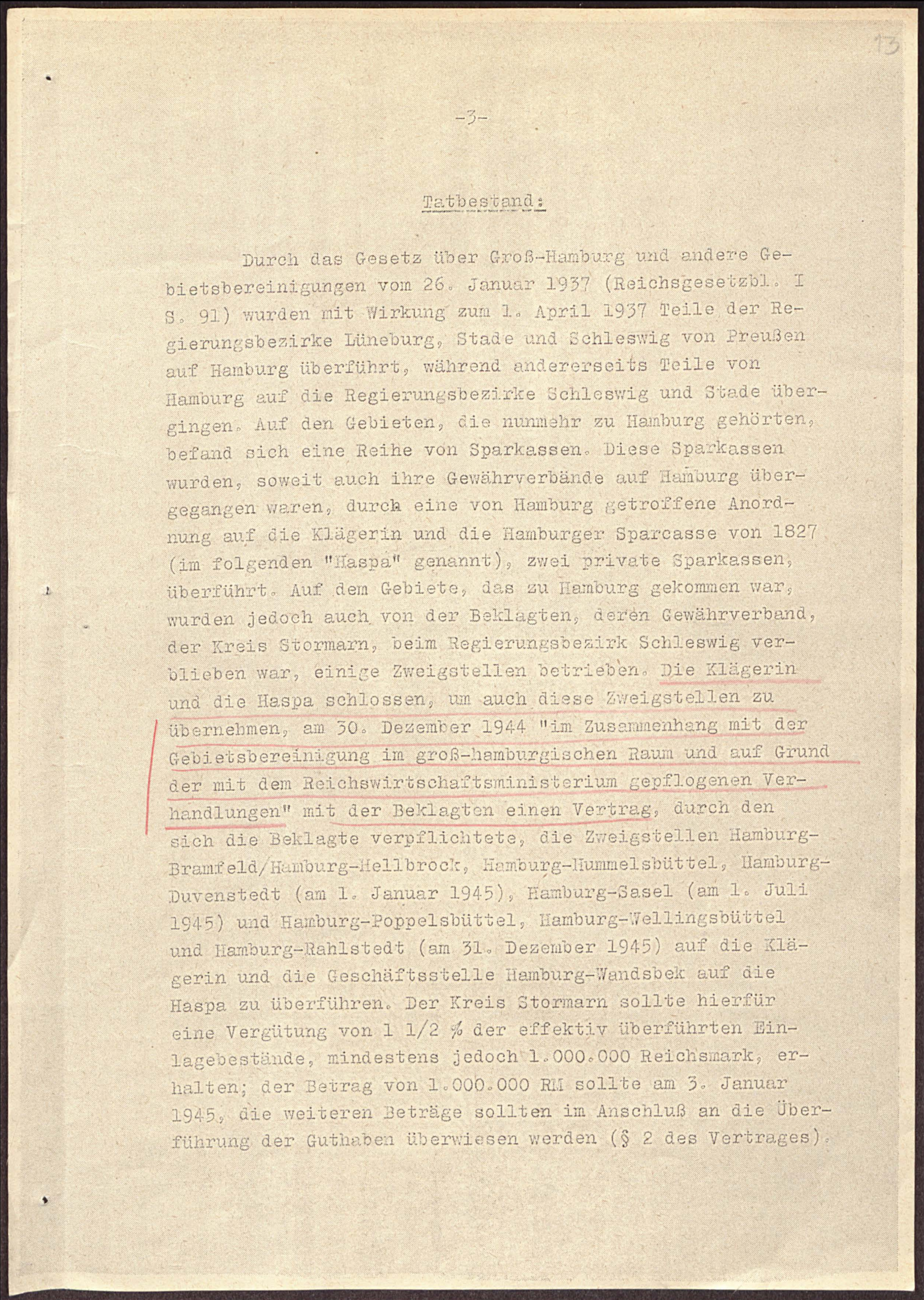
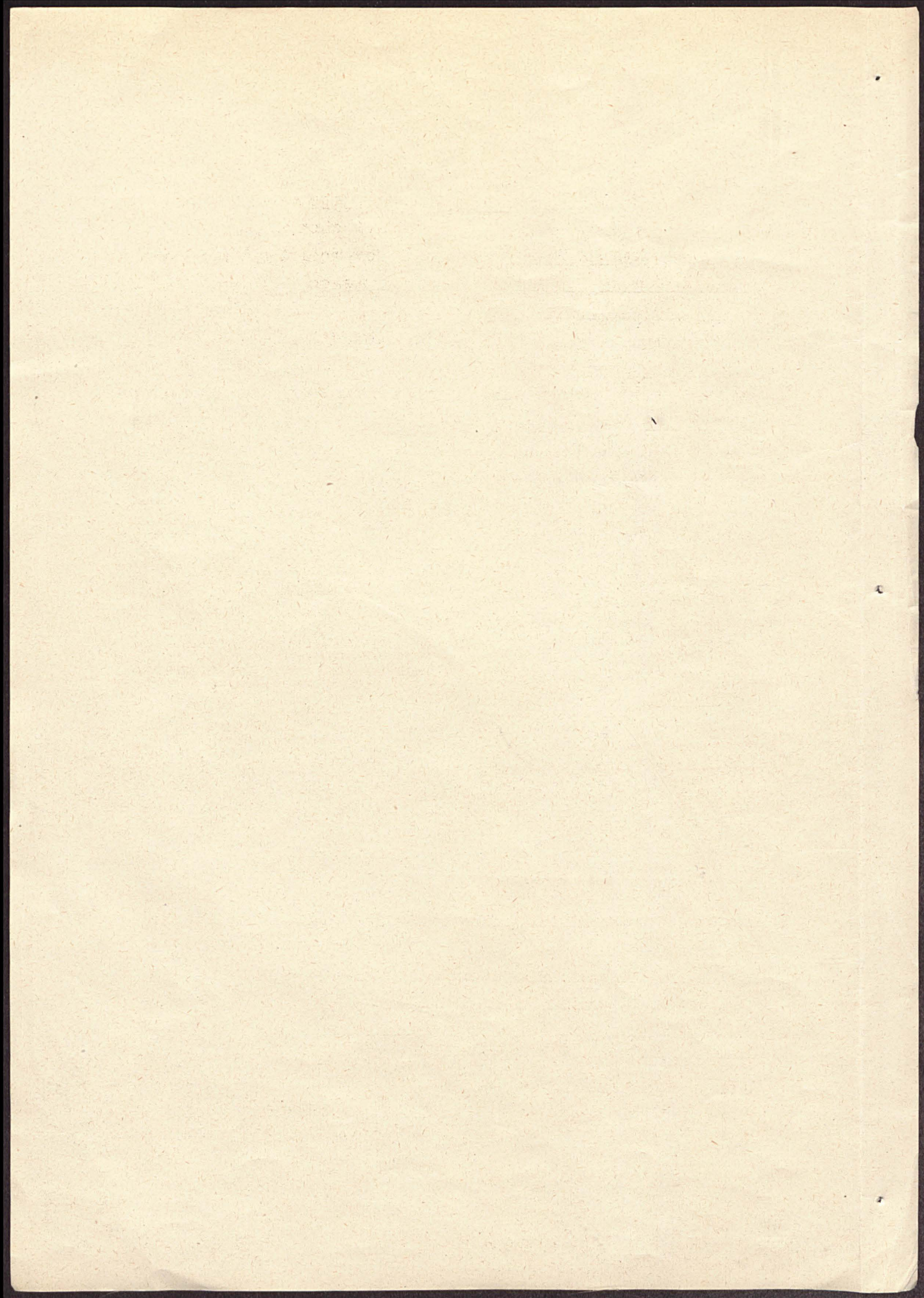
Die Revision der Beklagten gegen das Urteil
des 1. Zivilsenats des Hanseatischen Oberlandes-
gerichts zu Hamburg vom 11. November 1955 wird auf
Kosten der Beklagten zurückgewiesen.

Von Rechts wegen



Kreisarchiv Stormarn E103

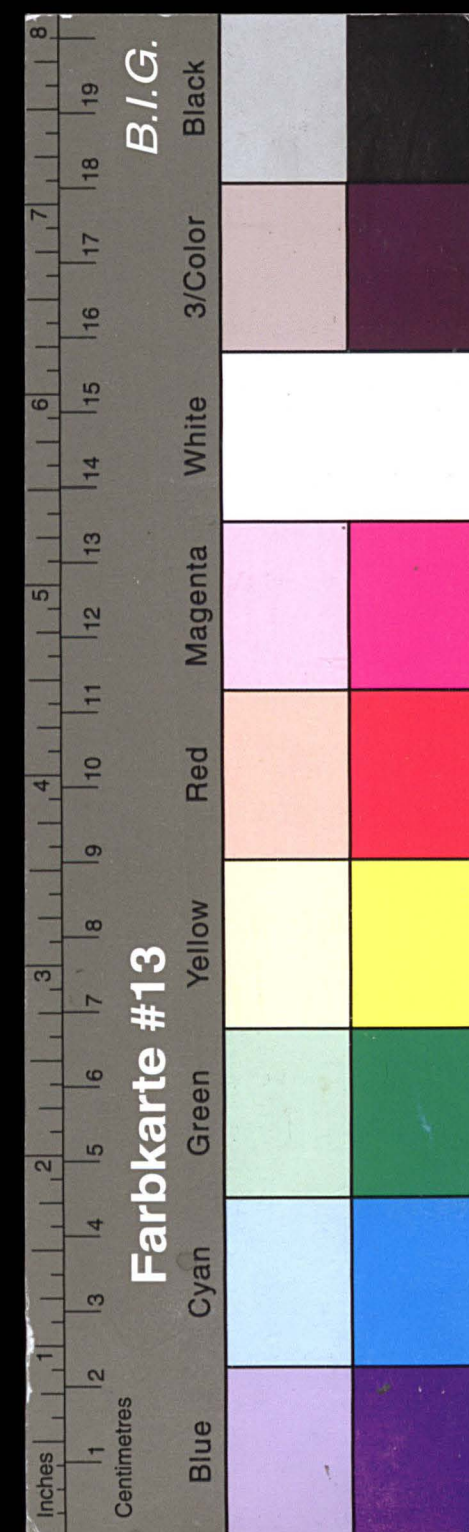
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



-3-

Tatbestand:

Durch das Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen vom 26. Januar 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 91) wurden mit Wirkung zum 1. April 1937 Teile der Regierungsbezirke Lüneburg, Stade und Schleswig von Preußen auf Hamburg überführt, während andererseits Teile von Hamburg auf die Regierungsbezirke Schleswig und Stade übergingen. Auf den Gebieten, die nunmehr zu Hamburg gehörten, befand sich eine Reihe von Sparkassen. Diese Sparkassen wurden, soweit auch ihre Gewährverbände auf Hamburg übergegangen waren, durch eine von Hamburg getroffene Anordnung auf die Klägerin und die Hamburger Sparcasse von 1827 (im folgenden "Haspa" genannt), zwei private Sparkassen, überführt. Auf dem Gebiete, das zu Hamburg gekommen war, wurden jedoch auch von der Beklagten, deren Gewährverband, der Kreis Stormarn, beim Regierungsbezirk Schleswig verblieben war, einige Zweigstellen betrieben. Die Klägerin und die Haspa schlossen, um auch diese Zweigstellen zu übernehmen, am 30. Dezember 1944 "im Zusammenhang mit der Gebietsbereinigung im groß-hamburgischen Raum und auf Grund der mit dem Reichswirtschaftsministerium gepflogenen Verhandlungen" mit der Beklagten einen Vertrag, durch den sich die Beklagte verpflichtete, die Zweigstellen Hamburg-Bramfeld/Hamburg-Hellbrock, Hamburg-Hummelsbüttel, Hamburg-Duvenstedt (am 1. Januar 1945), Hamburg-Sasel (am 1. Juli 1945) und Hamburg-Poppelsbüttel, Hamburg-Wellingsbüttel und Hamburg-Rahlstedt (am 31. Dezember 1945) auf die Klägerin und die Geschäftsstelle Hamburg-Wandsbek auf die Haspa zu überführen. Der Kreis Stormarn sollte hierfür eine Vergütung von 1 1/2 % der effektiv überführten Einlagebestände, mindestens jedoch 1.000.000 Reichsmark, erhalten; der Betrag von 1.000.000 RM sollte am 3. Januar 1945, die weiteren Beträge sollten im Anschluß an die Überführung der Guthaben überwiesen werden (§ 2 des Vertrages).



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

-4-

Der Vertrag enthielt weiter eine Reihe von Bestimmungen, die die Einzelheiten der Überführung regelten (§§ 3 bis 12 des Vertrages). Dieser Vertrag, der von der Aufsichtsbehörde der Klägerin genehmigt worden ist, wurde auf seiten der Beklagten von dem Vorsitzenden des Vorstandes und von dem Sparkassenleiter am 6. Februar 1945 unterschrieben. Die Klägerin und die Haspa überwiesen dem Kreis Stormarn am 3. Januar 1945 1.000.000 RM. Die Beklagte überführte die Zweigstellen Hamburg-Bramfeld /Hellbrock, Hamburg-Hummelsbüttel und Hamburg-Duvenstedt, wie es im Vertrage vorgesehen war, zum 1. Januar 1945 auf die Klägerin.

Nach dem Zusammenbruch weigerte sich die Beklagte, den Vertrag weiterhin zu erfüllen. Die Klägerin hat demgemäß beantragt, festzustellen, daß die Beklagte verpflichtet sei, ihre Geschäftsstellen Hamburg-Sasel, Hamburg-Poppenbüttel, Hamburg-Wellingsbüttel und Hamburg-Rahlstedt nach Maßgabe der Bestimmungen des zwischen den Parteien am 30. Dezember 1944 abgeschlossenen Vertrages auf die Klägerin zu übertragen. Die Beklagte hat um Klageabweisung gebeten. Sie hält die Feststellungsklage für unzulässig und den Vertrag für nichtig, weil er nicht gestempelt oder gesiegelt, nicht gerichtlich oder notariell beurkundet und von ihrer Aufsichtsbehörde, dem Regierungspräsidenten in Schleswig, nicht genehmigt worden sei. Sie ist weiter der Ansicht, der Vertrag sei unwirksam, weil er gegen die guten Sitten verstoße, und von ihr, der Beklagten, wegen widerrechtlicher Drohung angefochten sei. Schließlich meint die Beklagte, mit der Kapitulation und der Währungsreform sei auch die Geschäftsgrundlage des Vertrages weggefallen.

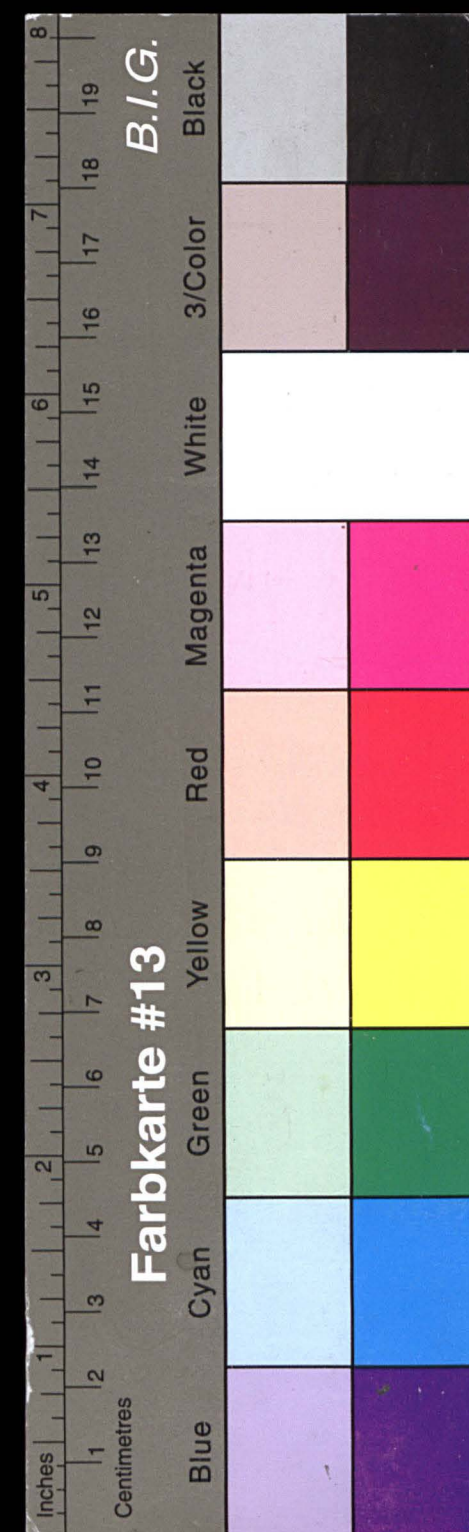
Das Landgericht hat der Klage im wesentlichen stattgegeben, das Berufungsgericht hat die Berufung zu-

-5-

rückgewiesen. Mit der Revision verfolgt die Beklagte ihr Klagebegehren weiter. Die Klägerin bittet um Zurückweisung der Revision.

Entscheidungsgründe:

I. 1. Die Revision beanstandet die Auffassung des Berufungsgerichts, die Feststellungsklage sei zulässig. Sie ist der Ansicht, es fehle an einem Feststellungsinteresse, weil die Klägerin die Leistungsklage erheben könne. Diese Rüge der Revision ist unbegründet. Wie der erkennende Senat in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts (RGZ 129, 34; 152, 196; HRR 1931 Nr. 1963; 1936 Nr. 388; JW 1936, 3181) und dem Schrifttum (Stein-Jonas-Schönke ZPO 16. Aufl. § 256 Anm. III 5) bereits früher (BGHZ 2, 250 ff, 253) entschieden hat, ist das Interesse an der Erhebung einer Feststellungsklage nicht stets zu verneinen, wenn eine Leistungsklage erhoben werden kann. Es kommt vielmehr darauf an, ob im einzelnen Fall Gründe der Prozeßwirtschaftlichkeit und der Vereinfachung des Verfahrens die Erhebung der Feststellungsklage rechtfertigen; überall dort, wo die Durchführung eines Feststellungsverfahrens nach den Besonderheiten des Falles zu einer prozeßwirtschaftlich sinnvollen Entscheidung der zwischen den Parteien bestehenden Streitigkeiten führt, bestehen gegen die Zulässigkeit eines Feststellungsverfahrens keine prozessualen Bedenken. Diese Voraussetzungen sind, wie das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat, im vorliegenden Fall gegeben. Der Klägerin steht, wenn der Vertrag vom 30. Dezember 1944 rechtswirksam ist, nicht ein einzelner Anspruch zu, den sie mit einer Leistungsklage abschließend durchsetzen könnte. Die Klägerin müßte vielmehr, wie das Landgericht, auf dessen Entscheidung sich das Berufungsurteil bezogen hat, dargelegt hat,



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

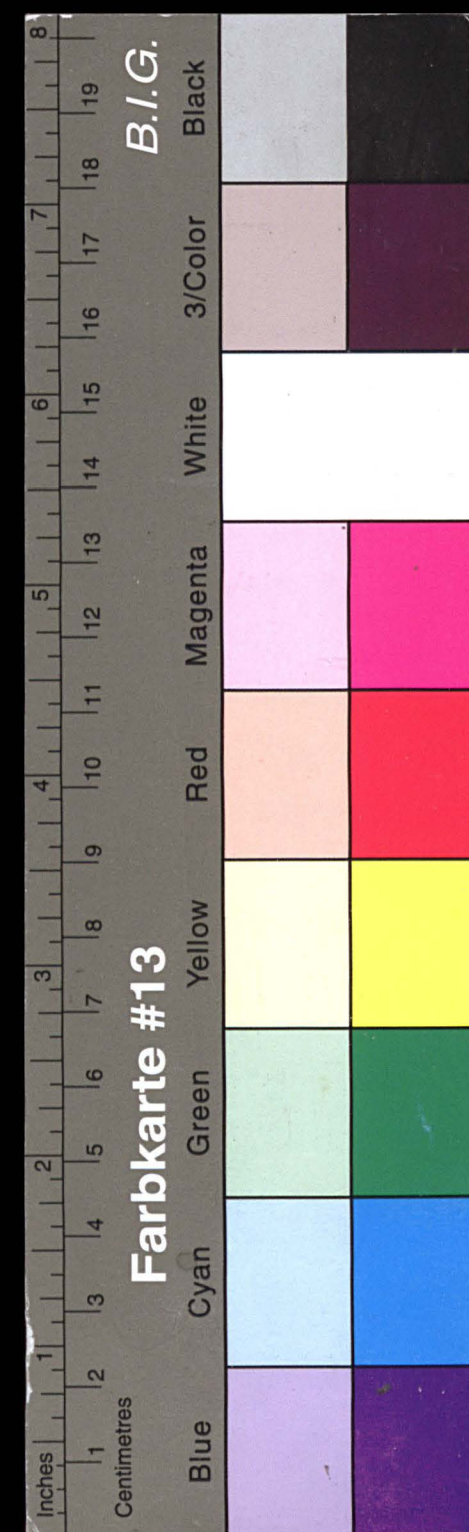
-6-

eine Vielzahl von Leistungsklagen erheben, um die Überführung der Zweigstellen bewirken zu können, wie sie in den §§ 1 - 12 des Vertrages vom 30. Dezember 1944 im einzelnen festgelegt ist; in vielen Fällen müßte die Klägerin auch noch zunächst auf Auskunftserteilung klagen. In den einzelnen Verfahren würden Schwierigkeiten und Streitpunkte auftauchen, die über die Grundfrage, ob der Vertrag wirksam sei, hinausgehen. Über diese Fragen werden die Parteien aber voraussichtlich, wenn einmal der Streit über die Gültigkeit des Vertrages entschieden ist, eine Einigung erzielen. Mit Recht hat das Berufungsgericht dargelegt, es seien nicht so sehr Einzelpunkte der Art und des Umfangs weiterer Durchführungs- und Übergabeakten, die den Kern des Streites zwischen den Parteien ausmachen, als vielmehr die Frage, ob der Vertrag überhaupt wirksam sei. Das Berufungsgericht hat zwar ausgeführt, auch nach der Entscheidung über die Feststellungsklage könne möglicherweise noch eine Klage auf Verurteilung zur Bewirkung der einen oder anderen dem Abkommen entsprechenden Einzelleistung erforderlich werden. Diese Erwägung schließt aber, entgegen der Auffassung der Revision, nicht die Zulässigkeit der Feststellungsklage aus. Selbst wenn noch der eine oder andere Streit durch ein Leistungsurteil zu entscheiden wäre, so werden doch die meisten Ansprüche, die die Klägerin ohne Erhebung der Feststellungsklage im Wege der Leistungsklage geltend machen müßte, durch die Feststellungsklage ohne erneuten Rechtsstreit ihre Erledigung finden. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, daß die Beklagte eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist und davon ausgegangen werden kann, daß sie zu einer sachlichen Mitarbeit an der Überführung der Zweigstellen bereit ist, wenn durch gerichtliche Entscheidung rechtskräftig festgestellt worden ist, daß sie verpflichtet ist, die Zweigstellen auf die Klägerin zu übertragen (vgl. Wieczorek, ZPO 1957 § 256 Anm. C II c 1, 2).

-7-

2. Die Revision ist der Auffassung, die Feststellungsklage sei auch aus einem anderen Grunde unzulässig. Das Berufungsurteil habe dahingestellt sein lassen, ob der Beklagten Ansprüche zuständen, die über die im Vertrage vom 30. Dezember 1944 bedungenen Gegenleistungen hinausgingen; es habe offengelassen, ob und wie die Gegenleistung der Beklagten auf Grund des § 242 BGB anders bemessen werden müsse als im Vertrage vorgesehen sei. Das Berufungsgericht wolle also, meint die Revision, den Vertrag vom 30. Dezember 1944 gemäß § 242 BGB ändern. Sei dies aber der Fall, dann sei das Feststellungsbegehren der Klägerin, die Beklagte müsse die Zweigstelle "nach Maßgabe der Bestimmungen des zwischen den Parteien am 30. Dezember 1944 abgeschlossenen Vertrages" übertragen, unbegründet. Sei aber der Antrag der Klägerin schon dann unbegründet, wenn die Beklagte nicht nach Maßgabe der unveränderten Vertragsbestimmungen, sondern gemäß einem abgeänderten Vertrage zur Übertragung der Zweigstelle verpflichtet sei, so habe dies prozessual zur Folge, daß die Feststellungsklage unzulässig sei; denn es bestehe jedenfalls kein Feststellungsinteresse an einer Klage, die nicht die Frage kläre, ob der Vertrag überhaupt wirksam sei.

Diese Rüge der Revision wird dem Berufungsurteil nicht gerecht. Das Berufungsurteil bringt mit den Ausführungen, auf die die Revision hinweist, lediglich zum Ausdruck, daß es nur über die Pflichten der Beklagten, daß es aber nicht über die Ansprüche der Beklagten aus dem Vertrage entscheide. Die Feststellung, die Beklagte sei nach Maßgabe der Bestimmungen des Vertrages vom 30. Dezember 1944 zur Überführung der Zweigstellen verpflichtet, berührt nicht die Frage, welche Gegenrechte der Beklagten aus dem Vertrage gegen die Klägerin zustehen.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

-8-

Das Berufungsgericht hat somit lediglich über die Pflichten der Beklagten, nicht über deren Rechte entschieden. Die Verpflichtung der Beklagten richtet sich grundsätzlich nach den unveränderten Bestimmungen des Vertrages vom 30. Dezember 1944. Die Verpflichtung der Beklagten kann sich nur insoweit gegenüber dem Vertrage geändert haben, als das Berufungsgericht diese Möglichkeit offengelassen hat. Dies ist, von der Verpflichtung zur Übertragung von Grundstücken und Grundstücksrechten abgesehen, ausschließlich insoweit der Fall, als es sich um die Zeitpunkte handelt, zu denen die Beklagte die Zweigstellen übertragen muß. Das Landgericht, dessen Ausführungen das Berufungsgericht beigetreten ist, hat mit der Feststellung, die Beklagte müsse die Zweigstellen nach Maßgabe der Vertragsbestimmungen vom 30. Dezember 1944 übertragen, nicht festgestellt, daß die Beklagte die Zweigstellen mit Wirkung vom 1. Juli und 31. Dezember 1945 zu übertragen habe; es hat vielmehr (Urteil des Landgerichts S. 30, 31) auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die dadurch entstehen, daß diese Zeitpunkte in der Vergangenheit liegen, und ausgeführt, die Beklagte habe auch behauptet, die Vertragserfüllung sei zum mindesten teilweise zunächst im beiderseitigen Einverständnis hinausgeschoben worden; auch wäre eine tatsächliche Übergabe technisch besser für einen zukünftigen Zeitpunkt durchführbar als fiktiv nach einem in der Vergangenheit liegenden Zeitpunkt. Daß das Berufungsgericht offengelassen hat, ob die Beklagte die Zweigstellen mit Wirkung vom 1. Juli und 31. Dezember 1945 oder möglicherweise zu späteren Zeitpunkten zu übertragen habe, schließt jedoch nicht das Interesse der Klägerin an der alsbaldigen Feststellung aus, daß der Beklagte verpflichtet ist, die Zweigstellen im übrigen nach den unveränderten Bedingungen des Vertrages vom 30. Dezember 1944 zu übertragen.

II Das Berufungsgericht hat ausgeführt, der vom Vorstandsvorsitzenden und Sparkassenleiter der Beklagten un-

-9-

terschriebene Vertrag hätte, um wirksam zu sein, mit dem Siegel oder Stempel der Beklagten versehen sein müssen. Die Beklagte könne sich jedoch nach Treu und Glauben nicht auf diesen Formmangel berufen.

1.) Die Revision rügt die Auffassung des Berufungsgerichts, die Beklagte dürfe sich nach Treu und Glauben nicht darauf berufen, daß der Vertrag nicht gesiegelt oder gestempelt worden sei. Die Revision ist der Ansicht, § 11 Abs. 1 Satz 2 der Satzung der Beklagten, der die Siegelung oder Stempelung von Urkunden vorsehe, enthalte nicht eine gewöhnliche Formvorschrift, sondern bestimme die Voraussetzungen der Vertretungsmacht des Vorstandsvorsitzenden und des Sparkassenleiters. Diese beiden Personen könnten die Beklagte nur vertreten, wenn der Vertrag, den sie im Namen der Beklagten schließen, im einzelnen Fall gesiegelt oder gestempelt werde. Fehle es am Siegel und Stempel, so handelten Vorstandsvorsitzender und Sparkassenleiter als Vertreter ohne Vertretungsmacht. In einem solchen Falle könne die Berufung der Beklagten auf die fehlende Siegelung und Stempelung nicht nach Treu und Glauben ausgeschlossen werden; Treu und Glauben könnten nicht eine fehlende Vertretungsmacht ersetzen.

Auch diese Revisionsrüge ist unbegründet. Die Frage, ob Formvorschriften, die in den Satzungen öffentlicher Körperschaften enthalten sind, gewöhnliche Formvorschriften sind oder ob sie auch oder ausschließlich die Vertretungsmacht der für die Körperschaft vorgesehenen Vertreter einschränken, ist umstritten. Das Reichsgericht (vgl. vor allem RGZ 146, 42 ff, 46; 157, 207 ff, 211) und, ihm folgend, der Bundesgerichtshof (vgl. insbesondere BGHZ 6, 330 ff, 333 und Lindenmaier-Möhring § 36 DGO Nr. 1) haben die Ansicht vertreten, gesetzliche Vorschriften, die in diesen Fällen für Willenserklärungen besondere Anforderungen aufstellten, seien nicht nur Formvorschriften, sondern



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

-10-

schränkten zum Schutze der Körperschaft gegen unbedachte und gefährdende Willenserklärungen die gesetzliche Vertretungsmacht der für die Körperschaft handelnden Personen ein. Die Urteile, in denen diese Rechtsansicht vertreten wird, und ebenso die Entscheidungen, auf die in diesen Urteilen Bezug genommen wird, betreffen aber nicht den Fall, daß der Formmangel ausschließlich in dem Fehlen des Siegels und Stempels bestanden hat. Sie haben vielmehr vor allem die Fälle zum Gegenstand, in denen nicht sämtliche Personen, die den Vertrag unterschreiben müssen, unterzeichnet haben, oder in denen eine erforderliche Genehmigung des Vertrages fehlt. In diesen Fällen ist die Sachlage aber eine andere als in dem Fall, in dem der Vertrag ausschließlich den Mangel aufweist, daß den Unterschriften der Unterschriftsberechtigten nicht der Siegel oder der Stempel der Körperschaft beigelegt ist. Fehlt den Unterschriften lediglich das Siegel oder der Stempel, so ist ausschließlich eine Formvorschrift verletzt (vgl. Hamel, DVBl 1955, 796 und Wild, NJW 1955, 693).

Die Berufung der Beklagten auf den Formmangel, auf den sie 6 Jahre nach Abschluß des Vertrages zum ersten Mal hingewiesen hat, verstößt auch, wie das Berufungsgericht entgegen der Auffassung der Revision zutreffend dargelegt hat, gegen Treu und Glauben. Das Berufungsgericht hat ausgeführt, es sei Sache der Beklagten gewesen, für die Einhaltung der Formvorschrift zu sorgen, die Klägerin habe erwarten können, daß die Beklagte die nach ihrer Satzung (nicht nach der Satzung der Klägerin) erforderliche Formvorschrift einhalten werde (RG JW 1936, 1826). Auch widerspreche die Geltendmachung des Formmangels dem früheren Verhalten der Beklagten. Die Beklagte habe keinen Vorbehalt gegen die Überweisung des Betrages von 1.000.000 RM erhoben und später auch keine Anstalten gemacht, diesen Betrag zurückzuzahlen. Sie habe in Erfüllung

-11-

des Vertrages drei ihrer Zweigstellen an die Klägerin übertragen, im Jahre 1947 das Grundstück, in dem die Zweigstelle Bramstedt betrieben werde, an die Klägerin aufgelassen und sei ihr noch im Jahre 1949 bei der Umschreibung des Grundstücks behilflich gewesen. Diese Ausführungen lassen keinen Rechtsirrtum erkennen.

Das Landgericht, auf dessen Urteil sich das Berufungsgericht bezogen hat, hat im übrigen ausgeführt, es sei auch eine Reihe von Sparkassen auf die Beklagte überführt worden und diese Überführung habe im Zusammenhang mit der Abgabe der Sparkassen gestanden, die auf dem Hamburger Gebiet lägen. Es handelt sich hier vor allem um die Überführung der Sparkassen Bargteheide und Trittau auf die Beklagte. Ministerialrat Rosborg, der damalige Sachbearbeiter im Reichswirtschaftsministerium, hat in seinem Reisebericht vom 4. April 1944 ausgeführt, der Vorstandsvorsitzende der Beklagten habe die Überführung dieser Sparkassen gerade im Hinblick darauf gefordert, daß die Beklagte mit der Abgabe der Hamburger Zweigstellen rechnen müsse. Das Reichswirtschaftsministerium hat dementsprechend, als die Beklagte die Übertragung der auf Hamburger Gebiet liegenden Sparkassen verzögerte, dem Regierungspräsidenten in Schleswig am 17. Oktober 1944 geschrieben, er stelle die Überführung der Sparkassen Bargteheide und Trittau auf die Beklagte zurück, bis die Zweigstellenfrage mit Hamburg geklärt sei. Erst am 14. Dezember 1944, als diese Frage geklärt war (vgl. Brief des Reichswirtschaftsministeriums vom 28. November 1944 an den Staatsrat Meyer), ordnete es die Überführung der Sparkassen Bargteheide und Trittau auf die Beklagte an. Die Beklagte hat also im Hinblick darauf, daß sie Zweigstellen an die Klägerin und die Haspa abgeben werde, Vorteile erhalten, und sie hat diese Vorteile auch behalten. Dieser Gesichtspunkt stützt die Auffassung des Berufungs-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

-12-

gerichts, daß die Beklagte bei Berücksichtigung aller Umstände des Falles gegen Treu und Glauben verstößt, wenn sie sich auf den Formmangel beruft, der dadurch eingetreten ist, daß die Siegelung oder Stempelung des Vertrages vom 30. Dezember 1944 versehentlich unterblieben ist (vgl. BGHZ 16, 334 ff, 336, 337; 20, 172, 173; 23, 249).

III. Das Berufungsgericht ist der Auffassung, der Vertrag vom 30. Dezember 1944 hätte gemäß § 313 BGB gerichtlich oder notariell beurkundet werden müssen, da sich die Beklagte in den §§ 4, 5 des Vertrages zur Übereignung von Grundstücken und zur Abtretung von Vorkaufsrechten verpflichtet habe. Die Bestimmungen, die die Übereignung der Grundstücke in Rahlstedt und Bramfeld und die Übertragung von Vorkaufsrechten zum Gegenstand hätten, stellten aber nur einen vergleichsweise unbedeutenden Nebenpunkt des Vertrages dar. Der eigentliche Zweck des Vertrages habe darin bestanden, zu verhindern, daß die Beklagte mit ihren Zweigstellen auf das erweiterte Hamburger Gebiet übergreife. Die Parteien hätten daher den Vertrag vom 30. Dezember 1944 um seines eigentlichen Zweckes willen auch ohne die nichtigen Vertragsbestimmungen geschlossen. Die Nichtigkeit der Vorschriften über die Grundstücksübereignung und die Abtretung der Vorkaufsrechte habe daher gemäß § 139 BGB nicht die Nichtigkeit des ganzen Vertrages zur Folge.

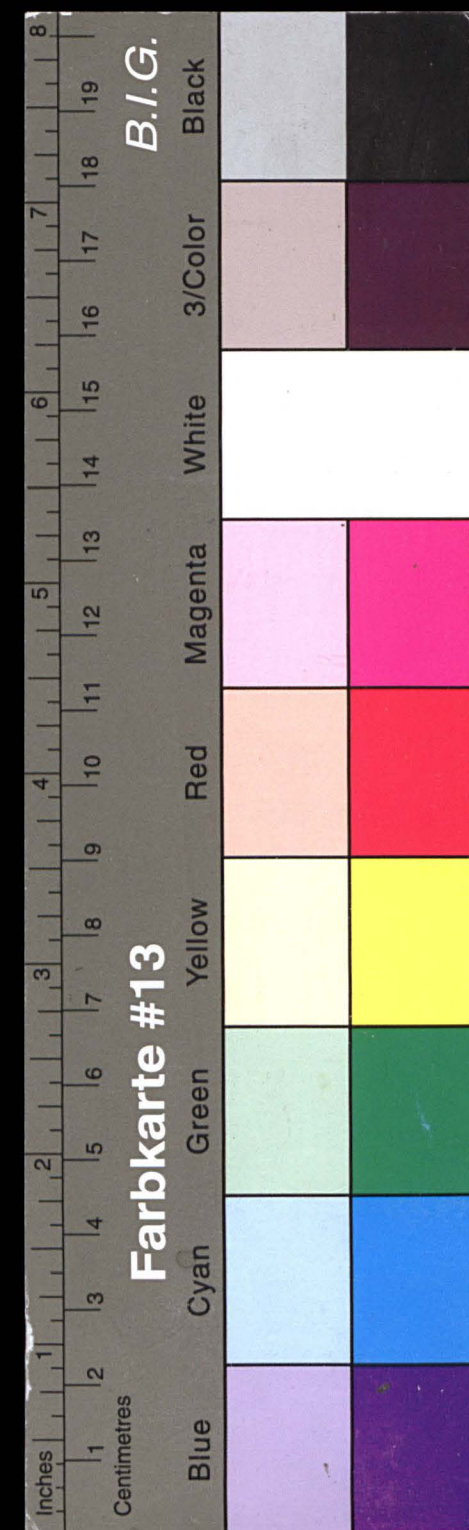
hinweggesetzt
222.
Diese Feststellung des Revisionsgerichts liegt auf tatsächlichem Gebiet. Sie ist ohne Rechtsirrtum zustande gekommen. Zwar mußte das Berufungsgericht, worauf die Revision zutreffend hinweist, bei der Beantwortung der Frage, ob die Parteien den Vertrag ohne den nichtigen Teil geschlossen hätten, ausschließlich von dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ausgehen. Die Erwägung des Berufungsgerichts, die Frage der Auswirkung der Teilnichtigkeit habe, was die Übereignung der Grundstücke angehe, jetzt nur

-13-

noch Bedeutung für das Rahlstedter Grundstück, weil das Bramfelder Grundstück inzwischen übereignet worden sei, ist aber nur eine Hilferwägung; auf ihr beruht die Entscheidung nicht. Auch die weitere Rüge der Revision, das Berufungsgericht habe den hohen Einheitswert der Grundstücke übersehen, ist nicht begründet. Das Landgericht, dessen Ausführungen sich das Berufungsgericht zu eigen gemacht hat, hat auf Seite 49 seines Urteils die Einheitswerte der Grundstücke berücksichtigt. Schließlich ist auch nicht ersichtlich, daß das Berufungsgericht die weiteren von der Revision hervorgehobenen Gesichtspunkte bei der Beantwortung der Frage, ob die Parteien den Vertrag ohne die nichtigen Bestimmungen getroffen hätten, übersehen haben sollte.

IV. Die Revision greift weiter die Ausführungen des Berufungsgerichts an, die die Frage zum Gegenstand haben, ob die Aufsichtsbehörde der Beklagten, der Regierungspräsident in Schleswig, den Vertrag vom 30. Dezember 1944 genehmigen mußte und ob er ihn gegebenenfalls genehmigt hat.

Die vom Landgericht und Berufungsgericht vertretene Ansicht, der Vertrag vom 30. Dezember 1944 bedürfe nicht der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, ist entgegen der Auffassung der Revision zutreffend. Die Satzung der Beklagten enthält keine Bestimmung, nach der die Übertragung einer Zweigstelle von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden muß. Der Ansicht der Revision, § 39 der Satzung verlange eine derartige Genehmigung, kann nicht zugestimmt werden. Nach dieser Bestimmung kann die Auflösung der Sparkasse nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten beschlossen werden. Einer Auflösung steht, worauf die Revision mit Recht hinweist, die Vereinigung einer Sparkasse mit einer anderen gleich (Perdelwitz-Fabrizius-Kleiner, Das preußische Spar-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

*Die haben mir
das aber bereits
gemacht*

-14-

kassenrecht, 2. Aufl. 1937, § 17 Sparkassenverordnung Anm. 7).
Im vorliegenden Fall ist aber nicht eine Sparkasse mit einer
anderen vereinigt, sondern lediglich eine Zweigstelle einer
Sparkasse auf eine andere Sparkasse überführt worden. Die
Überführung einer Zweigstelle kann höchstens der Auflösung
der Zweigstelle gleichstehen. Die Auflösung einer Zweig-
stelle ist aber etwas ganz anderes als die Auflösung der
Sparkasse selbst (so auch Gutachten von Dr. Palleske und
das Gutachten von Sprengel).

Die Überführung einer Zweigstelle unterliegt auch
nach den Vorschriften des Reichsgesetzes über das Kredit-
wesen (KWG) keiner Erlaubnispflicht. Nach diesen Bestim-

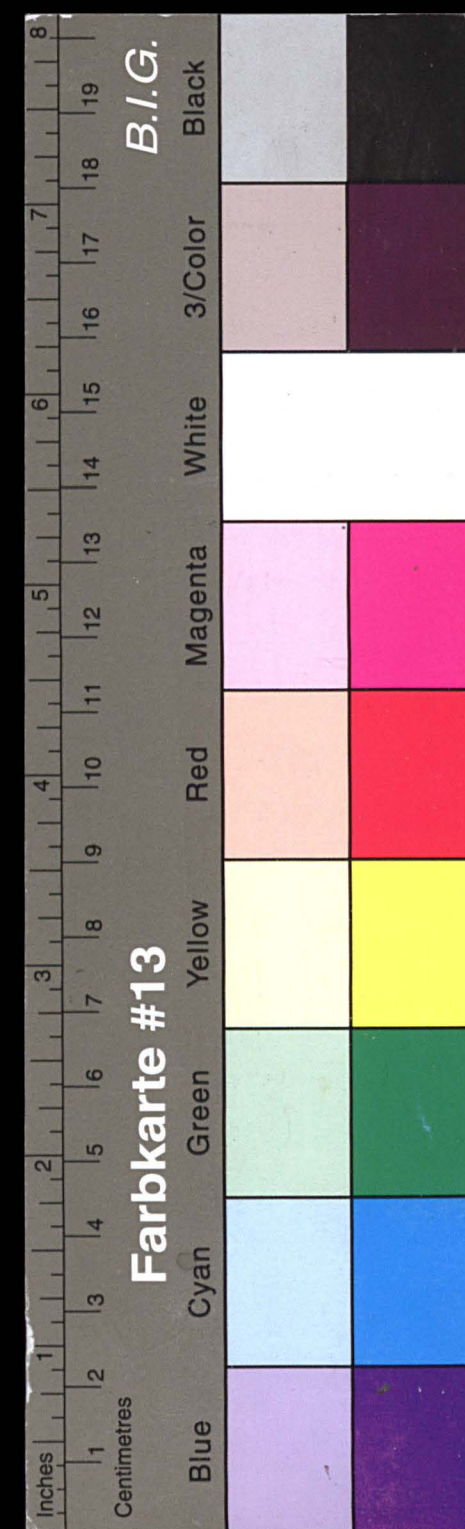
mungen (§§ 3, 51 KWG; Art. 1 der I. DVO zum KWG) ist eine
Erlaubnis zur Errichtung, Verlegung und Übernahme, nicht
aber zur Übergabe einer Zweigstelle erforderlich. Es kann
auch nicht den Ausführungen im Gutachten von Dr. Palleske
beigetreten werden, wenn schon die Verlegung einer Zweig-
stelle genehmigungspflichtig sei, müsse dies erst recht
bei der Entlassung einer Zweigstelle aus dem Kreditinsti-
tut der Fall sein, denn eine derartige Übergabe stelle et-
was erheblich Gewichtigeres dar als eine bloße Verlegung.
Diese Ausführungen werden dem Sinn und Zweck des Reichsge-
setzes über das Kreditwesen nicht gerecht. Dieses Gesetz
will einer unerwünschten Kräfteverschiebung zwischen den
verschiedenen Gruppen des Kreditgewerbes und vor allem
einer Übersetzung des Kreditgewerbes vorbeugen (Perdel-
witz-Fabrizius-Kleiner aaO § 3 Mustersatzung Anm. 3). Aus
diesem Grunde ist bewußt die Errichtung, die Übernahme,
die Verlegung, die Erweiterung der sachlichen Zuständig-
keit einer Zweigstelle, ja sogar jede auf die Dauer be-
rechnete Ausdehnung der Geschäftszeiten bei Zweigstellen,
nicht aber die Auflösung oder Übergabe einer Zweigstelle
von einer Erlaubnis abhängig gemacht (§ 1 KWG, Art. 1

-15-

Buchst. a bis e der I. DVO zum KWG). Die Frage, ob die Auf-
lösung einer Zweigstelle für die Sparkasse größere Bedeu-
tung hat als die Verlegung einer Zweigstelle, ist also un-
erheblich; auf diesen Gesichtspunkt stellt es das Reichsge-
setz über das Kreditwesen nicht ab. Der Vertrag vom 30.
Dezember 1944 brauchte somit von der Aufsichtsbehörde der
Beklagten nicht genehmigt zu werden. Damit sind die Aus-
führungen der Revision gegenstandslos, die die Hilfs-
wägung des Berufungsgerichts angreifen, die Aufsichts-
behörde habe den Vertrag jedenfalls stillschweigend geneh-
migt.

V Das Berufungsgericht hat die Frage, ob der Vertrag
vom 30. Dezember 1944 gegen die guten Sitten verstoße oder
ob die Beklagte zum Abschluß dieses Vertrages widerrecht-
lich durch Drohung bestimmt worden sei, in eingehenden
Ausführungen verneint. Der Vertrag, den die Parteien ge-
schlossen hätten, habe, so hat das Berufungsgericht ausge-
führt, den Abschluß einer langjährigen Entwicklung eines
Ausschnittes aus der Großhamburg-Frage und ihrer reichsge-
setzlichen Lösung dargestellt und könne nur in diesem
historischen Zusammenhang richtig gewürdigt werden. Der
Vertrag entspreche auch dem Grundsatz der Regionalität im
Sparkassenwesen, den die Beklagte als solchen nicht be-
streite. Die Klägerin und andere Stellen hätten sich jeden-
falls keiner bedenklichen Mittel bedient, so daß keine Re-
de davon sein könne, sie hätten mittelbar oder unmittelbar
die Beklagte, deren Vorstand, die Stormarner Kreisverwal-
tung, die Schleswig-Holsteinische Regierung oder das Kie-
ler Oberpräsidium unter Druck gesetzt.

Die Revision greift diese Ausführungen des Beru-
fungsgerichts an. Die Angriffe liegen jedoch im wesent-
lichen auf tatsächlichem Gebiet; sie können daher in der
Revision nicht berücksichtigt werden. Im übrigen rügt die



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

-16-

Revision, daß das Berufungsgericht die Frage des auffallenden Mißverhältnisses zwischen der Leistung der Beklagten und der Gegenleistung der Klägerin nicht geklärt habe. Der Satz von 1 1/2 % der Einlagebestände entspreche nicht dem wahren Wert einer Zweigstelle; bei dem Verkauf einer Zweigstelle werde üblicherweise von dem 7-fachen Jahresertrag (7.000.000 RM) ausgegangen. Das Landgericht, auf dessen Ausführungen das Berufungsgericht Bezug genommen hat, hat jedoch, ohne daß seine Ausführungen einen Rechtsirrtum erkennen lassen, die Frage verneint, ob zwischen Leistung und Gegenleistung der Parteien ein auffälliges Mißverhältnis bestehe. Im übrigen müßte, damit der Vertrag wegen Sittenwidrigkeit nichtig wäre, zu dem auffälligen Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung eine verwerfliche Gesinnung der Klägerin hinzukommen (RGZ 165, 1 ff, 14). Aus den Ausführungen des Berufungsgerichts ergibt sich jedoch, daß diese Voraussetzung nicht vorliegt. Diese Feststellung ist für das Revisionsgericht bindend. Schließlich bestehen auch keine Anhaltspunkte für die Annahme der Revision, das Berufungsgericht habe die Anforderungen, die an den Begriff der Drohung zu stellen seien, überspannt.

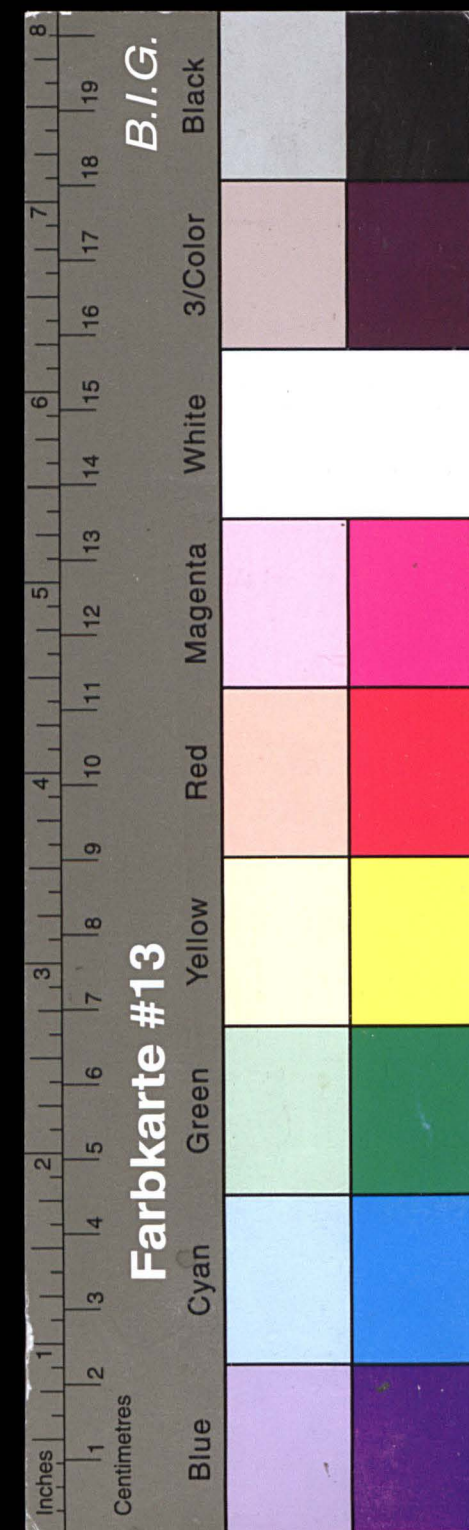
VI. Das Berufungsgericht hat ausgeführt, die Beklagte sei auch jetzt noch verpflichtet, die Verbindlichkeit aus dem Vertrag vom 30. Dezember 1944 zu erfüllen. Die Geschäftsgrundlage des Vertrages sei nicht weggefallen. Der Zweck des Abkommens sei nicht hinfällig geworden, und es könne auch nicht festgestellt werden, daß die weitere Durchführung des Vertrages der Beklagten nicht mehr zugemutet werden könne, oder daß Umstände, die die Beklagte zum Abschluß des Vertrages bestimmt hätten, sich wesentlich geändert hätten.

Die Revision greift diese Ausführungen an. Auch die-

-17-

se Angriffe liegen aber auf tatsächlichem Gebiet, so daß sie in der Revisionsinstanz ohne Erfolg bleiben müssen. Dies gilt einmal von den Ausführungen der Revision, wenn der Vertrag vom 30. Dezember 1944 nicht sittenwidrig und auch nicht durch widerrechtliche Drohung zustande gekommen sei, dann müsse er das Ergebnis der von der damaligen Regierung dem deutschen Volke aufoktroyierte Gewißheit einer siegreichen Kriegsbeendigung und eines danach zu erwartenden großen wirtschaftlichen Aufschwunges gewesen sein; die später eingetretene Geldentwertung und der starke wirtschaftliche Niedergang seien demgemäß von den Parteien nicht in Rechnung gestellt worden. Diese Ausführungen setzen sich in Widerspruch mit den Feststellungen des Berufungsgerichts, es könne den Beklagten nicht abgenommen werden, daß ihre Vertreter und Berater sich das Bild einer günstigen Zukunftsentwicklung hätten suggerieren lassen; es sei vielmehr eher festzustellen, daß ihre Organe Ende 1944 die Wahrscheinlichkeit eines ungünstigen Kriegsausganges in ihre Überlegungen einbezogen hätten.

Die Ausführungen der Revision richten sich auch insoweit gegen tatsächliche Feststellungen des Berufungsgerichts, als sie die Frage zum Gegenstand haben, ob durch die Währungsreform ein Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung eingetreten sei. Das Berufungsgericht hat ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß das vertragliche Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung nicht durch die Währungsreform entfallen und die Beklagte daher auch aus diesem Grunde nicht ihrer Verpflichtung entoben sei, den Vertrag vom 30. Dezember 1944 zu erfüllen. Im übrigen hat das Berufungsgericht darauf hingewiesen, daß die Erörterung über Umfang und Wert der von der Klägerin bewirkten und noch zu bewirkenden Gegenleistung nicht Gegenstand dieses Rechtsstreits sei. Die Ausführungen des Berufungsgerichts über den Wegfall der Geschäftsgrundlage



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

-18-

beziehen sich also ausschließlich auf die Verpflichtung der Beklagten, nicht deren Ansprüche; das Berufungsgericht hat die Möglichkeit offengelassen, daß die Beklagte auf Grund des § 242 BGB höhere Ansprüche geltend machen kann, als ihr nach dem Wortlaut des Vertrages vom 30. Dezember 1944 zustehen. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß das Berufungsgericht, wie oben (unter I) dargelegt, weiterhin die Möglichkeit offengelassen hat, daß die Beklagte die Zweigstellen nicht mit Wirkung zum 1. Juli und 31. Dezember 1945, sondern mit Wirkung zu späteren Zeitpunkten zu übertragen habe.

Dr. Nastelski

Dr. Fischer

Dr. Haager

Liesecke

Dr. Reinicke



Ausgefertigt
als Justizobersekretär
als Urkundsbeamter der
Geschäftsstelle

II ZR 14/56

Verkündet
am 10. März 1958

Braun, Justizobersekretär
als Urkundsbeamter der
Geschäftsstelle

Im Namen des Volkes

In dem Rechtsstreit

der Kreissparkasse Stormarn, vertreten durch ihren Vorstand:

1. Landrat von der Groeben (Vorsitzender) in Bad Oldesloe, Grabauerstr.15,
2. Bürgermeister Hermann Barth in Bad Oldesloe, Am Markt 5,
3. Kaufmann Wilh. Heik in Bad Oldesloe, Hagenstr.1,
4. Kaufmann Ernst Springer in Bad Oldesloe, Mühlenstr.16,
5. Angestellter Arthur Lamprecht in Reinbek, Kreutzkamp 65,
6. Kaufmann Oswald Zeutschel in Schmalenbek, Siekerlandstraße 231,
7. Kaufmann Walter Wiede in Harksheide, Segeberger Chaussee 87,
8. Kaufmann Paul Menthay in Tritttau, Im Raum 4,
9. Viehhändler Hans Vagt in Reinfeld, Am Zuschlag 33,
10. Kaufmann Ernst Koch in Ahrensburg, Hermann-Löns-Str.26,

Beklagten und Revisionsklägerin,
-- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Krille --

gegen

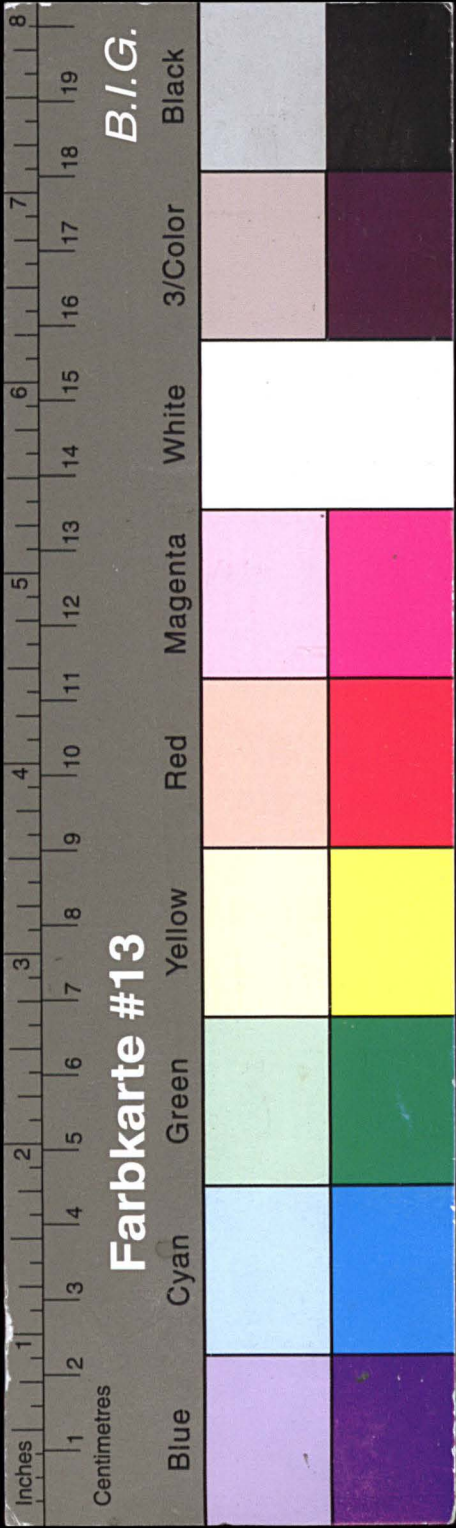
die Hamburger Sparcasse von 1827, vertreten durch ihren Vorstand Max Fritzsche, Willi Eckhoff und Hanns Thoden in Hamburg, Adolphiplatz 5,

Klägerin und Revisionsbeklagte,
-- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Wieczorek --

hat der II. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs auf die mündliche Verhandlung vom 10. März 1958 unter Mitwirkung

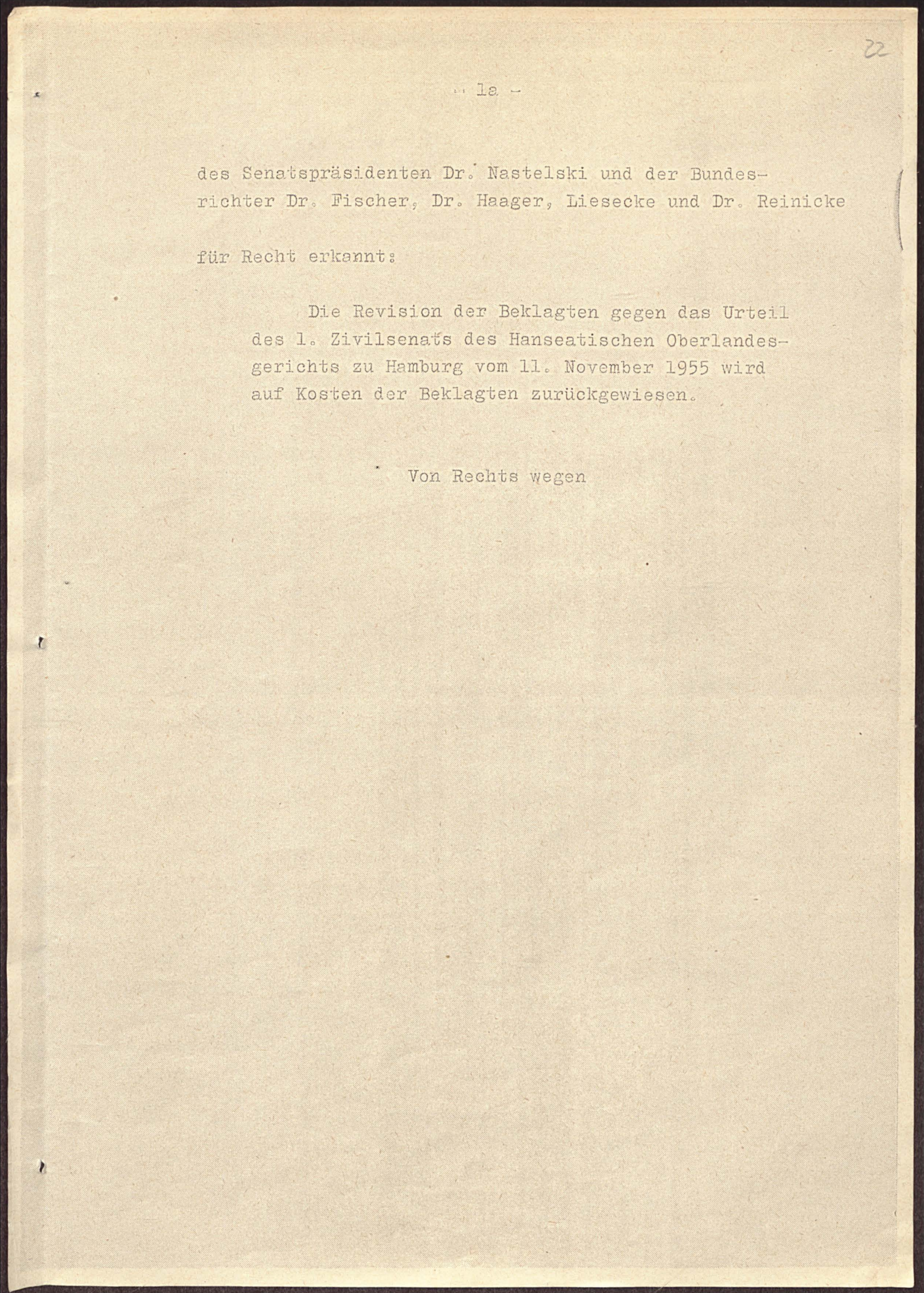
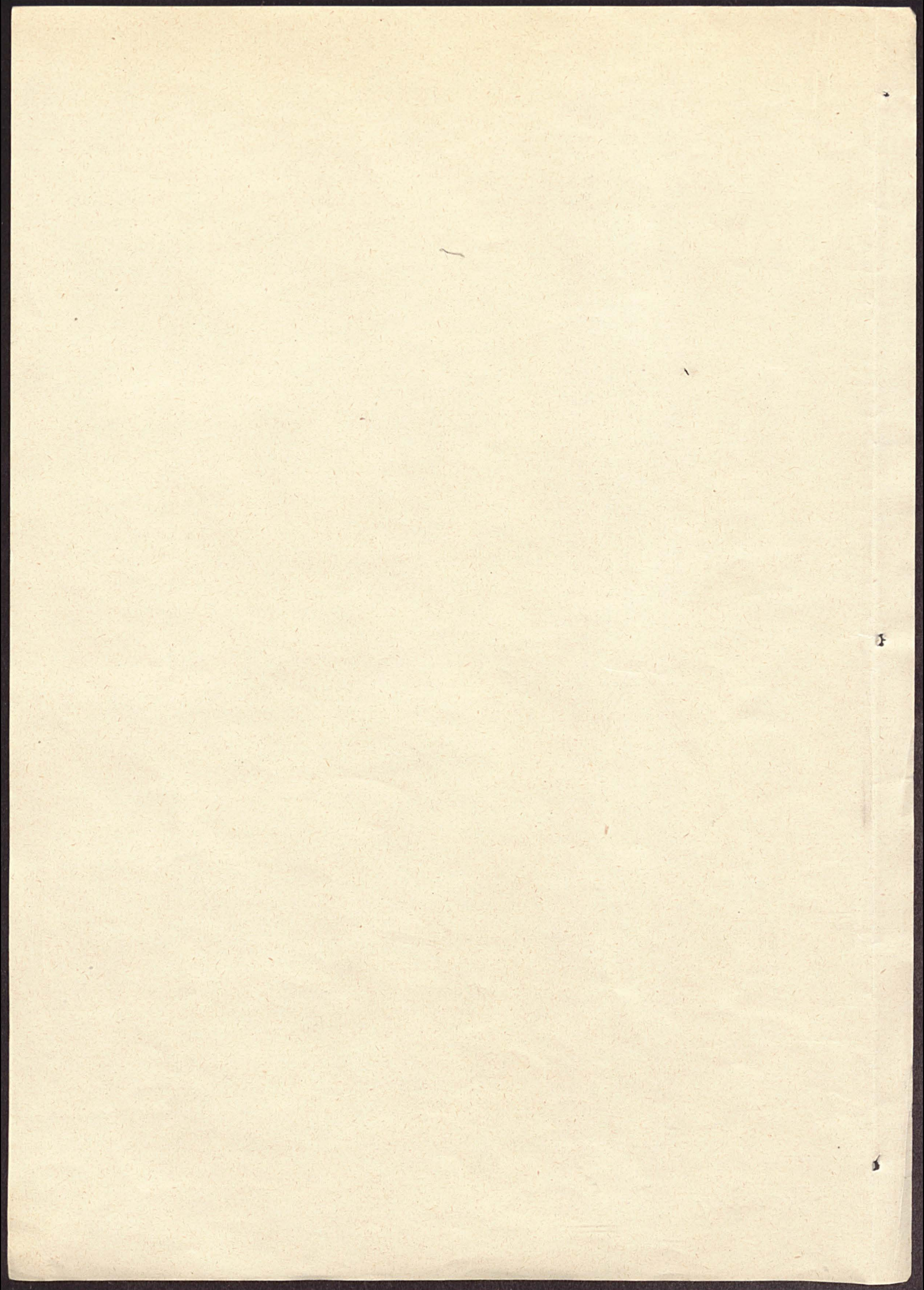
Rechtsanwalt

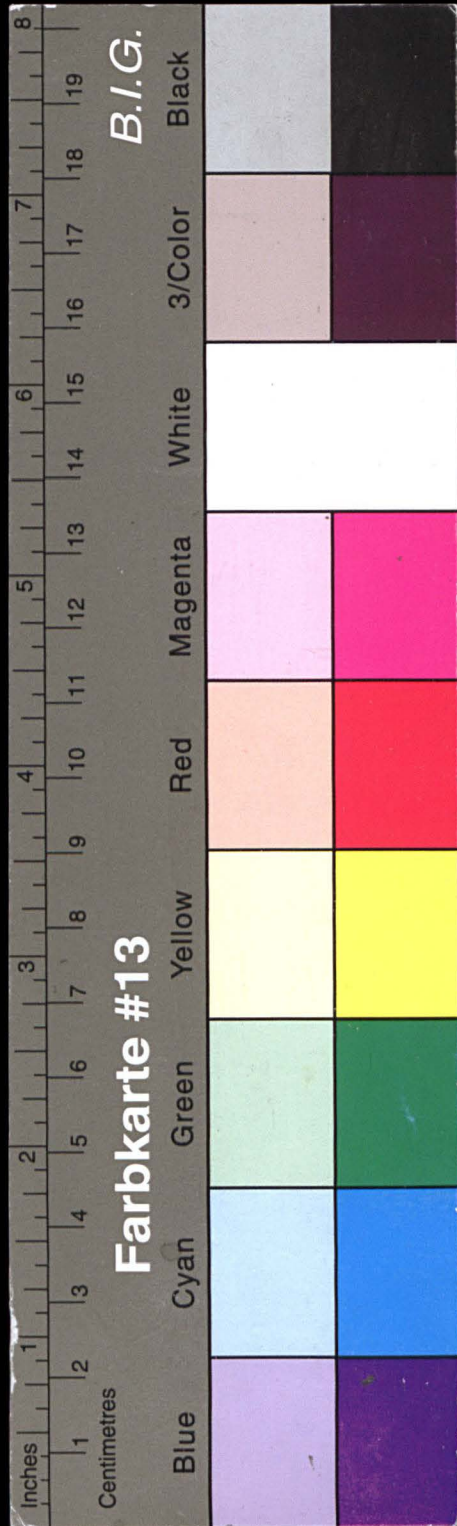
Dr. Krille



Kreisarchiv Stormarn E103

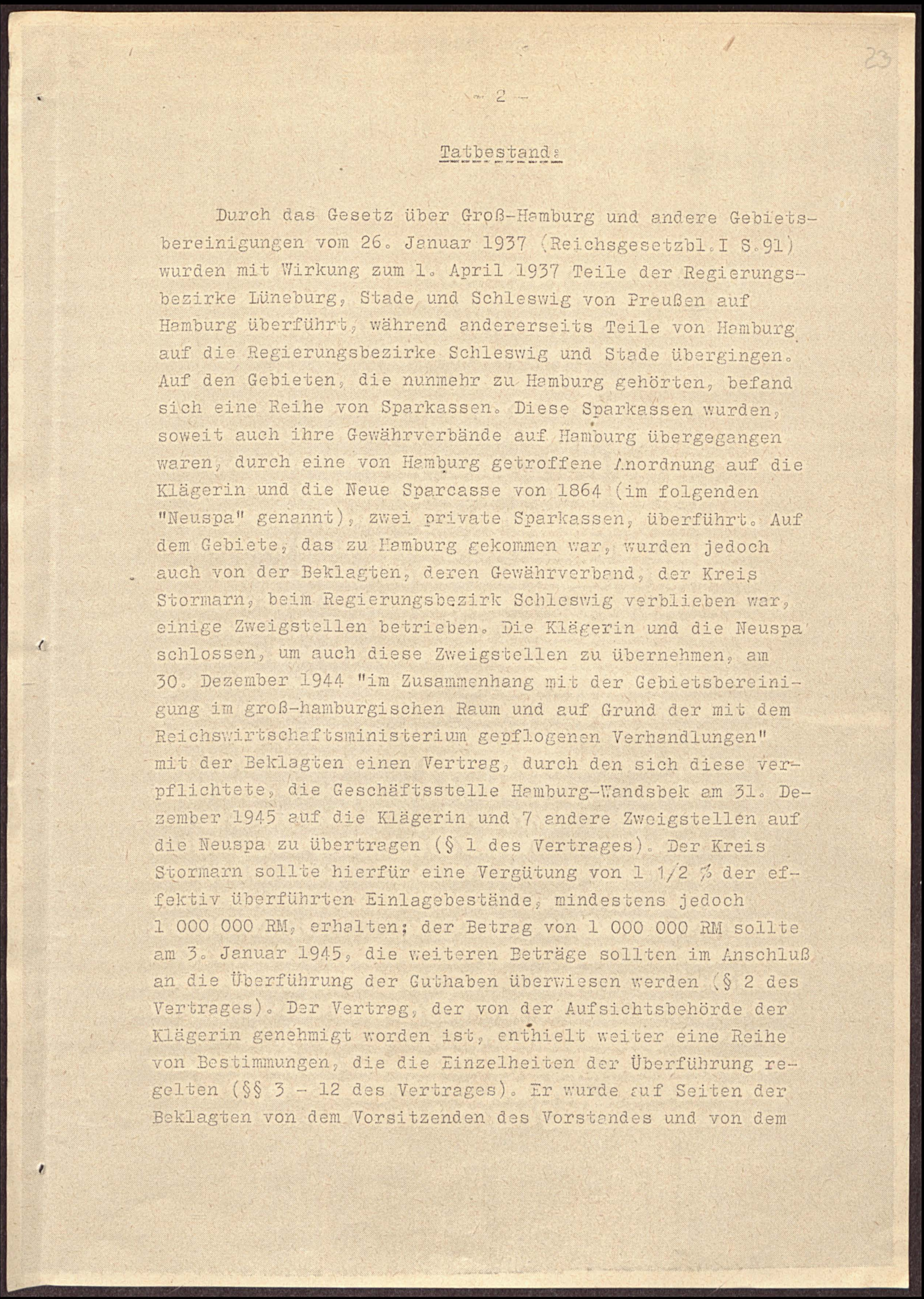
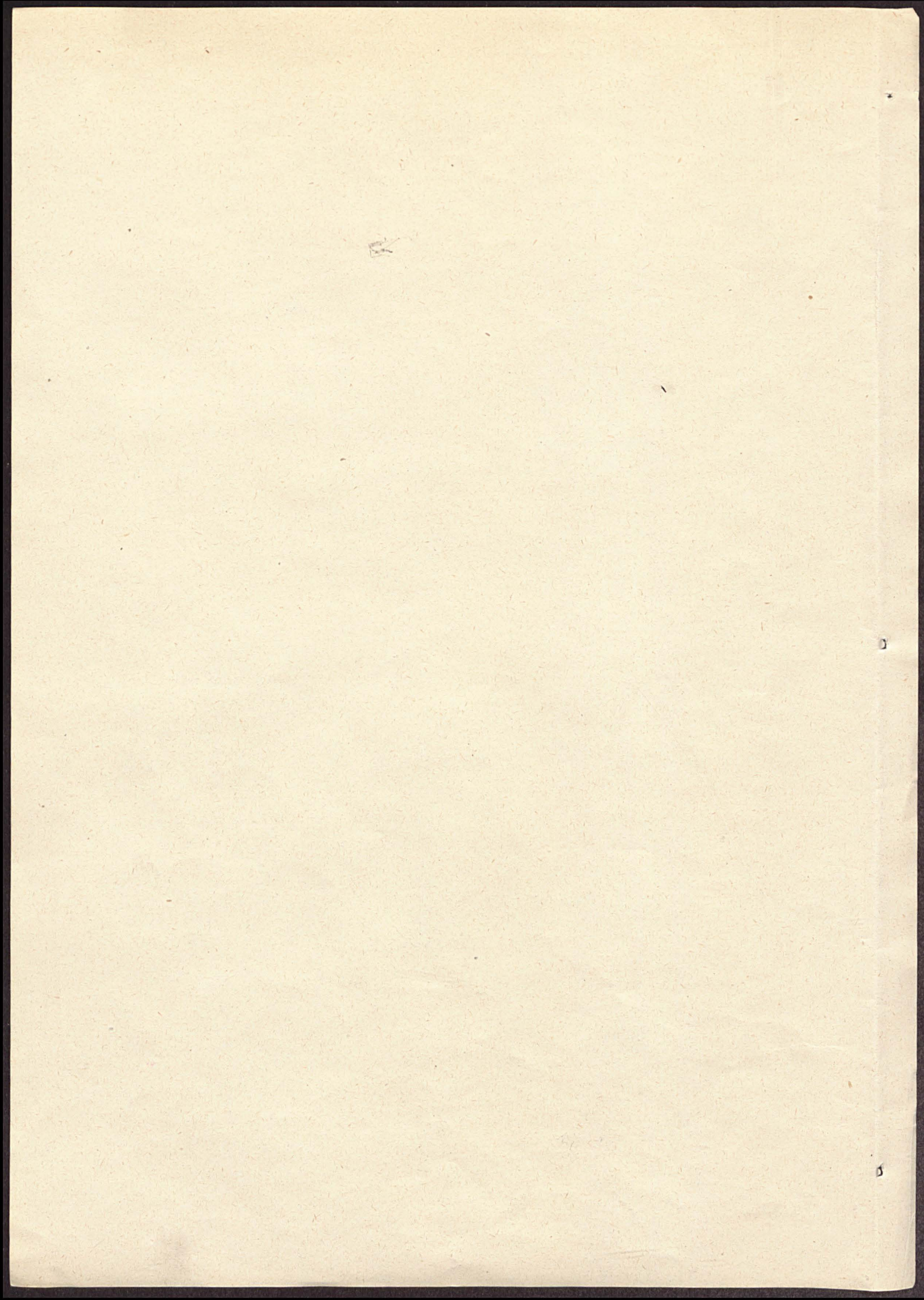
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





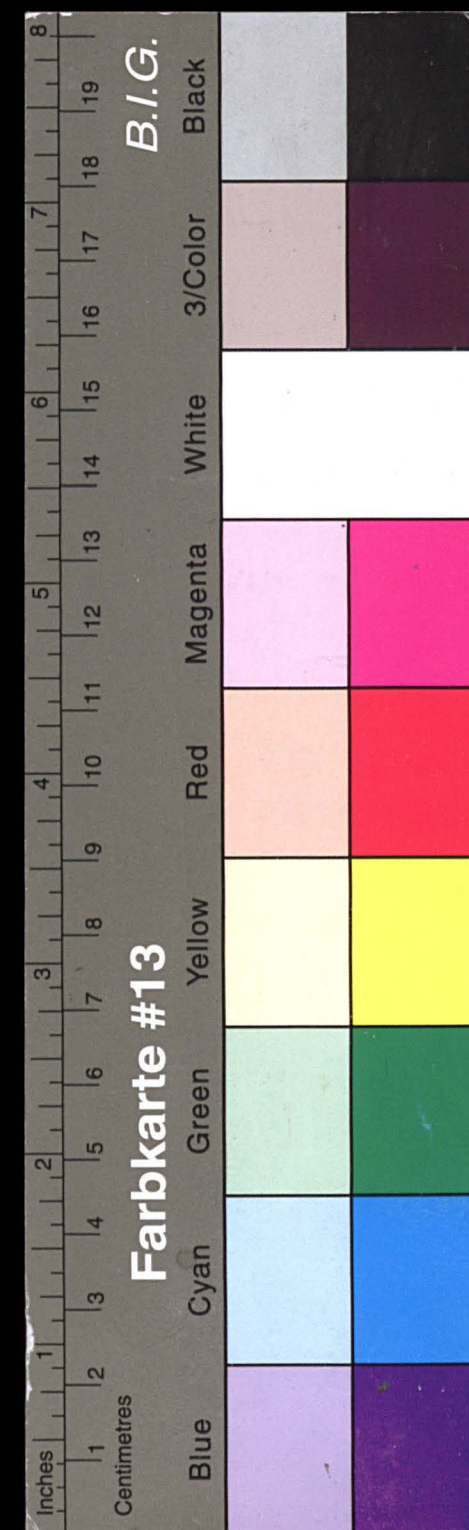
Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Tatbestand:

Durch das Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebiets-
bereinigungen vom 26. Januar 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 91)
wurden mit Wirkung zum 1. April 1937 Teile der Regierungs-
bezirke Lüneburg, Stade und Schleswig von Preußen auf
Hamburg überführt, während andererseits Teile von Hamburg
auf die Regierungsbezirke Schleswig und Stade übergingen.
Auf den Gebieten, die nunmehr zu Hamburg gehörten, befand
sich eine Reihe von Sparkassen. Diese Sparkassen wurden,
soweit auch ihre Gewährverbände auf Hamburg übergegangen
waren, durch eine von Hamburg getroffene Anordnung auf die
Klägerin und die Neue Sparcasse von 1864 (im folgenden
"Neuspa" genannt), zwei private Sparkassen, überführt. Auf
dem Gebiete, das zu Hamburg gekommen war, wurden jedoch
auch von der Beklagten, deren Gewährverband, der Kreis
Stormarn, beim Regierungsbezirk Schleswig verblieben war,
einige Zweigstellen betrieben. Die Klägerin und die Neuspa
schlossen, um auch diese Zweigstellen zu übernehmen, am
30. Dezember 1944 "im Zusammenhang mit der Gebietsbereini-
gung im groß-hamburgischen Raum und auf Grund der mit dem
Reichswirtschaftsministerium gepflogenen Verhandlungen"
mit der Beklagten einen Vertrag, durch den sich diese ver-
pflichtete, die Geschäftsstelle Hamburg-Wandsbek am 31. De-
zember 1945 auf die Klägerin und 7 andere Zweigstellen auf
die Neuspa zu übertragen (§ 1 des Vertrages). Der Kreis
Stormarn sollte hierfür eine Vergütung von 1 1/2 % der ef-
fektiv überführten Einlagebestände, mindestens jedoch
1 000 000 RM, erhalten; der Betrag von 1 000 000 RM sollte
am 3. Januar 1945, die weiteren Beträge sollten im Anschluß
an die Überführung der Guthaben überwiesen werden (§ 2 des
Vertrages). Der Vertrag, der von der Aufsichtsbehörde der
Klägerin genehmigt worden ist, enthielt weiter eine Reihe
von Bestimmungen, die die Einzelheiten der Überführung re-
gelten (§§ 3 - 12 des Vertrages). Er wurde auf Seiten der
Beklagten von dem Vorsitzenden des Vorstandes und von dem



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Sparkassenleiter am 6. Februar 1945 unterschrieben. Die Klägerin und die Neuspa überwiesen dem Kreis Stormarn am 3. Januar 1945 1 000 000 RM. Die Beklagte überführte die Zweigstellen Hamburg-Bramfeld / Hellbrock, Hamburg-Hummelsbüttel und Hamburg-Duvenstedt, wie es im Verträge vorgesehen war, Anfang Januar 1945 auf die Neuspa.

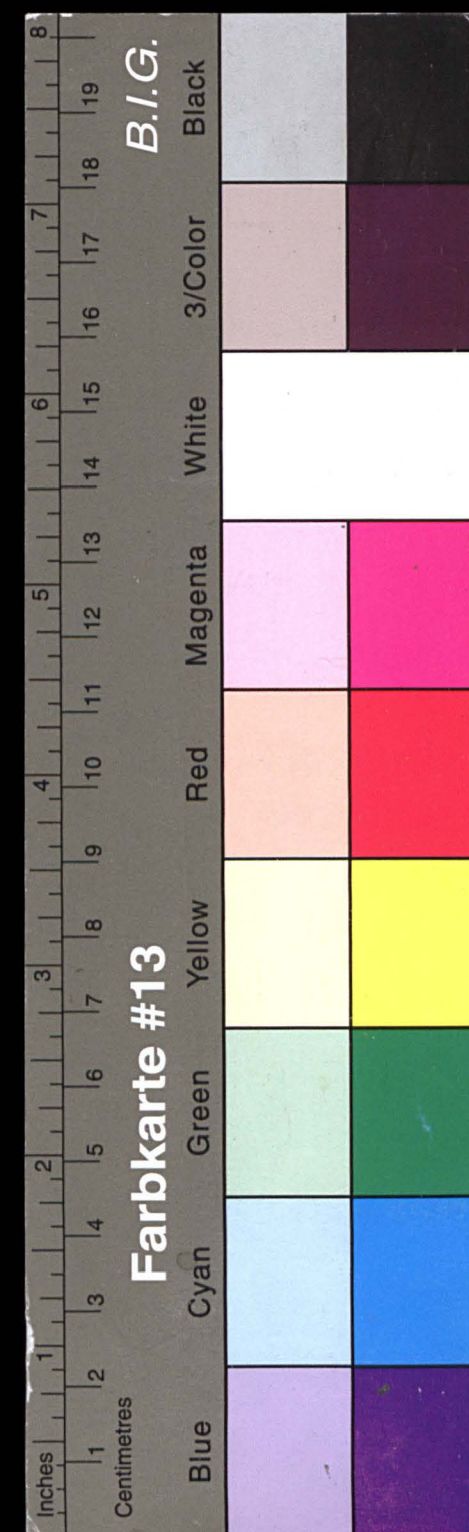
Nach dem Zusammenbruch weigerte sich die Beklagte, den Vertrag weiterhin zu erfüllen. Die Klägerin hat demgemäß beantragt, festzustellen, daß die Beklagte verpflichtet sei, ihre Geschäftsstelle Hamburg-Wandsbek nach Maßgabe der Bestimmungen des zwischen den Parteien am 30. Dezember 1944 abgeschlossenen Vertrages auf die Klägerin zu übertragen, hilfsweise die Beklagte zu verurteilen, bei der Überführung ihrer Geschäftsstelle in Wandsbek auf die Klägerin nach Maßgabe der Bestimmungen des Vertrages vom 30. Dezember 1944 mitzuwirken. Die Beklagte hat um Klageabweisung gebeten. Sie hält die Feststellungsklage für unzulässig und den Vertrag für nichtig, weil er nicht gestempelt oder gesiegelt, nicht gerichtlich oder notariell beurkundet und von ihrer Aufsichtsbehörde, dem Regierungspräsidenten in Schleswig, nicht genehmigt worden sei. Sie ist weiter der Ansicht, der Vertrag sei unwirksam, weil er gegen die guten Sitten verstosse, und von ihr, der Beklagten, wegen widerrechtlicher Drohung angefochten sei. Schließlich meint die Beklagte, mit der Kapitulation und der Währungsreform sei auch die Geschäftsgrundlage des Vertrages weggefallen.

Das Landgericht hat dem Hauptentrag der Klägerin stattgegeben, das Berufungsgericht hat die Berufung zurückgewiesen. Mit der Revision verfolgt die Beklagte ihr Klagebegehren weiter. Die Klägerin bittet um Zurückweisung der Revision.

Entscheidungsgründe:

I.

1. Die Revision beanstandet die Auffassung des Berufungsgerichts, die Feststellungsklage sei zulässig. Sie ist der Ansicht, es fehle an einem Feststellungsinteresse, weil die Klägerin die Leistungsklage erheben könne. Diese Rüge der Revision ist unbegründet. Wie der erkennende Senat in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts (RGZ 129, 34; 152, 196; HRR 1931 Nr. 1963; 1936 Nr. 388; JW 1936, 3186) und dem Schrifttum (Stein-Jonas-Schönke ZPO 18. Aufl. § 256 Anm. III 5) bereits früher (BGHZ 2, 250 ff, 253) entschieden hat, ist das Interesse an der Erhebung einer Feststellungsklage nicht stets zu verneinen, wenn eine Leistungsklage erhoben werden kann. Es kommt vielmehr darauf an, ob im einzelnen Fall Gründe der Prozeßwirtschaftlichkeit und der Vereinfachung des Verfahrens die Erhebung der Feststellungsklage rechtfertigen; überall dort, wo die Durchführung eines Feststellungsverfahrens nach den Besonderheiten des Falles zu einer prozeßwirtschaftlich sinnvollen Entscheidung der zwischen den Parteien bestehenden Streitigkeiten führt, bestehen gegen die Zulässigkeit eines Feststellungsverfahrens keine prozessualen Bedenken. Diese Voraussetzungen sind, wie das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat, im vorliegenden Fall gegeben. Der Klägerin steht, wenn der Vertrag vom 30. Dezember 1944 rechtswirksam ist, nicht ein einzelner Anspruch zu, den sie mit einer Leistungsklage abschliessend durchsetzen könnte. Die Klägerin müßte vielmehr, wie das Landgericht, auf dessen Entscheidung sich das Berufungsurteil bezogen hat, im einzelnen dargelegt hat, eine Vielzahl von Leistungsklagen erheben, um die Überführung der Zweigstelle bewirken zu können, wie sie in den §§ 1 bis 12 des Vertrages vom 30. Dezember 1944 festgelegt ist; in vielen Fällen müßte die Klägerin auch noch zunächst auf Auskunftserteilung klagen. In den einzelnen



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 5 -

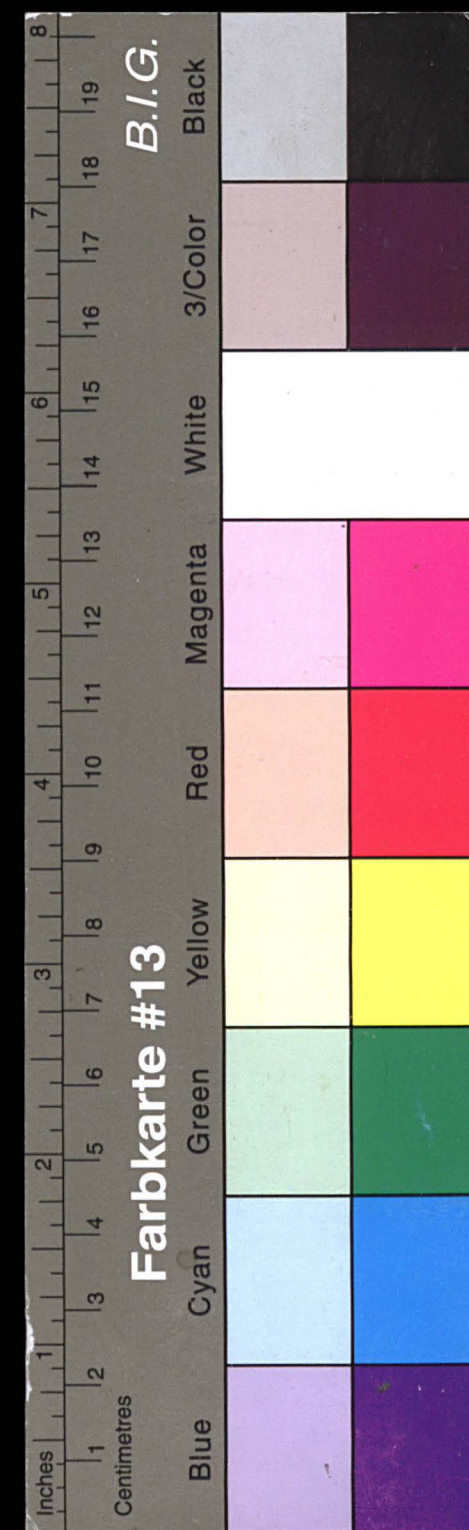
Verfahren würden Schwierigkeiten und Streitpunkte auftauchen, die über die Grundfrage, ob der Vertrag wirksam sei, hinausgehen. Über diese Fragen werden die Parteien aber voraussichtlich, wenn einmal der Streit über die Gültigkeit des Vertrages entschieden ist, eine Einigung erzielen. Mit Recht hat das Berufungsgericht dargelegt, es seien nicht so sehr Einzelpunkte der Art und des Umfangs weiterer Durchführungs- und Übergabeakte, die den Kern des Streites zwischen den Parteien ausmachten, als vielmehr die Frage, ob der Vertrag überhaupt wirksam sei. Das Berufungsgericht hat zwar ausgeführt, auch nach der Entscheidung über die Feststellungsklage könne möglicherweise noch eine Klage auf Verurteilung zur Bewirkung der einen oder anderen dem Abkommen entsprechenden Einzelleistung erforderlich werden. Diese Erwägung schließt aber entgegen der Auffassung der Revision nicht die Zulässigkeit der Feststellungsklage aus. Selbst wenn noch der eine oder andere Streit durch ein Leistungsurteil zu entscheiden wäre, so werden doch die meisten Ansprüche, die die Klägerin ohne Erhebung der Feststellungsklage im Wege der Leistungsklage geltend machen müßte, durch die Feststellungsklage ohne erneuten Rechtsstreit ihre Erledigung finden. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, daß die Beklagte eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist und davon ausgegangen werden kann, daß sie zu einer sachlichen Mitarbeit an der Überführung der Zweigstelle bereit ist, wenn durch gerichtliche Entscheidung rechtskräftig festgestellt worden ist, daß sie verpflichtet ist, die Zweigstelle auf die Klägerin zu übertragen (vgl. Wiczorek, ZPO 1957 § 256 Anm. C II c 1, 2).

2. Die Revision ist der Auffassung, die Feststellungsklage sei auch aus einem anderen Grunde unzulässig. Das Berufungsurteil habe dahingestellt sein lassen, ob der Beklagten Ansprüche zuständen, die über die im Vertrage vom 30. Dezember 1944 bedungenen Gegenleistungen hinausgingen;

- 6 -

es habe offen gelassen, ob und wie die Gegenleistung der Beklagten auf Grund des § 242 BGB anders bemessen werden müsse als im Vertrage vorgesehen sei. Das Berufungsgericht wolle also, meint die Revision, den Vertrag vom 30. Dezember 1944 gemäß § 242 BGB ändern. Sei dies aber der Fall, dann sei das Feststellungsbegehren der Klägerin, die Beklagte müsse die Zweigstelle "nach Maßgabe der Bestimmungen des zwischen den Parteien am 30. Dezember 1944 abgeschlossenen Vertrages" übertragen, unbegründet. Sei aber der Antrag der Klägerin schon dann unbegründet, wenn die Beklagte nicht nach Maßgabe der unveränderten Vertragsbestimmungen, sondern gemäß einem abgeänderten Vertrage zur Übertragung der Zweigstelle verpflichtet sei, so habe dies prozessual zur Folge, daß die Feststellungsklage unzulässig sei; denn es bestehe jedenfalls kein Feststellungsinteresse an einer Klage, die nicht die Frage kläre, ob der Vertrag überhaupt wirksam sei.

Diese Rüge der Revision wird dem Berufungsurteil nicht gerecht. Das Berufungsurteil bringt mit den Ausführungen, auf die die Revision hinweist, lediglich zum Ausdruck, daß es nur über die Pflichten der Beklagten, daß es aber nicht über die Ansprüche der Beklagten aus dem Vertrage entscheide. Die Feststellung, die Beklagte sei nach Maßgabe der Bestimmungen des Vertrages vom 30. Dezember 1944 zur Überführung der Zweigstelle Hamburg-Wandsbek verpflichtet, berührt nicht die Frage, welche Gegenrechte der Beklagten aus dem Vertrage gegen die Klägerin zustehen. Daß die Klägerin mit der in ihrem Feststellungsantrag enthaltenen Wendung "nach Maßgabe der Bestimmungen des zwischen den Parteien am 30. Dezember 1944 abgeschlossenen Vertrages" ausschließlich eine Entscheidung über die Pflichten der Beklagten, nicht aber über deren Rechte begehrt hat, ergibt sich im übrigen auch daraus, daß die Klägerin am 17. Dezember 1953 die Verpflichtung der Beklagten "Zug um Zug gegen Zahlung von 171.500 DM" ausgesprochen wissen wollte, diesen Teil des



Kreisarchiv Stormarn E103

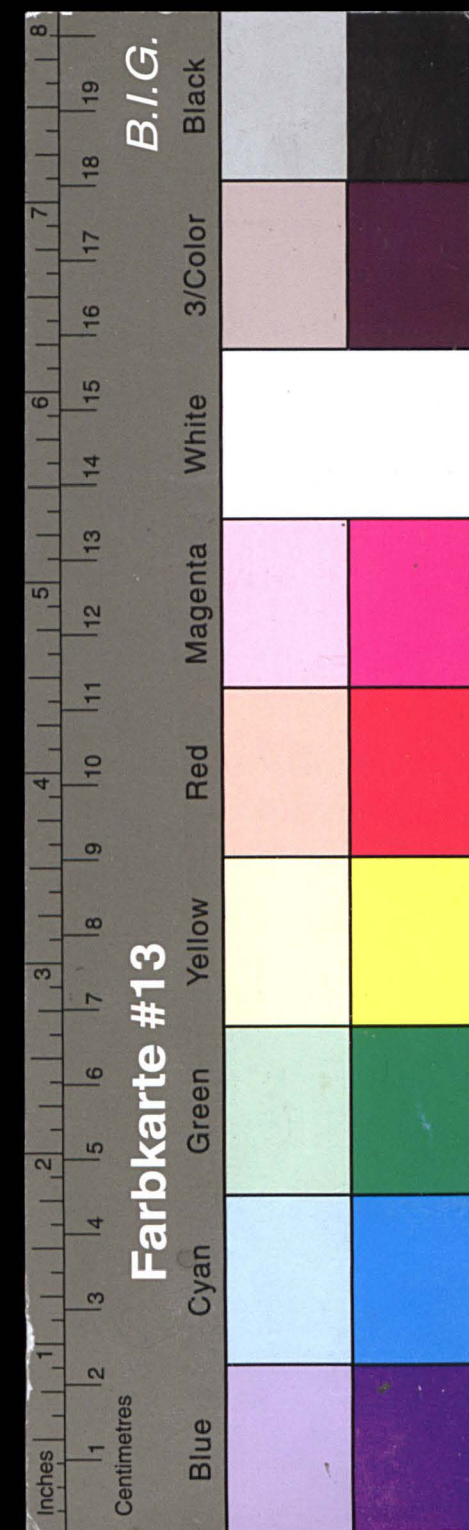
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Antrages aber später nicht mehr stellte, als ihr das Landgericht anheimgegeben hatte, ihn fallen zu lassen.

Das Berufungsgericht hat also lediglich über die Pflichten der Beklagten, nicht über deren Rechte entschieden. Die Verpflichtung der Beklagten richtet sich grundsätzlich nach den unveränderten Bestimmungen des Vertrages vom 30. Dezember 1944. Die Verpflichtung der Beklagten kann sich nur insoweit gegenüber dem Vertrage geändert haben, als das Berufungsgericht diese Möglichkeit offengelassen hat. Dies ist, von der Verpflichtung zur Übertragung von Grundstücken abgesehen, ausschließlich insoweit der Fall, als es sich um den Zeitpunkt handelt, zu welchem die Beklagte die Zweigstelle übertragen muß. Das Landgericht, dessen Ausführungen das Berufungsgericht beigetreten ist, hat mit der Feststellung, die Beklagte müsse die Zweigstelle nach Maßgabe der Vertragsbestimmungen vom 30. Dezember 1944 übertragen, nicht festgestellt, daß die Beklagte die Zweigstelle mit Wirkung zum 31. Dezember 1945 zu übertragen habe; es hat vielmehr (Urteil des Landgerichts S.22/23) auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die dadurch entstehen, daß dieser Zeitpunkt in der Vergangenheit liegt, und ausgeführt, die Beklagte habe auch behauptet, die Vertragserfüllung sei zum mindesten teilweise zunächst im beiderseitigen Einverständnis hinausgeschoben worden; auch wäre eine tatsächliche Übergabe technisch besser für einen zukünftigen Zeitpunkt durchführbar als fiktiv nach einem in der Vergangenheit liegenden Zeitpunkt. Daß das Berufungsgericht offengelassen hat, ob die Beklagte die Zweigstelle mit Wirkung zum 31. Dezember 1945 oder möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt zu übertragen hat, schließt jedoch nicht das Interesse der Klägerin an der alsbaldigen Feststellung aus, daß die Beklagte verpflichtet sei, die Zweigstelle im übrigen nach den unveränderten Bedingungen des Vertrages vom 30. Dezember 1944 zu übertragen.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt, der vom Vorstandsvorsitzenden und Sparkassenleiter der Beklagten unterschriebene Vertrag hätte, um wirksam zu sein, mit dem Siegel oder Stempel der Beklagten versehen sein müssen. Die Beklagte könne sich jedoch nach Treu und Glauben auf diesen Formmangel nicht berufen.

1. Die Revision ist einmal der Auffassung, der Vorstandsvorsitzende und der Sparkassenleiter hätten die Beklagte auch dann nicht wirksam vertreten können, wenn der Vertrag gesiegelt oder gestempelt worden wäre. Ein Vertrag, der die Übertragung einer Zweigstelle zum Gegenstand habe, müsse wegen seiner weittragenden Bedeutung vom Vorstand beschlossen werden. Dieser Auffassung der Revision kann nicht zugestimmt werden. Nach der Satzung der Beklagten, die der preußischen Mustersatzung für Sparkassen entspricht, beschließt zwar der Vorstand über alle Angelegenheiten der Sparkasse, soweit nicht in der Satzung etwas anderes bestimmt ist; auch vertritt er die Sparkasse gerichtlich und außergerichtlich (§ 5). Nach § 11 Abs. 1 Satz 2 der Satzung genügt es aber zur Wirksamkeit von verpflichtenden Urkunden, wenn sie die Unterschrift des Vorstandsvorsitzenden und des Sparkassenleiters unter Beifügung des Siegels oder Stempels der Sparkasse tragen. § 11 der Satzung regelt sowohl die Geschäftsführung als auch die Vertretung der Sparkasse (Perdelwitz-Fabricius-Kleiner, Das preußische Sparkassenrecht, 2. Aufl. 1937 § 11 Mustersatzung Anm. 1 b). Der Vorstandsvorsitzende und der Sparkassenleiter können also im Rahmen des § 11 Abs. 1 Satz 2 der Satzung die Sparkasse wirksam vertreten; die Vertretung ist auch dann wirksam, wenn kein entsprechender Vorstandsbeschluß ergangen sein sollte. § 11 Abs.1 Satz 2 der Satzung umfaßt alle Rechtsgeschäfte, soweit nicht durch § 11 Abs. 1 Satz 1 oder durch andere Bestimmungen der Satzung eine Sonderregelung getroffen



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 9 -

fen ist. Dies ist bezüglich der Übertragung einer Zweigstelle nicht der Fall. Der Vorstandsvorsitzende und der Sparkassenleiter können also auf Grund des § 11 Abs. 1 Satz 2 der Satzung die von ihnen vertretene Sparkasse zur Übertragung einer Zweigstelle verpflichten.

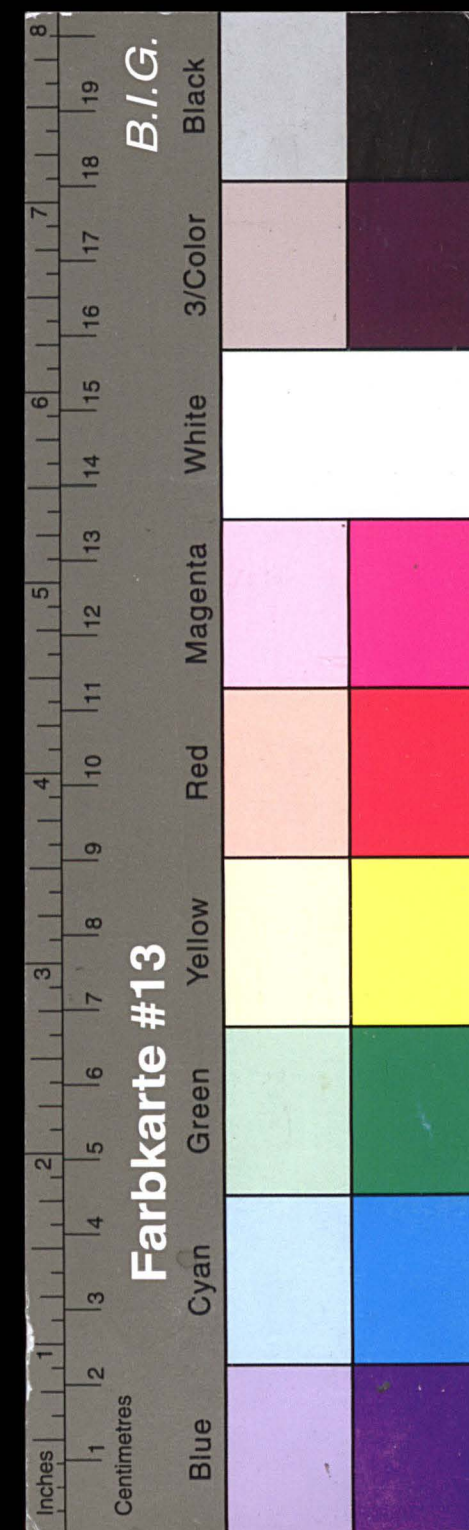
2. Die Revision rügt weiter die Auffassung des Berufungsgerichts, die Beklagte dürfe sich nach Treu und Glauben nicht darauf berufen, daß der Vertrag nicht gesiegelt oder gestempelt worden sei. Die Revision ist der Ansicht, § 11 Abs. 1 Satz 2 der Satzung, der die Siegelung oder Stempelung von Urkunden vorsehe, enthalte nicht eine gewöhnliche Formvorschrift, sondern bestimme die Voraussetzungen der Vertretungsmacht des Vorstandsvorsitzenden und des Sparkassenleiters. Diese beiden Personen könnten die Beklagte nur vertreten, wenn der Vertrag, den sie im Namen der Beklagten schlossen, im einzelnen Fall gesiegelt oder gestempelt werde. Fehle es am Siegel und Stempel, so handelten Vorstandsvorsitzender und Sparkassenleiter als Vertreter ohne Vertretungsmacht. In einem solchen Falle könne die Berufung der Beklagten auf die fehlende Siegelung und Stempelung nicht nach Treu und Glauben ausgeschlossen werden; Treu und Glauben könnten nicht eine fehlende Vertretungsmacht ersetzen.

Auch diese Revisionsrüge ist unbegründet. Die Frage, ob Formvorschriften, die in den Satzungen öffentlicher Körperschaften enthalten sind, gewöhnliche Formvorschriften sind oder ob sie auch oder ausschließlich die Vertretungsmacht der für die Körperschaft vorgesehenen Vertreter einschränken, ist umstritten. Das Reichsgericht (vgl. vor allem RGZ 146, 42 ff., 157, 207 ff, 211) und, ihm folgend, der Bundesgerichtshof (vgl. insbesondere BGHZ 6, 330 ff, 333 und Lindenmaier-Köhning § 36 DGO Nr.1) haben die Ansicht vertreten, gesetzliche Vorschriften, die in diesen Fällen für Willenserklärungen besondere Anforderungen aufstellten, seien nicht nur Formvorschriften, sondern schränkten zum

- 10 -

Schutze der Körperschaft gegen unbedachte und gefährdende Willenserklärungen die gesetzliche Vertretungsmacht der für die Körperschaft handelnden Personen ein. Die Urteile, in denen diese Rechtsansicht vertreten wird, und ebenso die Entscheidungen, auf die in diesen Urteilen Bezug genommen wird, betreffen aber nicht den Fall, daß der Formmangel ausschließlich in dem Fehlen des Siegels und Stempels bestanden hat. Sie haben vielmehr vor allem die Fälle zum Gegenstand, in denen nicht sämtliche Personen, die den Vertrag unterschreiben müssen, unterzeichnet haben, oder in denen eine erforderliche Genehmigung des Vertrages fehlt. In diesen Fällen ist die Sachlage aber eine andere als in dem Fall, in dem der Vertrag ausschließlich den Mangel aufweist, daß den Unterschriften der Unterschriftsberechtigten nicht das Siegel oder der Stempel der Körperschaft beigefügt ist. Fehlt den Unterschriften lediglich das Siegel oder der Stempel, so ist ausschließlich eine Formvorschrift verletzt (vgl. Hamel, DVBl 1955, 796 und Wild, NJW 1955, 693).

Die Berufung der Beklagten auf den Formmangel, auf den sie erst 6 Jahre nach Abschluß des Vertrages zum erstenmal hingewiesen hat, verstößt auch, wie das Berufungsgericht entgegen der Auffassung der Revision zutreffend dargelegt hat, gegen Treu und Glauben. Die Revision meint, die Klägerin habe wissen müssen, daß der Vertrag der Beifügung des Siegels oder Stempels bedurft hätte, sie sei daher nicht schutzwürdig. Mit Recht hat das Berufungsgericht aber demgegenüber ausgeführt, es sei Sache der Beklagten gewesen, für die Einhaltung der Formvorschrift zu sorgen, die Klägerin habe erwarten können, daß die Beklagte die nach ihrer Satzung (nicht nach der Satzung der Klägerin) erforderliche Formvorschrift einhalten werde (RG JW 1936, 1826). Die Revision meint weiter, zur Annahme, die Berufung auf einen Formmangel verstoße gegen Treu und Glauben, genüge nicht die Feststellung, daß beide Parteien bewußt oder unbewußt gegen die Formvorschrift verstoßen hätten.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 11 -

Das Berufungsgericht hat sich jedoch auch mit einer derartigen Feststellung nicht begnügt. Es hat vielmehr darauf gelegt, die Geltendmachung des Formmangels widerspreche dem früheren Verhalten der Beklagten. Die Beklagte habe keinen Vorbehalt gegen die Überweisung des Betrages von 1 000 000 RM erhoben und später auch keine Anstalten gemacht, diesen Betrag zurückzuzahlen. Sie habe in Erfüllung des Vertrages drei ihrer Zweigstellen an die Neuspa übertragen, im Jahre 1947 das Grundstück, in dem eine dieser Zweigstellen betrieben werde, an die Neuspa aufgelassen und sei ihr noch im Jahre 1949 bei der Umschreibung des Grundstücks behilflich gewesen. Diese Ausführungen lassen keinen Rechtsirrtum erkennen.

Das Landgericht, auf dessen Ausführungen das Berufungsgericht Bezug genommen hat, hat im übrigen ausgeführt, es sei auch eine Reihe von Sparkassen auf die Beklagte überführt worden und diese Überführung habe im Zusammenhang mit der Abgabe der auf Hamburger Gebiet liegenden Sparkassen gestanden. Es handelt sich hier vor allem um die Überführung der Sparkassen Bargteheide und Trittau auf die Beklagte. Ministerialrat Rosborg, der damalige Sachbearbeiter im Reichswirtschaftsministerium, hat in seinem Reisebericht vom 4. April 1944 ausgeführt, der Vorstandsvorsitzende der Beklagten habe die Überführung dieser Sparkassen gerade im Hinblick darauf gefordert, daß die Beklagte mit der Abgabe der Hamburger Zweigstellen rechnen müsse. Das Reichswirtschaftsministerium hat dementsprechend, als die Beklagte die Übertragung der auf Hamburger Gebiet liegenden Sparkassen verzögerte, dem Regierungspräsidenten in Schleswig am 17. Oktober 1944 geschrieben, er stelle die Überführung der Sparkassen Bargteheide und Trittau auf die Beklagte zurück, bis die Zweigstellenfrage mit Hamburg geklärt sei. Erst am 14. Dezember 1944, als diese Frage geklärt war (vgl. Brief des Reichswirtschaftsministeriums vom 28. November 1944 an den Staatsrat Meyer), ordnete es die Überführung der Spar-

- 12 -

28

kassen Bargteheide und Trittau auf die Beklagte an. Die Beklagte hat also im Hinblick darauf, daß sie Zweigstellen an die Klägerin und die Neuspa abgeben werde, Vorteile erhalten, und sie hat diese Vorteile auch behalten. Dieser Gesichtspunkt stützt die Auffassung des Berufungsgerichts, daß die Beklagte bei Berücksichtigung aller Umstände des Falles gegen Treu und Glauben verstößt, wenn sie sich auf den Formmangel beruft, der dadurch eingetreten ist, daß der Vertrag vom 30. Dezember 1944 versehentlich nicht gesiegelt oder gestempelt worden ist (vgl. BGHZ 16, 334 ff, 336, 337; 20, 172, 173; 23, 249).

III.

Das Berufungsgericht ist der Auffassung, der Vertrag vom 30. Dezember 1944 hätte gemäß § 313 BGB gerichtlich oder notariell beurkundet werden müssen, da sich die Beklagte in den §§ 4, 5 des Vertrages zur Übereignung von Grundstücken und zur Abtretung von Vorkaufsrechten verpflichtet habe. Die Bestimmungen, die die Übereignung der Grundstücke in Bramfeld und Rahlstedt und die Abtretung von Vorkaufsrechten zum Gegenstand hätten, stellten aber nur einen vergleichsweise unbedeutenden Nebenpunkt des Vertrages dar. Der eigentliche Zweck des Vertrages habe darin bestanden, zu verhindern, daß die Beklagte mit ihren Zweigstellen auf das erweiterte Hamburger Gebiet übergreife. Die Parteien hätten daher den Vertrag vom 30. Dezember 1944 um seines eigentlichen Zweckes willen auch ohne die nichtigen Bestimmungen geschlossen. Die Nichtigkeit der Vorschriften über die Grundstücksübereignung und Abtretung der Vorkaufsrechte habe daher gemäß § 139 BGB nicht die Nichtigkeit des ganzen Vertrages zur Folge.

Diese Feststellung des Berufungsgerichts liegt auf tatsächlichem Gebiet. Sie ist ohne Rechtsirrtum zustande



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 13 -

gekommen. Zwar mußte das Berufungsgericht, worauf die Revision zutreffend hinweist, bei der Beantwortung der Frage, ob die Parteien den Vertrag ohne den nichtigen Teil geschlossen hätten, ausschließlich von dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ausgehen. Die Erwägung des Berufungsgerichts, die Frage der Auswirkung der Teilnichtigkeit habe jetzt nur noch Bedeutung für das Rahlstedter Grundstück, weil das Bramfelder Grundstück inzwischen übereignet worden sei, ist aber nur eine Hilferwägung; auf ihr beruht die Entscheidung nicht. Auch die weitere Rüge der Revision, das Berufungsgericht habe den hohen Einheitstwert der Grundstücke übersehen, ist nicht begründet. Das Landgericht, dessen Ausführungen sich das Berufungsgericht zu eigen gemacht hat, hat auf Seite 42 seines Urteils die Einheitswerte der Grundstücke berücksichtigt. Schließlich ist auch der Hinweis der Revision unbeachtlich, die Beklagte hätte jede Gelegenheit ausgenutzt, um die Vereinbarung vom 30. Dezember 1944 zunichte zu machen; dieser Hinweis berührt nicht die Frage, ob die Parteien den Vertrag ohne die nichtigen Bestimmungen geschlossen hätten.

IV.

Die Revision greift weiter die Ausführungen des Berufungsgerichts an, die die Frage zum Gegenstand haben, ob die Aufsichtsbehörde der Beklagten, der Regierungspräsident in Schleswig, den Vertrag vom 30. Dezember 1944 genehmigen mußte und ob er ihn gegebenenfalls genehmigt hat. Die Revision meint, das Berufungsgericht verkenne nicht, daß der Vertrag der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedurft hätte; das Berufungsgericht irre aber, wenn es annehme, eine derartige Genehmigung sei erteilt worden.

Die Revision hat die Ausführungen des Berufungsgerichts mißverstanden. Das Berufungsgericht vertritt im Gegensatz

- 14 -

zu den Darlegungen der Revision die Auffassung, der Vertrag bedürfe nicht der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die weiteren Ausführungen des Berufungsgerichts, die die Frage bejahen, ob die Aufsichtsbehörde den Vertrag genehmigt habe, enthalten nur eine Hilferwägung. Die vom Landgericht und vom Berufungsgericht vertretene Ansicht, der Vertrag vom 30. Dezember 1944 bedürfe nicht der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, ist zutreffend. Die Satzung der Beklagten enthält keine Bestimmung, nach der die Übertragung einer Zweigstelle von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden muß. Der Auffassung der Revision, § 39 der Satzung verlange eine derartige Genehmigung, kann nicht zugestimmt werden. Nach dieser Bestimmung kann die Auflösung der Sparkasse nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten beschlossen werden. Einer Auflösung steht, worauf die Revision mit Recht hinweist, die Vereinigung einer Sparkasse mit einer andern gleich (Perdelwitz-Fabricius-Kleiner aaO, § 17 Sparkassenverordnung Anm. 7). Im vorliegenden Fall ist aber nicht eine Sparkasse mit einer andern vereinigt, sondern lediglich eine Zweigstelle einer Sparkasse auf eine andere Sparkasse überführt worden. Die Überführung einer Zweigstelle kann höchstens der Auflösung der Zweigstelle gleichstehen. Die Auflösung einer Zweigstelle ist aber etwas ganz anderes als die Auflösung der Sparkasse selbst (so auch Gutachten von Dr. Palleske und das Gutachten von Sprengel).

Die Überführung einer Zweigstelle unterliegt auch nach den Vorschriften des Reichsgesetzes über das Kreditwesen (KWG) keiner Erlaubnispflicht. Nach diesen Bestimmungen (§§ 3, 51 KWG; Art. 1 der I. DVO zum KWG) ist eine Erlaubnis zur Errichtung, Verlegung und Übernahme, nicht aber zur Übergabe einer Zweigstelle erforderlich. Es kann auch nicht den Ausführungen im Gutachten von Dr. Palleske beigegeben werden, wenn schon die Verlegung einer Zweigstelle genehmigungspflichtig sei, dann müsse dies erst recht bei

23



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 15 -

der Entlassung einer Zweigstelle aus dem Kreditinstitut der Fall sein, denn eine derartige Übergabe stelle etwas erheblich Gewichtigeres dar als eine bloße Verlegung. Diese Ausführungen werden dem Sinn und Zweck des Reichsgesetzes über das Kreditwesen nicht gerecht. Dieses Gesetz will einer unerwünschten Kräfteverschiebung zwischen den verschiedenen Gruppen des Kreditgewerbes und vor allem einer Übersetzung des Kreditgewerbes vorbeugen (Perdelwitz-Fabrizius-Kleiner aaO § 3 Mustersatzung Anm. 3). Aus diesem Grunde ist bewußt die Errichtung, die Übernahme, die Verlegung, die Erweiterung der sachlichen Zuständigkeit einer Zweigstelle, ja sogar jede auf die Dauer berechnete Ausdehnung der Geschäftszeiten bei Zweigstellen, nicht aber die Auflösung oder Übergabe einer Zweigstelle von einer Erlaubnis abhängig gemacht (§ 1 KWG, Art. 1 Buchstaben a bis e der I. DVO zum KWG). Die Frage, ob die Auflösung einer Zweigstelle für die Sparkasse größere Bedeutung hat als die Verlegung einer Zweigstelle, ist also unerheblich; auf diesen Gesichtspunkt stellt es das Reichsgesetz über das Kreditwesen nicht ab. Der Vertrag vom 30. Dezember 1944 brauchte somit von der Aufsichtsbehörde der Beklagten nicht genehmigt zu werden. Damit sind die Ausführungen der Revision gegenstandslos, die die Hilferwägungen des Berufungsgerichts angreifen, die Aufsichtsbehörde habe den Vertrag jedenfalls stillschweigend genehmigt.

V.

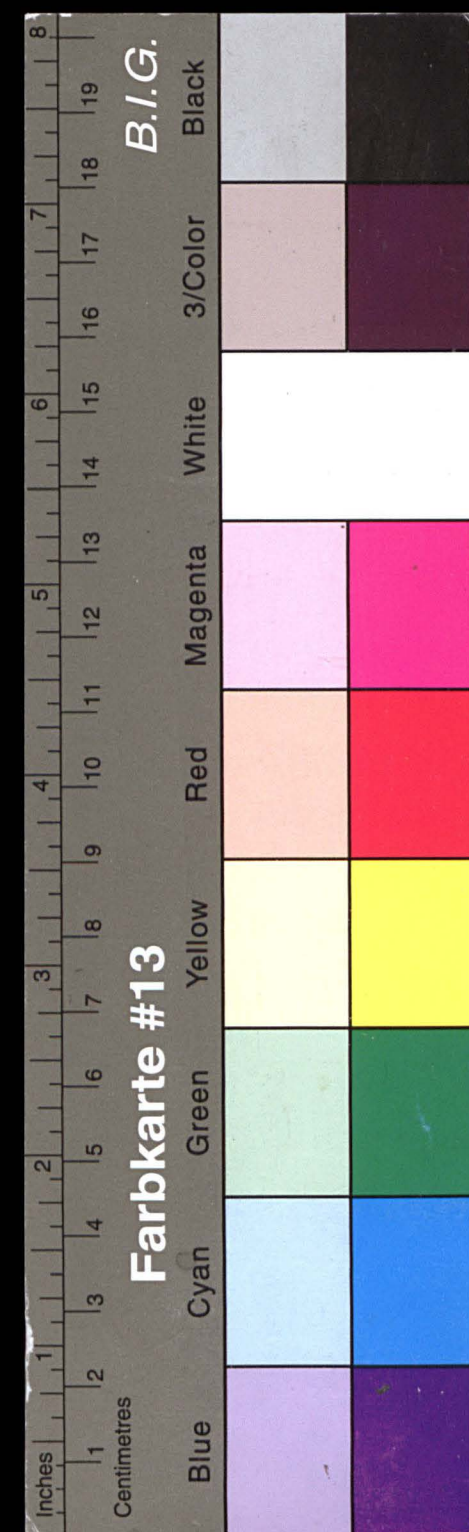
Das Berufungsgericht hat die Frage, ob der Vertrag vom 30. Dezember 1944 gegen die guten Sitten verstosse oder ob die Beklagte zum Abschluß dieses Vertrages widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden sei, in eingehenden Ausführungen verneint. Der Vertrag, den die Parteien geschlossen hätten, habe, so hat das Berufungsgericht ausgeführt, den Abschluß einer langjährigen Entwicklung eines

- 16 -

Ausschnittes aus der Großhamburg-Frage und ihrer reichsgesetzlichen Lösung dargestellt und könne nur in diesem historischen Zusammenhang richtig gewürdigt werden. Der Vertrag entspreche auch dem Grundsatz der Regionalität im Sparkassenwesen, den die Beklagte als solchen nicht bestreite. Die Klägerin und andere Stellen hätten sich jedenfalls keiner bedenklichen Mittel bedient, sodaß keine Rede davon sein könne, sie hätten mittelbar oder unmittelbar die Beklagte, deren Vorstand, die Stormarner Kreisverwaltung, die Schleswig-Holsteinische Regierung oder das Kieler Oberpräsidium unter Druck gesetzt.

Die Revision greift diese Ausführungen des Berufungsgerichts an. Die Angriffe liegen jedoch im wesentlichen auf tatsächlichem Gebiet; sie können daher in der Revision nicht berücksichtigt werden. Im übrigen rügt die Revision, daß das Berufungsgericht die Frage des auffallenden Mißverhältnisses zwischen der Leistung der Beklagten und der Gegenleistung der Klägerin nicht geklärt habe. Der Satz von 1 1/2 % der Einlagebestände entspreche nicht dem wahren Wert einer Zweigstelle; bei dem Verkauf einer Zweigstelle werde üblicherweise von dem 7-fachen Jahresertrag (7 000 000 RM) ausgegangen. Das Landgericht, auf dessen Ausführungen das Berufungsgericht Bezug genommen hat, hat jedoch, ohne daß seine Ausführungen einen Rechtsirrtum erkennen lassen, die Frage verneint, ob zwischen Leistung und Gegenleistung der Parteien ein auffälliges Mißverhältnis bestehe. Im übrigen müßte, damit der Vertrag wegen Sittenwidrigkeit nichtig wäre, zu dem auffälligen Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung eine verwerfliche Gesinnung der Klägerin hinzukommen (RGZ 165, 1 ff, 14). Aus den Ausführungen des Berufungsgerichts ergibt sich aber, daß diese Voraussetzung nicht vorliegt. Diese Feststellung ist für das Revisionsgericht bindend.

Die Revision rügt weiter, das Berufungsurteil verstosse gegen § 286 ZPO. Es gehe ausschließlich von der Aussage der



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 17 -

Zeugen aus, während es die Urkunden, die die Parteien überreicht oder auf die die Parteien Bezug genommen hätten, völlig außer acht gelassen habe. Auch diese Rüge der Revision ist unbegründet. Die Revision übersieht, daß das Berufungsurteil die entscheidenden Urkunden eingehend und sorgfältig gewürdigt hat.

VI.

Das Berufungsgericht hat schließlich ausgeführt, die Beklagte sei auch jetzt noch verpflichtet, die Verbindlichkeiten aus dem Vertrag vom 30. Dezember 1944 zu erfüllen. Die Geschäftsgrundlage des Vertrages sei nicht weggefallen. Der Zweck des Abkommens sei nicht hinfällig geworden, und es könne auch nicht festgestellt werden, daß die weitere Durchführung des Vertrages der Beklagten nicht mehr zugemutet werden könne, oder daß Umstände, die die Beklagte zum Abschluß des Vertrages bestimmt hätten, sich wesentlich geändert hätten.

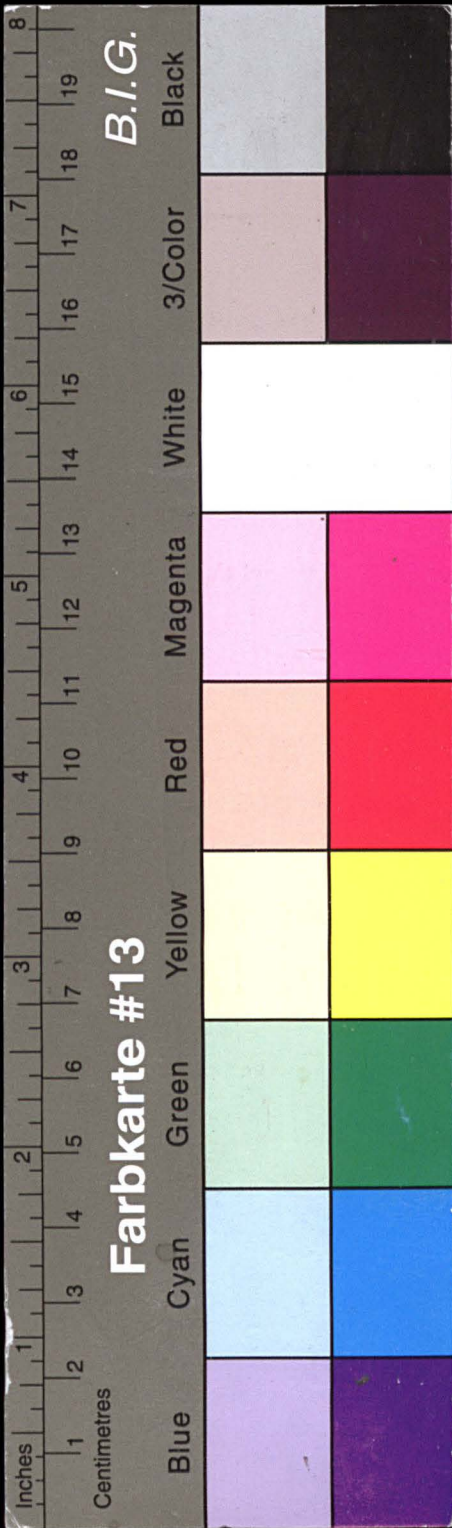
Die Revision greift diese Ausführungen an. Auch diese Angriffe liegen auf tatsächlichem Gebiet, sodaß sie in der Revisionsinstanz ohne Erfolg bleiben müssen. Dies gilt einmal von den Ausführungen der Revision, wenn der Vertrag vom 30. Dezember 1944 nicht sittenwidrig und auch nicht durch widerrechtliche Drohung zustande gekommen sei, dann müsse er das Ergebnis der von der damaligen Regierung dem deutschen Volke aufoktroierten Gewissheit einer siegreichen Kriegsbeendigung und eines danach zu erwartenden großen wirtschaftlichen Aufschwunges gewesen sein; die später eingetretene Geldentwertung und der starke wirtschaftliche Niedergang seien demgemäß von den Parteien nicht in Rechnung gestellt worden. Diese Ausführungen setzen sich in Widerspruch mit den Feststellungen des Berufungsgerichts, es könne der Beklagten nicht abgenommen werden, daß ihre Vertreter und Berater sich das Bild einer günstigen Zukunfts-

- 18 -

entwicklung hätten suggerieren lassen; es sei vielmehr eher festzustellen, daß ihre Organe Ende 1944 die Wahrscheinlichkeit eines ungünstigen Kriegsausganges in ihre Überlegungen einbezogen hätten.

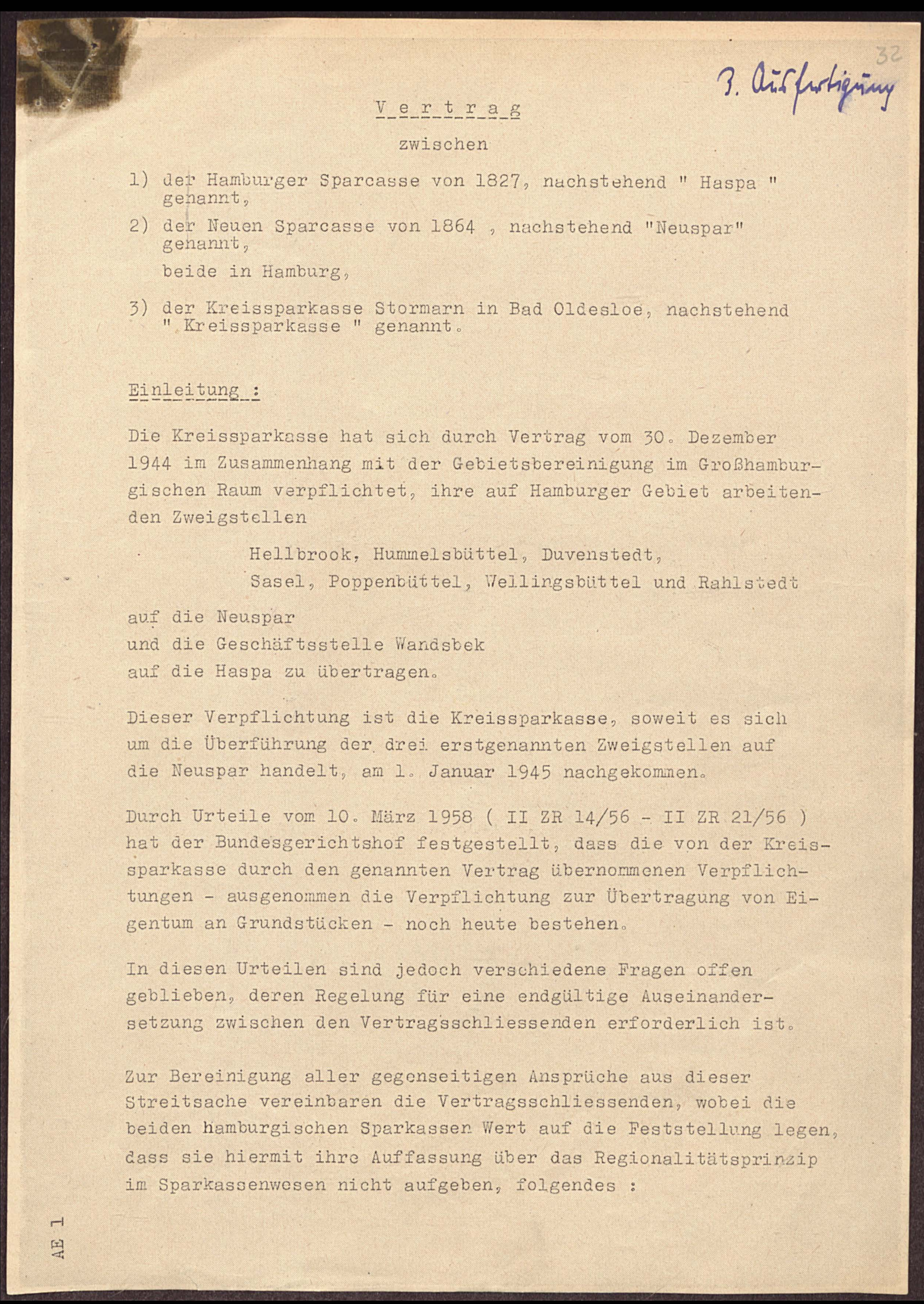
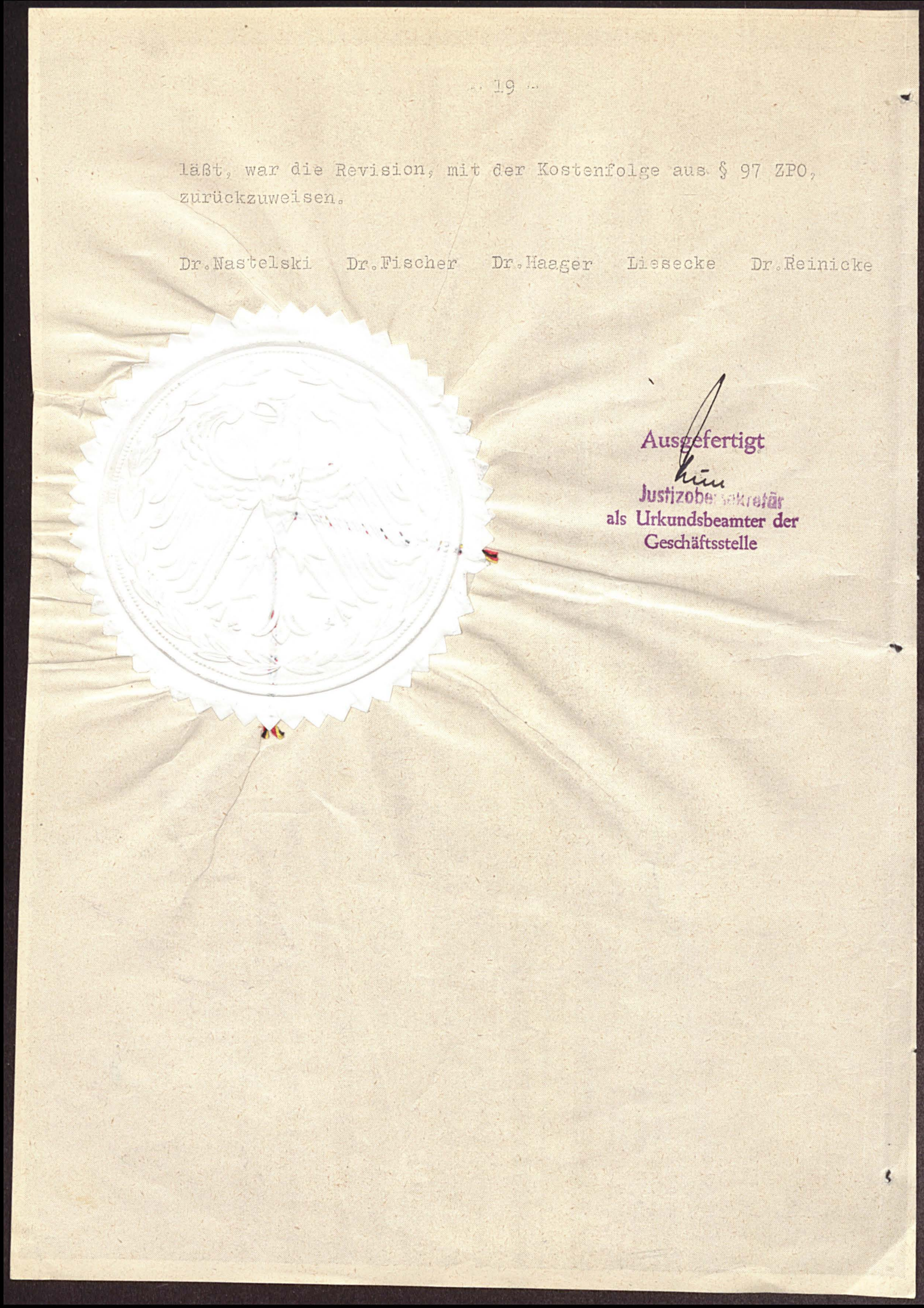
Die Ausführungen der Revision richten sich auch insoweit gegen tatsächliche Feststellungen des Berufungsgerichts, als sie die Frage zum Gegenstand haben, ob durch die Währungsreform ein Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung eingetreten sei. Das Berufungsgericht hat ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß das vertragliche Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung nicht durch die Währungsreform entfallen und die Beklagte daher auch nicht aus diesem Grunde ihrer Verpflichtung enthoben sei, den Vertrag vom 30. Dezember 1944 zu erfüllen. Im übrigen hat das Berufungsgericht darauf hingewiesen, daß die Erörterung über Umfang und Wert der von der Klägerin bewirkten und noch zu bewirkenden Gegenleistung nicht Gegenstand dieses Rechtsstreits sei. Die Ausführungen des Berufungsgerichts über den Wegfall der Geschäftsgrundlage beziehen sich also ausschließlich auf die Verpflichtungen der Beklagten, nicht deren Ansprüche; das Berufungsgericht hat die Möglichkeit offengelassen, daß die Beklagte auf Grund des § 242 EGB höhere Ansprüche geltend machen kann, als ihr nach dem Wortlaut des Vertrages vom 30. Dezember 1944 zustehen. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß das Berufungsgericht, wie oben (unter I) dargelegt, weiterhin die Möglichkeit offengelassen hat, daß die Beklagte die Zweigstelle nicht mit Wirkung zum 31. Dezember 1945, sondern mit Wirkung zu einem späteren Zeitpunkt zu übertragen habe.

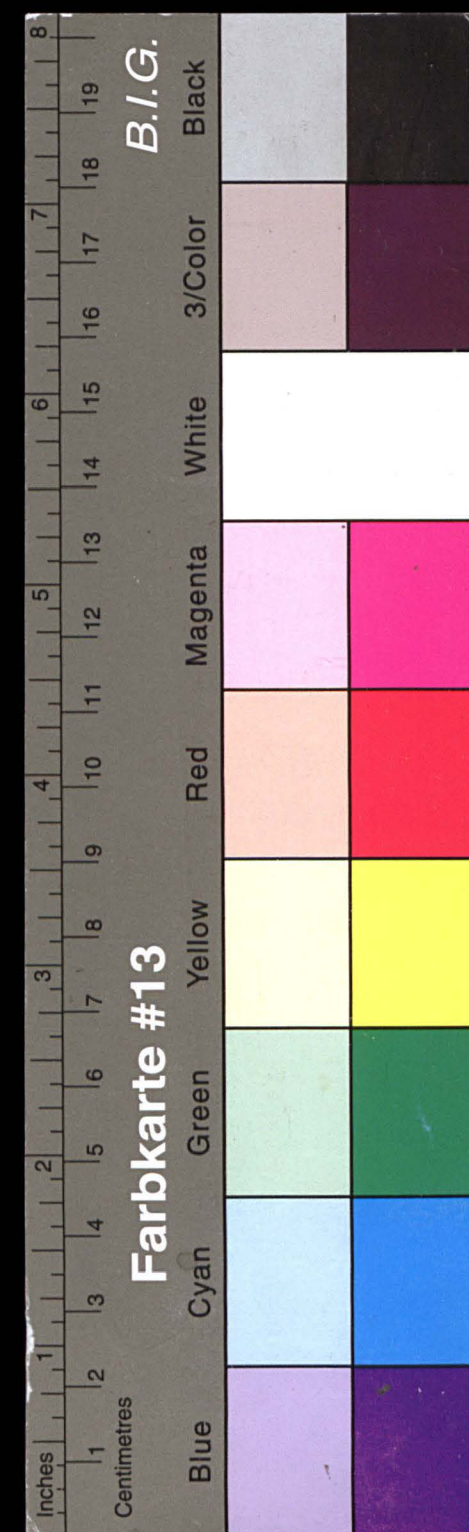
Da nach alledem die Rügen der Revision unbegründet sind und das Urteil auch sonst keinen Rechtsfehler erkennen



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 2 -

§ 1

Überführung und Termin der Überführung

- (1) Die Kreissparkasse verpflichtet sich, zum 1. Januar 1959 zu überführen :
 - a) auf die Haspa :
die Geschäftsstelle Wandsbek und die Zweigstelle Poppenbüttel,
 - b) auf die Neuspar :
die Zweigstellen Rahlstedt und Wellingsbüttel.
- (2) Von der im Vertrag vom 30. Dezember 1944 genannten Verpflichtung, auch die Zweigstelle Sasel (ohne Poppenbüttel) zu überführen, wird die Kreissparkasse entbunden. Sie zahlt dafür der Haspa einen Schadensersatz in Höhe von 120.000,--DM, in Worten : Einhundertzwanzigtausend Deutsche Mark.

§ 2

Entgelt und Schadenersatz

- (1) Der Kreis Stormarn hat der Kreissparkasse die ihm aus § 2 des Vertrages vom 30. Dezember 1944 noch zustehende Forderung gegen die hamburgischen Sparkassen abgetreten. Die Kreissparkasse verzichtet auf eine weitere Entschädigung für die zu überführenden Geschäfts-/Zweigstellen zu der von den hamburgischen Sparkassen bereits 1945 geleisteten Zahlung von Reichsmark 1 Million.
- (2) Dafür verzichten die beiden hamburgischen Sparkassen ihrerseits auf etwaige Ansprüche gegen die Kreissparkasse wegen verspäteter Erfüllung des Vertrages vom 30. Dezember 1944.

§ 3

Gegenseitige Gebietsabgrenzung

- (1) Die Kreissparkasse verpflichtet sich, ausser ihren Zweigstellen in Sasel und Billstedt keine Filialen, Zweig-, Annahme- oder sonstige Nebenstellen in der Freien und Hansestadt Hamburg neu zu eröffnen oder zu unterhalten. Sie wird die Zweigstellen Sasel und Billstedt an ihren jetzigen Standorten auch in Zukunft belassen. Eine Verlegung ist nur aus

AE 2

- 3 -

unvorhergesehenen zwingenden Gründen und im gleichen Ortsteil zulässig. Umgekehrt verpflichten sich die Haspa und die Neuspar, keine Filialen, Zweig-, Annahme- oder sonstige Nebenstellen auf dem Gebiet des Kreises Stormarn zu eröffnen oder zu unterhalten.

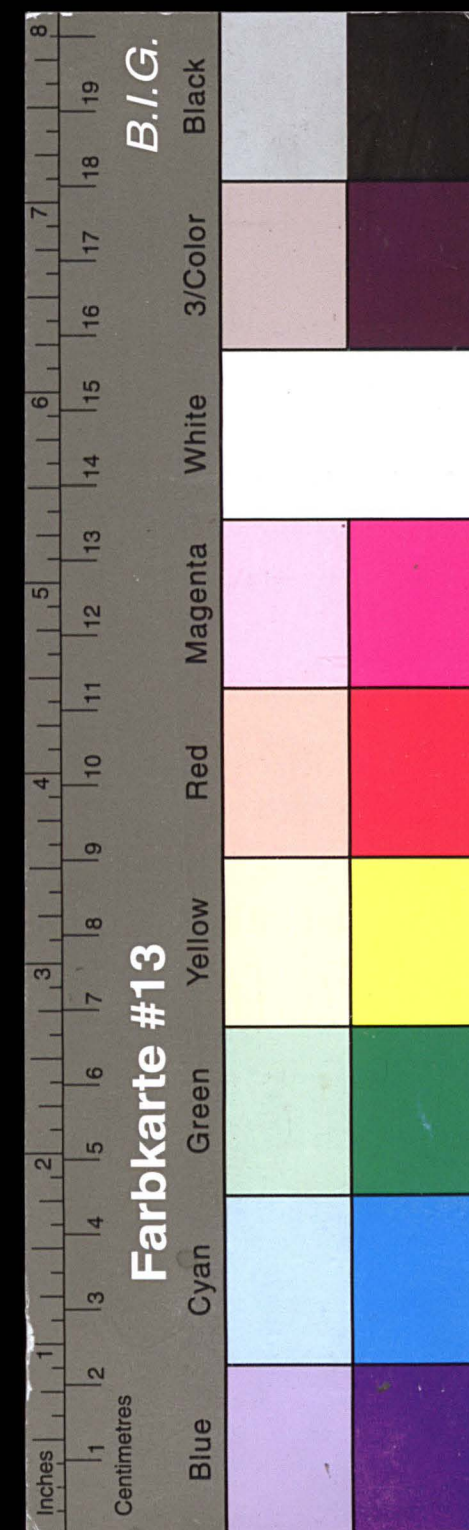
- (2) Die in Abs. 1 genannte Vereinbarung kann von jeder Vertragsschliessenden mit einjähriger Frist zum Jahresende, erstmalig zum 31. Dezember 1965, gekündigt werden. Nach Wirksamwerden der Kündigung kann jede Vertragsschliessende - vorbehaltlich entgegenstehender, zwingender öffentlichrechtlicher Vorschriften - im Gebiet der anderen Vertragsschliessenden Nebenstellen jeder Art eröffnen und unterhalten.
- (3) Ändern sich die Grenzen zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Landkreis Stormarn in der Weise, daß eine oder mehrere Gemeinden ihre Zugehörigkeit zum Landkreis Stormarn verlieren, so ist unabhängig von dem in Abs. 2 Satz 1 genannten Termin jede Vertragsschliessende berechtigt, die Vereinbarung für das Gebiet der betroffenen Gemeinden mit dreimonatiger Frist zum Quartalsende zu kündigen. Entsprechendes gilt, wenn Gebietsteile der Freien und Hansestadt Hamburg an den Landkreis Stormarn fallen. Absatz 2 Satz 2 gilt sinngemäss.
- (4) Die Kündigungen nach Abs. 2 und 3 bewirken als solche nicht, dass vorhandene Geschäftsstellen geschlossen oder überführt werden müssen.

§ 4

Grundstücksregelung

- (1) Die Kreissparkasse verpflichtet sich, das Grundstück, auf dem die zu überführende Zweigstelle in Rahlstedt (Bahnhofstrasse 9) betrieben wird, an die Neuspar zu veräussern. Der Kaufpreis beträgt 200.000,-- DM - in Worten: Zweihunderttausend Deutsche Mark -. Er wird im Rahmen des Ausgleichs der zu übernehmenden Aktiven und Passiven zwischen den Beteiligten verrechnet. Gleichzeitig mit der Unterzeichnung dieses Auseinandersetzungsvertrages wird die Kreissparkasse der Neuspar das Grundstück gerichtlich oder notariell beurkundet oder in der nach Art. 142 EGBGB in Verbindung mit Art. 12 § 2 des Preuß. Ausführungsgesetzes zum BGB gleichstehenden Form zum Kauf an-

AE 3



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 4 -

bieten. Erst mit der Übergabe dieses Kaufangebotes, an das sich die Kreissparkasse einen Monat gebunden halten wird, wird dieser Auseinandersetzungsvertrag wirksam.

- (2) Die Kreissparkasse bleibt Eigentümerin des Grundstücks in Sasel.
- (3) Die Kreissparkasse ist nicht verpflichtet, ihre Grundstücke in Wandsbek und Wellingsbüttel an die Haspa bzw. Neuspar zu veräußern. Sie verpflichtet sich jedoch, bis zum 31. Dezember 1968 die beiden letztgenannten Grundstücke an ein anderes Kreditinstitut weder zu veräußern, noch zu vermieten, zu verpachten oder sonstwie zur Verfügung zu stellen und auch in diesen Grundstücken eine eigene Hauptstelle, Filiale, Zweig-, Annahme- oder sonstige Nebenstelle nicht zu betreiben. Von dieser Verpflichtung kann die Kreissparkasse bezüglich des Grundstücks in Wandsbek von der Haspa und bezüglich des Grundstücks in Wellingsbüttel von der Neuspar entbunden werden. Die Kreissparkasse verpflichtet sich, die in Satz 2 genannte Verpflichtung derart dinglich zu sichern, dass sie am Grundstück Wandsbek der Haspa und am Grundstück Wellingsbüttel der Neuspar eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit mit dem Inhalt bestellt: " Auf diesem Grundstück darf bis zum 31. Dezember 1968 keine Hauptstelle, Filiale, Zweig-, Annahme- oder sonstige Nebenstelle eines Kreditinstituts betrieben werden."

§ 5

Mietnachfolge

Die zu übernehmende Zweigstelle Poppenbüttel wird in gemieteten Räumen betrieben. Die Kreissparkasse übergibt der Haspa den schriftlichen Mietvertrag. Der Haspa wird das Recht eingeräumt, in diesen Mietvertrag einzutreten. Die Erklärung ist innerhalb von vier Wochen abzugeben.

§ 6

Einrichtung und Geschäftsausstattung

- (1) Die Einrichtung und Geschäftsausstattung der zu übernehmenden Geschäfts-/Zweigstellen wird, soweit sie nicht fest eingebaut ist, nicht übertragen.

AE 4

- 5 -

34

- (2) Die Kreissparkasse wird jedoch der jeweils übernehmenden hamburgischen Sparkasse das vorhandene Konten- und Archivmaterial der auf sie zu überführenden Einlagen (insbesondere Kontoeröffnungsanträge, Unterlagen für Mündelkonten, für Stichworte, für Sperrungen, für Daueraufträge, für steuerbegünstigte Sparverträge usw., Unterlagen des Stock- und Namensregisters) der einzelnen Geschäfts-/Zweigstellen sowie das Aktenmaterial für die zu übertragenden Kontokorrentkredite, Hypothekendarlehen, lang- und mittelfristige Darlehen, Kleindarlehen - nebst den Unterlagen für die gestellten Sicherheiten - und sonstige Vermögenswerte übergeben.
- (3) Alle Buchungsunterlagen für die Zeit bis zum 31. Dezember 1958 bleiben bei der Kreissparkasse. Sie verpflichtet sich, über die Entwicklung aller überführten Einlagen und übertragenen Aktiva auf Anfrage Auskunft zu geben.
- (4) Die Personalakten der Angestellten und Lehrlinge, die in die Dienste einer der beiden hamburgischen Sparkassen eintreten, werden der Sparkasse ausgehändigt, in deren Dienste die Angestellten und Lehrlinge treten, wenn die Betroffenen mit der Aushändigung der Personalakten einverstanden sind.

§ 7

Übernahme von Angestellten und Lehrlingen

- (1) Die Haspa übernimmt die am 1. Mai 1958 tätig gewesenen Angestellten und Lehrlinge der Geschäftsstelle Wandsbek und der Zweigstelle Poppenbüttel, die Neuspar die am gleichen Termin tätig gewesenen Angestellten und Lehrlinge der Zweigstellen Rahlstedt und Wellingsbüttel, sofern die Angestellten und Lehrlinge (und gegebenenfalls ihre gesetzlichen Vertreter) damit und mit der Übergabe ihrer Personalakten einverstanden sind.
- (2) Beide hamburgischen Sparkassen werden die Dienst- und Lehrjahre, die die Angestellten und Lehrlinge bei der Kreissparkasse zurückgelegt haben oder die von der Kreissparkasse als zurückgelegt anerkannt worden sind, so anerkennen,

AE 5



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 6 -

als wenn die Angestellten und Lehrlinge bei den hamburgischen Sparkassen selbst tätig gewesen wären. Sie werden die Eingliederung in ihre Tarife so vornehmen, daß den Angestellten und Lehrlingen mit dem Zeitpunkt der Übernahme ein Gehaltsanspruch zusteht, dessen Höhe mindestens derjenigen des im Monat vor der Übernahme von der Kreissparkasse bezogenen Gehalts entspricht.

- (3) Die Angestellten und Lehrlinge sowie deren gesetzliche Vertreter werden vierzehn Tage nach Vertragsschluss durch ein gemeinsames Rundschreiben der Vertragsschliessenden (Anl. 1) von der Überführung der betreffenden Geschäfts-/Zweigstelle verständigt.
- (4) Bis zum 15. Dezember 1958 können die Angestellten und Lehrlinge (und gegebenenfalls ihre gesetzlichen Vertreter) der Kreissparkasse Stormarn und der für die Übernahme in Betracht kommenden hamburgischen Sparkasse erklären, ob sie in die Dienste der übernehmenden Sparkasse eintreten wollen. Haben sie bis zu diesem Zeitpunkt keine Erklärung abgegeben, so bleiben sie im Dienst der Kreissparkasse.

§ 8

Bekanntmachung der Überführung

- (1) Den Einlegern und Kreditnehmern der Kreissparkasse wird die Überführung der Geschäfts-/Zweigstellen durch ein gemeinsames Rundschreiben der Kreissparkasse und der jeweils beteiligten hamburgischen Sparkasse Mitte November 1958 (Einlegern mit Rundschreiben Anl. 2, Kreditnehmern, insbesondere Hypothekenschuldnern, Darlehens- und Kontokorrentschuldern mit Rundschreiben Anl. 3) bekanntgemacht. Die Kreissparkasse versendet diese Rundschreiben.
- (2) Die Einleger und Kreditnehmer sollen möglichst bis zum 15. Dezember 1958 erklären, ob sie ihre bisherige Geschäftsverbindung zur Kreissparkasse aufrechterhalten wollen. Wird von den Einlegern oder Kreditnehmern bis zum Überführungstag ein derartiger Wunsch geäußert, werden die

AE 6

- 7 -

entsprechenden Einlagen und Hypotheken, Darlehen und Kredite nicht übertragen.

- (3) Soweit Einleger und Kreditnehmer einen derartigen Wunsch nach erfolgter Überführung äussern sollten, werden die entsprechenden Konten zurückübertragen.
- (4) Die Vertragsschliessenden verpflichten sich, sich jeder Einwirkung auf die Einleger, Kreditnehmer und Darlehensempfänger zu enthalten.

§ 9

Technische Überführung

Die einzelnen Geschäfts-/Zweigstellen sind in folgender Weise zu überführen :

1. Übertragung der Einlagen

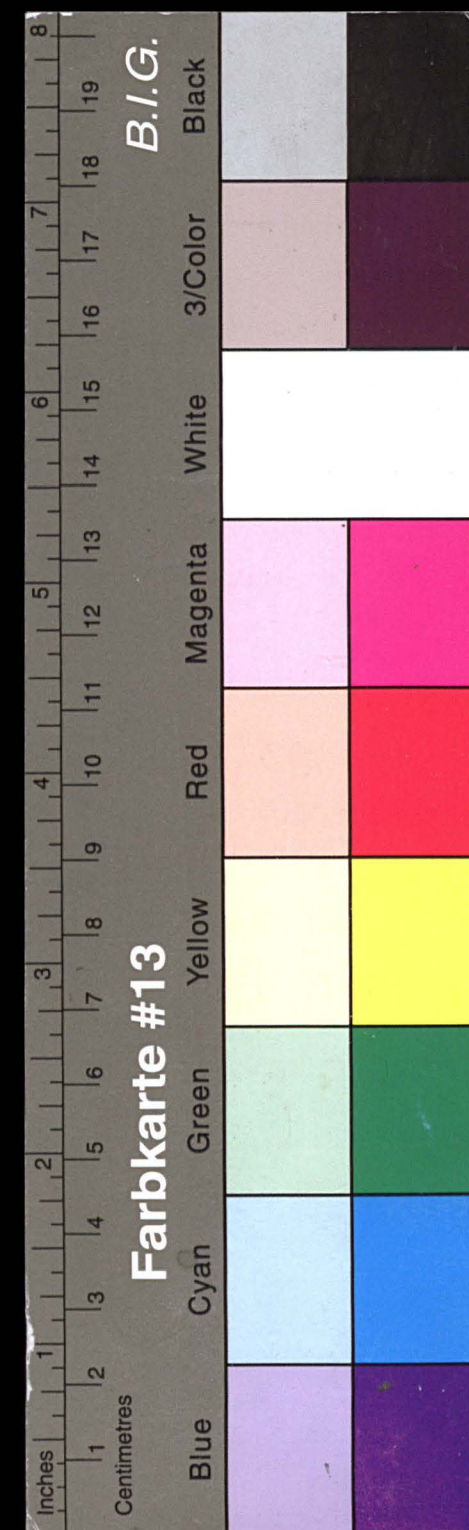
- a) Die Spareinlagen werden in der Zeit vom 15. bis 31. Dezember 1958 aufgenommen. Der Istbestand wird dabei mit dem Sollbestand abgestimmt .

Bis zum 1. Januar 1959 (Überführungsstichtag) werden die Bestände fortgeschrieben. Die Fortschreibung wird am Überführungsstichtag als massgeblich zugrunde gelegt.

- b) Giro- und Gehaltskonten werden nach dem Stande vom Überführungsstichtag aufgenommen und mit dem Sollbestand abgestimmt.

- c) Den übernehmenden Sparkassen wird das Recht eingeräumt, in der Zeit vom 15. Dezember bis 31. Dezember 1958 zu jeder der zu übernehmenden Geschäfts-/Zweigstellen zwei Mitarbeiter abzuordnen, die die Überführungsvorbereitungen für die übernehmende Sparkasse durchführen sollen. Diesen Mitarbeitern ist Einblick in die zu überführenden Konten und Karteien zu gestatten. Es besteht Einverständnis zwischen den Vertragsschliessenden darüber, dass diese Mitarbeiter der Kundschaft gegenüber nicht in Erscheinung treten sollen.

AE 7



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 8 -

2. Übernahmekonten und Verrechnungskonten

- a) Die zu übertragende Summe der Einlagen der betreffenden Geschäfts-/Zweigstelle wird der übernehmenden Sparkasse auf einem Übernahmekonto bei der Kreissparkasse gutgebracht. Das Übernahmekonto wird von den beteiligten Sparkassen als gegenseitiges Konto geführt. Über dieses Konto werden auch eventuelle Rückübertragungen verbucht.

Aus dem Übernahmekonto ist der Betrag erkennbar, den die Kreissparkasse der einzelnen hamburgischen Sparkasse schuldet.

- b) Neben dem Übernahmekonto wird für jede Sparkasse bei der Kreissparkasse ein Verrechnungskonto eingerichtet ; die beiden hamburgischen Sparkassen führen entsprechende Gegenkonten. Über diese Verrechnungskonten werden alle diejenigen Vorfälle verbucht, die bei der Kreissparkasse nach erfolgter Überführung noch anfallen und die übertragenen Konten betreffen. Es werden über diese Verrechnungskonten auch solche Umsätze verbucht, die bei den hamburgischen Sparkassen anfallen sollten, aber nicht mitübertragene Konten betreffen. Das Verrechnungskonto wird durch Überweisungen, spätestens jedoch in Abständen von jeweils 10 Tagen ausgeglichen.

3. Ausgleich des Übernahmekontos

Der Übernahmesaldo ist von der Kreissparkasse durch Übertragung von Forderungen oder durch Barzahlung auszugleichen. Die Ausgleichsbuchungen werden über ein Übernahmeausgleichskonto verbucht, welches von den beteiligten Sparkassen als gegenseitiges Konto geführt wird. Das Übernahmekonto und das Übernahmeausgleichskonto sollen sich im Soll und Haben gegenseitig ausgleichen. Das Übernahmekonto und das Übernahmeausgleichskonto werden durch Übertragung ausgeglichen, nachdem keine Rückübertragungen von Konten mehr zu erwarten sind, spätestens am 31. Dezember 1959.

AE 8

- 9 -

36

Der Ausgleich erfolgt in folgender Reihenfolge :

- a) durch Übertragung von Kontokorrentkrediten
b) durch Übertragung von Hypothekendarlehen und 1/10 Forderungen
c) durch Übertragung von lang- und mittelfristigen Darlehen, Kleindarlehen und Konsortialdarlehen
d) durch Übertragung von Ausgleichs- und Deckungsforderungen, die der Kreissparkasse gegen die Freie und Hansestadt Hamburg zustehen
e) durch Übertragung des Zweigstellengrundstückes Rahlstedt (vgl. § 4)
f) durch Übertragung von Termingeldeinlagen und Bankguthaben der Kreissparkasse bei ihrer Girozentrale oder sonstigen Kreditinstituten
g) durch Barzahlung.

Sämtliche Aktiven sind mit Wert per 1. Januar 1959 unter entsprechender Zinsverrechnung zu übertragen.

Zu a) bis c)

Unter der Voraussetzung, daß die Kredit-/Darlehensnehmer der Übertragung nicht widersprochen (vgl. § 8), werden die Kontokorrentkredite, die Hypothekendarlehen und 1/10 Forderungen sowie die lang- und mittelfristigen Darlehen, Kleindarlehen und Konsortialdarlehen nebst den hierfür bestellten Sicherheiten wie folgt übertragen:

Die Ausleihungen im Bereich der Geschäftsstelle Wandsbek auf die Hamburger Sparcasse von 1827 in Wandsbek ;

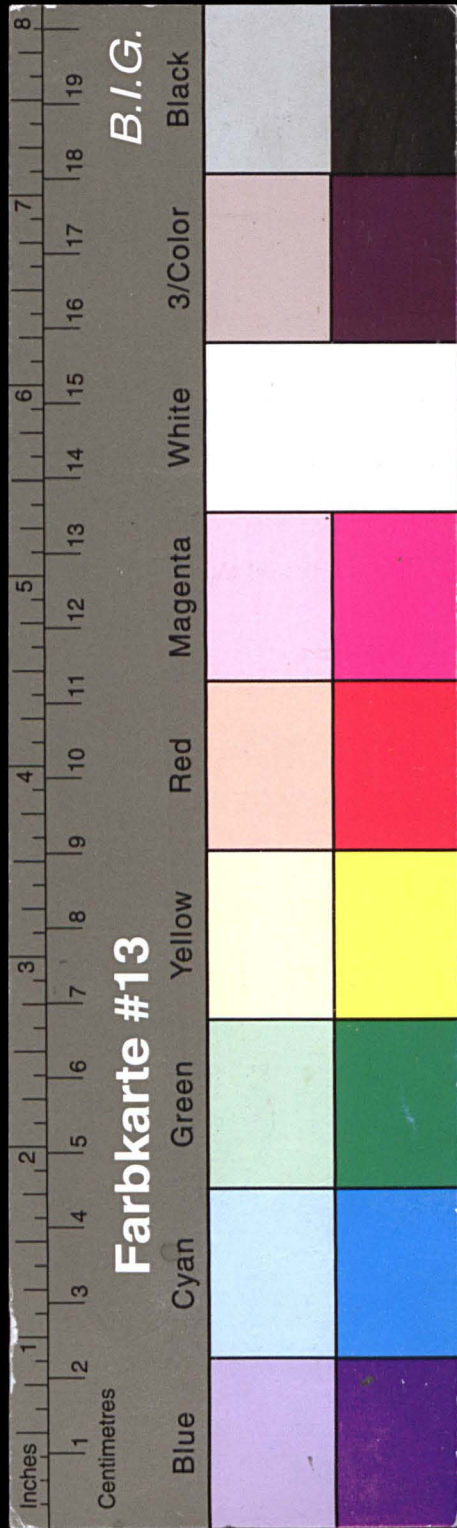
die Ausleihungen im Bereich der Zweigstelle Poppenbüttel auf die Hamburger Sparcasse von 1827 in Volksdorf ;

die Ausleihungen im Bereich der Zweigstellen Rahlstedt und Wellingsbüttel auf die Neue Sparcasse von 1864.

Zu d.)

An die Hamburger Sparcasse von 1827 sind abzutreten die

AE 9



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

AE 10

- 10 -

Ausgleichs und Deckungsforderungen, die für die Geschäftsstelle Wandsbek und die Zweigstelle Poppenbüttel, an die Neue Sparcasse von 1864 die Ausgleichs- und Deckungsforderungen, die für die Zweigstellen Rahlstedt und Wellingsbüttel gebildet worden sind.

Zu f) und g)

Sollten die unter a) - e) aufgeführten Forderungen und Vermögenswerte zum Ausgleich des Übernahmesaldos nicht ausreichen, so ist der Rest in Termingeldeinlagen, Bankguthaben oder durch Barzahlung auszugleichen. Die Termingeldeinlagen sind an die jeweilige hamburgische Sparkasse in folgender Reihenfolge abzutreten :

- a) Termingeld mit einer Belegungsfrist von einem Jahr
- b) Termingeld mit einer Belegungsfrist von einem halben Jahr.

Im Verhältnis der Sparkassen zueinander sind die Termingelder von der Kreissparkasse in sich proportional zu den nach der Übertragung der Aktiva a) - e) für die betreffende hamburgische Sparkasse verbleibenden Übernahmesalden vorzunehmen. Sämtliche Aktiven sind mit Wert per 1. Januar 1959 unter entsprechender Zinsverrechnung zu übertragen. Reichen die Aktiven zu a) - e) und die Bankguthaben und Termingelder zum Ausgleich des Übernahmesaldos nicht aus, so wird der Restbetrag am 1. März 1959 von der Kreissparkasse an die betreffende hamburgische Sparkasse in bar gezahlt oder überwiesen. Bis dahin ist der Übernahmesaldo (Unterschied zwischen Übernahmekonto und Übernahmeausgleichskonto) mit 3 % zu verzinsen.

§ 10

Haftung für übertragene Forderungen

- (1) Für die Bonität der übertragenen Forderungen nach dem Stande vom 31. Dezember 1958 steht die Kreissparkasse in jedem Einzelfall den beiden hamburgischen Sparkassen bis zum 31. Dezember 1959 ein. Diese Haftung bleibt über den Termin hinaus bestehen, wenn eingeleitete Vollstreckungshandlungen der

AE 11

- 11 -

37

Kreissparkasse vor Ablauf des Termins angezeigt sind. Verschlechterungen der Bonität, die nach dem 31. Dezember 1958 eintreten, und mangelhafte Kreditüberwachung durch die übernehmende hamburgische Sparkasse hat die Kreissparkasse nicht zu vertreten.

- (2) Im übrigen wird die Kreissparkasse im Zusammenhang mit der Übertragung der Aktiven und Passiven die Erklärung abgeben, dass keine anderen als die aus den Unterlagen ersichtlichen Verbindlichkeiten sowie Haftungsverpflichtungen bestehen und Rechtsstreitigkeiten, die für die Beurteilung des überführten Vermögens und der überführten Schulden wesentlich sind, nicht in der Schwebe sind.

§ 11

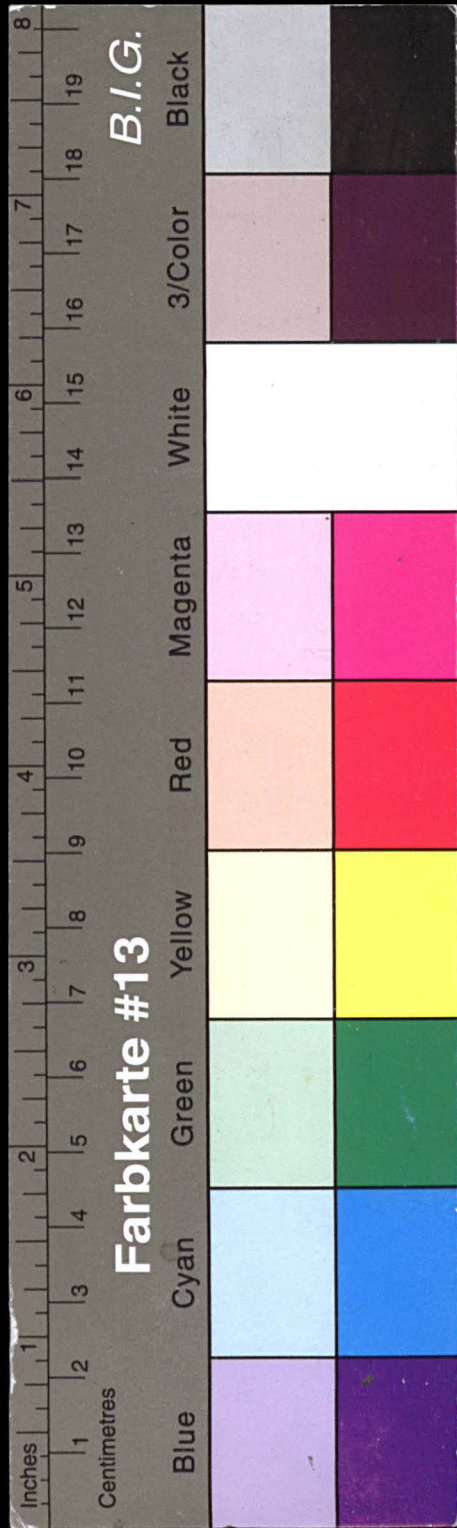
Abgabe von Erklärungen

Die Vertragsschliessenden verpflichten sich, alle für die Durchführung dieses Vertrages etwa erforderlichen Erklärungen rechtsverbindlich abzugeben, insbesondere alle Erklärungen zur rechtswirksamen Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die hamburgischen Sparkassen.

§ 12

Kosten

Die für die Übertragung des Grundstücks Rahlstedt und der sonstigen Vermögenswerte sowie alle sonstigen aus der Übernahme entstehenden Kosten sind von den beiden hamburgischen Sparkassen in der Weise zu tragen, dass jede der beiden Sparkassen die Kosten übernimmt, die durch die Überführung der auf sie übergehenden Geschäfts-/Zweigstellen entstehen.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 12 -

§ 13

Schiedsvertrag

Streitigkeiten, die sich aus diesem Vertrag zwischen den Vertragsschliessenden ergeben, sollen durch ein Schiedsgericht nach Massgabe des gesondert abgeschlossenen Schiedsvertrages (Anlage 4) entschieden werden.

Hamburg/Bad Oldesloe, den 15. November 1958

Hamburger Sparcasse von 1827 Neue Sparcasse von 1864

Fugtore: Stormarn

Kreissparkasse Stormarn
Der Vorstand

H. Stormarn

AE 12

38

Anlage 1

R u n d s c h r e i b e n

Durch eine Vereinbarung der unterzeichneten Sparkassen gehen mit Wirkung vom 1. Januar 1959 die Zweigstellen Wandsbek und Poppenbüttel auf die Hamburger Sparcasse von 1827 (Haspa) und die Zweigstellen Rahlstedt und Wellingsbüttel auf die Neue Sparcasse von 1864 (Neuspar) über.

Die Haspa übernimmt die am 1. Mai 1958 tätig gewesenen Angestellten und Lehrlinge der Zweigstellen Wandsbek und Poppenbüttel, die Neuspar die am gleichen Termin tätig gewesenen Angestellten und Lehrlinge der Zweigstellen Rahlstedt und Wellingsbüttel, sofern die Angestellten und Lehrlinge (und gegebenenfalls ihre gesetzlichen Vertreter) damit und mit der Übergabe ihrer Personalakten einverstanden sind.

Die von den Angestellten und Lehrlingen der Kreissparkasse Stormarn bis dahin zurückgelegten oder von ihr bis zum 1. Januar 1959 anerkannten Dienst- und Lehrjahre werden von den hamburgischen Sparkassen so angesehen, als wenn die Angestellten und Lehrlinge bei der in Betracht kommenden hamburgischen Sparkasse selbst tätig gewesen wären.

Sollte sich bei der Eingliederung in den Tarifvertrag der hamburgischen Sparkassen eine geringere Besoldung ergeben, so erhalten die Angestellten und Lehrlinge die gleichen Bezüge wie bisher bei der Kreissparkasse Stormarn.

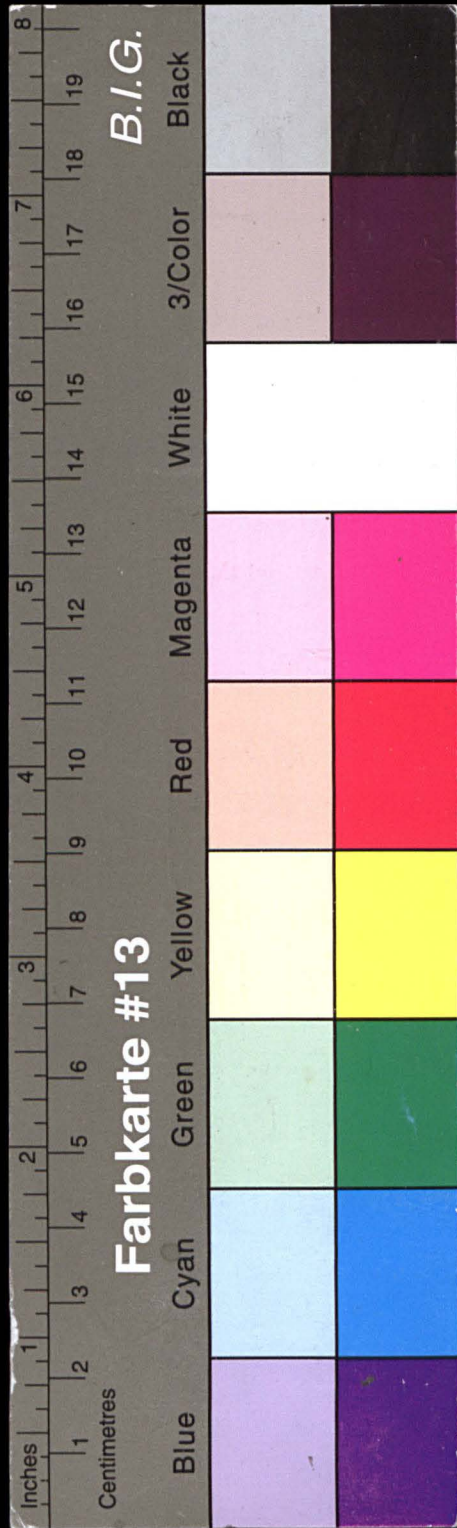
Die Vollendung des 65. Lebensjahres führt für die übernommenen Angestellten zur Beendigung des Dienstverhältnisses mit der jeweiligen hamburgischen Sparkasse.

Wir bitten Sie, der Kreissparkasse Stormarn und der für Ihre Übernahme in Betracht kommenden hamburgischen Sparkasse bis zum 15. Dezember 1958 mitzuteilen, ob Sie die Absicht haben, in die Dienste der übernehmenden hamburgischen Sparkasse einzutreten. Sollte bis zu dem genannten Termin eine Erklärung nicht vorliegen, werden wir davon ausgehen, daß Sie bei der Kreissparkasse Stormarn zu bleiben wünschen.

Kreissparkasse Stormarn

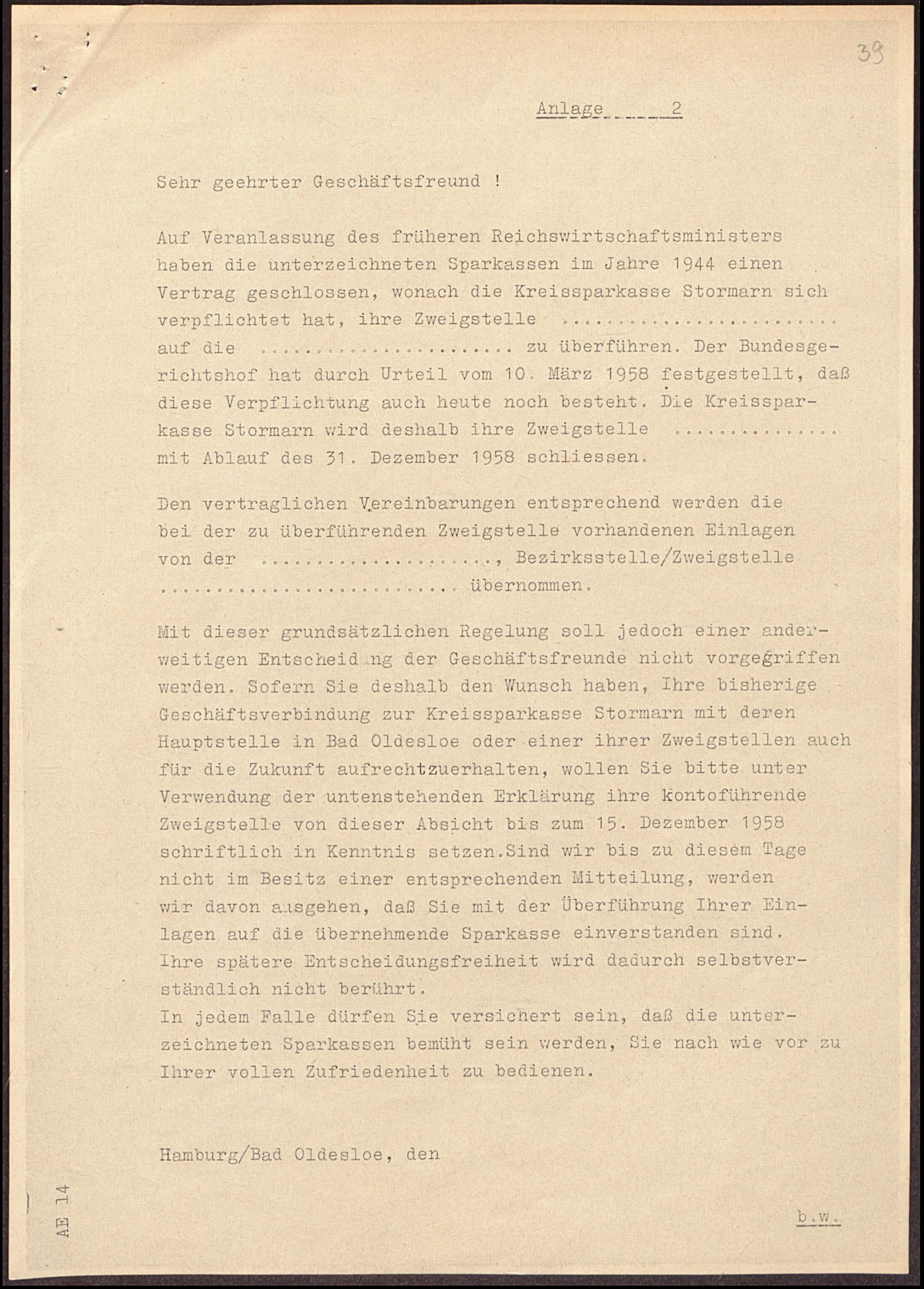
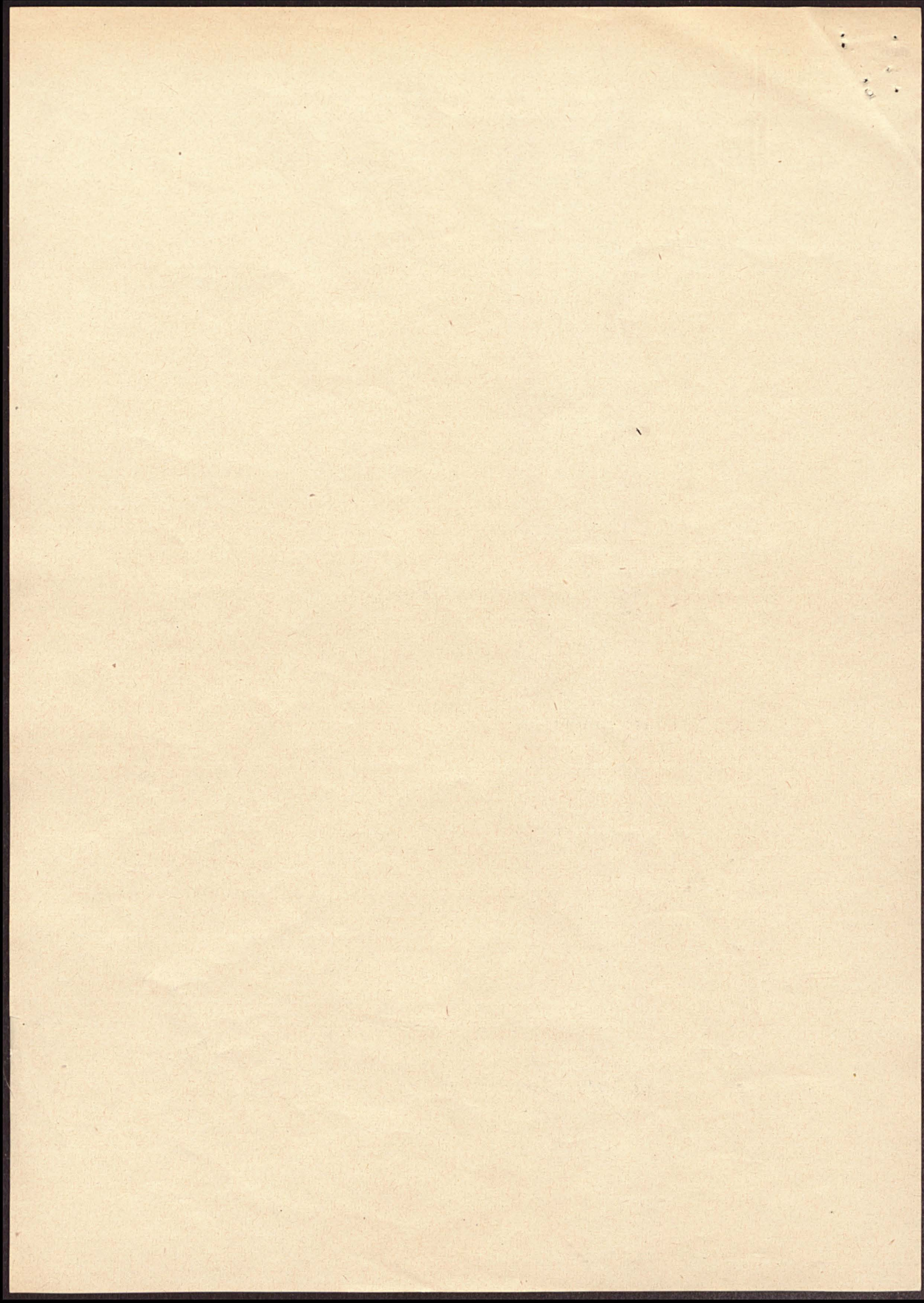
Hamburger Sparkasse von 1827 Neue Sparkasse von 1864

AE 13



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Sehr geehrter Geschäftsfreund !

Auf Veranlassung des früheren Reichswirtschaftsministers haben die unterzeichneten Sparkassen im Jahre 1944 einen Vertrag geschlossen, wonach die Kreissparkasse Stormarn sich verpflichtet hat, ihre Zweigstelle auf die zu überführen. Der Bundesgerichtshof hat durch Urteil vom 10. März 1958 festgestellt, daß diese Verpflichtung auch heute noch besteht. Die Kreissparkasse Stormarn wird deshalb ihre Zweigstelle mit Ablauf des 31. Dezember 1958 schliessen.

Den vertraglichen Vereinbarungen entsprechend werden die bei der zu überführenden Zweigstelle vorhandenen Einlagen von der, Bezirksstelle/Zweigstelle übernommen.

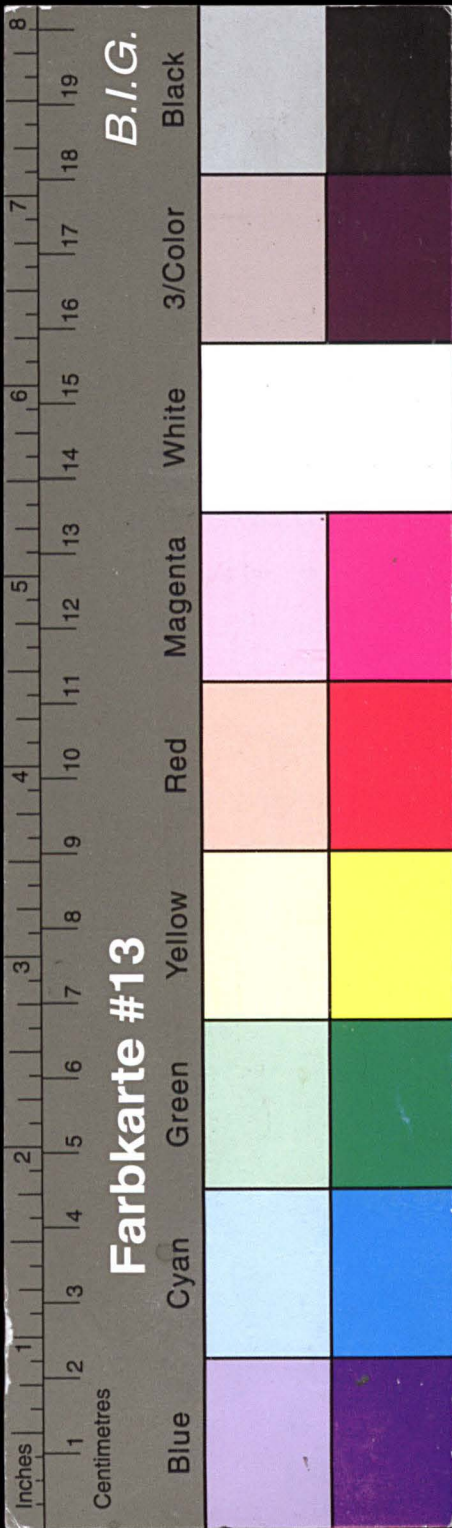
Mit dieser grundsätzlichen Regelung soll jedoch einer anderweitigen Entscheidung der Geschäftsfreunde nicht vorgegriffen werden. Sofern Sie deshalb den Wunsch haben, Ihre bisherige Geschäftsverbindung zur Kreissparkasse Stormarn mit deren Hauptstelle in Bad Oldesloe oder einer ihrer Zweigstellen auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten, wollen Sie bitte unter Verwendung der untenstehenden Erklärung ihre kontoführende Zweigstelle von dieser Absicht bis zum 15. Dezember 1958 schriftlich in Kenntnis setzen. Sind wir bis zu diesem Tage nicht im Besitz einer entsprechenden Mitteilung, werden wir davon ausgehen, daß Sie mit der Überführung Ihrer Einlagen auf die übernehmende Sparkasse einverstanden sind. Ihre spätere Entscheidungsfreiheit wird dadurch selbstverständlich nicht berührt.

In jedem Falle dürfen Sie versichert sein, daß die unterzeichneten Sparkassen bemüht sein werden, Sie nach wie vor zu Ihrer vollen Zufriedenheit zu bedienen.

Hamburg/Bad Oldesloe, den

AE 14

b.w.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

AE 15

An die
Kreissparkasse Stormarn
Zweigstelle

E r k l ä r u n g

Ich beantrage hiermit, meine bisher auf dem Konto Nr.
der Kreissparkasse Stormarn, Zweigstelle
geführten Einlagen

- a) weiter bei der Kreissparkasse Stormarn, und zwar
nunmehr bei der Zweigstelle in
zu führen,
- b) auf die, Bezirksstelle/Zweig-
stelle
zu übertragen.

.....
(Name) (Wohnung) (Unterschrift)

Nichtzutreffendes ist zu streichen.

AE 16

Anlage 3

Sehr geehrter Geschäftsfreund !

Auf Veranlassung des früheren Reichswirtschaftsministers
haben die unterzeichneten Sparkassen im Jahre 1944 einen
Vertrag geschlossen, wonach die Kreissparkasse Stormarn sich
verpflichtet hat, ihre Zweigstelle auf die
..... zu überführen. Der Bundesgerichtshof hat durch
Urteil vom 10. März 1958 festgestellt, dass diese Verpflichtung
auch heute noch besteht. Die Kreissparkasse Stormarn wird
deshalb ihre Zweigstelle mit Ablauf des
31. Dezember 1958 schliessen.

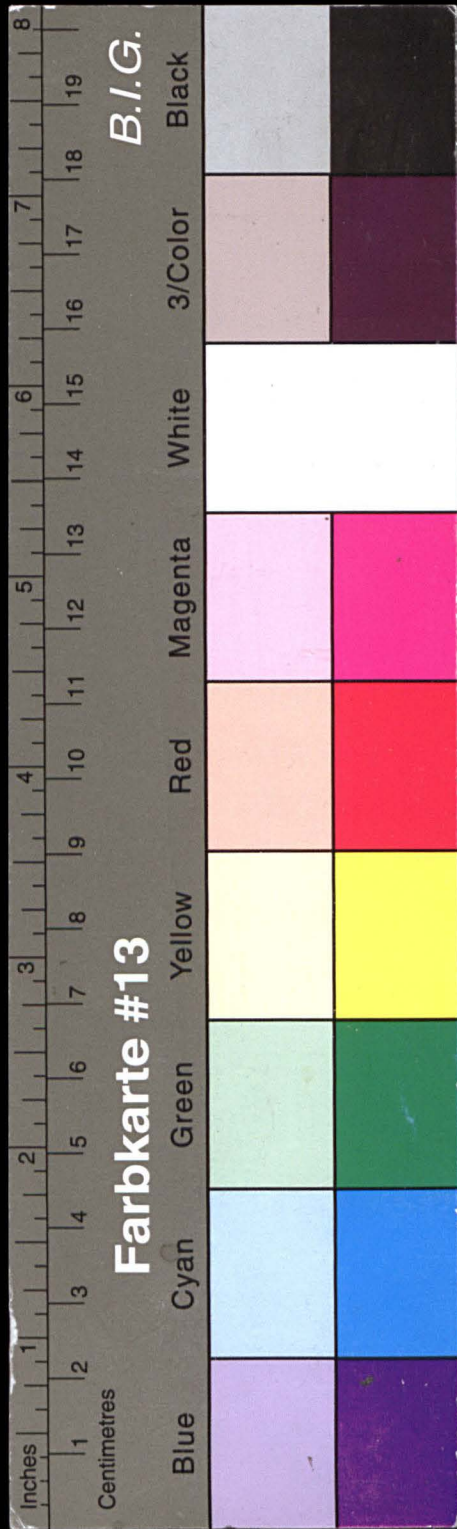
Den vertraglichen Vereinbarungen entsprechend werden die
Forderungen aus den von der Kreissparkasse Stormarn im Ge-
schäftsbereich der genannten Zweigstelle vorgenommenen Aus-
leihungen nebst den bestehenden Sicherheiten auf die über-
nehmende Sparkasse übertragen. Damit wird auch die Verwaltung
des Ihnen gewährten Darlehens/Kredites ab 1. Januar 1959 in
den Händen der liegen.

Mit dieser grundsätzlichen Regelung soll jedoch einer ander-
weitigen Entscheidung der Geschäftsfreunde nicht vorgegriffen
werden. Sofern Sie deshalb den Wunsch haben, die Geschäftsver-
bindung zur Kreissparkasse Stormarn mit deren Hauptstelle in
Bad Oldesloe oder einer ihrer Zweigstellen auch für die Zukunft
aufrechtzuerhalten, wollen Sie bitte Ihre kontoführende Zweig-
stelle von dieser Absicht bis zum 15. Dezember 1958 schriftlich
unter Verwendung der untenstehenden Erklärung in Kenntnis
setzen. Sind wir bis zu diesem Tage nicht im Besitz einer
entsprechenden Mitteilung, werden wir davon ausgehen, dass Sie
mit dem Eintritt der in den bestehenden
Darlehns-/Kreditvertrag einverstanden sind. Eine Änderung der
vereinbarten Darlehens- bzw. Kreditbedingungen ist mit der
Überleitung selbstverständlich nicht verbunden.

In jedem Falle dürfen Sie versichert sein, dass die unterzeich-
neten Sparkassen bemüht sein werden, Sie nach wie vor zu Ihrer
vollen Zufriedenheit zu bedienen.

Hamburg/Bad Oldesloe, den

b.w.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

AE 17

An die
Kreissparkasse Stormarn
Zweigstelle

Erklärung

Ich beantrage hiermit, meine bisher auf dem Konto Nr.
der Kreissparkasse Stormarn geführten Verpflichtungen aus
Hypothek, Darlehen, Kredit

- a) weiter bei der Kreissparkasse Stormarn
zu belassen
- b) auf die in
zu übertragen.

.....
(Name) (Wohnung) (Unterschrift)

Nichtzutreffendes ist zu streichen.

AE 18

Anlage 4

Schiedsvertrag

zwischen

- 1) der Hamburger Sparcasse von 1827,
- 2) der Neuen Sparcasse von 1864,
beide in Hamburg,
- 3) der Kreissparkasse Stormarn in Bad Oldesloe.

Durch Vertrag vom 30. Dezember 1944 hat sich die Kreis-
sparkasse verpflichtet, ihre auf Hamburger Gebiet arbei-
tenden Geschäfts-/Zweigstellen auf die beiden hamburgischen
Sparkassen zu übertragen.

Durch Urteile vom 10. März 1958 (II ZR 14/56 - II ZR 21/56)
hat der Bundesgerichtshof festgestellt, dass die von der
Kreissparkasse durch den genannten Vertrag übernommenen
Verpflichtungen - ausgenommen die Verpflichtung zur Über-
tragung von Eigentum an Grundstücken - noch heute be-
stehen. Zur endgültigen Auseinandersetzung haben die
Beteiligten am heutigen Tage einen Vertrag abgeschlossen.
Zu diesem Auseinandersetzungsvertrag vereinbaren die
Vertragsschließenden:

§ 1

Alle Streitigkeiten, die sich aus dem oben genannten Aus-
einandersetzungsvertrag zwischen den Vertragschließenden
ergeben, sollen durch ein Schiedsgericht entschieden werden.

§ 2

- (1) Das Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern.
- (2) Jede Partei ernennt einen Schiedsrichter.
Sind die beiden hamburgischen Sparkassen gemeinsam
Partei, so ernennen sie gemeinsam einen Schiedsrichter.

b.w.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

AE 19

- 2 -

- (3) Diese beiden von den Parteien ernannten Schiedsrichter einigen sich über den Obmann, der den Vorsitz des Schiedsgerichts führt.
- (4) Kommt eine Einigung über die Wahl des Obmanns nicht zustande, so soll er vom Präsidenten des Oberlandesgerichts in Celle ernannt werden.
- (5) Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst haben.

§ 3

Der Schiedsspruch ist mit Gründen zu versehen und von den Mitgliedern des Schiedsgerichts zu unterzeichnen.

§ 4

Im übrigen gelten für das Schiedsrichterliche Verfahren die Bestimmungen des 10. Buches der Zivilprozessordnung.

Hamburg/Bad Oldesloe, den 15. November 1958

Hamburger Sparcasse von 1827

Neue Sparcasse von 1864

Engelke

Sturm

Kreissparkasse Stormarn
Der Vorstand

H. Mumm

Urk. Reg. Nr. 3/1958

42

Verhandelt
in Bad Oldesloe, Am Markt 3, am 15. November 1958

Vor dem unterzeichneten
für die KREISSPARKASSE STORMARN - rechtsfähige Anstalt des
öffentlichen Rechts -
in Bad Oldesloe,
als Urkundsperson (Artikel 12 § 2 des Preussischen Ausführungs-
gesetzes zum BGB)
bestellten

Sparkassendirektor Gustav V o r h a b e n ,
in Bad Oldesloe,

erschieden heute

- 1.) der Landrat Dr. Wennemar H a a r m a n n , Bad Oldesloe,
in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Vorstandes
der Kreissparkasse Stormarn in Bad Oldesloe,
- 2.) der Oberamtmann Rudolf R i e k e n , Bad Oldesloe,
in seiner Eigenschaft als stellvertretender Sparkassen-
leiter der Kreissparkasse Stormarn in Bad Oldesloe.

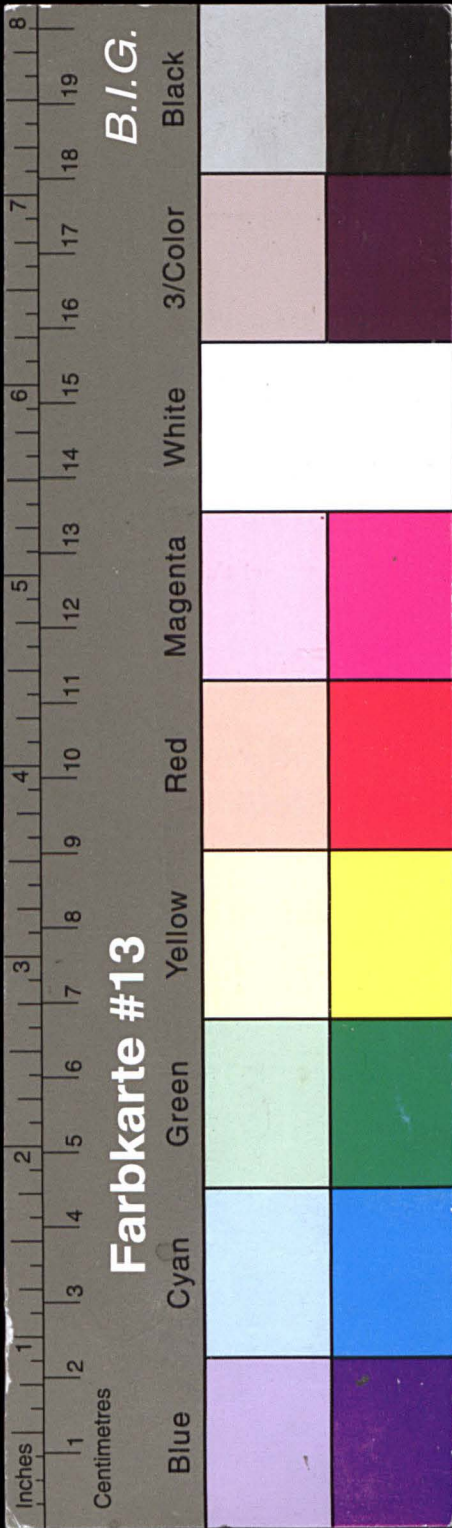
Die Erschienenen sind dem Urkundsbeamten von Person bekannt.

Sie erklärten, dass sie gemäß § 41 der Satzung der Kreissparkasse
Stormarn in Bad Oldesloe als gesetzliche Vertreter der Kreisspar-
kasse Stormarn handeln.

Die Vertretungsbefugnis ist dem Urkundsbeamten von Amts wegen
bekannt.

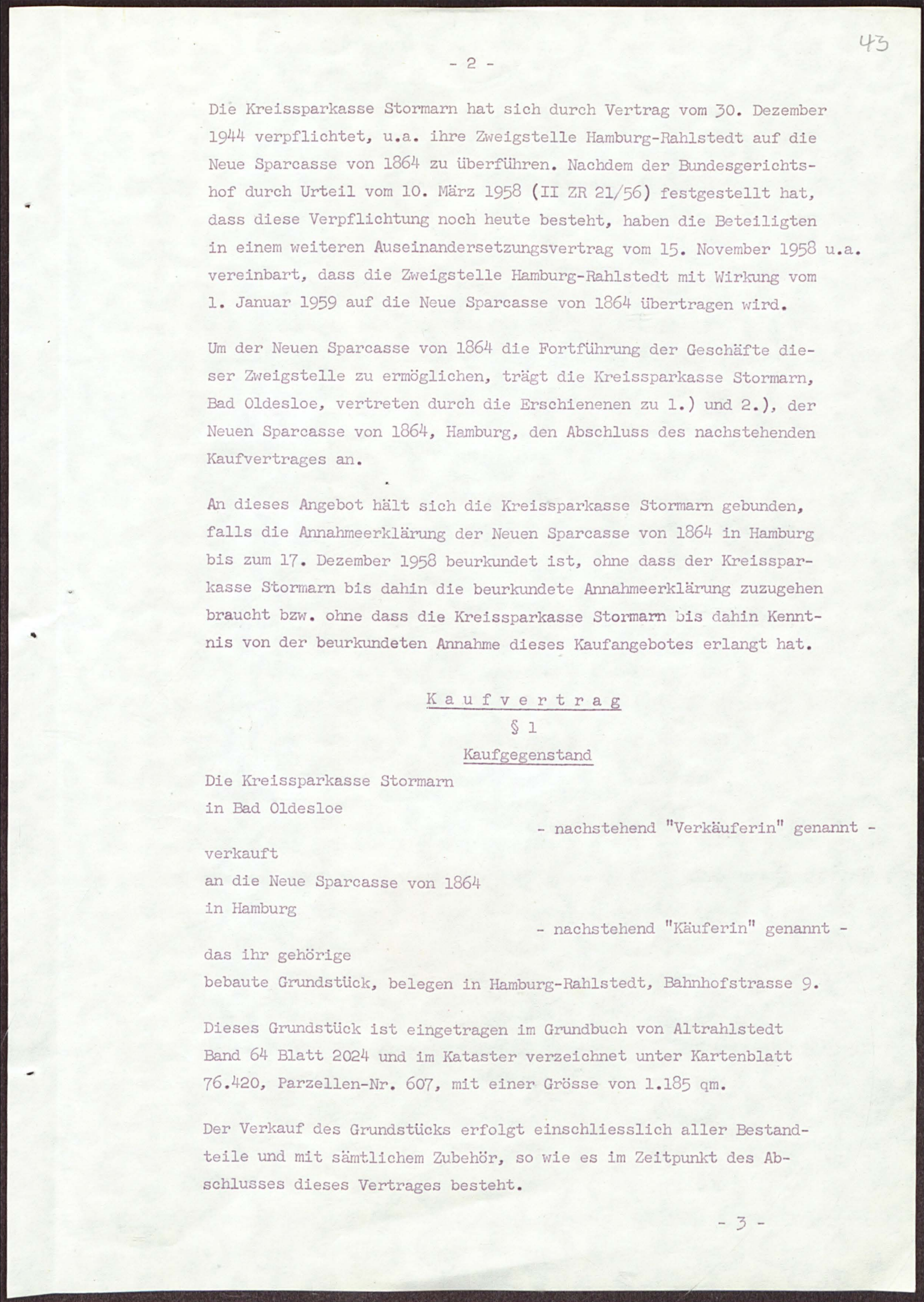
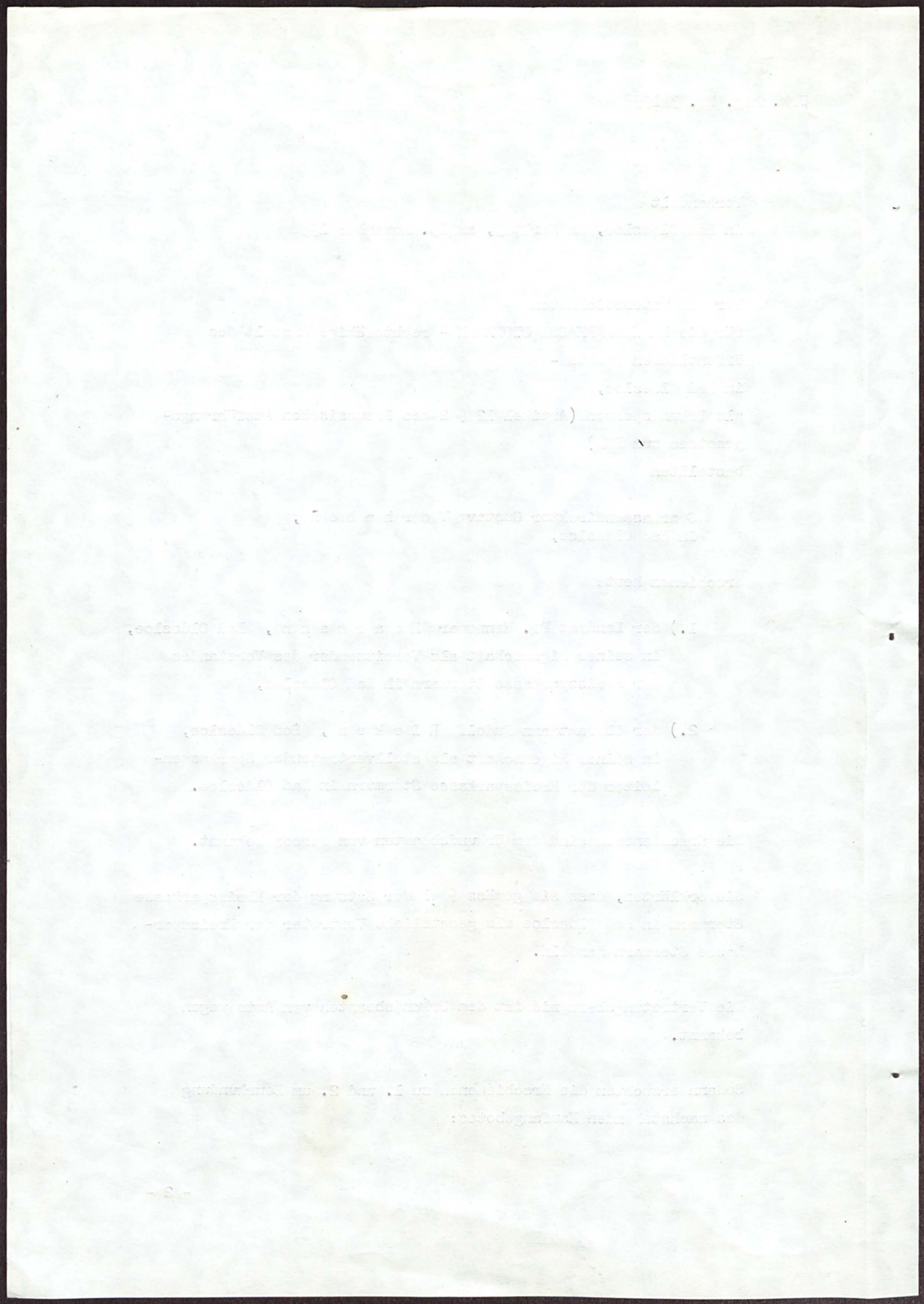
Sodann ersuchten die Erschienenen zu 1. und 2. um Beurkundung
des nachstehenden Kaufangebotes:

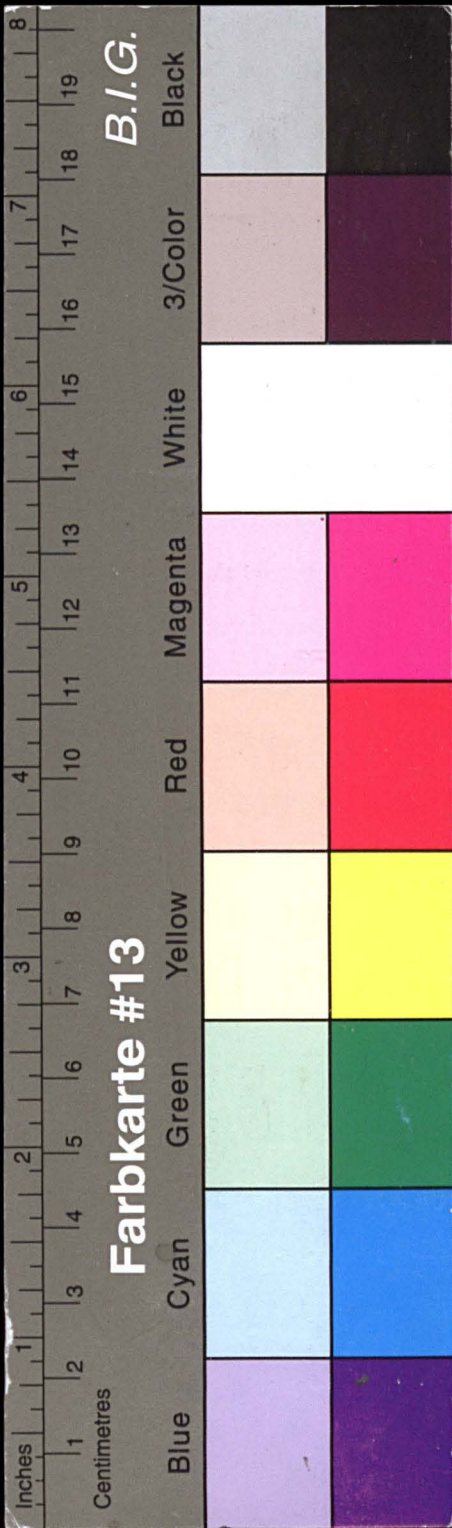
- 2 -



Kreisarchiv Stormarn E103

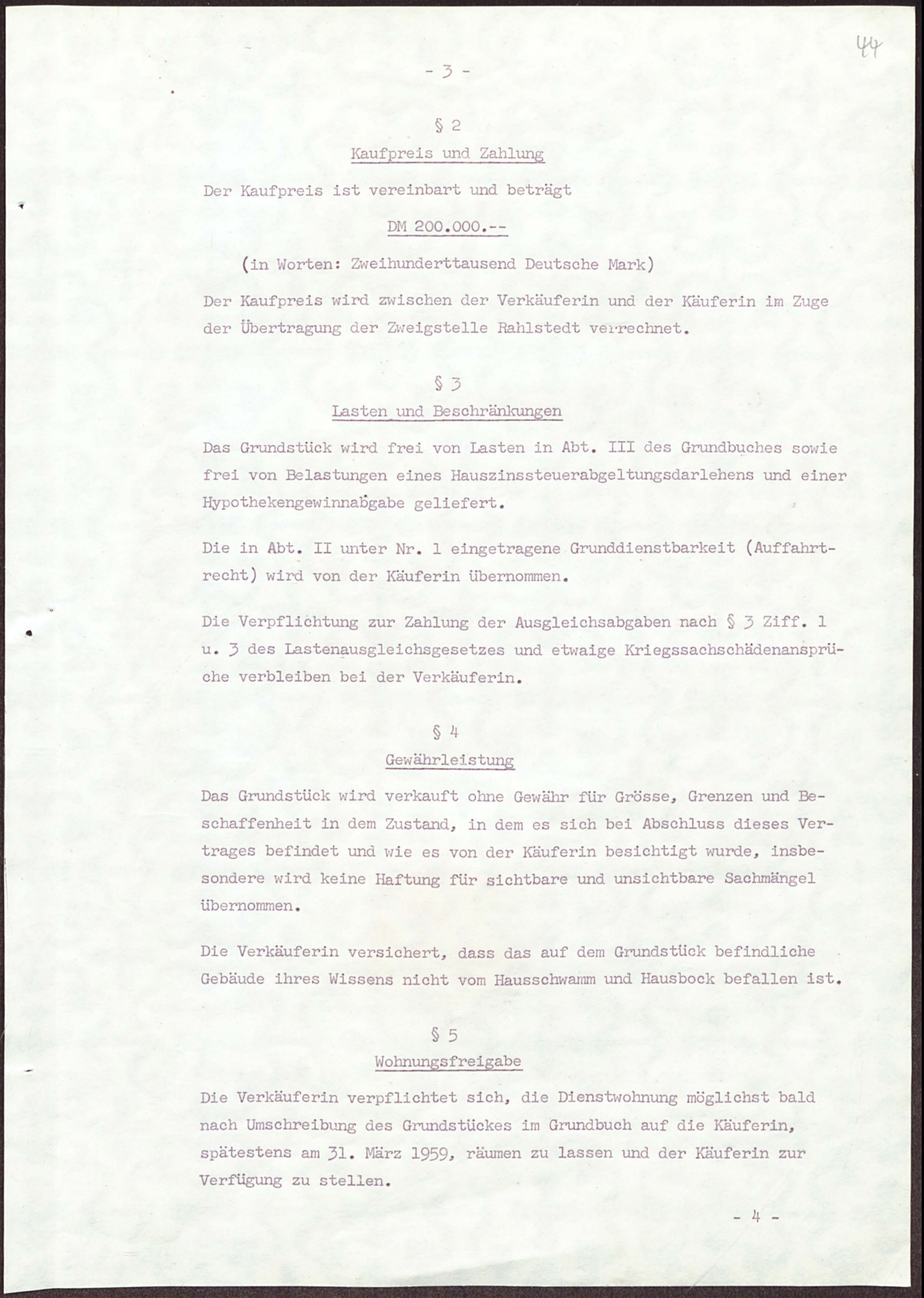
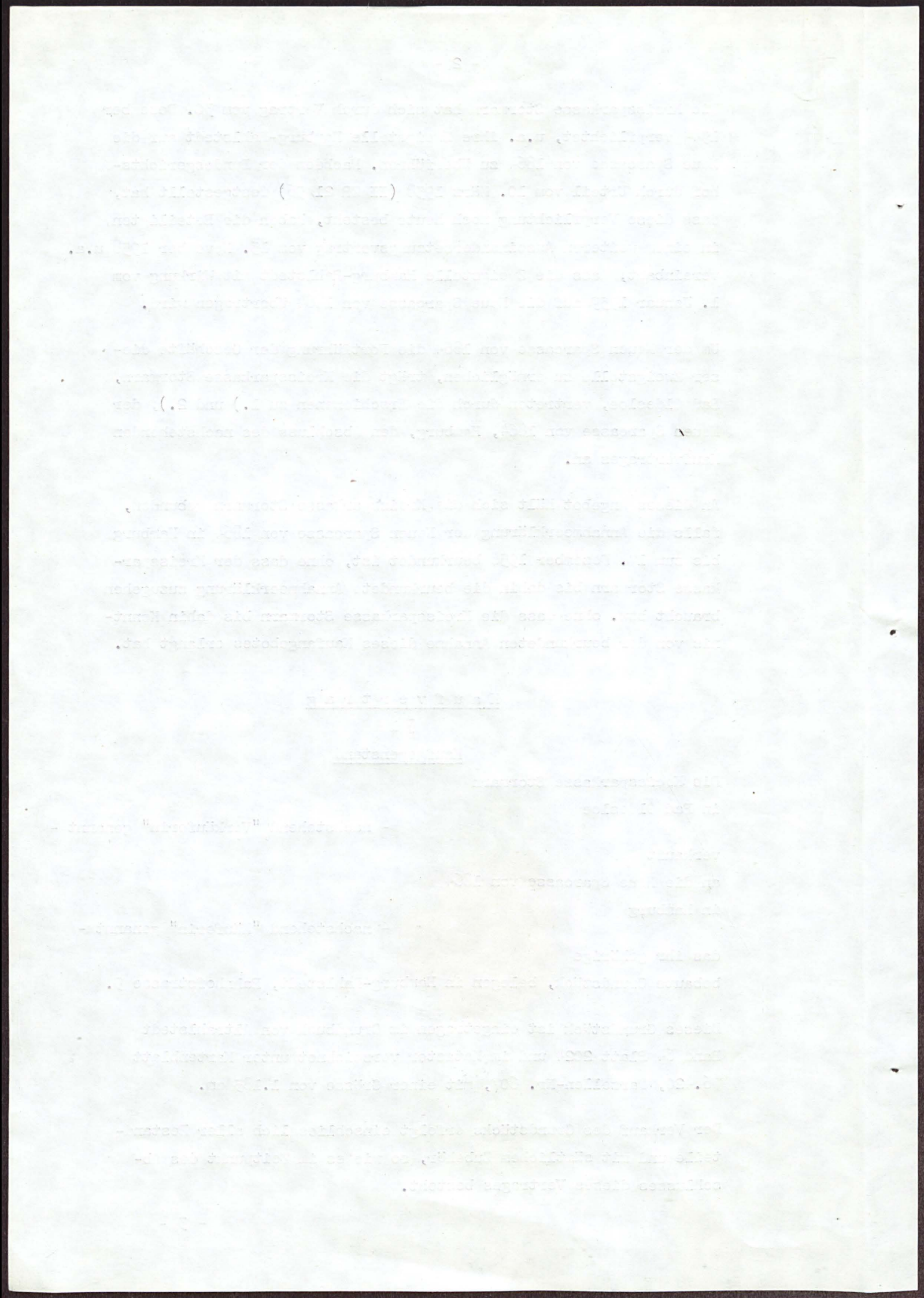
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

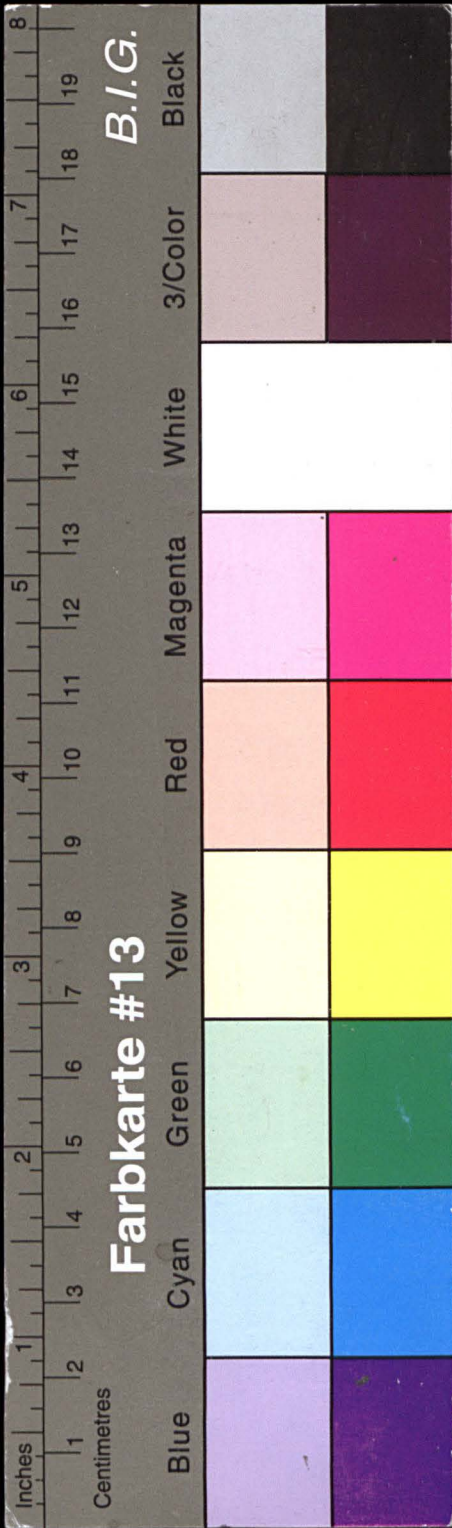




Kreisarchiv Stormarn E103

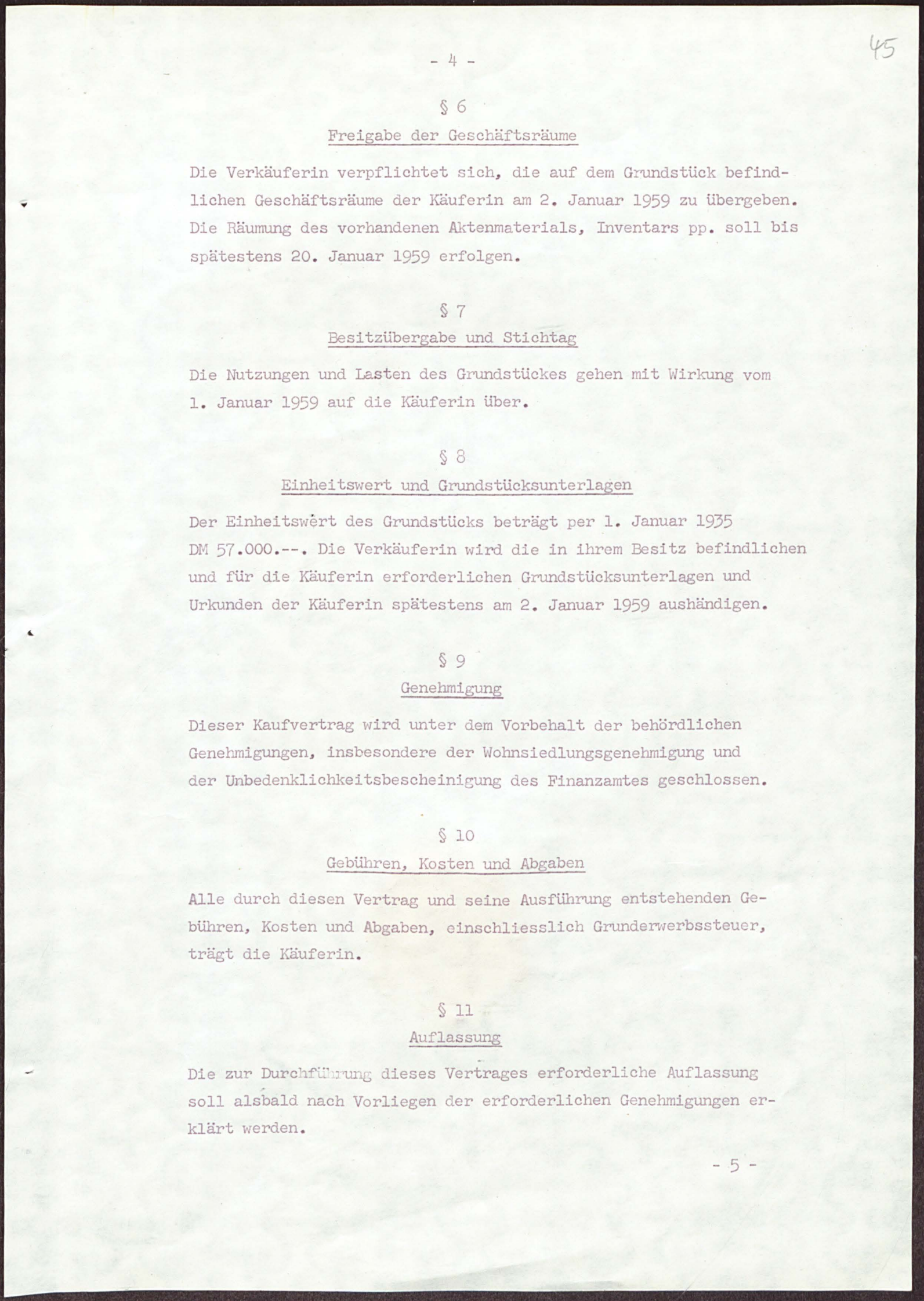
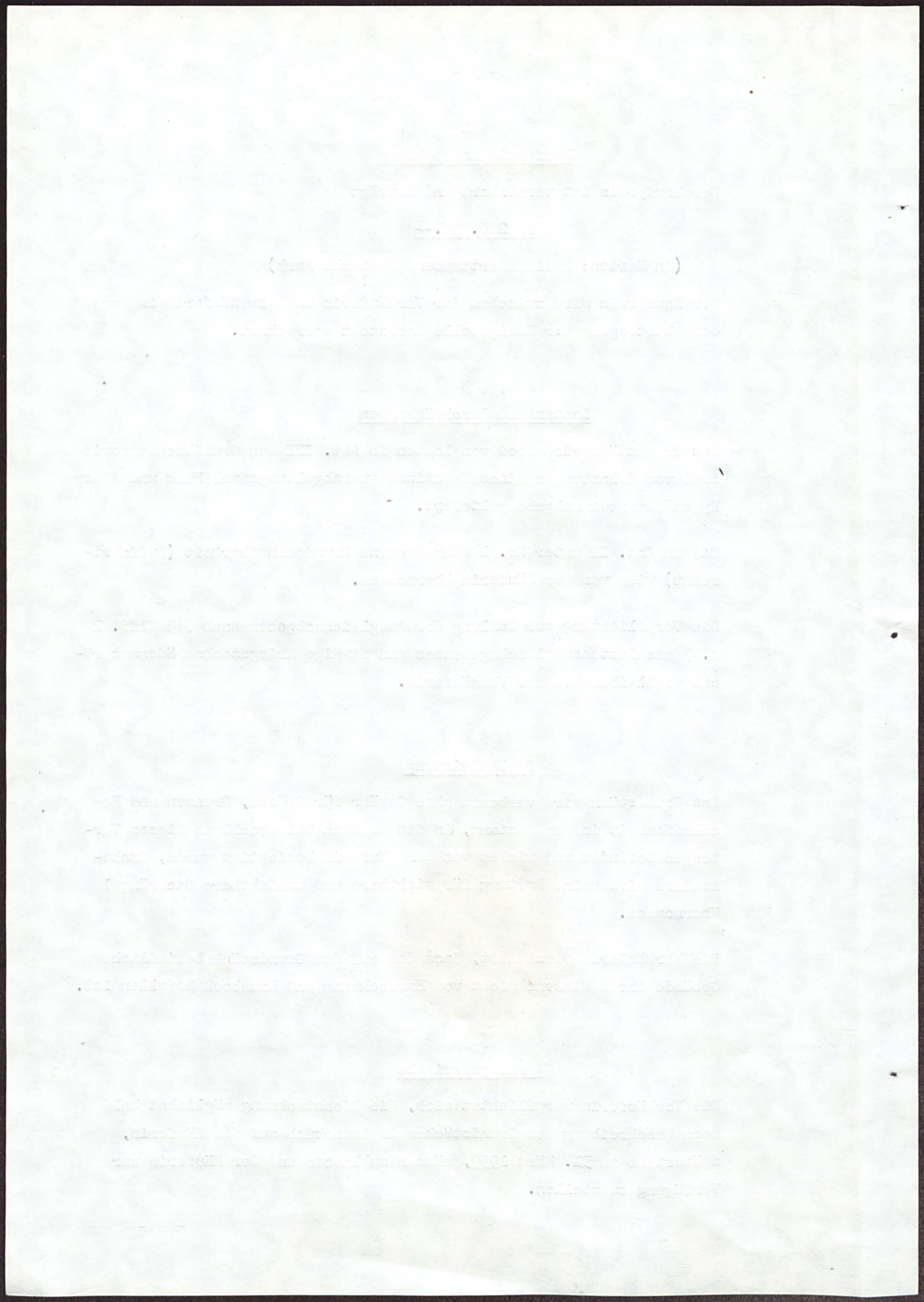
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

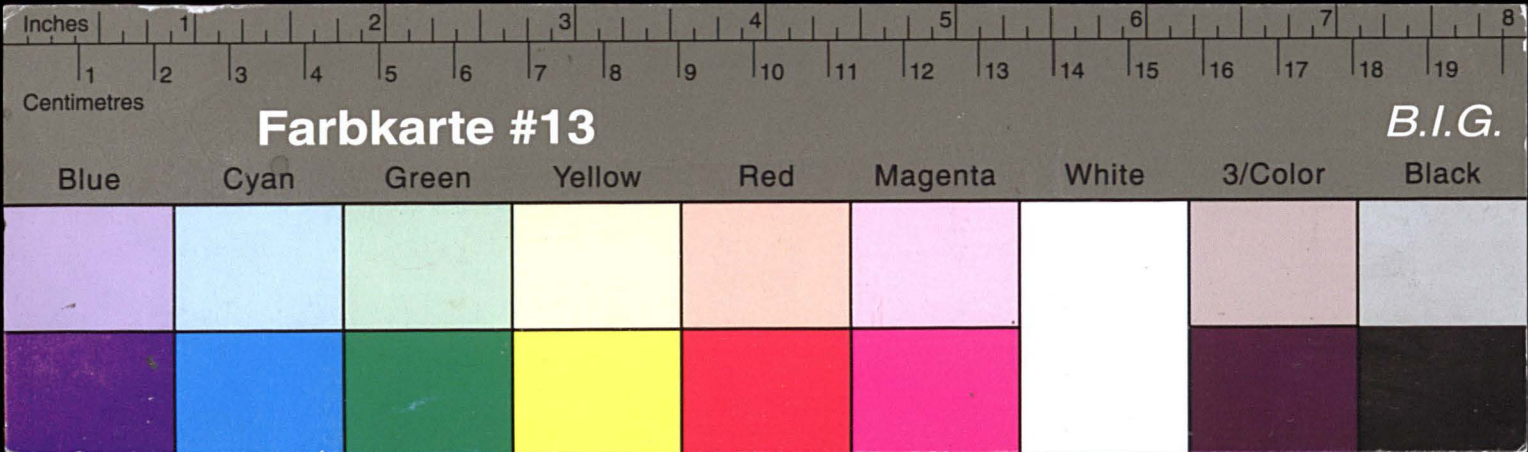




Kreisarchiv Stormarn E103

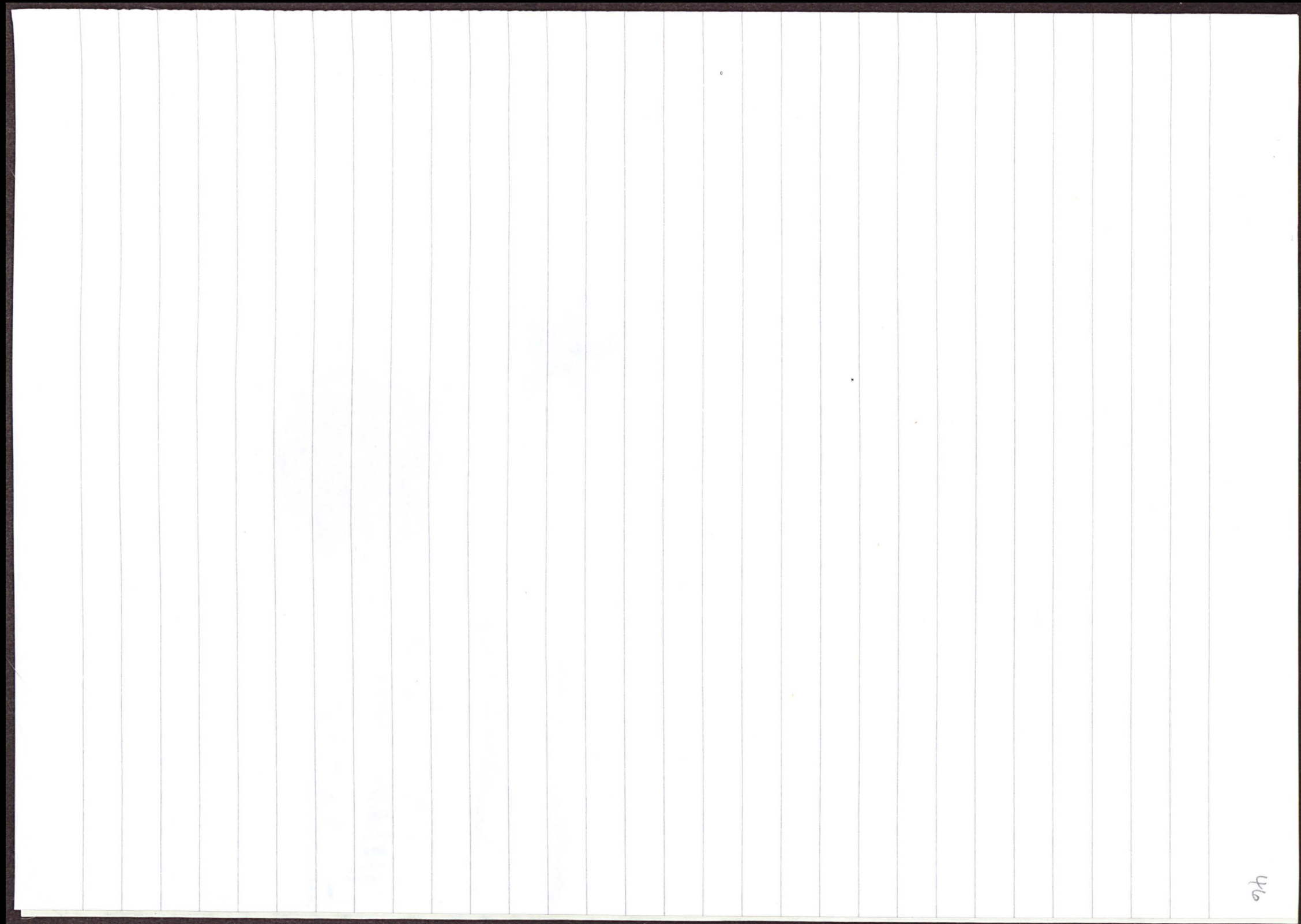
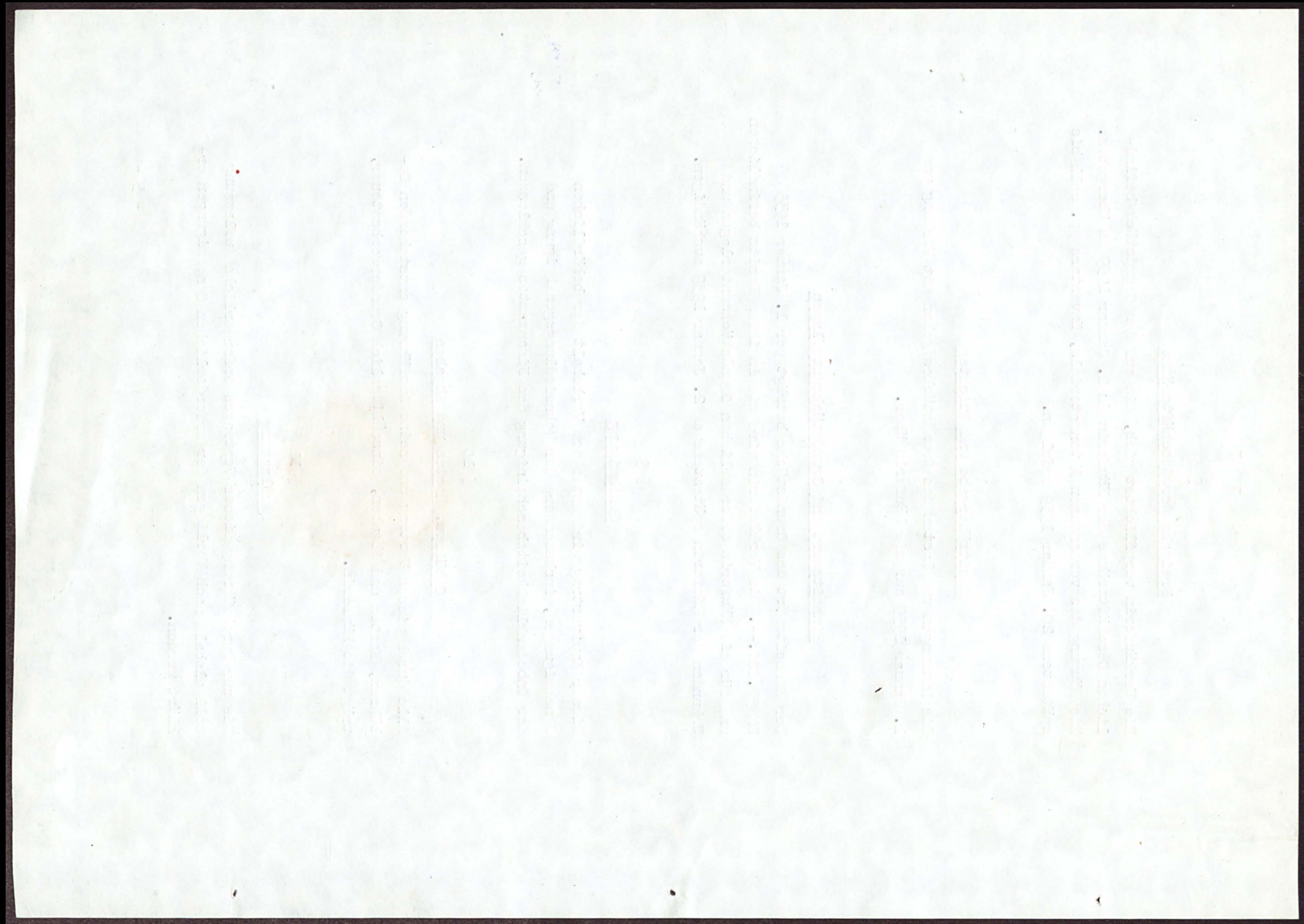
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

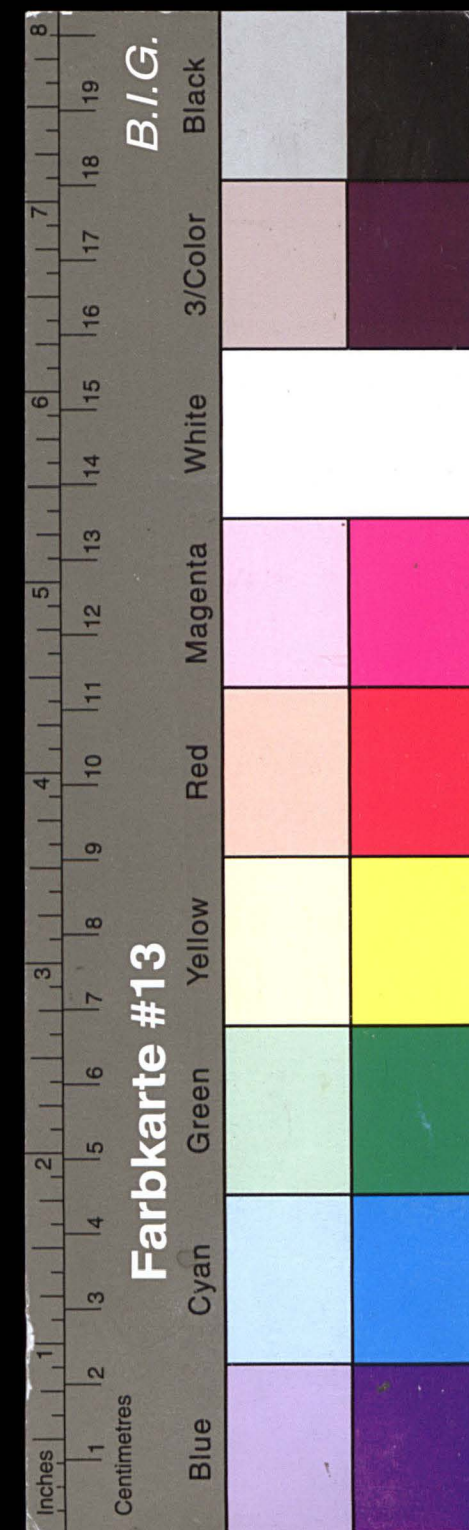




Kreisarchiv Stormarn E103

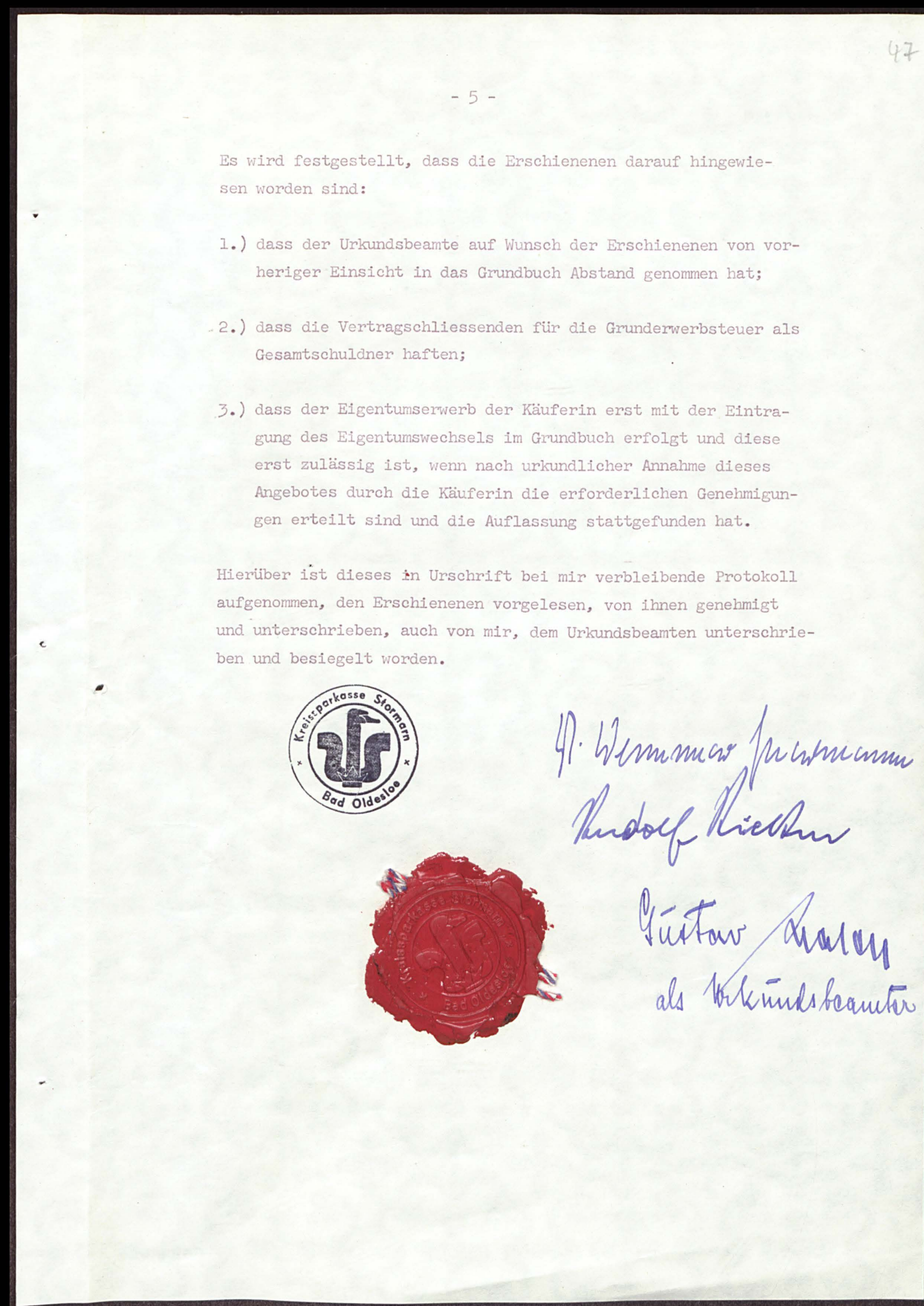
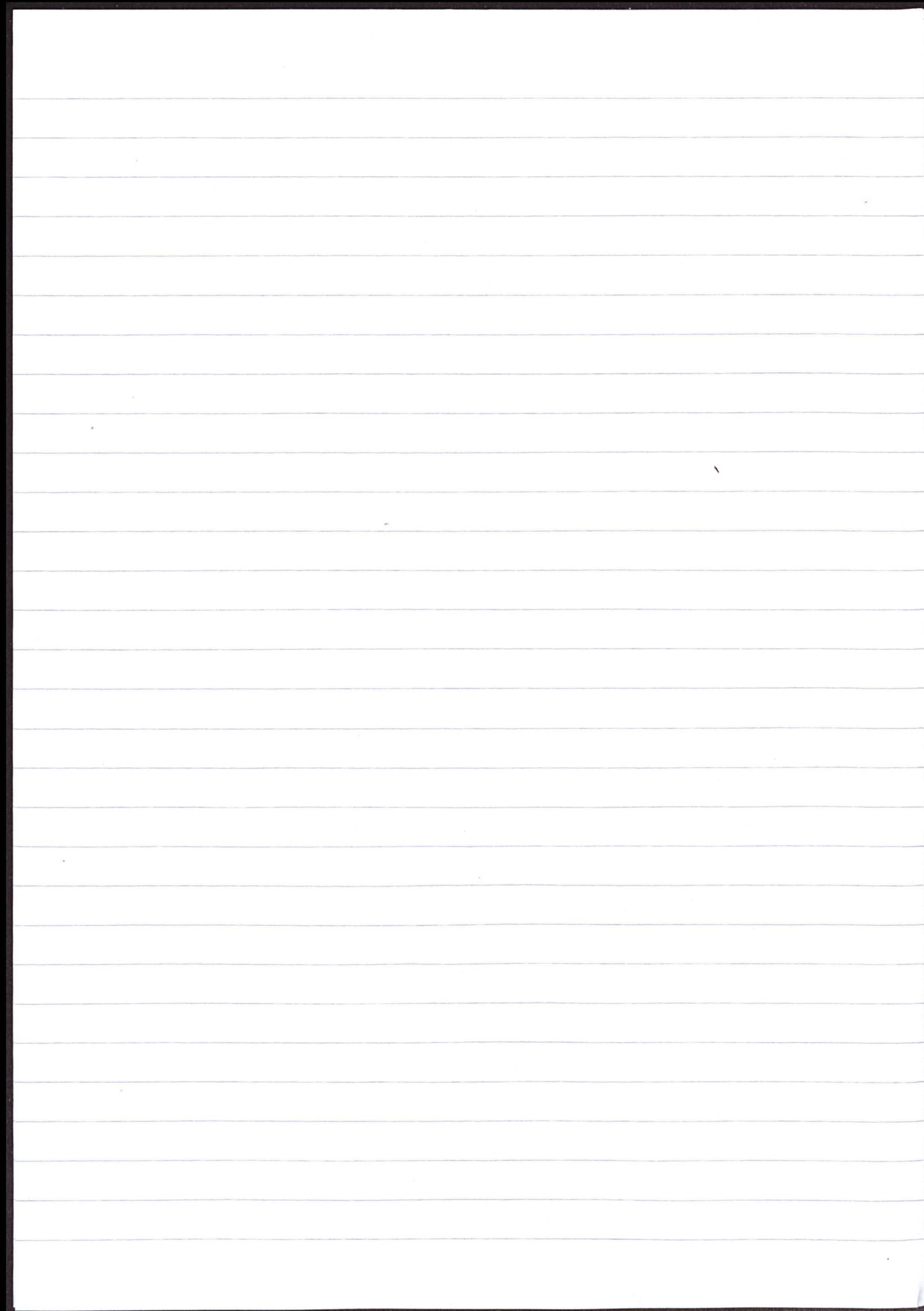
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

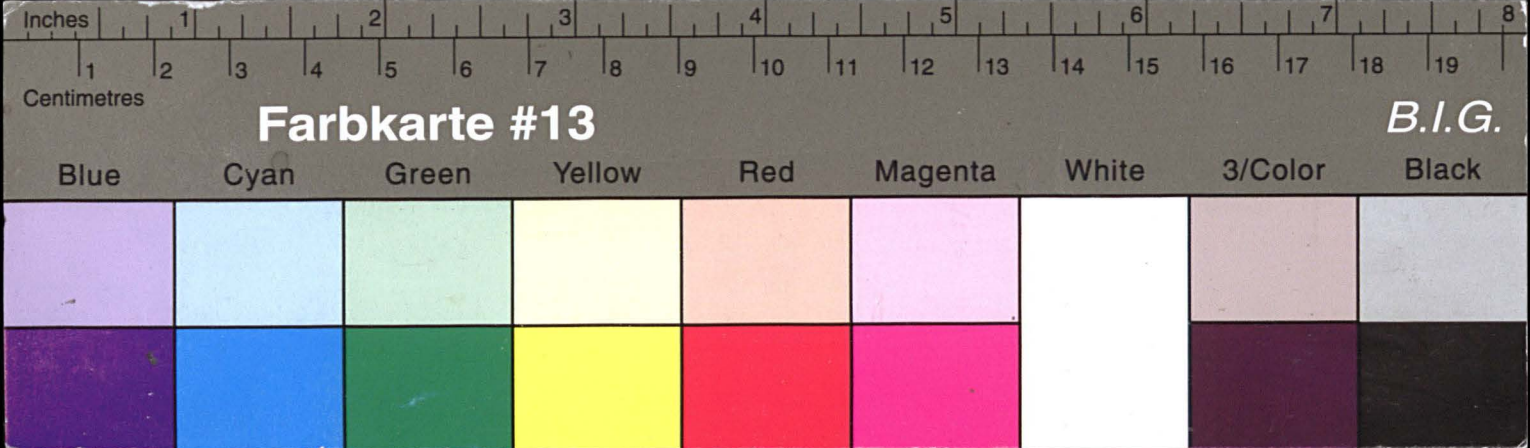




Kreisarchiv Stormarn E103

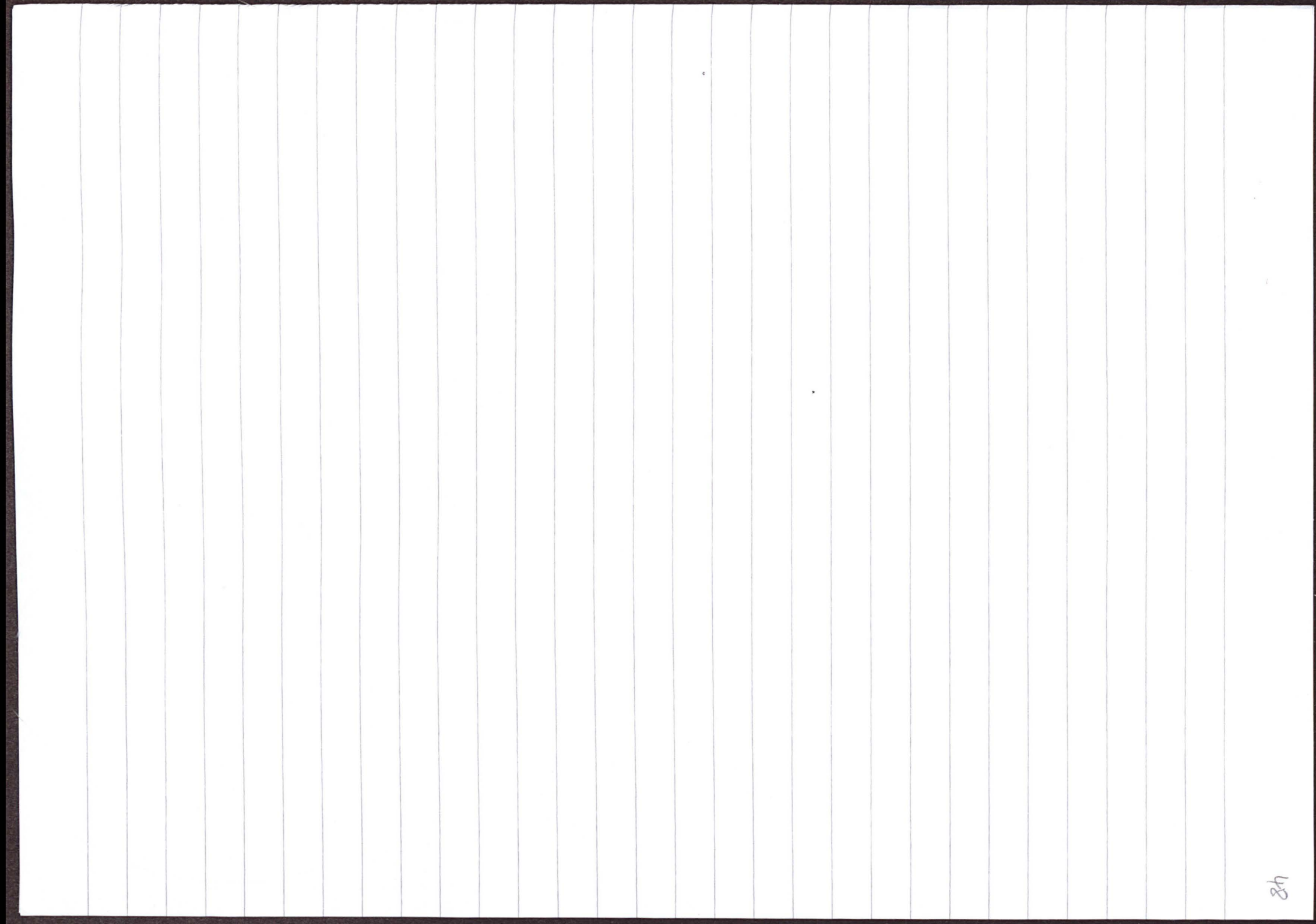
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

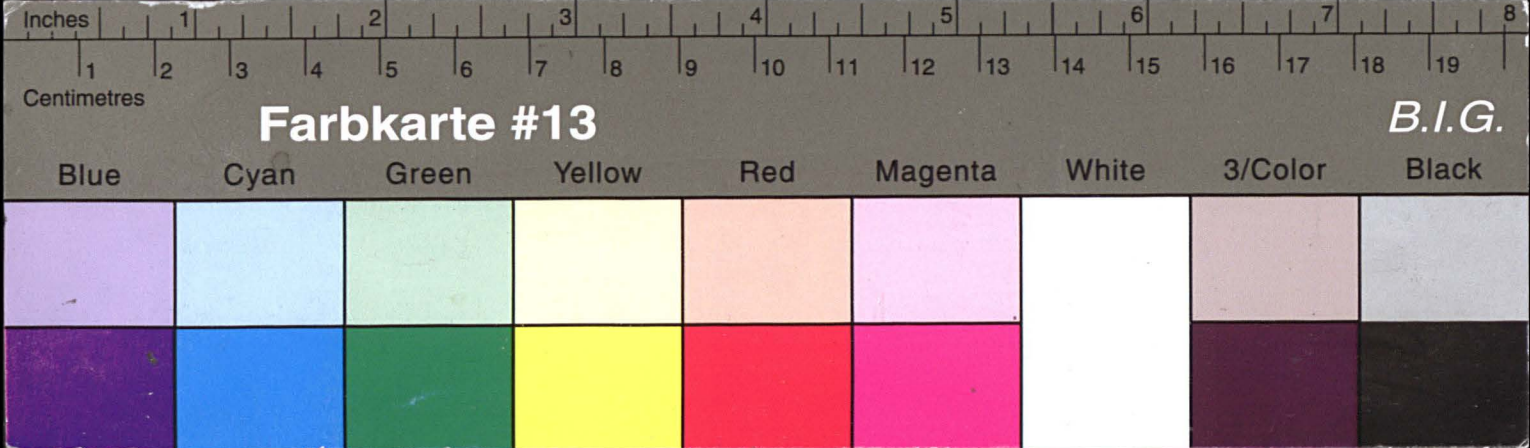




Kreisarchiv Stormarn E103

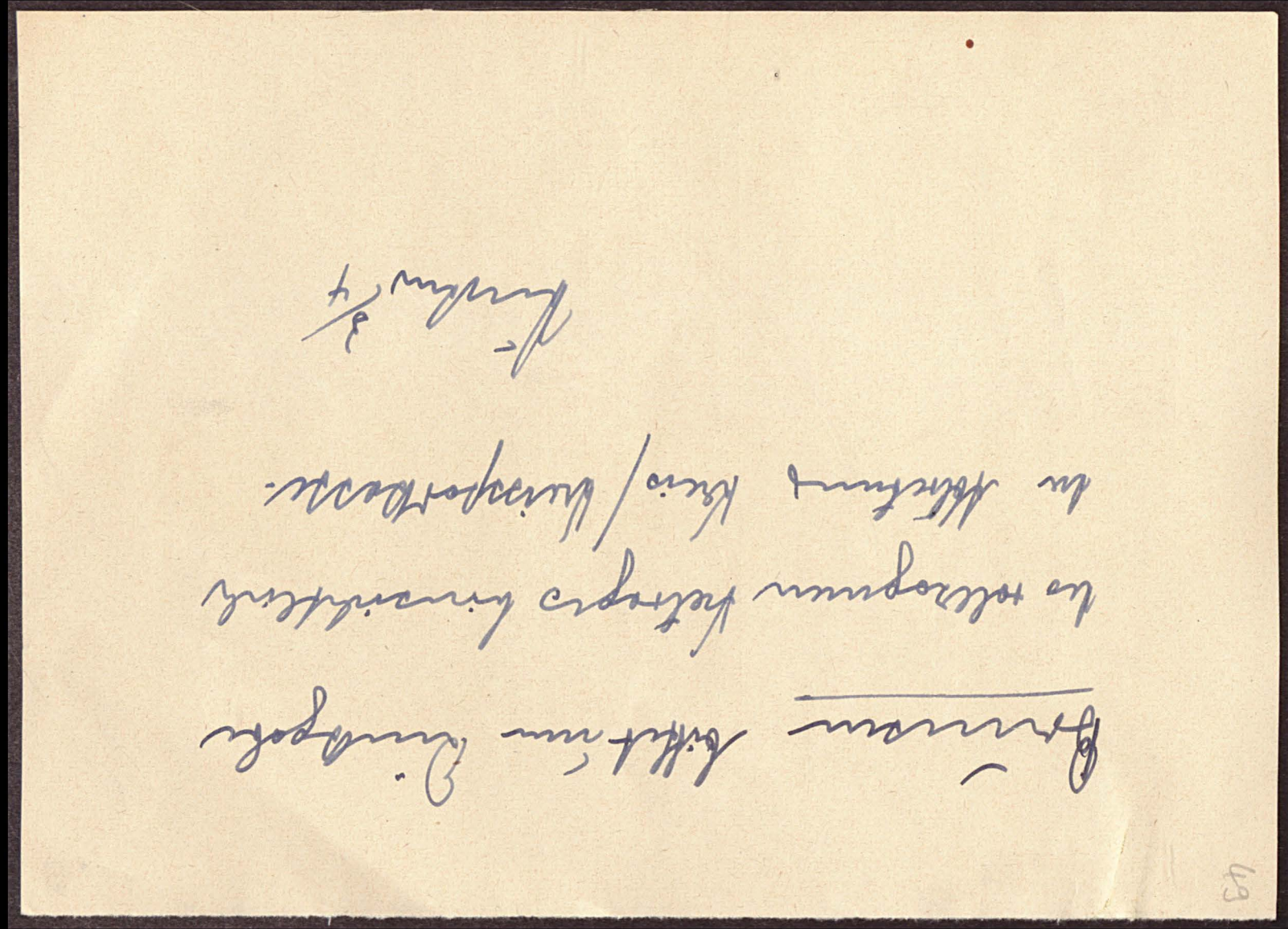
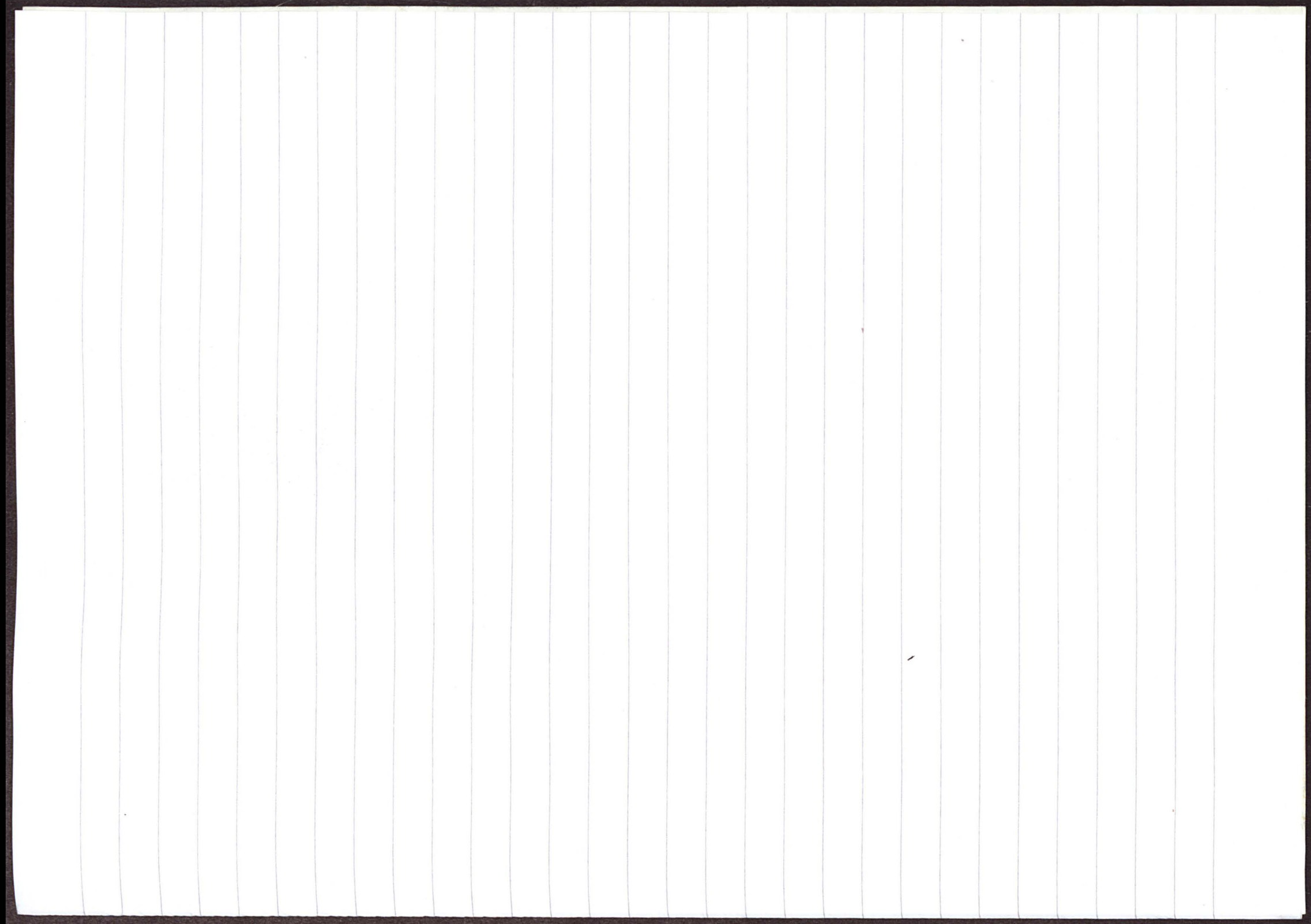
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

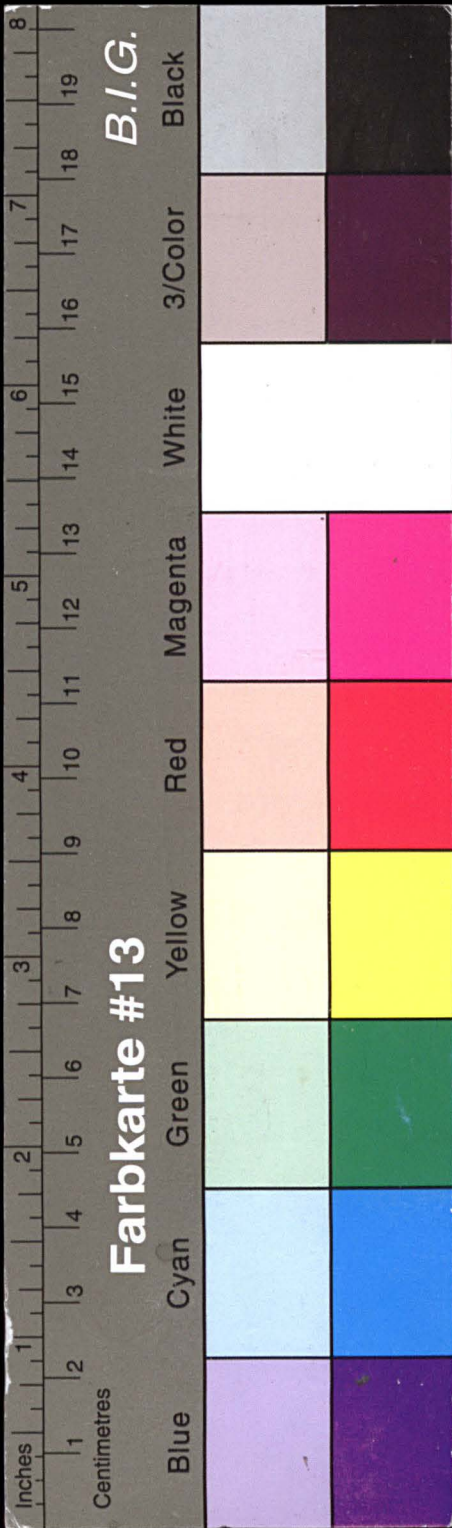




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Beilage zu den „Fach-Mitteilungen“ Ausgabe 14 vom 26. März 1959				
Verzeichnis der Teilnehmer am fernschriftlichen Überweisungsverkehr				
Berichtigungen und Nachträge				
— Zu Ausgabe 3 (12/59) —				
3. Nachtrag				
Nachträge:				
Ort	Institut	Kenn-Nr.	Namengeber	Kennzahl/ Rufnr.
Friedberg/ Bay.	Stadtparkasse	66—379	spark friedberg	053/3694
Offenburg	Bezirkssparkasse	78—14	sparkasse offb	07/5712
Peine	Kreissparkasse	41—242	krs spark peine	09/2676
Rheinhausen	Städt. Sparkasse	56—88	stadtspar rhnhn	0855/588
Überlingen	Bezirkssparkasse	79—46	sparkasse ueblg	07/33919
Hildesheim	Stadtparkasse	41—145	stadtspar hild	09/2704

50

V e r m e r k

Betr.: Hamburg-Prozeß

Vor einigen Tagen suchte mich Herrn B r u n s e n auf Veranlassung
des Herrn L a n d r a t s auf und übergab mir die anliegenden Vertrags-
entwürfe hinsichtlich der Abtretung der Forderung des Kreises aus der
Auseinandersetzung mit den Hamburger Sparkassen an die Kreissparkasse
und bat, daß dieser Vertrag doch nunmehr vollzogen werden möge, damit
die Angelegenheit endgültig bereinigt würde.

Ich habe Herrn B r u n s e n zugesagt, den Wunsch des Kreises nach
Ihrer Rückkehr an Sie heranzutragen.

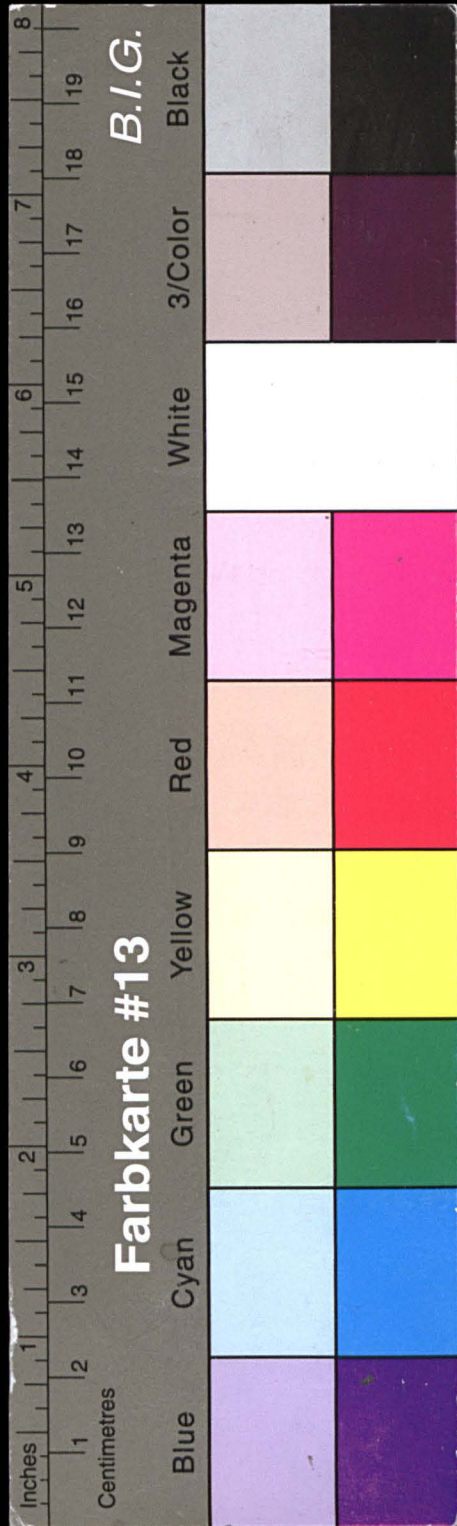
Herrn Direktor V o r h a b e n

nach Rückkehr vom Urlaub mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Bad Oldesloe, den 16. Februar 1959
Rie/We

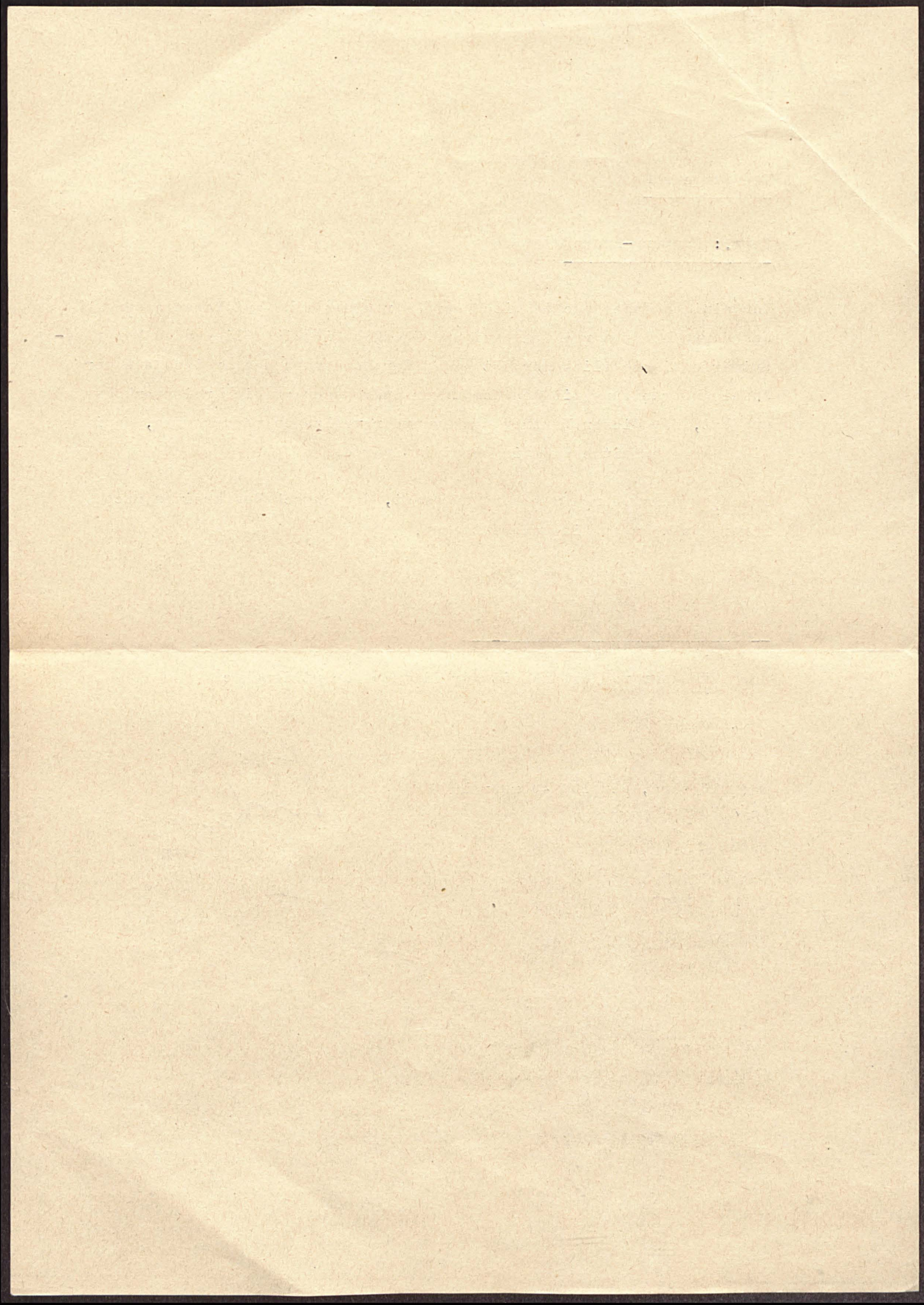
20/2

Kurzw



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



57

2. Ausfertigung

Vertrag
zwischen

dem KREIS STORMARN - vertreten durch den Kreisausschuß -
und
der KREISSPARKASSE STORMARN - vertreten durch ihren Vorstand -
über eine Forderung.

Die KREISSPARKASSE STORMARN in Bad Oldesloe hat am 30. Dezember 1944 mit der Neuen Sparcasse von 1864 und der Hamburger Sparkasse von 1827, beide in Hamburg, einen Vertrag geschlossen und sich darin verpflichtet, ihre auf hamburgischem Gebiet arbeitenden Zweigstellen auf die Hamburger Sparkassen zu übertragen.

Gemäß § 2 des genannten Vertrages sollte der KREIS STORMARN als Gegenleistung von den beiden Hamburger Sparkassen eine Vergütung in Höhe von 1 1/2 % der effektiv überführten Einlagenbestände, mindestens jedoch eine Million Reichsmark, erhalten. Die beiden Hamburger Sparkassen haben auch 1945 eine Million Reichsmark an den Kreis gezahlt.

Nach dem Zusammenbruch 1945 bestand zwischen den beteiligten Sparkassen Uneinigkeit darüber, ob die Kreissparkasse zur Überführung ihrer Hamburger Zweigstellen noch verpflichtet ist. Diese Frage hat der Bundesgerichtshof durch Feststellungsurteile vom 10. März 1958 bejaht. Nach Erlaß dieser Urteile hat die Kreissparkasse mit den Hamburger Sparkassen Verhandlungen geführt mit dem Ziele einer endgültigen Auseinandersetzung auf gütlichem Wege. Um den Abschluß dieser Verhandlungen zwischen der Kreissparkasse und den Hamburger Sparkassen zu ermöglichen, vereinbaren die Parteien:

§ 1

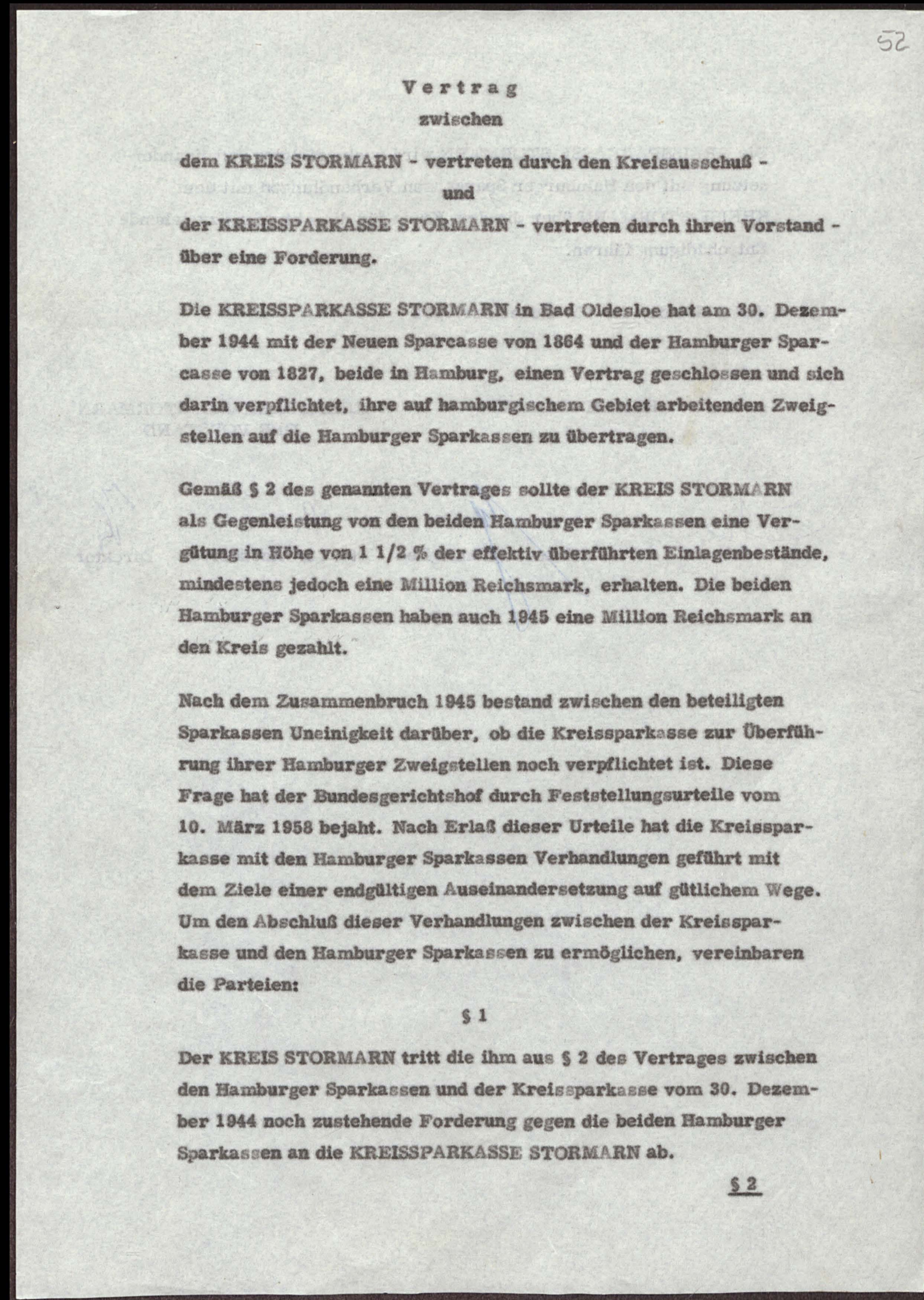
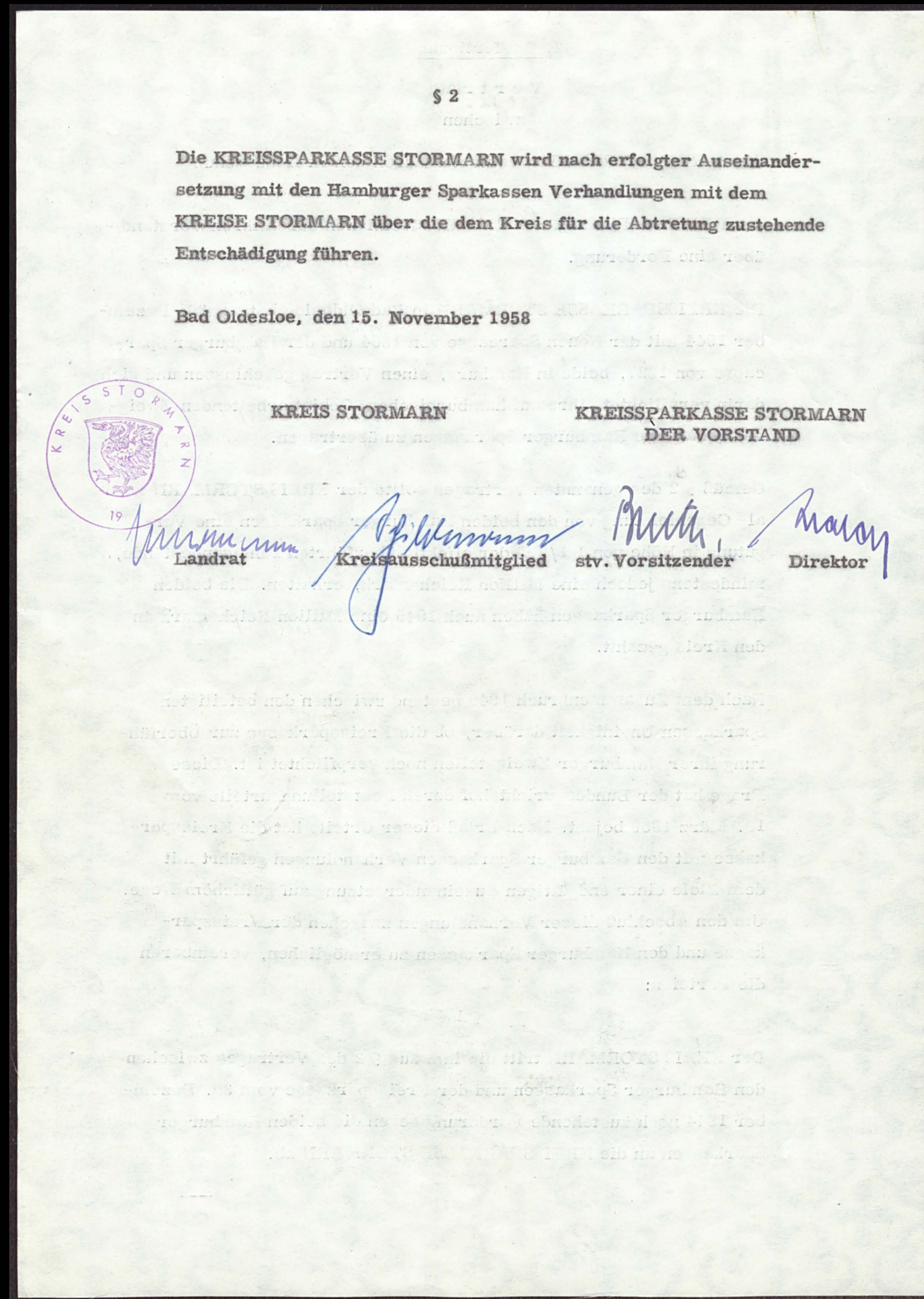
Der KREIS STORMARN tritt die ihm aus § 2 des Vertrages zwischen den Hamburger Sparkassen und der Kreissparkasse vom 30. Dezember 1944 noch zustehende Forderung gegen die beiden Hamburger Sparkassen an die KREISSPARKASSE STORMARN ab.

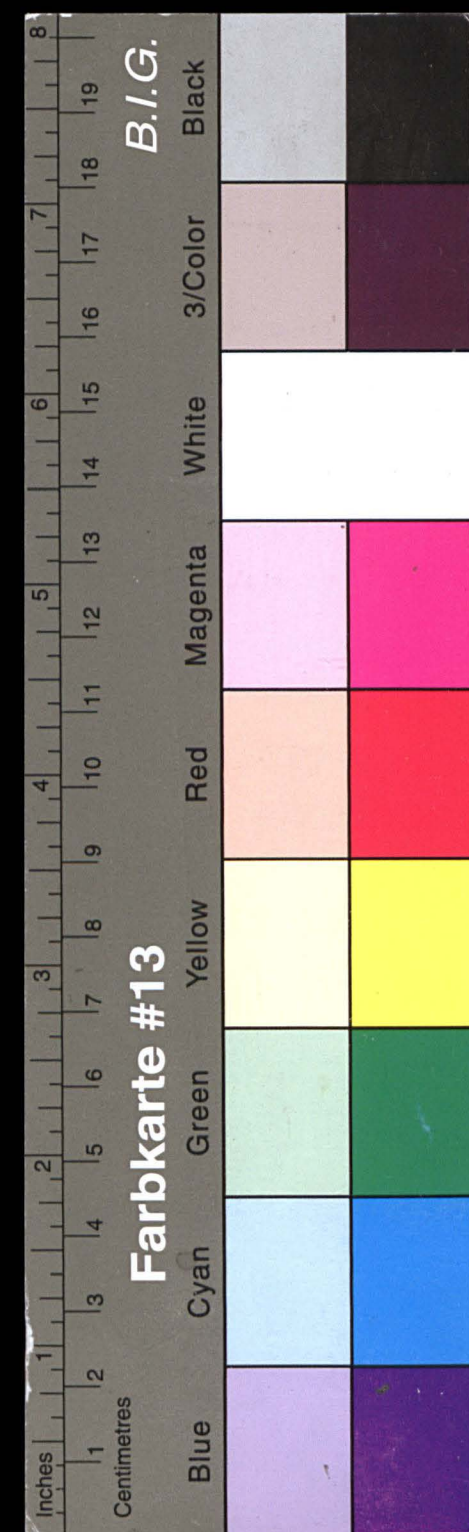
§ 2



Kreisarchiv Stormarn E103

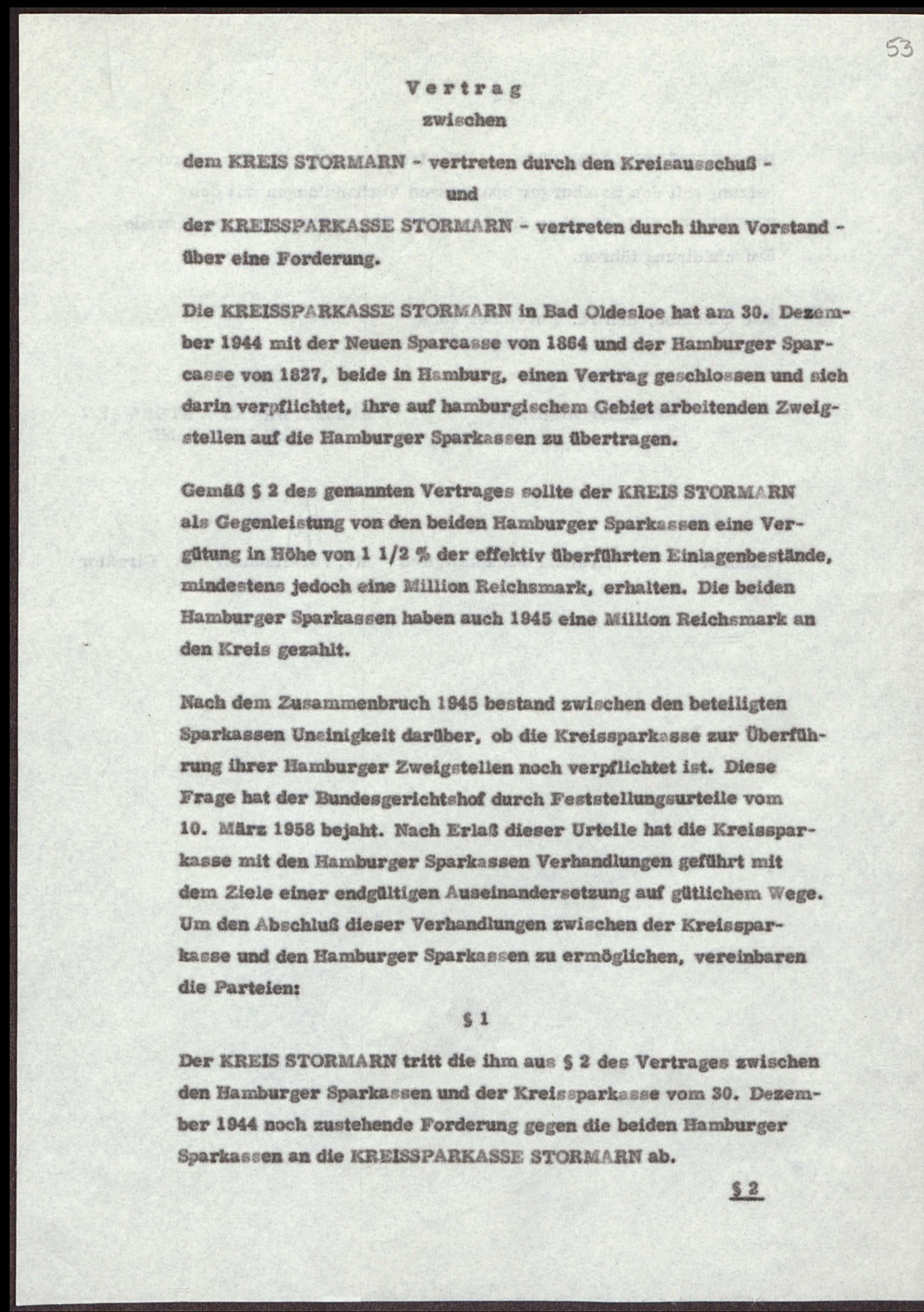
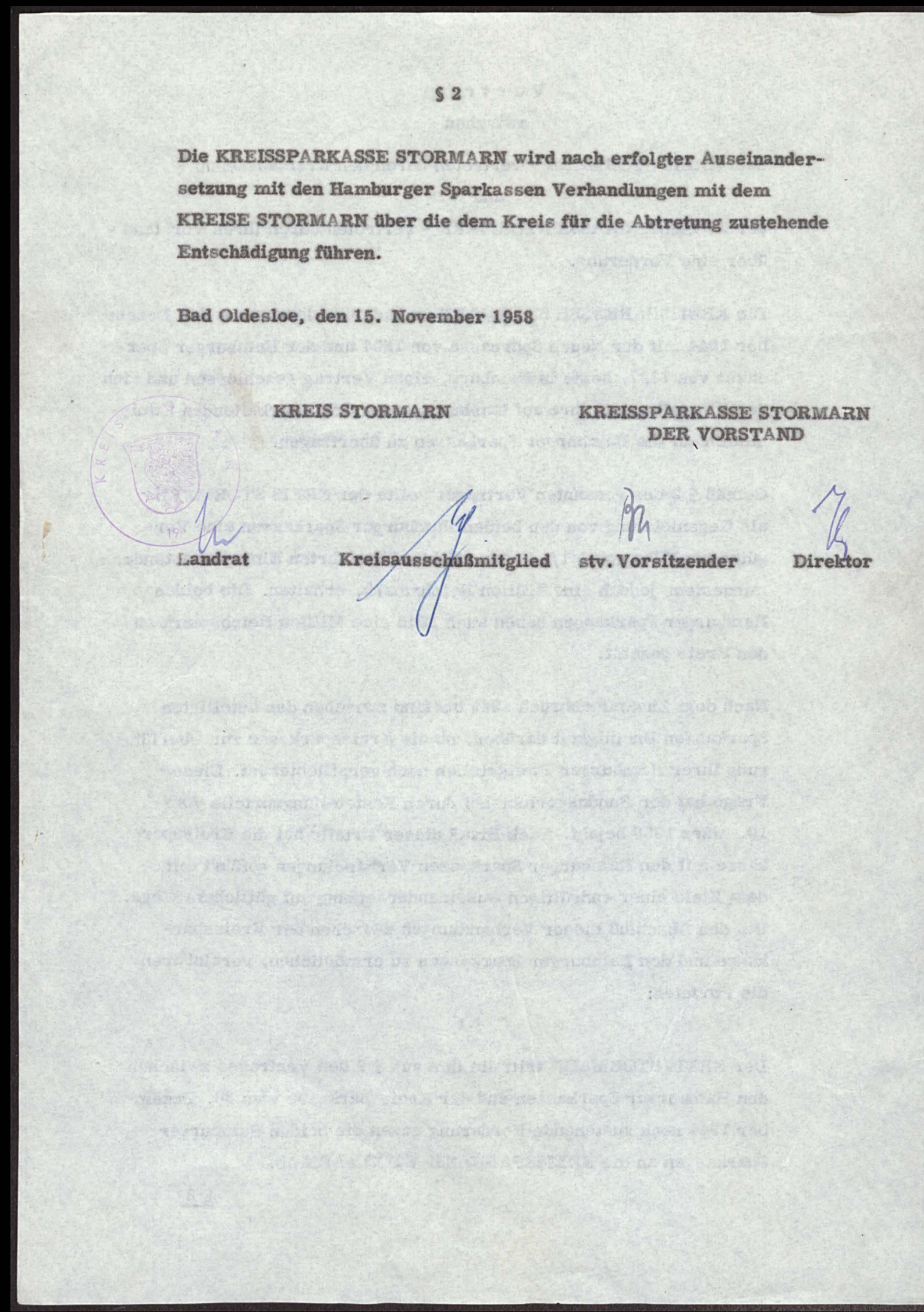
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

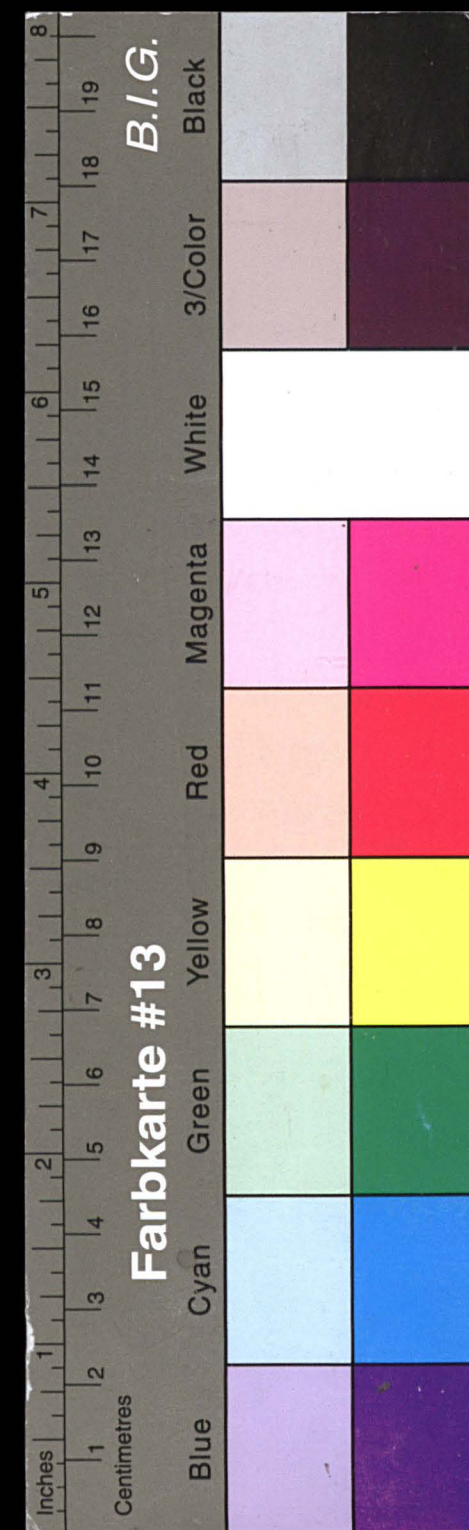




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

§ 2

Die KREISSPARKASSE STORMARN wird nach erfolgter Ausein-
setzung mit den Hamburger Sparkassen Verhandlungen mit dem
KREISE STORMARN über die dem Kreis für die Abtretung zustehende
Entschädigung führen.

Bad Oldesloe, den 15. November 1958

KREIS STORMARN

KREISSPARKASSE STORMARN
DER VORSTAND

Landrat

Kreisausschußmitglied

stv. Vorsitzender

Direktor

DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Geschäftszeichen: I 31 Sp. 8002 -
(Im Antwortschreiben anzugeben)

(24b) KIEL, den 17. November 1958
Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70-90
Telefon 40891
Fernschreiber 029823
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags, donnerstags
und freitags von 9-13 Uhr

An
den Vorstand der Kreissparkasse
Stormarn
in Bad Oldesloe

die Direktion der Neuen Sparcasse
von 1864
Hamburg 1
Glockengiesserwall 21

die Direktion der Hamburger
Sparcasse von 1827
Hamburg 11
Adolphsplatz / Gr. Burstah

Betr.: Hamburgische Sparkassen ./.. Kreissparkasse Stormarn;
hier: Genehmigung des Auseinandersetzungsvertrages
Bezug: Bericht des Kreises Stormarn vom 17.11. 1958

Dem Inhalt des Auseinandersetzungsvertrages über die
Unterhaltung von Zweigstellen der Kreissparkasse Stormarn
auf Hamburger Gebiet, der am 15. 11. 1958 zwischen

1) der Hamburger Sparcasse von 1827, Hamburg,
2) der Neuen Sparkasse von 1864, Hamburg,
3) der Kreissparkasse Stormarn in Bad Oldesloe
abgeschlossen worden ist, stimme ich als Sparkassenaufsichts-
behörde zu.

Im Auftrage:
gez. Kujath

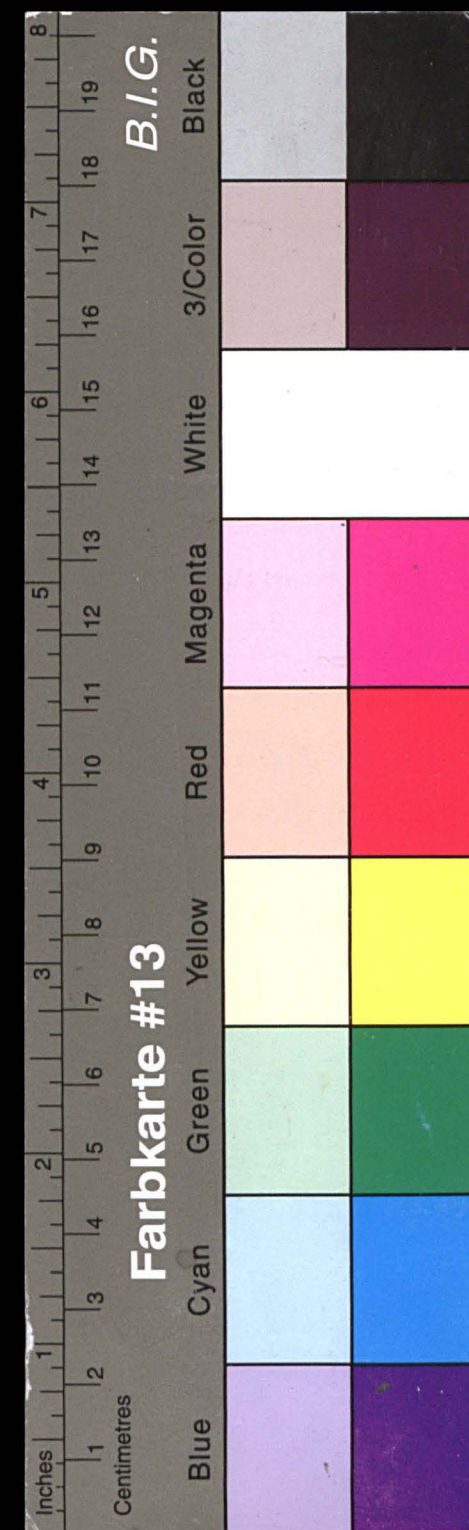
Beglaubigt:
Angestellte

Original in Altes Archiv
13 im Thor

Herr Landrat:
H. Haarmann


m. d. Bitte um
gef. Kenntnisnahme

M. d. Herrn
Kujath
20.11.58



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552


DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN
Geschäftszeichen: I 31 Sp. 8002 -
(Im Antwortschreiben anzugeben)

*Original im Aktenschub
13 im Thoror*
(24b) KIEL, den 17. November 1958
Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70-90
Telefon 40891
Fernschreiber 029823
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags, donnerstags
und freitags von 9-13 Uhr

An
den Vorstand der Kreissparkasse
Stormarn
in Bad Oldesloe

die Direction der Neuen Sparcasse
von 1864
H a m b u r g 1
Glockengiesserwall 21

die Direction der Hamburger
Sparcasse von 1827
H a m b u r g 11
Adolphsplatz / Gr. Burstah

Betr.: Hamburgische Sparkassen ./.. Kreissparkasse Stormarn;
hier: Genehmigung des Auseinandersetzungsvertrages
Bezug: Bericht des Kreises Stormarn vom 17.11. 1958

Dem Inhalt des Auseinandersetzungsvertrages über die
Unterhaltung von Zweigstellen der Kreissparkasse Stormarn
auf Hamburger Gebiet, der am 15. 11. 1958 zwischen

- 1) der Hamburger Sparcasse von 1827, Hamburg,
 - 2) der Neuen Sparkasse von 1864, Hamburg,
 - 3) der Kreissparkasse Stormarn in Bad Oldesloe
- abgeschlossen worden ist, stimme ich als Sparkassenaufsichts-
behörde zu.

Im Auftrage:
gez. Kujath

Beglaubigt:
Kujath
Angestellte

*Herrn Landrat
H. Haarmann*
*m. d. Bitte um
gef. Kenntnisnahme*
18/11/58
*Mr. v. d. Kinn
Bismarck
20/11/58*



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552


DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Geschäftszeichen: I 31 Sp. 8002 -
(Im Antwortschreiben anzugeben)

*Original im Altsachverh.
13 im Tresor*
(24b) KIEL, den 17. November 1958
Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70-90
Telefon 40891
Fernschreiber 029823
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags, donnerstags
und freitags von 9-13 Uhr

An
den Vorstand der Kreissparkasse
Stormarn
in Bad Oldesloe

die Direktion der Neuen Sparcasse
von 1864
H a m b u r g 1
Glockengiesserwall 21

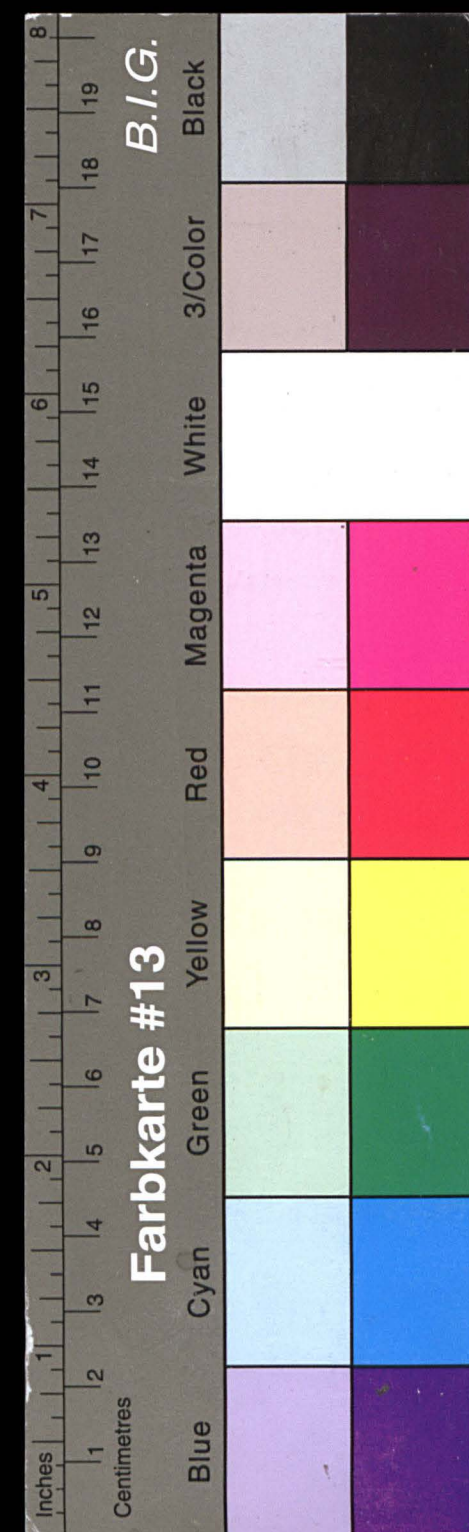
die Direktion der Hamburger
Sparcasse von 1827
H a m b u r g 11
Adolphsplatz / Gr. Burstah

Betr.: Hamburgische Sparkassen ./.. Kreissparkasse Stormarn;
hier: Genehmigung des Auseinandersetzungsvertrages
Bezug: Bericht des Kreises Stormarn vom 17.11. 1958

Dem Inhalt des Auseinandersetzungsvertrages über die
Unterhaltung von Zweigstellen der Kreissparkasse Stormarn
auf Hamburger Gebiet, der am 15. 11. 1958 zwischen

- 1) der Hamburger Sparcasse von 1827, Hamburg,
 - 2) der Neuen Sparkasse von 1864, Hamburg,
 - 3) der Kreissparkasse Stormarn in Bad Oldesloe
- abgeschlossen worden ist, stimme ich als Sparkassenaufsichts-
behörde zu.

Im Auftrage:
gez. Kujath
Beglaubigt:
Kujath
Angestellte



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

DR. THEODOR JAACKS
WALTER BRODERS
NOTARE
HAMBURG 11
Große Johannisstraße 3

Beglaubigte Abschrift.

57

Nr.4733 der Urkundenrolle Jahrgang 1958.

V e r h a n d e l t
in dieser Freien und Hansestadt Hamburg
am 6. Dezember 1958.

Vor mir, dem unterzeichneten Notar

Dr.Theodor J a a c k s
in Hamburg

erschienen heute:

1. Herr Direktor Alfred B u c k e r t,
2. Herr Direktor Karl M ü l l e r,

beide Vorstandsmitglieder der Neuen Sparcasse von 1864, Ham-
burg 1, Glockengießerwall 21/Ferdinandstraße 3,
und von Person bekannt.

Die Erschienenen erklärten:

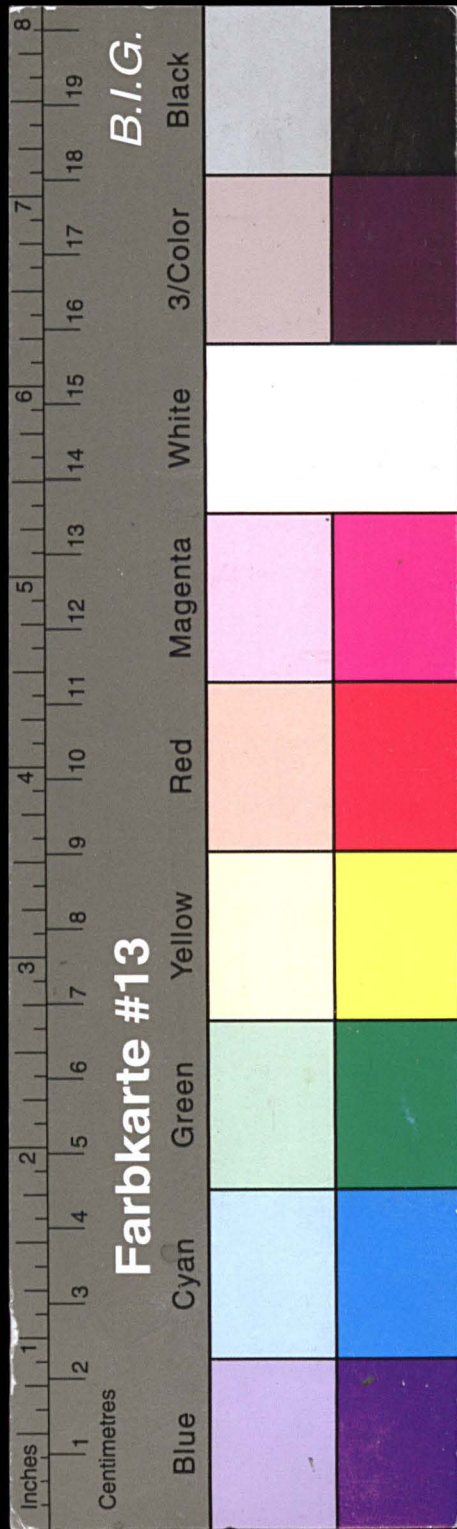
Die Kreissparkasse Stormarn in Bad Oldesloe, vertreten
durch den Landrat^{en} Herrn Dr.Wennemar Haarmann, und den
stellvertretenden Sparkassendirektor, Herrn Rudolf Rieken,
hat der Neuen Sparcasse von 1864 in öffentlich beurkunde-
ter Form am 15.November 1958 - Urk.Reg.Nr.3/1958 der Kreis-
sparkasse Stormarn - den Abschluß eines Kaufvertrages über
das in Hamburg-Rahlstedt, Bahnhofstraße 9, belegene, 1185 qm
große Grundstück, eingetragen im Grundbuch von Alt-Rahlstedt
Band 64 Blatt 2o24, angeboten.

Wir nehmen das vorerwähnte Kaufangebot hiermit an.

Gleichzeitig erteilen wir

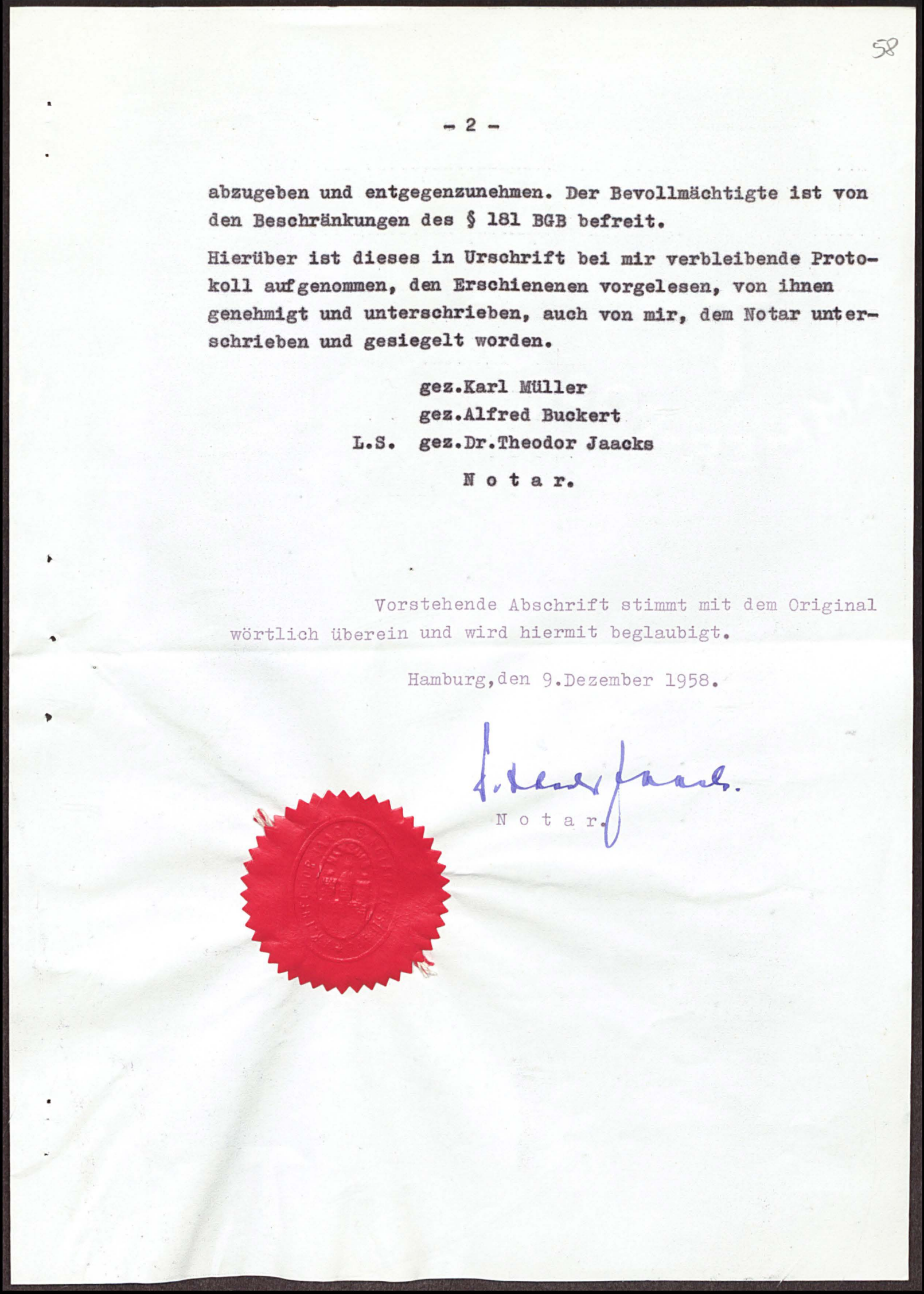
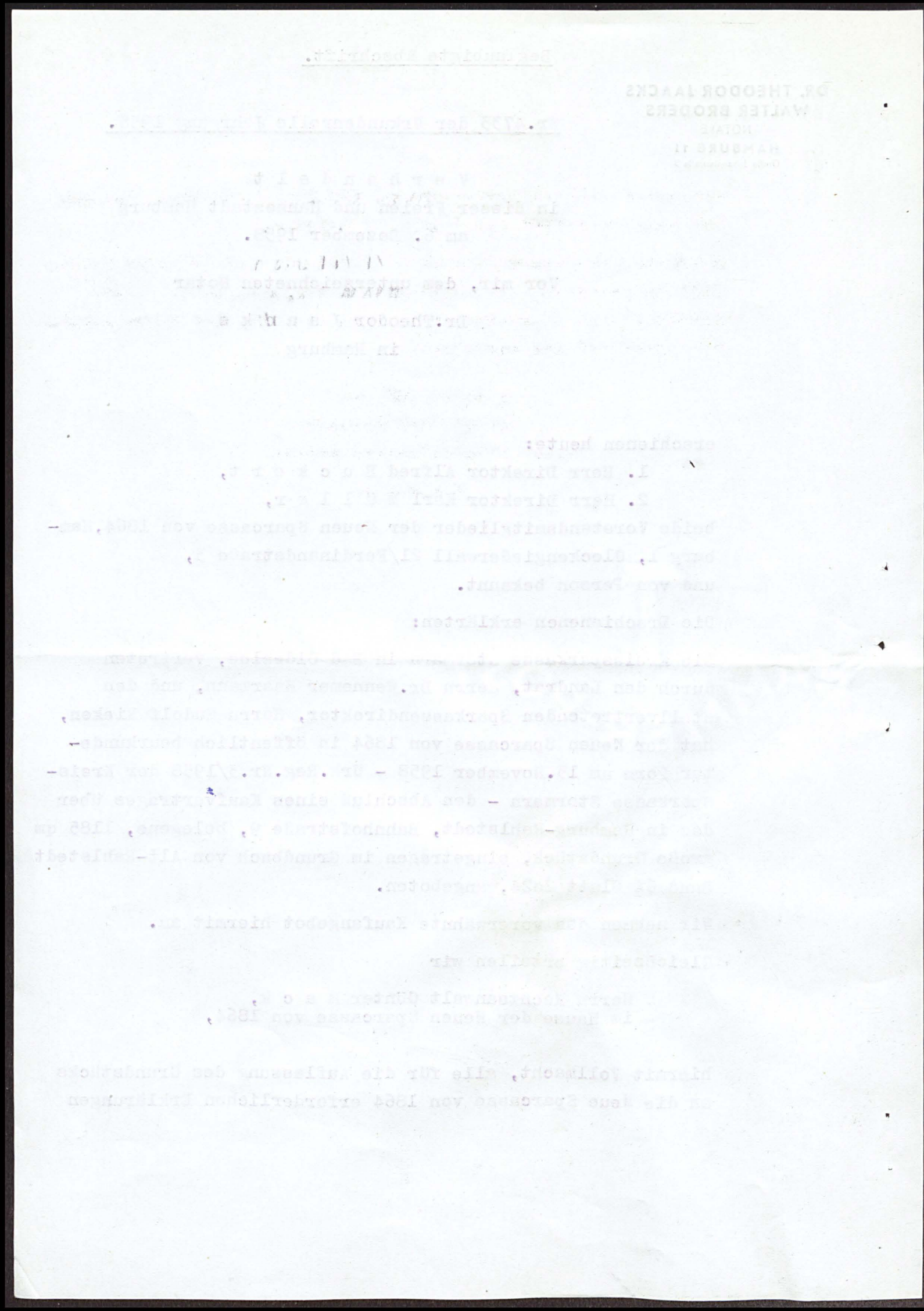
Herrn Rechtsanwalt Günter M a c k,
im Hause der Neuen Sparcasse von 1864,

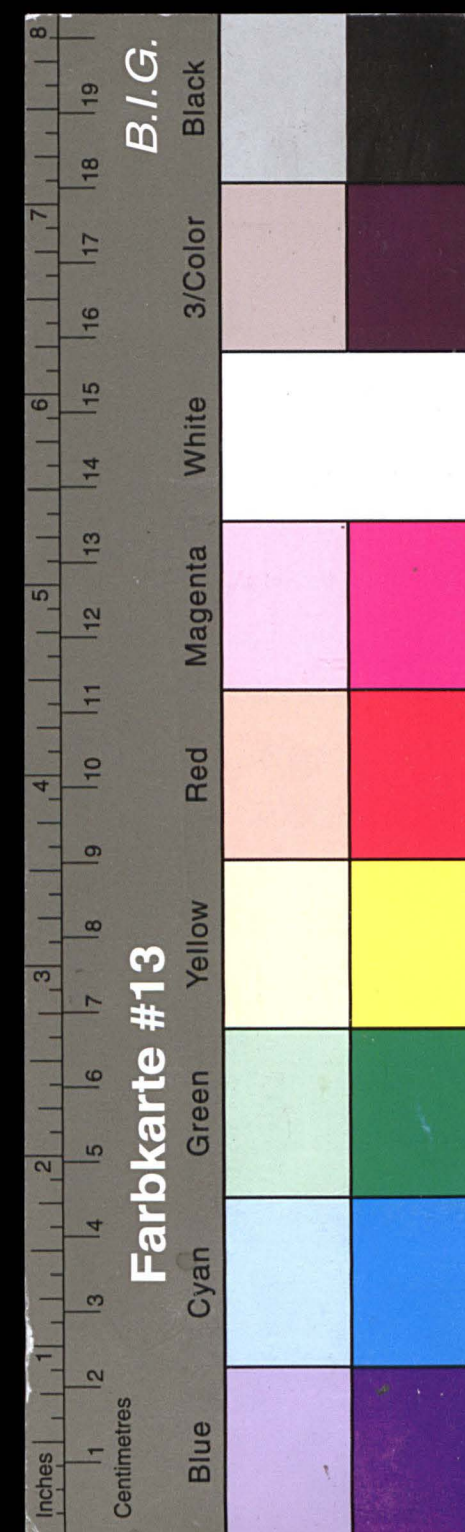
hiermit Vollmacht, alle für die Auflassung des Grundstücks
an die Neue Sparcasse von 1864 erforderlichen Erklärungen



Kreisarchiv Stormarn E103

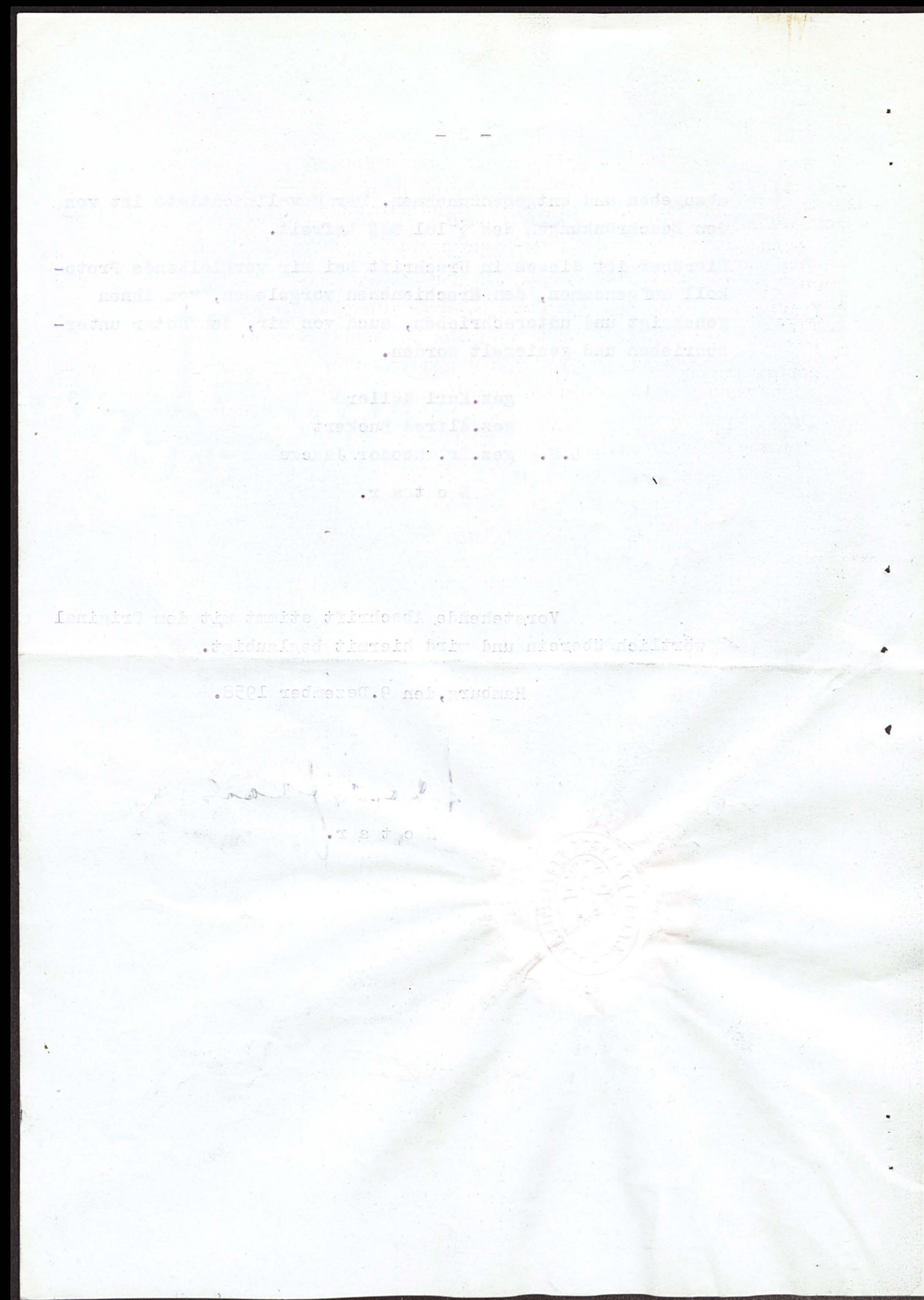
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Bad Oldesloe, den 7. Dez. 1959

Kämmereiamt
90/911 - 01/2

A b s c h r i f t

An die
Kreissparkasse Stormarn
Bad Oldesloe

Betr.: Auseinandersetzungsanspruch des Kreises Stormarn

Durch Vertrag vom 15. 11. 1958 hat der Kreis Stormarn seine Ansprüche gemäss § 2 des Vertrages zwischen der Kreissparkasse Stormarn und den beiden Hamburger Sparkassen ("Neuspar von 1864" und "Haspa von 1827") vom 30. 12. 1944 an die Kreissparkasse Stormarn abgetreten. Nach § 2 des Abtretungsvertrages vom 15. 11. 1958 soll die Höhe der an den Kreis zu zahlenden Entschädigung nach erfolgter Auseinandersetzung mit den Hamburger Sparkassen festgelegt werden.

Im Haushaltsplan des Kreises für das gegenwärtige Rechnungsjahr ist als vorläufige Auseinandersetzungsforderung ein Betrag von 32.760,-- DM eingeplant. Ich wäre dankbar, wenn diese unstrittige Forderung baldmöglichst beglichen werden könnte.

gez. Dr. Haarmann
Landrat

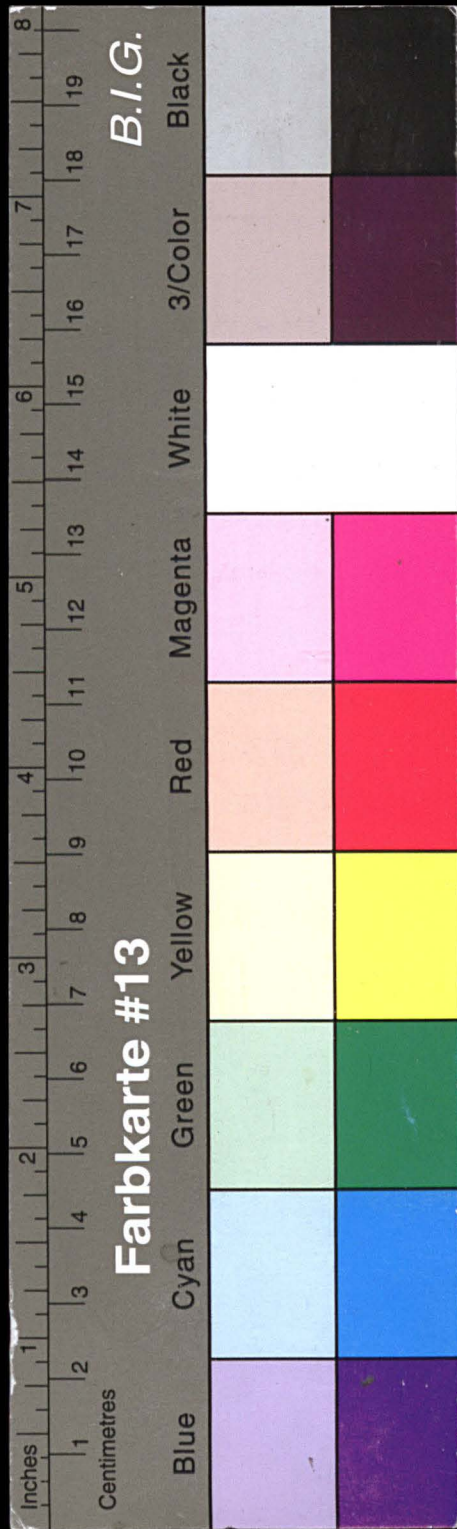
Herrn
Regierungsrat Poetzsch-Heffter

[Signature]

Vorstehende Abschrift wird mit der Bitte um Kenntnissnahme übersandt.

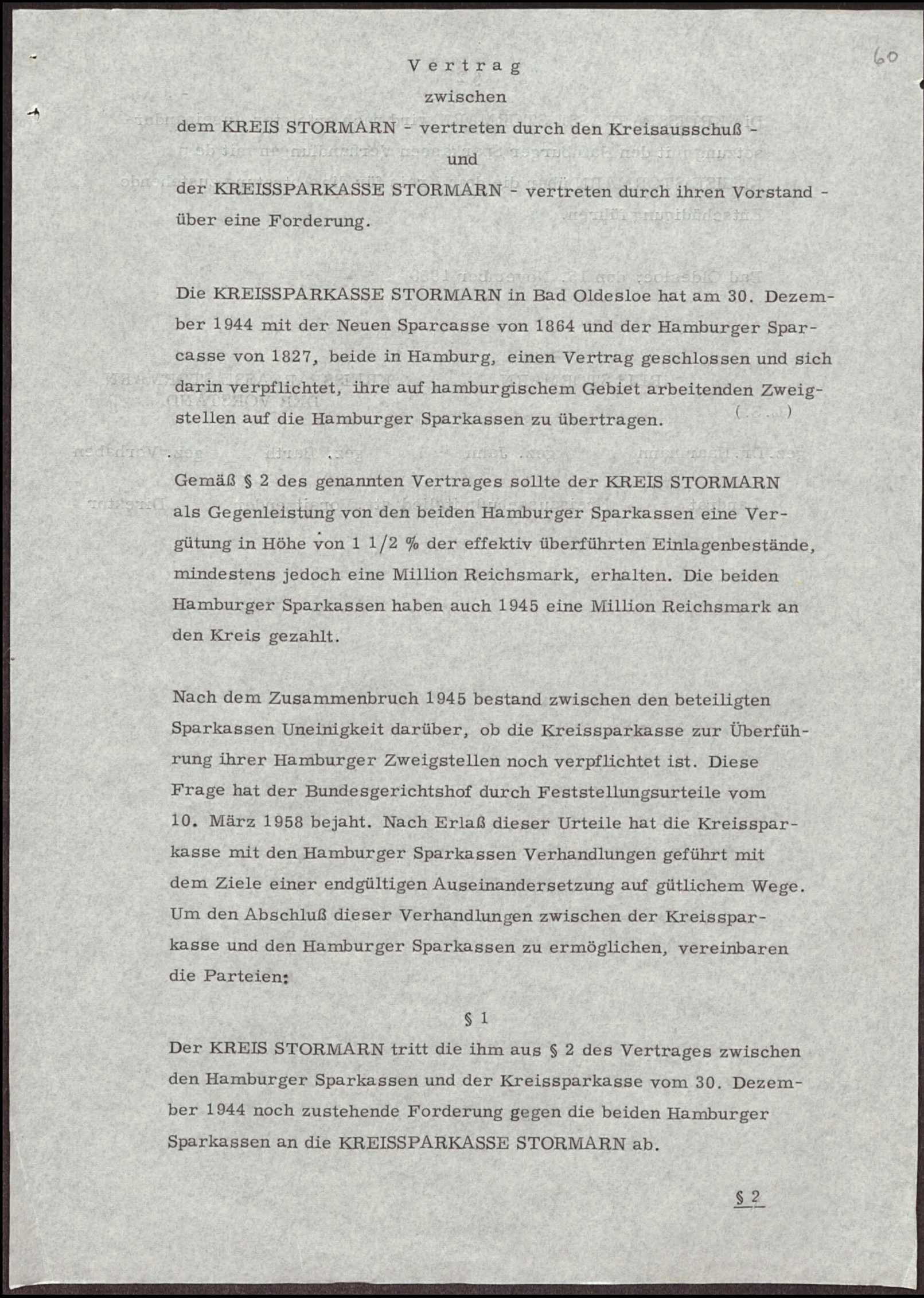
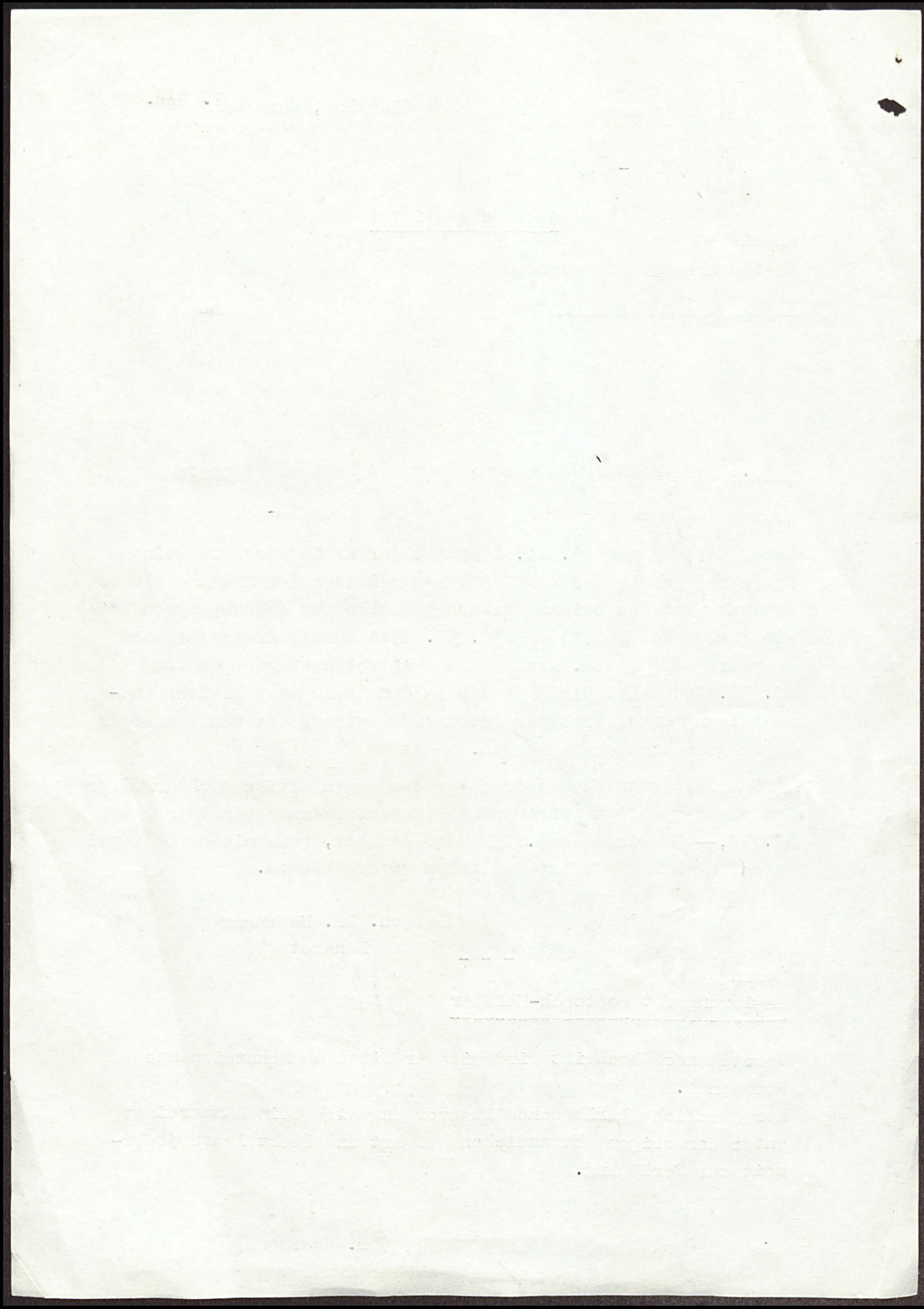
Der kürzlich überlassene Aktenvorgang wird beim Kämmereiamt unter dem obigen Aktenzeichen geführt und steht Ihnen jederzeit zur Verfügung.

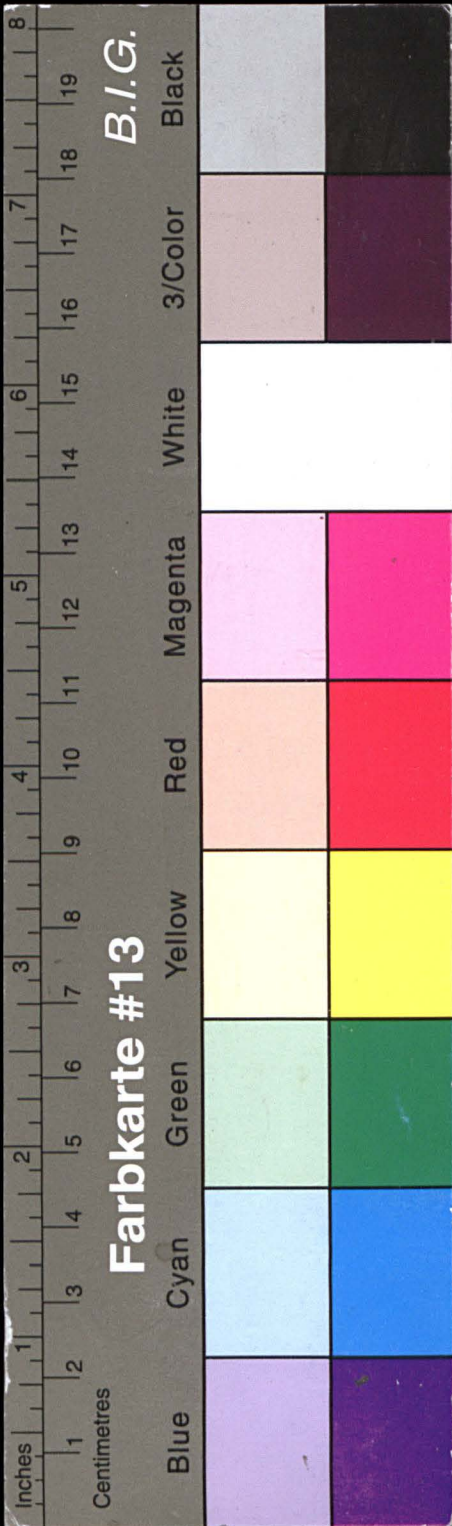
[Signature]
(Dr. Haarmann)
Landrat



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

§ 2

Die KREISSPARKASSE STORMARN wird nach erfolgter Ausein-
setzung mit den Hamburger Sparkassen Verhandlungen mit dem
KREISE STORMARN über die dem Kreis für die Abtretung zustehende
Entschädigung führen.

Bad Oldesloe, den 15. November 1958

KREIS STORMARN (L.S.)	KREISSPARKASSE STORMARN DER VORSTAND		
gez. Dr. Haarmann	gez. Jahn	gez. Barth	gez. Vorhaben
Landrat	Kreisausschußmitglied	stv. Vorsitzender	Direktor

61

Vertrag
zwischen
dem KREIS STORMARN - vertreten durch den Kreisausschuß -
und
der KREISSPARKASSE STORMARN - vertreten durch ihren Vorstand -
über eine Forderung.

Zwischen der KREISSPARKASSE STORMARN in Bad Oldesloe und dem KREIS
STORMARN ist am 15. November 1958 ein Vertrag geschlossen worden, wo-
nach der Kreis Stormarn die ihm aus § 2 des Vertrages zwischen den Hambur-
ger Sparkassen und der Kreissparkasse Stormarn vom 30. Dezember 1944
noch zustehende Forderung gegen die beiden Hamburger Sparkassen an die
Kreissparkasse Stormarn abtritt.

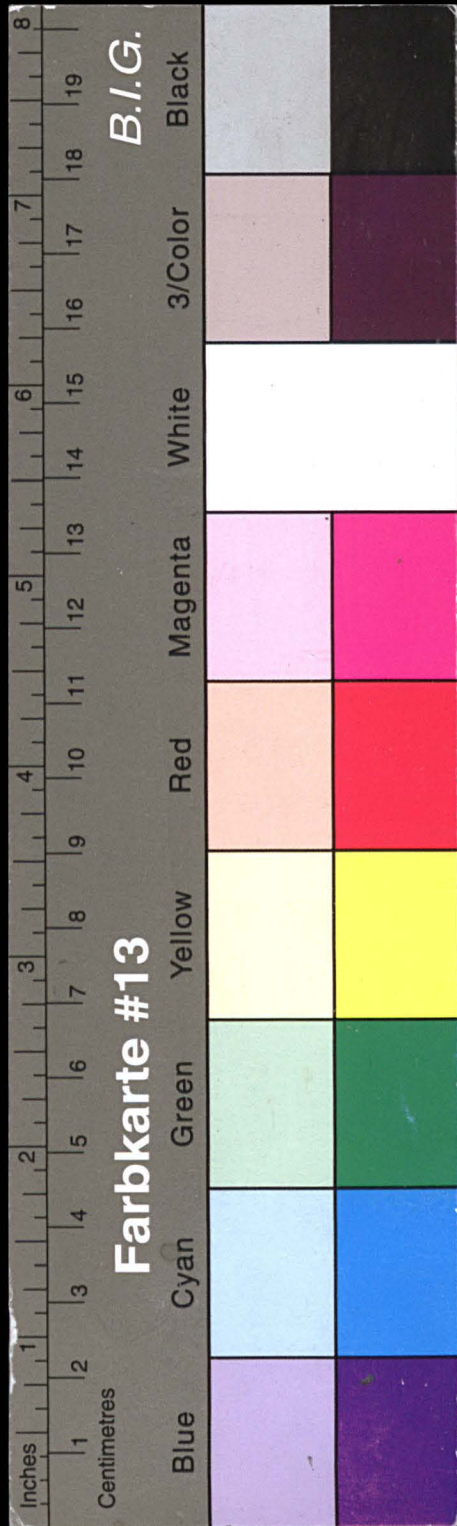
In Ergänzung zu § 2 des Vertrages zwischen dem Kreis Stormarn und der
Kreissparkasse Stormarn vom 15. November 1958 wird folgendes festgestellt:

Die Abtretung der Forderung, die dem Kreis Stormarn gegen die beiden Ham-
burger Sparkassen zusteht, an die Kreissparkasse Stormarn sollte lediglich
dazu dienen, wie auch aus der Vorbemerkung im Vertrag vom 15. November
1958 ersichtlich, das Ziel einer endgültigen Auseinandersetzung mit den beiden
Hamburger Sparkassen auf gütlichem Wege zu erreichen und den Abschluß die-
ser Verhandlungen zwischen der Kreissparkasse Stormarn und den beiden Ham-
burger Sparkassen zu ermöglichen.

Es bestand bei Abschluß des Vertrages vom 15. November 1958 volle Einmütig-
keit zwischen den Vertragsschließenden darüber, daß die anerkannte Restent-
schädigung in voller Höhe an den Kreis auszukehren war. Unklar waren nur die
Zahlungsmodalitäten, worüber zu gegebener Zeit Verhandlungen zu führen waren.

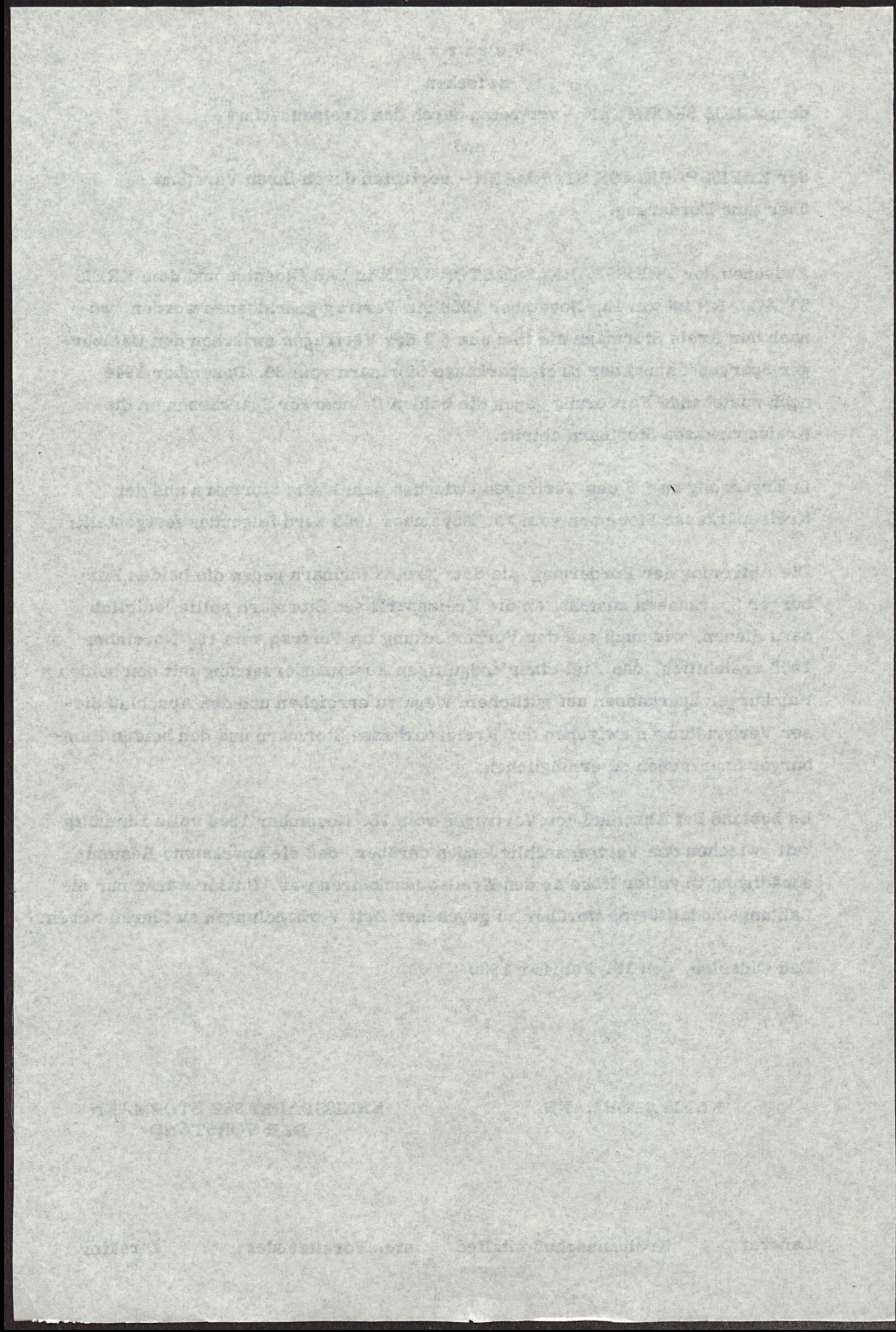
Bad Oldesloe, den 16. Februar 1960

KREIS STORMARN	KREISSPARKASSE STORMARN DER VORSTAND	
Landrat	Kreisausschußmitglied	stv. Vorsitzender
		Direktor



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



62

Abschrift
..... für x *[Signature]* *[Date]*

aus dem Protokoll über die Kreisausschußsitzung am 16. 2. 1960

12) Auseinandersetzungsvertrag zwischen Kreis und Kreissparkasse
=====

Herr Vorhaben verweist auf den zwischen dem Kreis Stormarn und der Kreissparkasse Stormarn am 15. 11. 1958 geschlossenen Vertrag, worin der Kreis Stormarn die ihm aus § 2 des Vertrages zwischen den Hamburger Sparkassen und der Kreissparkasse Stormarn vom 30. Dez. 1944 zustehende Forderung gegen die beiden Hamburger Sparkassen an die Kreissparkasse Stormarn abgetreten hat.

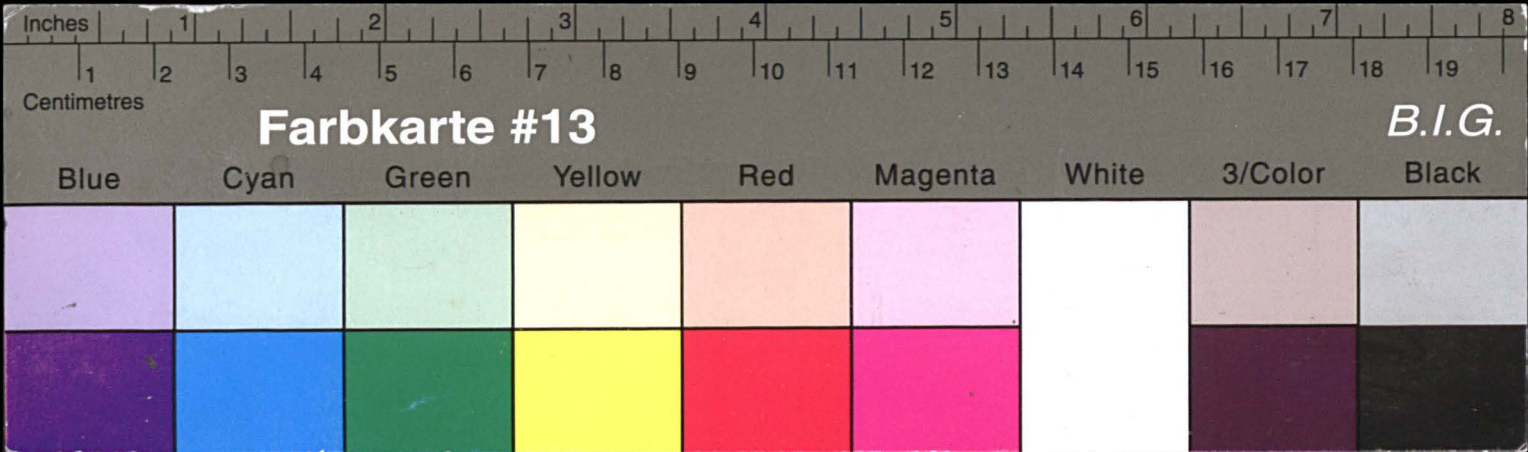
Nach diesem Vertrag sollte die Kreissparkasse mit dem Kreis Verhandlungen über die dem Kreis für die Abtretung zustehende Entschädigung führen.

Rücksprachen mit dem Sparkassenverband und der Oberfinanzdirektion lassen es angezeigt erscheinen, daß ein Ergänzungsvertrag zwischen Kreis und Kreissparkasse abgeschlossen wird, der den Willen der Vertragspartner eindeutig klarstellt. Der Entwurf wird allen Kreisausschußmitgliedern ausgehändigt. Der Landrat und Sparkassendirektor Vorhaben erläutern den Entwurf und beantworten Fragen von Kreisausschußmitgliedern hierzu.

Nach Aussprache ergeht der

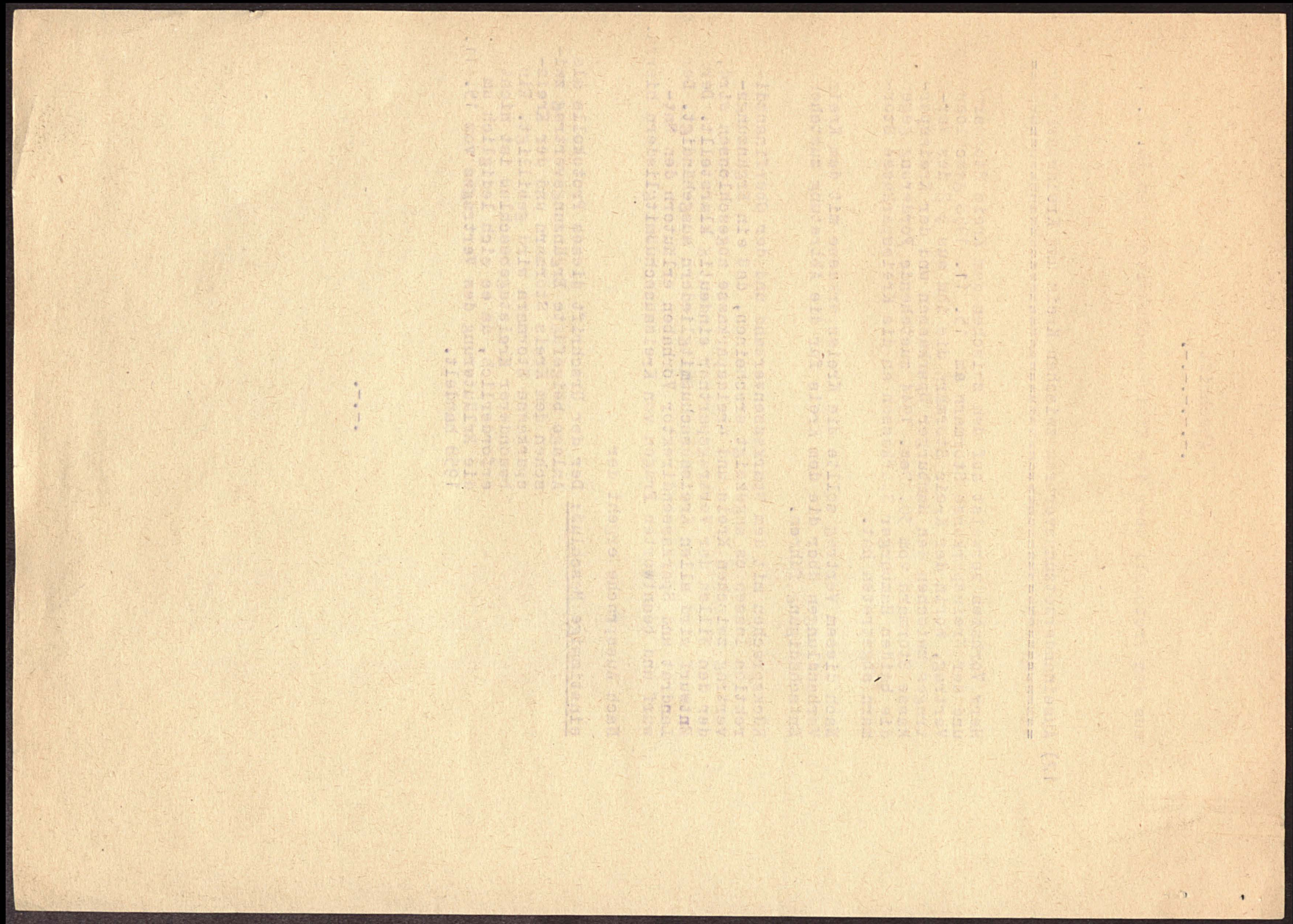
einstimmige Beschluß: Der der Urschrift dieses Protokolls als Anlage beigelegte Ergänzungsvertrag zwischen dem Kreis Stormarn und der Kreissparkasse Stormarn wird gebilligt. Ein besonderer Kreistagsbeschluß ist nicht erforderlich, da es sich lediglich um die Erläuterung des Vertrages vom 15. 11. 1958 handelt.

....



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



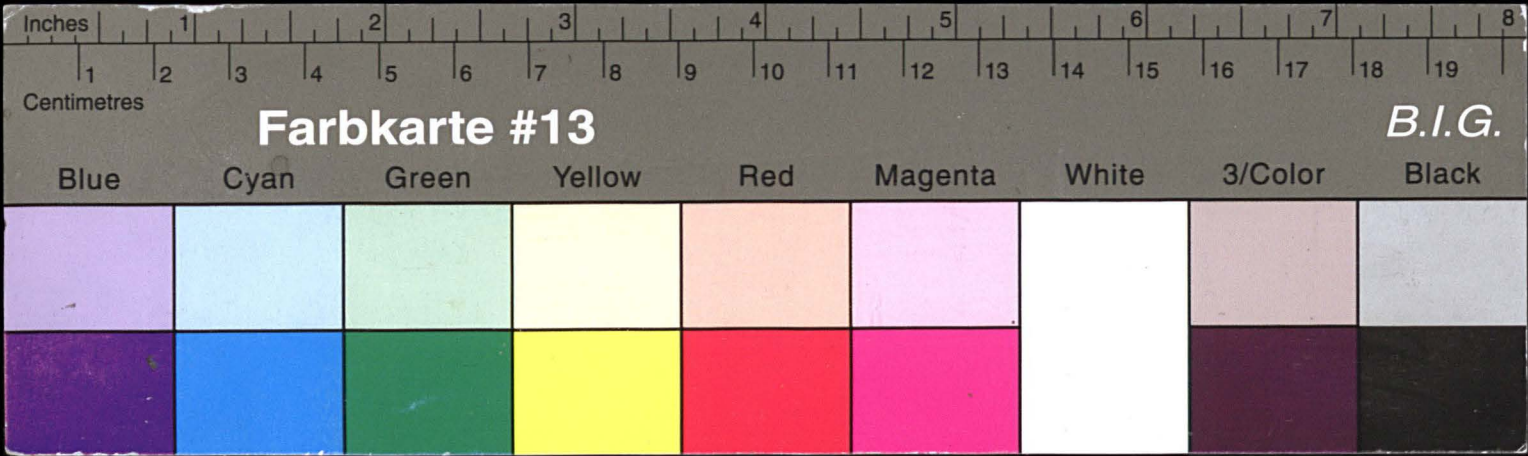
Es sind noch geschlossen worden

1. Vertrag zwischen Kreis + Kreisparasse

2. " " Kreis / Kreisparasse / und die
"abnormen
Sparsen

Originale wo ?

63



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

